Dienstag, 14. Mai 1985 D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 111 - 20. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Umdenken: Nach dem Wahlerfolg der SPD an Rhein und Ruhr ist die Bildung einer rot-grünen Koalition in Hessen unwahrscheinlicher geworden. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Ernst Welteke, erklärte, man sei in der Fraktion jetzt weniger bereit, „sich von den Grünen in die Kniekehlen treten zu lassen".

Haftanstalt: Gesprächspartnern ungewöhnlicher Art stand Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern gegenüber. Für den ersten Besuch eines Bundespräsidenten in einem Gefängnis hatte sich von Weizsäcker die Justizvollzugsanstalt Straubing ausgesucht, in der nur Schwerkriminelle untergebracht sind. (S. 7)

Südafrika: Bei einer nicht angemeldeten Demonstration gegen die Apartheid-Politik vor der südafrikanischen Botschaft in Bonn wurden gestern vier SPD-Europaabgeordnete, darunter Katharina Focke, vorübergehend festgenommen.

Neue Heimat: Die Ergebnisabführungsverträge zwischen der „Neue Heimat Nordrhein-Westfalen" und der Muttergesellschaft sind nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht zulässig. Um ein Verfahren zur Entziehung der Wohnungsgemeinnützigkeit zu vermeiden, muß die Neue Heimat ihre Organisationsstruktur ändern.

Wahlen in Italien: Die Neofaschisten werden künftig die stärkste Fraktion im Stadtrat von Bozen stellen. In der Hauptstadt von Südtirol erhielten sie 22,6 Prozent der Stimmen, gefolgt von der Südtiroler Volkspartei mit 20,3 und der „Democrazia Cristiana" mit 18,4 Prozent.

Papst-Besuch: Die Proteste in den Niederlanden hielten auch gestern an. In Den Haag wurde eine Rauchbombe gegen den Wagen von Johannes Paul II. geschleudert. Regierungschef Ruud Lubbers erklärte dem Papst, einige Niederländer betrachteten seinen Besuch mit Mißtrauen und Unbehagen. (S. 3 und 12)

Alkoholismus: Mit Freiheitsentzug und Zwangsarbeit will Moskau offenbar künftig gegen die weitverbreitete Trunksucht im Lande vorgehen. Die „Prawda" schrieb, Alkoholismus müsse als „Verbrechen" betrachtet und Trinker müßten zu ihrem eigenen Schutz isoliert werden.

Zu müde? Verärgert hat Zaires Staatspräsident Mobutu Sese Seko gestern, dem ersten Tag seines Staatsbesuchs in Israel, alle Termine für den Vormittag abgesagt. Er sei müde und wolle schlafen. Das Flugzeug Mobutus mußte bei der Ankunft am Sonntag 15 Minuten mit der Landung warten. Israels Präsident Herzog hatte sich zur Begrüßung verspätet.

WIRTSCHAFT

Atomenergie: Obwohl in den USA seit 1978 kein einziger Kernkraftwerksauftrag mehr vergeben wurde, hat sich das Atomenergie-Potential der westlichen Industrieländer weiter stark erhöht. 1984 erreichte der Nuklearanteil an der gesamten Kraftwerkskapazität 12,8 Prozent, für 1985 wird mit 13,9 Prozent gerechnet. (S. 13)

Standard Elektrik Lorenz: Der Gruppenumsatz von SEL stieg *1984 um 4,6 Prozent* auf 4,49 Milliarden DM, wovon 28,3 Prozent auf den Export entfielen. Für das laufende Jahr wird ein Umsatz von mehr als fünf Milliarden DM anvisiert. (S. 15)

Reiseland Bundesrepublik: Die Zahl der Übernachtungen ausländischer Touristen erhöhte sich im vergangenen Jahr um zehn Prozent auf 26,1 Millionen, die Gesamtzahl der Übernachtungen dagegen nur um drei Prozent auf 208 Millionen. (S. 13)

Börse: Bei großen Umsätzen zogen die Aktienkurse am Montag kontinuierlich an. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 181,6 (180,3). BHF-Rentenindex 102,195 (102,087). Performance Index 102,013 (101,876). Dollarmittelkus 3,0840 (3,1286) Mark. Goldpreis pro Feinunze 321,00 (314,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Für uns war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel deshalb so wichtig, weil wir dadurch wieder voll in die Ära normaler Beziehungen zwischen Völkern und Staaten eintraten «

Rolf Friedemann Pauls, der erste Botschafter der Bundesrepublik in Israel, in einem WELT-Gespräch zum 20. Jahrestag der Aufnahme der Beziehungen (S. 3)

FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Filmfestspiele: Cannes feiert das größte und wichtigste Filmfest der Welt mit viel Aufwand und seltener Pracht. Es gibt in diesem Jahr mehr professionelle Festivaliers, mehr Filme, mehr Partys als je zuvor. Man zelebriert den 90. Geburtstag des Kinos. (S. 23)

Auf Tournee: Mit zwei Stücken, die sich mit Leben und Sterben im Warschauer Getto 1944 beschäftigen, ist das Ester-Rachel-Kaminska-Theater, das Staatliche Jüdische Theater Warschau, auf Deutschland-Tournee gegangen. (S. 23)

SPORT

Fußball: Aleksandar Ristic, beurlaubter Trainer des Bundesliga-Klubs Eintracht Braunschweig, wird in der neuen Saison möglicherweise wieder Assistenz-Trainer von Ernst Happel beim Hamburger SV.

Europapokal: Das Endspiel der Pokalsieger FC Everton – Rapid Wien wird vom Ersten Deutschen Fernsehen morgen ab 20.10 Uhr live aus Rotterdam übertragen. Kommentator ist Fritz von Thurn und Taxis.

AUS ALLER WELT

Rezeptschwindel: Mit dem Rückgang der Einkommen von Ärzten und Apothekern wächst offenbar die Verlockung, das Heil in der Manipulation von Rezepten und Krankenscheinen zu suchen. Allein in Hamm und Umgebung sind 2430 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. (S. 24)

Giftgas: Die Katastrophe in Rinteln, der eine junge Frau und ihre zwei Kinder zum Opfer fielen, ist auf den Phosphor-Wasserstoff zurückzuführen, der aus einem Getreidesilo entwichen war. (S. 24)

Wetter: Bewölkt mit gewittrigen Niederschlägen. 18 bis 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Regierung sucht nach besserer Darstellung ihrer Politik

Der Bundeskanzler mahnt: Die Koalition muß nun als Ganzes erfolgreich sein

kie./p.p./hey, Bonn

Alarmsignale in der Union und in Regierungskreisen in Bonn hat das unerwartet schlechte Abschneiden der CDU bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl ausgelöst. Die Einwirkung des Faktors Bonn auf den Wahlkampf im volkreichsten Bundesland wird nicht geleugnet, entsprechend nüchtern sind die Schlußfolgerungen. Demgegenüber scheint sich die SPD aufgrund des vorzüglichen Abschneidens des Düsseldorfer Ministerpräsidenten Johannes Rau einem Stimmungshoch zuzubewegen. In einem Interview mit „Radio Bremen" gab der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt sogar den Hinweis, Rau sei sowohl für das Amt des Parteivorsitzenden als auch für das des Kanzlerkandidaten im Bundestagswahlkampf 1987 „hoch" angesiedelt".

Bei den Freien Demokraten, die zwar wieder in den Landtag einziehen werden, doch nicht mit dem erhofften kräftigen Prozentzuwachs, konzentrierte man sich auf die Konditionen der Zusammenarbeit in Bonn. Die Grünen befinden sich, nach einhelliger Meinung aller Beobachter, „im Niedergang", wie es Franz Josef Strauß noch in der Wahlnacht im Zweiten Deutschen Fernsehen formulierte.

Bundeskanzler Kohl, eingedenk des heiklen Zusammenspiels zwischen den drei Parteien im Koalitionslager in Bonn, legte vor der Presse Wert auf den Satz, die Koalition müsse nun „als Ganzes erfolgreich" sein. Es könne sich nicht „einer auf Kosten des anderen" profilieren wollen. In Nordrhein-Westfalen sei es der CDU nicht gelungen, so hatte der Kanzler zuvor auf der Sitzung des CDU-Präsidiums und des CDU-Vorstandes ausgeführt, die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung in ihren Erfolgen deutlich zu machen: Der Wirtschaftsaufschwung habe sich nicht beim Abbau der Arbeitslosenzahlen „sichtbar" gemacht, bei den Renten sei die CDU einem „Verleumdungsfeldzug sondergleichen" ausgesetzt gewesen, und schließlich habe sich gerade in den ländlichen Gemeindem, einer alten Hochburg der CDU, „Unruhe bei den Bauern" bemerkbar gemacht. Die Notwendigkeit, „Überproduktionen in der EG abzubauen, schafft Verdruß." Im Vergleich zum NRW-Landtagswahlergebnis von 1980 hat die CDU am diesjährigen Wahlsonntag 800 000 Stimmen weniger auf sich vereinen können.

LEITARTIKEL SEITE 2:
Am Tag danach
Von Wilfried Hertz-Eichenrode
SEITEN 4, 5 UND 6:
Weitere Beiträge

Deutlich erkennbar ist in der Union die Schlußfolgerung, daß die Leistungen der Regierungspolitik nicht ausreichend verbreitet und dargestellt worden seien. Auf diesen Umstand hatte bereits am Wahlabend CDU-Generalsekretär Geißler hingewiesen, wobei er ausdrücklich den Regierungssprecher ausnahm. Weniger spezifisch, aber in dieselbe Richtung weisend, äußerte sich der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, in einem Interview mit dem Deuschlandfunk, als er kritisierte, „daß wir die Leistungen in Bonn viel zu wenig gut verkaufen."

Aus dem Konrad-Adenauer-Haus hört man, daß vor allem ein Defizit in der Darstellung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bestünde. Dieser Bereich wird nicht als die Stärke von Regierungssprecher Boenisch angesehen. Es werden daher Überlegungen laut, ob man nicht einen eigenen Sprecher speziell für diese Thematik heranziehen müsse.

Bei der Beurteilung des Ergebnisses in Nordrhein-Westfalen dringt bei der Union auch die Selbsterkenntnis durch, daß das „Kuddelmuddel" – wie es ein Nahestehender nannte – um das Programm des Besuches von Präsident Reagan einen ungünstigen Eindruck geschaffen habe.



Sie gründete 1974 die Deutsche Krebshilfe

Mildred Scheel erlag ihrem Krebsleiden

DW. Bonn

Mildred Scheel, die Frau von Altbundespräsident Walter Scheel, Initiatorin und Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, ist gestern im Alter von 52 Jahren gestorben. Die Röntgenfachärztin erlag in den Kölner Universitätskliniken, wo sie seit einigen Wochen behandelt worden war, einem Krebsleiden. Mildred Scheel soll bereits seit 1983 von ihrer Krankheit gewußt haben. Es gelang ihr jedoch, sie vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten. Bis zuletzt gab es über Ausmaß und Schwere ihrer Erkrankung keinerlei Auskünfte. Frau Scheel hinterläßt zwei 22 und 15 Jahre alte Töchter und einen 15 Jahre alten Adoptivsohn. Sie hatte 1974 die Deutsche Krebshilfe gegründet, deren Präsidentin sie 1979 wurde. Sie setzte sich u. a. für die Gründung der ersten deutschen Tumorzentren und den Aufbau eines Krebsnachsorgenetzes ein.

Seite 7: Der Kampf gegen Krebs

Schlechte Noten für Bundesregierung

Mk. Bonn

Die Selbständigen schätzen die Politik der Bundesregierung nicht mehr so günstig ein wie vor einem Jahr. Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen Unternehmer (ASU) wertet das Ergebnis ihrer Umfrage bei 1300 Unternehmen, die noch vor der nordrhein-westfälischen Wahl abgeschlossen wurde, so: Aus einer „guten" drei sei eine „schwache" geworden. Die Noten eins und zwei für einzelne Gebiete haben von 27 auf 16 Prozent abgenommen, die Noten vier und fünf von 19 auf 31 Prozent zugenommen. Grundsätzliche Zustimmung sei zwar nach wie vor gegeben, aber sie mische sich zunehmend mit Unzufriedenheit, Ungeduld und Sorge, weil die erhoffte Erneuerung nicht vorankomme. Der Tenor der Bewertung sei unmutig: Die Regierung sei nicht konsequent genug und habe die Chance der Wende nicht genutzt; Subventionen und Bürokratie würden zu langsam abgebaut, die Steuerreform halbherzig betrieben; die Privatisierung komme nicht voran, es gebe schon wieder Wahlgeschenke.

Seite 13: Heimliche Steuererhöhungen

DER KOMMENTAR

Explosion auf der Mattscheibe

HERBERT KREMP

Auch Politiker können die Fassung verlieren. Aus Erbitterung, Enttäuschung oder aus Gründen geringeren Gewichts. Willy Brandt wirkte schon ein bißchen freudentrunken, als er in der Fernseh-Runde der Parteivorsitzenden dem Bundeskanzler in die Parade fuhr („Sie sollten sich schämen ... Sie schaden unserem Volk durch Ihre Lügen") und CDU-Generalsekretär Geißler den „seit Goebbels schlimmsten Hetzer in diesem Land" nannte. Das war hochprozentig und fand entsprechende Aufmerksamkeit.

Gemeinhin vertragen sich Kohl und Brandt persönlich besser, als beide es mit dem Kollegen Schmidt konnten, der (siehe Besprechnung der ersten Schmidt-Biographie auf dieser Seite) auf seinesgleichen steil heruntersah. Was ließ einen sonst eher melancholischen Menschen wie Brandt, der selbst gezielter Semantik fähig ist und somit sichtlich im Glashaus sitzt, mit solcher Wucht durch die Fernseh-Scheibe fahren? War es wirklich der Vorwurf Kohls, Brandt habe „in diesen Tagen einem primitiven Antiamerikanismus" gehuldigt?

Kohl war nicht sehr gut vorbereitet; denn ein belegendes Zitat fiel ihm nicht ein. Am Gegen-Amerikanismus Brandts gibt es allerdings nichts zu deuteln: Handle es sich um Nachrüstung und Weltraumverteidigung, um Genf, die Dritte Welt und Nicaragua oder um das Verhältnis zur Sowjetunion – stets werden Reagan und seine Vereinigten Staaten schärfer getadelt als die Gorbatschows und deren Imperium. Auf dem Höhepunkt der unglücklichen Bitburg-Diskussion äußerte Brandt Zweifel an der Kalkulierbarkeit der US-Politik. In New York. Auch das war hochprozentig.

Über Afghanistan verliert Brandt hingegen kein Wort. Für solche Fälle empfiehlt er „kühlen Kopf"; primitiver Antikommunismus schade nur. Man beobachtet also zwei Welten: Brandt preßt Kohl die als häßlich bezeichnete Physiognomie Reagans auf. Kohl drückt Brandt in die andere Richtung, so daß ein bißchen Gorbatschow durch die Züge scheint. Das mag noch zum parteipolitischen „Schlagabtausch" gehören – Krach der Welten, nicht Krieg der Sterne. Goebbels-Vergleiche jedoch sind „Dum-Dum". Man könnte meinen, Brandt habe hochprozentig aus dem Gedächtnis verloren, wer der Joseph Goebbels eigentlich war.

CDU begründet Vorwürfe gegen Brandt

Debatte um „Anti-Amerikanismus" hält an / SPD-Vorsitzender soll sich entschuldigen

ms. Bonn

Der lautstarke Zusammenprall zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, den Millionen Fernsehzuschauer am Wahlabend verfolgen konnten, war auch gestern noch vorrangiges Gesprächsthema in Bonn. In der Regierungszentrale hieß es, der Kanzler habe einen Aktenordner mit Erklärungen vorliegen, mit denen er seinen an die SPD gerichteten Vorwurf des Anti-Amerikanismus belegen könne. Kohl hatte in der gemeinsamen Fernsehrunde von ZDF und ARD der SPD einen „primitiven Anti-Amerikanismus" vorgehalten, worauf ihm Brandt erregt entgegnete: „Sie schaden unserem Volk durch Ihre Lügen". Kühl, mit einem kurzen Händedruck, waren die beiden Politiker, die ansonsten ein gutes persönliches Verhältnis zueinander haben, nach der Sendung auseinandergegangen. Der Bundeskanzler äußerte gestern sein Bedauern über die von Brandt erregt geführte Auseinandersetzung und forderte den SPD-Vorsitzenden auf sich zu entschuldigen.

Inzwischen hat der CDU-Bundesvorstand den Vorwurf des Anti-Amerikanismus gegenüber der SPD wiederholt und Brandts „unverzeihliche Ausfälle" gegen CDU-Generalsekretär Geißler als Versuch bezeichnet, von diesen Vorgängen abzulenken.

Mit „Ausfällen" war die Aussage Brandts über Geißler gemeint: „Ein Hetzer ist er, seit Goebbels der schlimmste Hetzer in diesem Land". Brandt selbst hat gestern „zwei Gründe" für seinen impulsiven Auftritt genannt. Ihm sei durch das, was Kohl gesagt habe, klar geworden, daß es ein „Zusammenspiel" zwischen Bundesregierung und Präsident Reagan gebe, wenn es – wie beim Deutschlandbesuch des Präsidenten – darum gehe, ihn von einer Begegnung mit Reagan auszuladen. Brandt hatte sich im letzten Herbst vergeblich bemüht, den amerikanischen Präsidenten in Washington zu sehen. Das Weiße Haus hat dafür Zeitgründe genannt. Auch der Wunsch des SPD-Vorsitzenden, von Reagan während dessen Aufenthaltes in Bonn empfangen zu werden, war nicht erfüllt worden, worauf Brandt pikiert einem Abendessen zu Ehren des Präsidenten ferngeblieben war. Als zweiten Grund führte Brandt an, man habe viel geredet, was vor 40 Jahren gewesen war. „Und da kann jemand in meinem Alter und der damals schon so engagiert war, nicht vergessen, daß mit dem Vorwurf, man sei für die Russen, Leute in die Konzentrationslager und in den Tod getrieben worden sind".

Als besonders markantes Beispiel für die Haltung Brandts gegenüber den USA und deren Präsidenten wird von Kohl die Rede des SPD-Vorsitzenden vor dem Rat für auswärtige Beziehungen in New York Ende April angesehen, in der Brandt Zweifel an der Kalkulierbarkeit der amerikanischen Politik geäußert hatte. Brandt hat diese Zweifel anhand einer Reihe von Beispielen aus dem Rüstungsbereich festzumachen versucht. Auch das Weltraumforschungsprojekt SDI, das heute in den Himmel gelobt werde, könne morgen wieder verworfen werden. Nach dem vom Bundespresseamt vorgelegten Bericht sagte Brandt dann: Es wäre ein großer Vorteil, „wenn die USA in der Lage wären, eine langfristige Außen- und Sicherheitspolitik, mindestens in den strategischen Grundfragen des Ost-West-Verhältnisses, zu erarbeiten und von den allfälligen Wechseln im Weißen Haus in gewisser Hinsicht unabhängig zu machen". Außerdem müßten die USA, wenn sie die Europäer langfristig als Partner behalten wollten, „entsprechend mit ihnen umgehen".

Empörung hatte im Kanzleramt auch der Aufruf der SPD (Oskar Lafontaine und Hans-Jürgen Wischnewski) zu einem „Fest des Friedens" am 5. Mai in Hambach ausgelöst, das als Gegenveranstaltung für die am Tag darauf folgende Rede Reagans vor deutschen Jugendlichen

● Fortsetzung Seite 12

Geheimgehaltenes über Helmut Schmidt

GEORG SCHRÖDER, Bonn

Im Jahre 1981, als der israelische Ministerpräsident Begin Bundeskanzler Helmut Schmidt öffentlich wütend attackierte und ihn in Zusammenhang mit dem Nazi-Regime brachte, dachte Schmidt kurz daran, die Öffentlichkeit zum ersten Mal über seine teilweise jüdische Herkunft aufzuklären, besann sich dann aber eines Besseren. Das erfahren wir aus der jetzt vom Econ-Verlag (38 Mark) in deutscher Übersetzung herausgebrachten Biographie „Helmut Schmidt". Deren Verfasser, dem ihm sehr gut vertrauten britischen Korrespondenten der „Financial Times" Jonathan Carr, überließ er es auch, uns mitzuteilen, daß er einen jüdischen Großvater hatte, den illegitimen Vater des Lehrers Gustav Schmidt. Seine Mutter klärte den Hitlerjungen Schmidt darüber auf, beschwor ihn zugleich, dies für sich zu behalten.

Welche Bedeutung dies in jenen Jahren für Schmidt und seine geistige Entwicklung haben mußte, liegt auf der Hand. Aber erfreulicherweise betätigt sich Jonathan Carr nicht als Amateur-Psychologe, und so wollen wir es auch nicht tun. Der britische Autor, den vielleicht ein Stück Seelenverwandtschaft mit Schmidt verbindet, liebt als gelernter Journalist die Fakten und die Prägnanz. Das Sachverständnis auf dem Gebiete der Wirtschaft, nicht zuletzt der Währungs- und Finanzpolitik hatte zweifellos über die Jahre hinweg ein sehr vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bundeskanzler und dem Bonner Korrespondenten geschaffen. So läßt sich auch nur erklären, warum Schmidt und seine früheren engen Mitarbeiter im Kanzleramt dem Autor in vielen Unterhaltungen bisher Unbekanntes, ja sorgfältig Geheimgehaltenes mitgeteilt haben.

Er wußte schon, daß der Bundeskanzler 1981 an Gedächtnisstörungen litt. Jetzt kann man nachlesen, daß es auch beunruhigende Schwindelanfälle gab. Die erste Attacke warf ihn in seinem Ferienhaus nieder. „Gerade noch hatte er aufrecht gestanden, und im nächsten Augenblick lag er flach auf dem Rücken, starrte zur Decke hinauf und wußte nicht, was ihm passiert war. Weitere Anfälle folgten in den nächsten Monaten. Sie blieben so lange geheim, bis Schmidt am 13. Oktober ins Bundeswehr-Krankenhaus Koblenz gebracht wurde, wo man ihm einen Herzschrittmacher einsetzte." Was man nicht erfuhr, war, daß die Anfälle Gedächtnisstörungen hervorgerufen hatten. Schmidt konnte sich immer noch an weit zurückliegende Ereignisse erinnern, während solche aus jüngerer Zeit aus seinem Gedächtnis verschwanden. Er mußte sich buchstäblich von neuem informieren.

Jonathan Carr:
Helmut Schmidt
Econ-Verlag

Wie sehr und wie lange Schmidt sich 1969 sträubte, als Bundesverteidigungsminister in das Kabinett Brandt einzutreten, ist allgemein bekannt. Neu aber ist die Mitteilung darüber, daß nach dem Rücktritt Schillers Schmidt in einem privaten Gespräch mit Brandt erklärte, er würde den neuen Job als Superminister für Wirtschaft und Finanzen nur für etwa vier Monate bis zu den Wahlen übernehmen, dann scheide er aus der Regierung und gebe auch sein Mandat als Bundestagsabgeordneter zurück. „Er warf Brandt vor, die SPD in eine ‚Nenni-Partei' zu verwandeln. Er, Schmidt, habe keine Lust, unter diesen Umständen sein Amt unter einer Regierung Brandt weiterhin auszuüben. Nach der Bundestagswahl, sagte Schmidt, wolle er sich um eine leitende Position in der Wirtschaft bewerben", so der Autor, dem Helmut Schmidt dieses alles erzählt hat.

Und eben diesem Willy Brandt überließ Schmidt dann zwei Jahre später, als er die Kanzlerschaft übernahm, den Parteivorsitz. Die Kanzlerschaft, dachte er, war völlig ausreichend auch ohne die Last der Führung der SPD, und so schien die Arbeitsteilung mit Brandt die beste Lösung zu sein. „Jahre später kam er zu dem Schluß, daß er sich geirrt hatte", so Jonathan Carr aufgrund eines Gespräches mit Schmidt. Der Engländer fügte hinzu, Schmidt habe sich nie um den Partei-Vorsitz bemüht und es sei auch gar nicht sicher, ob er bei einem Versuch Erfolg gehabt hätte. „Ich bin nicht ganz zufrieden mit meiner Partei und sie ist es nicht mit mir", stellte Schmidt 1975 fest. „Aber ich kann keine bessere Partei finden, und sie hat keinen Ersatz für mich. Also müssen wir miteinander auskommen." Daß dies immer schwieriger wurde, und daß Schmidt daran nicht ganz unschuldig war, macht der Verfasser deutlich, so, wenn er darauf hinweist, daß der Kanzler auf Kabinettssitzungen einigen seiner Kollegen das Gefühl gab, ein Dummkopf zu sein, und sich so selbst in Schwierigkeiten brachte: „Das galt auch für seine Beziehungen zur Presse."

Schlußfolgerung Carrs: Trotz einer Erfolgsbilanz werde die Geschichtsschreibung fast zwangsläufig feststellen müssen, daß die letzten Jahre der Ära Schmidt das Versprechen der früheren nicht erfüllten.

„Bonn ist ein Versager im europäischen Motor"

Französische Minister kritisieren Kohls Wirtschaftspolitik

A. GRAF KAGENECK, Paris

Äußerst kritische Töne über die Politik der Bundesrepublik Deutschland und ihres Regierungschefs aus dem Munde zweier französischer Minister haben politische Beobachter in Paris aufhorchen lassen. Vor dem Hintergrund der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen, die in Frankreich als eine persönliche Niederlage Helmut Kohls interpretiert wird, erscheinen die Äußerungen als Anzeichen einer Krise in den deutsch-französischen Beziehungen.

Außenhandelsministerin Edith Cresson beschuldigte in den USA die Bundesrepublik, im Hinblick auf die von den USA forcierte neue Gatt-Runde „ihr Wort gebrochen und ihre Unterschrift verraten" zu haben. Die für ihre offene Sprache bekannte Ministerin bezog sich dabei offenbar auf den Beschluß des EG-Ministerrates vom 19. März in Brüssel. Damals war kein Datum für die Eröffnung der Verhandlungen genannt und eine gewisse Parallelität der Gespräche über Handelsschrankenabbau und eine verbesserte internationale Währungsordnung verlangt worden. In Frankreich war dem Bundeskanzler stark übelgenommen worden, daß er in Bonn angeblich auf Reagans Wünsche hinsichtlich einer Gatt-Runde eingegangen war, ohne sich vorher mit Präsident Mitterrand über essentielle europäische Belange zu verständigen.

Ähnliche Kritik klang auch bei Außenminister Roland Dumas an, einem bisher eher deutsch-freundlichen und europäisch gesinnten Politiker. Bei der Eröffnung einer Messe in Limoges sagte Dumas: „In Bonn hat es einen Versager im europäischen Motor gegeben. Herr Kohl hat sich von dem europäischen gemeinsamen Weg abgewandt, um Ronald Reagan besonders freundlich zu empfangen." Der Minister fügte hinzu: „Frankreich ist bereits im Begriff, die Spitze des europäischen wirtschaftlichen Wiederaufschwungs zu übernehmen und wird dies, das kann ich Ihnen versprechen, in den nächsten Wochen und Monaten mit Sicherheit tun."


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es klirrt in Limoges

Von August Graf Kageneck

Frankreichs Außenminister Roland Dumas kannte das Ergebnis der Landtagswahlen noch nicht, als er in der Porzellanstadt Limoges eine Messe mit der Zusage an das Publikum eröffnete, Frankreich werde – nach dem „Versagen" des europäischen Zuges auf dem Bonner Gipfel – noch in diesem Jahr die Führung im Wirtschaftsaufschwung Europas übernehmen.

Vielleicht fühlt der Chef des Quai d'Orsay sich nach dem Wochenende in seiner kühnen Prophezeiung noch bekräftigt. Für Paris stecken Wirtschaft und Politik der Bundesrepublik zur Zeit in einem schwer erklärlichen, aber manifesten Schwächezustand, der Frankreich nicht nur autorisiert, sondern geradezu zwingt, die Führungsrolle in Europa zu übernehmen.

Aber c'est le ton qui fait la musique. Warum so schrill? Ein bißchen Propaganda für die in zehn Monaten anstehenden Parlamentswahlen in Frankreich ist nicht auszuschließen. Aber man sollte auch prüfen, ob die wirtschaftlichen, monetären und sozialen Prämissen für ein solches Postulat zutreffen.

Schließlich hat die deutsche Wirtschaft durchaus ihren Aufschwung, auch wenn Bonn mehr Schwung injizieren könnte; dafür haben die Sozialisten Frankreichs Wirtschaft in zwei Jahren so gründlich ruiniert, daß nur eine spartanische Sanierungspolitik sie wieder aus dem Sumpf hervorholen kann. Ob sie sich schon wieder soweit gekräftigt hat, daß sie andere, gar den europäischen Zug, schleppen könnte, ist sehr die Frage.

Und welche politische Motivation mag hinter Dumas' Worten stehen? Der Minister hat den deutschen Bundeskanzler namentlich beschuldigt, sich in Bonn „vom europäischen Weg abgekehrt" zu haben, um Reagan einen Gefallen zu tun. Mitterrand selbst hatte diesen oft in der Presse erhobenen Vorwurf vorher abgeschwächt. Griff Dumas ihn nur auf, um seine Regierung als den Wahrer der europäischen Unabhängigkeit hinzustellen – oder macht Paris sich tatsächlich Gedanken über Kohls Führungsstil und -stärke? Eine Führung, die, so oder anders, auf die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik ausstrahlt. Ob der Minister im Limoges Porzellan zerschlagen hat, wird sich noch herausstellen.

Pyms Gruppenbildung

Von Reiner Gatermann

Francis Pym (63) glaubt die Konservative Partei auf einem Weg, der von ihrer traditionellen Rolle wegführt. Die Ursachen sieht er weniger in der Person der von ihm noch nie sehr geliebten Premierministerin als in Teilen, vor allem wirtschaftspolitischen, der Regierungspolitik. Diese Unterscheidung ist paradox. Kaum ein britischer Premier hat der Regierungspolitik so seine persönlichen Prägung gegeben wie Frau Thatcher. Davon zeugt nicht zuletzt der inzwischen auch international übernommene Begriff des Thatcherismus.

Demgegenüber stellt sich freilich die Frage, ob Pym, der 1983 von Margaret Thatcher aus dem Kabinett geschickt wurde, mit der Bildung einer Fraktion in der Fraktion einen sehr nützlichen Weg gewählt hat. Wohl wächst unter Tory-Abgeordneten der Vorwurf, die Chefin umgebe sich nur noch mit einem ihr wohlgesonnenen Clan und dulde immer weniger Widerspruch. Dennoch müßte die Partei innerlich stark genug sein, um in einem internen Prozeß der Premierministerin ihre Sorge übermitteln zu können.

Pym muß damit rechnen, daß sein Unternehmen in der sozialdemokratisch-liberalen Allianz den Gedanken an einen Versuch wachsen läßt, sowohl in der Tory-Fraktion als auch in der konservativen Wählerschaft Einbruchsversuche zu unternehmen. Vieles deutet darauf hin, daß die Allianz bei einer kommenden Wahl den Konservativen gefährlicher wird als die Labour Party. Diese leidet weiterhin unter ihrer internen Splitterung, eine Gefahr, die nun auch den Tories droht.

Francis Pym persönlich dürfte kaum eine Gefahr für Frau Thatcher darstellen. Selbst wenn sie freiwillig abträte, wären die Aussichten des früheren Nordirland-, Verteidigungs- und Außenministers auf ihr Erbe nicht gut. Zum anderen klingen seine Beteuerungen, loyal zur Partei und Regierung zu stehen, nicht sonderlich überzeugend. Die Regierungschefin freilich wird ihn und seine Gruppe nicht unbeachtet lassen, denn gerade Nichtbeachtung aktueller Vorgänge ist einer der derzeit beliebtesten Vorwürfe gegen sie.

Hohe Prozente

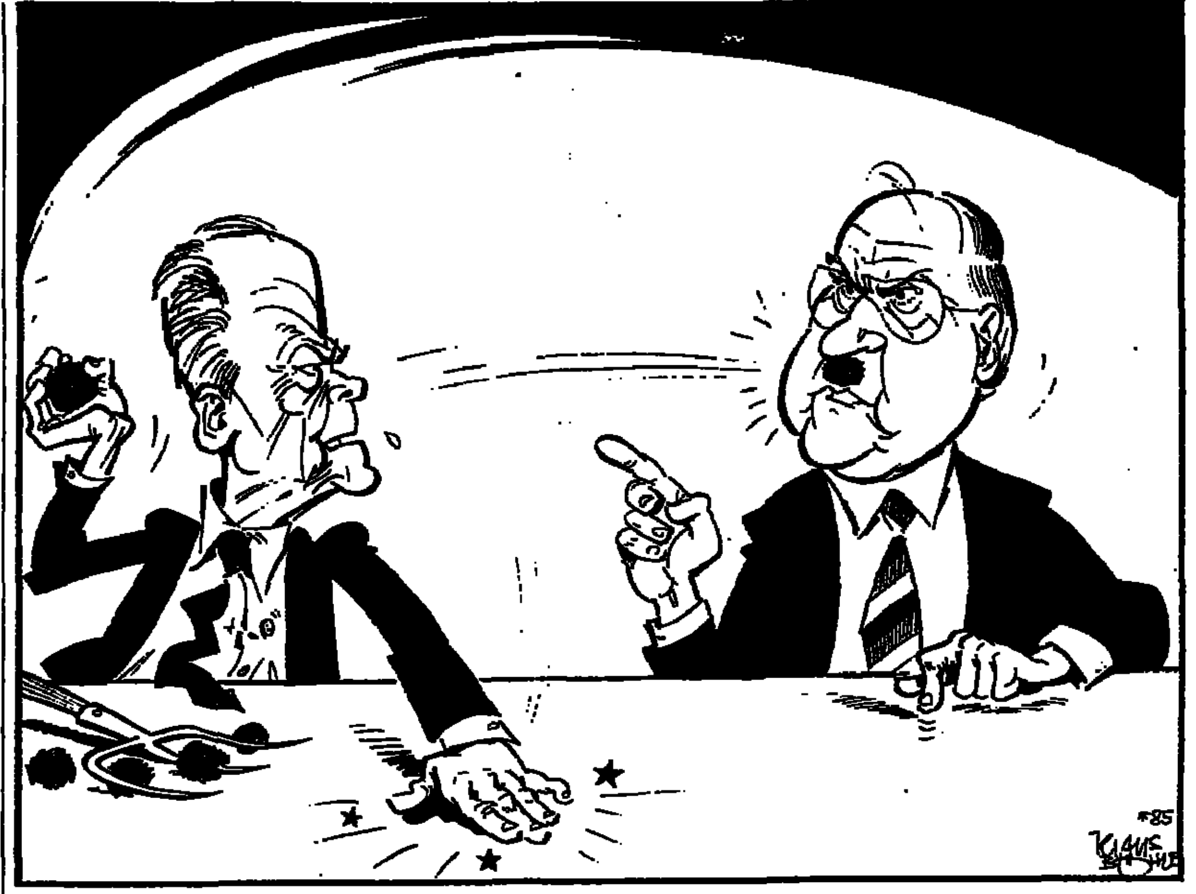
Von Enno v. Loewenstern

Vor einem halben Jahr wurden grauenvolle Angaben einer Studie der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften über die Trunksucht in der UdSSR bekannt: 95 bis 99 Prozent der Männer, Frauen und heranwachsenden Mädchen trinken regelmäßig, fast jeder sechste Einwohner ist trunksüchtig, jedes sechste Neugeborene in der UdSSR ist geistesschwach, 90 Prozent der Patienten von Entziehungskuren sind keine fünfzehn Jahre alt, der Wodka-Konsum stieg von 1952 bis 1982 von fünf auf dreißig Liter jährlich pro Einwohner.

Wenn das so weitergehe, werde die UdSSR im Jahr 2000 achtzig Millionen Trunksüchtige haben. „Dieser Trinkerwahn hat eine schrittweise Degeneration der Nation, vor allem der russischen, zufolge," hieß in dem Bericht (eine Anspielung darauf, daß unter den sechzig Millionen Moslems das Alkoholtrinken verpönt ist). In zwölf oder fünfzehn Jahren werde die UdSSR zusammenbrechen „als Staat, dessen erwachsene Bevölkerung zu mehr als der Hälfte aus Trinkern besteht, die unfähig sind, zu arbeiten oder sich zu verteidigen".

Wer diese Darstellung für überspitzt (oder gar für eine lancierte Fälschung) hielt, wird jetzt amtlich eines anderen belehrt. Trunksucht müsse als „Verbrechen" behandelt werden, forderte die „Prawda", offenbar zur Einstimmung auf Gesetze, die vom Zentralkomitee soeben beschlossen wurden und demnächst bekanntgegeben werden. Der schlimmste Ausdruck aus der Studie wurde von der Zeitschrift „Moskowskij Komsomolets" aufgegriffen: die Gefahr, daß „wir ... degenerieren und eine Nation von Geistesschwachen werden."

Aber ist nicht der Sozialismus das Paradies des neuen, besseren Menschen, wird nicht der kapitalistische Westen dagegen als „degeneriert" und Ort der Verzweiflung und der Drogensucht bezeichnet? Diese Zahlen stellen die schlimmsten Drogenberichte westlicher Länder in den Schatten. Eine ganze Nation flüchtet sich in den Alkohol, um die real existierende Trostlosigkeit vergessen zu können. Zu ihr gehört, daß dem neuen Mann nichts einfällt als Verbote und Strafen. Aber dem Samogon, dem in der Badewanne selbstgebrannten Tröster, ist damit nicht beizukommen. Der Fehlschlag ist voraussehbar. Der Zustand des Landes im Jahr 2000 auch.



„Aber ich bitte Sie, Herr Brandt!" KLAUS BÖHLE

Am Tag danach

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Der Kanzler im Halbzeit-Tief – das ist die Botschaft des Wahlausgangs in Nordrhein-Westfalen. Damit ist nicht etwa eine Ausgangslage für die Bundestagswahl 1987 beschrieben. Aber an der schweren Niederlage der CDU im größten Bundesland kann niemand vorbeireden. Es gibt ein kaum durchschaubares Gemenge von Gründen; doch soviel steht fest: Das momentane Urteil der Wähler über die Bundesregierung und ihre Koalition hat eine wichtige Rolle gespielt. Jetzt gerät Helmut Kohl in seine eigentliche Bewährungsprobe. Hält er seine Wende-Politik durch oder gibt er dem Druck starker Gruppen in der Union nach, die glauben, die Wahl 1987 sei am ehesten zu gewinnen, wenn die Regierung rechtzeitig anfange, Geschenke zu verteilen?

Wenn die Impulse geistiger Führung aus Bonn schwächer werden, dann füllt sich das Vakuum mit anderen Inhalten. Wie wir in Nordrhein-Westfalen und vorher im Saarland gesehen haben, sind es auf Personen bezogene, eher unpolitische Inhalte. Rau hat keinen politischen Wahlkampf geführt und trotzdem hoch gewonnen. Lafontaine stand und steht für eine Politik, die nicht einmal in der SPD mehrheitsfähig ist; dennoch hat er den CDU-Ministerpräsidenten Zeyer aus dem Feld geschlagen. Hier wie da wählten die Bürger nicht eine Politik, sondern einen Mann.

Stellt man die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland nebeneinander, so stößt man auf Sachverhalte, die auch die SPD nicht auf einen Nenner bringen kann. Rau, der nette Populist mit den milden Tönen gegenüber Amerika, und Lafontaine, der Demagoge mit dem nationalneutralistischen Kurs gegen Amerika, sie beide haben das gleiche Kunststück fertig gebracht. Beide haben die traditionellen SPD-Wähler, besonders die aus dem Gewerkschaftslager, voll hinter sich gebracht und dazu die Grünen unter die Fünf-Prozent-Marke gedrückt. Rau repräsentiert eine SPD, die mit Lafontaine nichts gemein hat, und Lafontaine eifert für eine SPD, für die Rau bestenfalls ein Maskottchen ist. Der Antiamerikanismus des Lafontaine-Flügels scheidet die beiden Lager, als handele es sich um zwei verschiedene Parteien. Genau auf diesen Punkt wollte Kohl den SPD-Vorsitzenden Brandt in der Wahlnacht vor dem Millionenpublikum des Fernsehens festnageln, und das erklärt, warum Brandt die Fasson verlor.

Brandt gibt diese beiden Persönlichkeitswahlen als Beweis dafür aus, daß es eine Mehrheit „diesseits" der Union gebe. Das Bild ändert sich allerdings sofort, nimmt man zwei weitere Persönlichkeitswahlen hinzu. Diepgen von der CDU machte in Berlin das Rennen als der tüchtige junge Mann aus der eigenen Stadt. Und Wallmann behauptete die absolute Mehrheit in Frankfurt, weil er ein bewährter Oberbürgermeister ist.

Die Wahlsiege Raus und Lafontaines wären nicht möglich gewesen, hätten sich die Erwartungen der Grünen erfüllt. Deren Schicksal zeigt, daß die Gespensterschlacht sich überschlagender Umweltkatastrophen zu Ende geht. Nicht, daß es keine bedrängenden Nöte des Umweltschutzes gäbe; aber die Bürger haben begriffen, woher Abhilfe kommen kann. Jedenfalls nicht von den Grünen. Folglich wenden sich die Bürger den traditionellen Parteien zu, die schon mit anderen Problemen fertig geworden sind.

Die Bonner Koalitionsparteien stehen vor der Frage, wie sie nach dem Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen ihre Arbeitsteilung auffassen wollen. Der FDP bestätigt sich ihre Erfahrung, daß sie in jedweder Koalition als Blutsauger der jeweiligen Kanzlerpartei existiert. Auf Nordrhein-Westfalen bezogen heißt das: Rohde hat seine Partei als Garanten der wirtschaftlichen Vernunft profiliert und so den Sprung in den Landtag geschafft. Die CDU hingegen muß sich eingestehen, daß sie der SPD keineswegs Wähler der linken Mitte abspenstig gemacht hat, vielmehr hat sie Wähler der rechten Mitte an die SPD abgegeben.



Es bleibt bei den FDP-Klimmzügen: Neben-Sieger Rohde FOTO: SVEN SIMON

Für die FDP könnte die Konsequenz klar sein. Je konzentrierter sie geraden wirtschaftspolitischen Kurs steuert, desto besser sind ihre Aussichten. Leider ist sie sich aber darüber nicht im klaren. Sie wird nicht davon lassen, in der Rechtspolitik und auf dem Feld der inneren Sicherheit ihre Klimmzüge zu machen. Nicht, weil das unmittelbar viel Wählerstimmen bringt, sondern weil sich die FDP mit solcher Art „liberaler Politik" von der Kanzlerpartei abgrenzen und „eigenständiges Profil" vorführen kann. Für Kohl ist es entscheidend, ob er in Bangemann den Partner findet, der den Freien Demokraten deutlich genug sagt, daß die FDP sich selbst torpediert, wenn sie mit ihrer radikaldemokratischen Attitüde die treuesten Unionswähler in die Partei der Nichtwähler treibt. Worms und Rohde haben das gemeinsame Ziel, in Düsseldorf die Regierung zu bilden, auch deshalb verfehlt, weil viele CDU-Wähler zu Hause blieben.

Kanzler Kohl wird sich entscheiden müssen, auf welche Ratgeber er hören will. Sein eigenes Urteil sagt ihm, daß seine Wende-Politik um so mehr an Strahlkraft verlor, je mehr Unionspolitiker die Sirenengesänge der Umverteilung anstimmten. Wenn Geißler und Blüm jetzt behaupten, es sei nun Sache der Unternehmen, mehr Arbeitslose einzustellen, so zeugt das von einer Verwirrung der Geister. Die Unternehmen werden erst dann mehr Arbeitskräfte einstellen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Ein Strohfeuer anzuzünden hätte ja auch keinen Sinn.

Wenn die Unternehmen zögern, dann muß der Kanzler den Schluß ziehen, daß seine Wende-Politik ihr Ziel noch nicht erreicht hat. Also darf er nicht jenen folgen, die ihm einreden wollen, eine große Volkspartei müsse für alle etwas aus dem Füllhorn übrig haben: für die Landwirte, die Arbeitslosen, die Rentner, die Frauen, die Familien. Gibt Kohl dem Drängen der Sozialausschüsse, der rheinischen CDU, der CSU nach, dann macht er seine eigene Politik kaputt. Am besten hält sich der Kanzler an die Börse vom Tag nach der Wahl: lebhaft und fest.

IM GESPRÄCH Nikolaj Tichonow

Breschnews Protegé

Von Rose-Marie Borngässer

Er wirkt wie ein Schatten der Vergangenheit hinter dem so vital auftrumpfenden Parteichef Michail Gorbatschow: Nikolaj Alexandrowitsch Tichonow, Vorsitzender des Ministerrats (Ministerpräsident) der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK, protokollarisch seit seinem Amtsantritt als Nachfolger Kossygins in der Spitzengruppe der sowjetischen Politiker aufgeführt – heute wird er achtzig Jahre alt. Er gehört zur alten Garde, zum Clan von Dnjepropetrowsk, sein Förderer und langjähriger Freund war einst Breschnew.

Den Deutschen von hüben und drüben ist dieser sowjetische Topmanager bestens vertraut. Als Ko-Vorsitzender in der gemeinsamen Wirtschaftskommission von Bundesrepublik und UdSSR und in der gleichen Funktion im ostdeutschen Bereich in den Jahren 1975–1980 kennt sich dieser Ost-Unterhändler in den Wirtschaftsusancen beider deutscher Staaten recht gut aus.

Tichonow wurde am 14. Mai 1905 in Charkow geboren. Der Sohn eines Angestellten war ein Jahr älter als sein einstiger Mentor Breschnew, mit dem der Ukrainer Tichonow gemeinsam im Institut für Hüttenwesen in Dnjepropetrowsk studierte. Begonnen hatte er seine Laufbahn als Lokführergehilfe. Von der Karriere Breschnews profitierte er Stufe für Stufe auf seiner Karriereleiter: Er wurde Fabrikdirektor, von 1950 an bekleidete er bereits hohe Ämter als Staatsfunktionär, etwa als stellvertretender Minister des Staatsrates für Wirtschaftswissenschaften oder stellvertretender Vorsitzender des Staatsplanes. Seit 1958 ist Tichonow Deputierter des Obersten Sowjet der UdSSR. Noch unter Stalin bekam er zweimal den Staatspreis der UdSSR (1943 und 1951).

Tichonows Werdegang zum Spitzenfunktionär unterscheidet sich von dem anderer sowjetischer Führer in



Mit achtzig in den Ruhestand? Tichonow FOTO: SVEN SIMON

wesentlichen Punkten. Er bekleidete im Parteiapparat auch auf unterer Ebene keine leitenden Posten. Seine Karriere wurde zu keiner Zeit von den wechselhaften politischen Ereignissen nach Stalin berührt. Keine offizielle Biographie Tichonows erwähnt irgendwelche „Verdienste" im Krieg. Nie wurde Tichonow je gemaßregelt oder kritisiert. Westliche Diplomaten rühmen seinen Sachverstand und die Informiertheit dieses weitgereisten Funktionärs, der auch Chruschtschow auf seiner Amerikareise begleitete.

Er wird in Kreisen seiner Mitarbeiter wegen einer Liebenswürdigkeit im Umgang geschätzt, die vom Auftreten anderer Spitzenfunktionäre stark absticht. Seine wichtigste Eigenschaft allerdings, darin sind sich alle einig, ist seine Angepaßtheit. Ob diese Eigenschaft derzeit noch ausreicht, muß bezweifelt werden: Schon munkelt man, daß Parteichef Gorbatschow Tichonow ablösen möchte, eventuell um auf seinen Posten Geidar Alijew oder Witalij Worotnikow zu hieven.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die meisten Zeitungen kommentierten die Wahl in Nordrhein-Westfalen:



Für Rau ist der Weg jetzt frei – bis in die Spitze der SPD. Er ist der eigentliche „Kronprinz" Willy Brandts. Helmut Kohl bekam einen Denkzettel. Er hatte sich für den farblosen Bernhard Worms entschieden und muß nun die Folgen mittragen.

WESTFALEN-BLATT

Johannes Rau kommt – und geht. Von Düsseldorf nach Bonn. Als Kanzleramtsbewerber der SPD. Darauf kann man – symbolisch, versteht sich – getrost den Hut wetten, den er an diesem denkwürdigen Wahlsonntag mit sensationellem Zugewinn siegreich in die Bundeshauptstadt mitbringen wird. **(Bielefeld)**

RHEINISCHE POST

Es stand zwar ziemlich fest, daß Raus SPD im Landtag die weitaus stärkste Fraktion bleiben würde, daß Rau aber zwischen seine SPD und die bisher große Gegnerin CDU mehr als 16 Prozentpunkte würde legen können, muß als eine politische Sensation gewertet werden ... Natürlich ist die gestrige Niederlage der Union im größten Bundesland auch eine empfindliche Schlappe für den Bundeskanzler. **(Düsseldorf)**

Badische Zeitung

Für die Union bleibt der alarmierende Befund, daß sie in schwere Wetter gerät, wenn sie die Politik der Wende nicht durch Erfolge legitimieren kann, die für alle sichtbar sind. Sie muß überdies mit Sorge konstatieren, daß die Konsolidierung einer neuen FDP, die gar keinen Hehl mehr aus ihrer Qualität als Wirtschaftspartei macht, voll auf ihre Kosten geht. **(Freiburg)**

Kölnische Rundschau

Das gestrige Wahlergebnis ist wie ein Zwischenzeugnis für Helmut Kohl, dem warnend angekündet wird, daß seine Regierung unter den gegebenen Umständen das gesteckte Klassenziel wohl kaum erreichen kann. Für Bonn wird es nunmehr höchste Zeit, die Wende nicht immer nur zu verkünden, sondern sie endlich auch zu praktizieren.

Main-Post

Kohl war es, der innerhalb der NRW-CDU seinen „Freund" Bernhard Worms als Spitzenkandidat durchgeboxt hatte, unter höchst unerfreulichen Begleitumständen und gegen beachtlichen parteiinternen Widerstand. Im Saarland hatte er ebenfalls auf den Verlierer gesetzt, auf einen weiteren „Freund", den farblosen früheren Ministerpräsidenten Zeyer gegen viele in seiner Partei. Zweimal auf den Falschen setzen und dann schwere Wahlniederlagen kassieren – das ist etwas, was in der CDU nicht folgenlos bleibt. **(Würzburg)**

Aachener Volkszeitung

Die Grünen, die bis zur Entscheidung an der Saar im vergangenen März darauf abonniert waren, alle Fünf-Prozent-Hürden mit großer Selbstverständlichkeit zu überwinden, haben ihren Höhepunkt als Verunsicherer der deutschen politischen Landschaft weit hinter sich.

Shultz, Gromyko und drei Krisenherde

Die verworrene Entwicklung im Nahen Osten / Von Jürgen Liminski

Zu dieser Jahreszeit ist morgens die Luft mild am Roten Meer. Und gegenüber der jordanischen Hafenstadt Akaba sonnen sich im israelischen Eylat am engen Strand oder in den zahlreichen Hotels schon etliche Touristen, während andere in das klare Golfwasser hinabtauchen, um die bizarren Korallenformen zu bewundern. Von diesen Schönheiten wird der amerikanische Außenminister Shultz bei seinem Arbeitsfrühstück mit dem jordanischen König Hussein in Akaba nur wenig gesehen haben.

Ihn drückt die Sorge, wie er dem König eine Delegation ohne offene oder verdeckte PLO-Mitglieder schmackhaft machen kann. Er wird sich später auf seinem Weg nach Wien mit dem Spruch des spanischen Gesellschaftsanalytikers Ortega y Gasset, den er gerne liest, getröstet haben: „Es gibt keine Helden mehr, es gibt nur noch den Chor."

In Wien wird Shultz heute seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko vielleicht etwas von dieser Sorge zu erkennen geben. Gromyko könnte ihm, wenn er dürfte, auch ein Liedchen davon singen. Beide werden immerhin darin übereinstimmen, daß die Dissonanzen im Raum bleiben und die Stürme in dieser Wetterecke der Weltpolitik nicht auf andere Regionen übergreifen dürfen. Der Vordere und Mittlere Orient gehören nach Aussagen amerikanischer Regierungssprecher zu jenen Krisengebieten, über die sich Moskau und Washington gemäß dem Vorschlag von Präsident Reagan zur Vermeidung direkter Konfrontationen von Zeit zu Zeit austauschen wollen. Auf drei Konfliktfeldern könnten die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der Weltmächte aufeinanderprallen. Hier muß eine Eskalation vermieden werden.

Da ist zunächst die zerfallende Republik Libanon. Die Nachrichtenlage ist konfus. Die Wahl eines neuen Chefs im christlichen Lager wird als Abwahl eines anderen und gleichzeitig als Annäherung an Syrien und Abwendung von Israel interpretiert. Die libanesischen Streitkräfte (vereinigte christliche Milizen) aber haben sich nach ihrer weißen Revolution am 12. März lediglich neu organisiert. Ein anderer Vorgang ist viel interessanter: Die Einbindung der in totalitären Strukturen denkenden Schiiten und Drusen ins prosowjetische Lager geht zügig voran. Direkte Kontakte Dschumblatts und Berris mit Moskau werden zur Routine. Auch Syrien unterstützt die Schiiten und hat Berri sogar den Posten des Premiers versprochen.

Libanon ist ein Konfliktfeld mit wechselnden Einflüssen von außen. Dominierend sind heute die syrischen und sowjetischen sowie die iranisch-schiitischen. Einzige Widerstandskraft gegen das Abgleiten der Republik aus dem westlichen Lager sind die Christen. Sie sind als strategischer Faktor noch unentdeckt. Ihr pluralistisches Denken und ihre jahrhundertealte Erfahrung mit dem Islam machen sie zum natürlichen Verbündeten aller bedrohten Minderheiten in Nahost und des Westens.

Der zweite, der israelisch-arabische, Konfliktherd ist fast ebenso verworren. Wer ist Palästinenser, zu wem gehören Judäa und Samaria, wer wagt den Frieden mit Israel? Auch hier: Pläne und Initiativen scheitern an den Maximen des Korans. Das religiöse und zivile Gesetzbuch der Muslims erlaubt einen freien Staat der Juden oder religiöse Selbstbestimmung christlicher und anderer Minderheiten im islamischen Meer nicht. In mehreren Suren regelt der Koran die Suprematie der Muslims über die Nichtmuslims.

Da seit den Urzeiten des Islam aber verschiedene religiöse Schismata die arabische Welt zerteilen und seit diesem Jahrhundert auch die staatliche Zellteilung der Solidargemeinschaft aller Muslims einen noch lange nicht beendeten Aufschwung kennt, gibt es für Israel auf lange Zeit keine zentrale Stelle, um eine Art Konkordat auszuhandeln. Es gibt nur den Weg der direkten Verhandlungen. Das mußte auch Shultz jetzt in Jerusalem erfahren. Gromyko und seine Bundesgenossen freilich plädieren für eine internationale Konferenz über die Köpfe der Israelis – im doppelten Sinn des Wortes – hinweg. Hier werden Shultz und Gromyko freundlich ihre Statements austauschen und am Status quo erst einmal festhalten.

Bleibt der Golfkrieg. Ihn gilt es e[illegible]zudämmen, bis das Regime der Mullahs stürzt. Daran hat Moskau mit den fast 50 Millionen Muslims in den Südrepubliken ebenso ein gewisses Interesse wie der eher an Freihandel und Seefahrt denkende Westen. Wer aber das Gleichgewicht der militärischen Ohnmacht am Schatt-el-Arab mit seinen Verdun-Szenen in ein Gleichgewicht des Friedens verwandelt sehen will, der müßte logischerweise die iranische Opposition unterstützen. Nach Lage der Dinge bietet nur die Nationale Widerstandsbewegung mit dem Sozialdemokraten Bachtiar an der Spitze eine Alternative. Hier halten sich die Großen heraus und warten einfach ab. Schließlich muß man zwar immer dabei sein, aber nicht in jedes Lied einstimmen – solange der andere nicht tief Luft holt.

Der Papst vor einer Mauer aus Protest und Desinteresse

Die 26. Auslandsreise von Papst Johannes Paul II. droht ihren Zweck zu verfehlen: Die Kluft in der katholischen Kirche der Niederlande scheint durch diesen Besuch eher größer zu werden.

Von F. MEICHSNER

Pfiffe, aggressive, ja beleidigende Plakate und Transparente, Zusammenstöße zwischen steinewerfenden Demonstranten und schlagstockschwingenden Polizisten, schließlich sogar ein versuchter Bombenanschlag – wenig Begeisterung, leere Bänke selbst bei kleingehaltenen Saalveranstaltungen, kritische Fragen, die ohne Antwort blieben.

Gewiß, Kontestation hat es auch schon anderswo gegeben. Etwa in Nicaragua, vom marxistischen Regime gesteuert, oder in der Schweiz bei einem Treffen mit Pfarrern. Nirgendwo jedoch waren Proteste und Dissens bisher so massiv und deutlich zum Ausdruck gekommen wie jetzt in Holland.

Die Protestbewegung artikuliert sich auf zwei Ebenen – einer säkularen und einer innerkirchlichen. Im weltlichen Bereich zeigt sie sowohl ausgesprochen vulgäre als auch primitiv ressentimentbestimmte Aspekte. In Utrecht beispielsweise ist ein Papst-Porträt mit einer roten Pappnase und dem italienischen Untertext „Johannes Paul II., der Oberclown des Weltzirkus" zu sehen.

Und unter den vielleicht 2000 Demonstranten, die am Sonntag auf dem Marienplatz zusammengekommen waren, trug einer an einer langen Stange ein mit Goldpapier umwickeltes Andreaskreuz, wie es als Warnschild vor unbeschrankten Bahnübergängen steht. Nach der Symbolik dieses Zeichens gefragt, mußte sich der Kreuzträger erst bei einem seiner rosa bemalten Gay-Freunde erkundigen. Die stammelnd vorgebrachte Erklärung lautete dann etwa: „Als die Juden mit Bahntransporten in die KZs gebracht wurden, hat das die Kirche untätig zugelassen." Solchen Zügen müsse in Zukunft Halt geboten werden. Daß ein Andreaskreuz nicht die Züge aufhält, sondern die Autofahrer zur Vorsicht mahnen soll, hatte man bei all dem unausgegorenen Protesteifer wohl nicht bedacht.

Papst und Kirche werden von derartigen Demonstrationen wohl nur indirekt insofern betroffen, als sich darin die Perspektivlosigkeit und Frustration einer Jugend ausdrückt, die durch Massenarbeitslosigkeit geschlagen ist. Direkter ist hier der Staat angesprochen, gegen dessen Massenaufgebot an Ordnungskräften sich auch die Aggression der Demonstranten in erster Linie richtete.

Ins Herz der Kirche zielt dagegen der Dissens, der sich im Verlauf dieses Papstbesuches vor allem durch demonstrative Passivität, gelegentlich aber auch – trotz aller Manipulationsversuche einer zum Großteil aufgepfropften und deshalb offensichtlich wenig volksnahen Hierarchie – in kritischen Fragen und offenen Klagen äußert.

In 's-Hertogenbosch fragten wir eine der wenigen Nonnen, die an der Prozession mit dem Papst teilnahmen, wo denn viele ihrer Mitschwestern geblieben, ob sie etwa zu alt oder zu krank seien, um mitzugehen. Die Antwort war: „Ja, manche sind wirklich zu alt und zu krank, viele sind aber auch einfach zu Hause geblieben."

Dieses Fernbleiben ist die Quittung dafür, daß der designierte Kardinal und Erzbischof von Utrecht, Adrianus Simonis, die Parole „Keine Diskussion!" ausgegeben hat. Noch einen Tag vor der Ankunft Johannes Pauls II. betonte er auf einer Pressekonferenz: „Das ist kein Diskussionsbesuch. Dafür ist der Besuch nicht gedacht. Wer diskutieren will, muß das mit den Bischöfen tun."

Daß Papst-Besuche angesichts ihres großen Rahmens für Diskussionen wenig geeignet sind, liegt auf der Hand. Hier in Holland hätte man freilich noch am ehesten einen echten Meinungsaustausch arrangieren können. Simonis wies vor der Presse ausdrücklich auf den „kleinen Maßstab" hin, in dem die Veranstaltungen – „vor allem aus Kostengründen" – organisiert wurden. Während des ganzen viertägigen Besuches gibt es nur eine, die keinen geschlossenen Kreis hat.

Aber offensichtlich ist auch der Papst selbst nicht zum Diskutieren aufgelegt. Bei einer Gelegenheit begründete er das mit Sprachschwierigkeiten und – für viele Zuhörer wenig überzeugend – mit der mangelnden eigenen Kompetenz in Fragen, zu denen er sich sonst recht häufig zu äußern pflegt (Dienst und Sorge, Emanzipation der Frau und Solidarität). Seine Ermahnungen zum Gehorsam empfanden offensichtlich die wenigsten Katholiken Hollands als Antwort auf aufgeworfene Fragen.

Sprachprobleme und Monologe

Daß die Sprachschwierigkeiten bei diesem Besuch für den Papst ein ausgesprochenes Handikap sind, steht außer Zweifel. Sie hindern ihn daran, den direkten Kontakt zu den Massen herzustellen, der bisher noch bei jeder Reise anfängliche Verkrampfungen löste und – wie etwa in Kanada – den innerkirchlichen Dissens zu überbrücken vermochte.

Der durch die Sprache erzwungene Verzicht auf Spontaneität nimmt dem Papst sicherlich eine seiner bewährtesten Einwirkungsmöglichkeiten auf die Massen. Was bisher in Holland geschah, beschränkte sich, soweit es sprachlich Ausdruck fand, weitgehend auf Monologe, denen nicht einmal alle zuhörten. Ob das die richtige Methode ist, die tiefgehende Kirchenkrise in diesem Land zu überwinden, wird von nicht wenigen holländischen Katholiken stark bezweifelt.

„Wir leben in einer geteilten Kirche mit stark gegensätzlichen Tendenzen", sagte Monsignore Simonis zu Beginn dieser päpstlichen Pastoralvisite. Und er fügte hinzu, daß er zwar auf einen Einigungseffekt hoffe, einen zusätzlichen Polarisierungsschub aufgrund des Besuches kurzfristig jedoch nicht ausschließe. Trotzdem habe man es „gewagt", den Papst einzuladen.

Auch Johannes Paul II. ist, als er dieser Einladung nachkam, ein Wagnis eingegangen. Es betrifft wohl weniger seine persönliche Unversehrtheit, die trotz aller Krawalle kaum ernstlich bedroht zu sein scheint – nicht zuletzt dank des Einsatzes von einer angeblich 13 000 Mann starken Polizeistreitmacht. Aber es betrifft seine Autorität als kirchliches Oberhaupt, so wie er sie begreift.



Ein Lamm für den Oberhirten der Katholiken FOTO: ANP

Diese Autorität war schon vor dem Besuch im holländischen Kirchenvolk bedenklich angeschlagen. Meinungsumfragen machten deutlich, daß sich die Mehrheit der Katholiken in diesem Land nicht an das hält oder das ablehnt, was dieser Papst in umstrittenen Fragen wie Empfängnisverhütung, Zölibat, Mischehe, Verweigerung des Priesteramtes für Frauen und so weiter sagt. Das mag in manchen anderen Ländern ähnlich sein. Nur kam in Holland dieser Dissens bisher weit offener zum Ausdruck als anderswo.

Vorläufig deutet nichts darauf hin, daß sich dies durch den Besuch ändern wird. Manches scheint sich eher noch verschärft zu haben – für die holländische Kirche ebenso wie für den Papst.

Vor dem Besuch konnte Pater Goddijn, Professor an der Universität Tilburg, noch mit einer gewissen Berechtigung Klage führen über die große Publizität, die in den internationalen Massenmedien gerade dem holländischen Dissens gegegeben werde. „Gewisse Dinge werden groß herausgestellt, nur wenn sie aus einer unserer 1800 Pfarreien kommen", sagte er in einem Interview mit der katholischen italienischen Zeitschrift „Jesus". „Wenn das gleiche in Deutschland oder in der Schweiz passiert (was der Fall ist), wird das von den Medien gar nicht wahrgenommen."

Heute läßt sich die Argumentation wohl kaum noch aufrechterhalten. Weder in Deutschland noch in der Schweiz hat man dem Papst ein Transparent mit der Frage entgegengehalten, ob er selbst an den „Papstkäse" glaube. Weder in Deutschland noch in der Schweiz wurde er auf einem Homosexuellen-Happening zotig attackiert und teilweise ausgesprochen vulgär beschimpft. Weder in Deutschland noch in der Schweiz wurde auch von gläubigen Katholiken soviel Desinteresse am Papstbesuch bekundet.

„Wir sind eben offener als viele andere", wird einem in Holland auf solche Hinweise geantwortet. „Wir sind es gewohnt, daß sowohl die gesellschaftlichen Randgruppen als auch die innerkirchlichen Dissidenten frei ihre Meinung zum Ausdruck bringen können." Wenn dem so ist, bleibt nur der Schluß, daß der Papstbesuch kirchlich und gesellschaftlich die bestehenden Spannungen eher noch mehr artikuliert als überbrückt hat.

Hoffnung auf die nächsten Etappen

Sollte sich dieser Eindruck erhärten, wäre nicht auszuschließen, daß diese 26. Auslandsreise Johannes Pauls II. als der erste eklatante Mißerfolg in die Annalen der päpstlichen Reise-Seelsorge eingeht. Dabei hatten die Organisatoren dieser Reise aus gutem Grund nicht einmal die beiden größten holländischen Städte – Amsterdam und Rotterdam – in das Programm aufgenommen. Wie die „Stiftung Papstbesuch", von der die Reise vorbereitet wurde, in einer Dokumentation eingesteht, wurden sie „aus Sicherheitserwägungen außer Betracht gelassen".

Bleibt für den Papst und sein Gefolge die Hoffnung, daß sich wenigstens auf den nächsten beiden Reise-Etappen – in Luxemburg und Belgien – das Klima bessern wird. Im luxemburgischen Echternach ist man zumindest traditionell mit dem vertraut, was viele holländische Katholiken für den Rhythmus päpstlicher Kirchenpolitik halten: Bei der Echternacher Springprozession hüpfte man im Mittelalter drei Schritte vor und zwei wieder zurück.

„Es war ein schwieriger, es war ein steiniger Weg"

Vor zwanzig Jahren, am 12. Mai 1965, nahmen die Bundesrepublik Deutschland und Israel die diplomatischen Beziehungen auf. Die WELT befragte den ersten Botschafter Bonns, Rolf Friedemann Pauls, nach der Bedeutung der damaligen Entscheidung und nach seinen persönlichen Erlebnissen. Das Gespräch führte Herbert Kremp.

WELT: Herr Botschafter, Sie waren der erste Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel. Golda Meir hat in ihren Memoiren die Situation geschildert. Sie waren deutscher Offizier und Ritterkreuzträger. Sie waren schwer verwundet. Golda Meir hatte ursprünglich Bedenken gegen Ihre Akkreditierung. Als Sie dann nach Ihren Dienstjahren das Land verließen, wurde Ihnen freundschaftliches Lob gezollt. Welchen Weg hatten Sie zurückzulegen?

Pauls: Es war ein Weg, der zu Anfang natürlich sehr schwierig und im wahrsten Sinne des Wortes steinig war – denn es flogen Steine, als ich mein Beglaubigungsschreiben überreichte. Und dieser Anfang war eine sehr enervierende Zeit. Ich erinnere mich sehr wohl, daß ich mit meinen vorzüglichen Mitarbeitern jeden Abend zusammengesessen habe, um zu überlegen, was wir richtig, was wir falsch gemacht und was wir gar nicht gemacht haben. Und ich bin damals manchmal etwas verzweifelt gewesen, ob das überhaupt gelingen würde, wobei ich glaube, daß jeder erste deutsche Botschafter in erhebliche Schwierigkeiten hineingeraten wäre.

Denn unabhängig von meiner Akkreditierung darf ich daran erinnern, daß es bei der Bekanntgabe des Entschlusses, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, in Israel Demonstrationen gegen diesen Entschluß gegeben hat. Aber es ist dann in der Folge so gewesen, daß wir viel Ermutigung aus der israelischen Bevölkerung bekommen haben.

Ich erinnere mich an ein Ereignis, das mich damals sehr bewegt hat. Da war eine Demonstration von Tausenden von Menschen vor dem Sheraton-Hotel, in dem wir saßen, und bei der der spätere Ministerpräsident Begin – ein sehr begabter Redner – scharf gegen die Anwesenheit einer deutschen Botschaft und eines deutschen Botschafters Stellung nahm. Eine Stunde später wurde mir ein Blumenstrauß gebracht mit einem Zettel daran: „Gute Wünsche von den Nachbarn des Sheraton-Hotels."

Besonders geholfen hat Moshe Dajan, den ich bald kennenlernte. Zwischen uns hat sich eine sehr persönliche Beziehung entwickelt, die bis zu seinem Tode erhalten blieb. Sehr geholfen hat David Hacohen, der damalige Vorsitzende des Auswärtigen und Verteidigungs-Ausschusses (die Israelis haben aus begreiflichen Gründen dafür einen einzigen Ausschuß). Und ich vergesse auch nicht meinen dritten Freund, Sev Shek, der damals Abteilungsleiter im Außenministerium war und später als Botschafter in Rom früh gestorben ist. Ich nenne diese drei, und es gibt viele, viele andere. Das hat uns vorangebracht, so daß drei Jahre später das Urteil dann ganz anders ausfiel und daß auch Golda Meir dies in ihren Erinnerungen schreiben konnte.

WELT: Nach dem historischen Gespräch, das Konrad Adenauer mit Ben Gurion 1960 im Waldorf Astoria Hotel in New York geführt hatte, war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel für die Regierung Bundeskanzler Erhards nicht nur ein Vollzug, sondern auch ein Wagnis. Wie stellte sich die Situation zwischen den Ländern damals dar?

Pauls: Daß irgendwann diplomatische Beziehungen aufgenommen werden würden, zeichnete sich nach Abschluß des sogenannten Luxemburger Vertrages 1953 ab. In den 50er Jahren war die Zeit dafür noch nicht reif. Die innere Situation Israels hätte das nicht ertragen und hat es ja 1965 auch nur unter großen Schwierigkeiten ertragen. Für uns war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel deshalb so wichtig, weil wir dadurch wieder voll in die Ära normaler Beziehungen zwischen Völkern und Staaten eintraten. Der Ausgleich mit den Juden und mit Israel hat auch ganz wesentlich dazu beigetragen, daß wir in den Vereinigten Staaten Grund gewinnen konnten. Wie mühsam das ist, haben gerade die letzten Wochen wieder gezeigt.

Es war für uns auch ein Wagnis – das hat sich dann bei Aufnahme der Beziehungen gezeigt – mit Blick auf unsere ja teils guten, teils normalen Beziehungen zu der großen Anzahl arabischer Staaten. Wenn man heute sagt, man habe, nachdem die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel bekanntgeworden seien, ja gar nichts anderes tun können, als die Beziehungen mit Israel aufzunehmen, so kann ich dem nicht zustimmen. Sicher hätte man den Schaden, der uns daraus in den arabischen Staaten durch die Waffenhilfe erwachsen war, irgendwie anders heilen können. Aber es war im Kern eben ein genuin politischer, starker Entschluß der damaligen Bundesregierung – des Kanzlers persönlich, der ja allein eine solche Entscheidung dann treffen kann –, die Beziehungen aufzunehmen und die Verhandlungen darüber hic et nunc führen zu lassen.

WELT: Herr Pauls, wie schätzen Sie die deutsch-israelischen Beziehungen heute ein?

Pauls: Trotz mancher Irritationen, die es in den 20 Jahren gegeben hat, schätze ich sie als gut entwickelt ein. Und das, obwohl heute die wirtschaftliche Lage, in der das eine und das andere Land sich befinden, schwieriger geworden ist. Die allgemeine Zustimmung zu Israel und zur israelischen Politik ist in unserem Land nicht mehr so breit gelagert wie damals, sondern aus Gründen, die wir beide kennen und schon erörtert haben, brüchiger und fragwürdiger geworden.

Trotzdem haben sich die Beziehungen ganz gut entwickelt. Sie sind eben nicht mehr nur Reparations-Beziehungen, sondern inzwischen echte außenpolitische Beziehungen. Das heißt, wir schauen nicht nur rückwärts, sondern wir schauen nach vorn. Und das werden wir auch in Zukunft schaffen, wenn wir wissen und uns stets erinnern, daß wir nicht vergessen dürfen und voll verstehen, daß Juden und Israelis nicht vergessen können. Wenn wir uns so einstellen, werden wir auch in der Lage sein, die Praxis zu bewältigen, indem wir den Blick nach vorne richten, aber die düstere Vergangenheit nicht aus dem Auge verlieren und die Konsequenzen, die sie für uns bedeutet.

Aus dieser Schau, meine ich, sollten wir auch die Gesamtlage im Nahen Osten betrachten. Wir sollten da, wo wir Israel nicht helfen können, alles vermeiden, was die sehr neuralgische Position dieses Landes erschweren könnte.



Staatspräsident Schasar und Außenminister Golda Meir begrüßen den ersten deutschen Botschafter in Israel, Rolf Friedemann Pauls FOTO: DPA

Rau ist der neue Hoffnungsträger der Partei. Wie lange bleibt er in Düsseldorf?

Von WILM HERLYN

Ein überwältigender Sieg – ein strahlender Gewinner – eine vor Kraft strotzende Partei. Aber auch die 52,1 Prozent eines Wahlsonntages werden nicht darüber hinwegtäuschen können, welche Probleme diese SPD-Landesregierung lösen muß. Eine satte Mehrheit von 125 Sitzen im Landtag gegen 88 von der CDU und 14 von der FDP spielt ihr alle Möglichkeiten in die Hand. „Der Wähler hat", so urteilt Johannes Rau, „der SPD die Kompetenz zugetraut bei Ökologie und Ökonomie."

Und in der Tat sind das die beiden Themenkreise, die dem Land in den kommenden fünf Jahren schwer zu schaffen machen werden. Es sind die Themen, die (trotz oder wegen der absoluten Mehrheit?) die SPD schon in der vergangenen Legislaturperiode nicht offen und schonungslos analysierte und entsprechend kaum Lösungsansätze anbieten konnte.

Schlechtes Klima für Unternehmer

Aber auch die Gewerkschaften und Arbeitnehmer erwarten jetzt von der Sozialdemokratie dringend, daß Johannes Rau das bevölkerungsreichste Bundesland energisch aus seiner Haushalts- und Finanzkrise herausführt und die offensichtlichen Strukturschwächen heilt.

Dabei wird es ihm nicht helfen, die Schuldzuweisungen allein nach Bonn zu schieben. Auch Rau ist eine Unternehmer-Umfrage bekannt, aus der eindeutig die Präferenzen für Investitionen hervorgehen: Trotz der hervorragenden Infrastruktur des Landes zwischen Rhein und Weser vermissen die Unternehmer ein geeignetes Klima und entsprechende Rahmenbedingungen – sie geben mehrheitlich Investitionen in CDU/CSU-regierten Bundesländern den Vorrang.

Eine Klimaverschlechterung zwischen der SPD und dem Unternehmerlager kennzeichnet die Antwort des Paderborner Computerherstellers Heinz Nixdorf auf die Frage: „Hätten Sie Ratschläge an Johannes Rau, was er machen sollte, was er besser machen könnte?" Nixdorf entgegnete: „Wir liegen so weit auseinander, daß ich keine Ratschläge geben möchte." Diese Funkstille muß Rau ändern und wieder auf Empfang und Sendung gehen. Viel Zeit dafür hat er nicht.

Zwei Jahre, heißt es in Düsseldorf nach dem Triumph. Denn nun ist er Hoffnungsträger der Sozialdemokraten, auch in Bonn wieder die Macht übernehmen zu können. Selbst Hans-Jochen Vogel, der Fraktionschef der SPD im Bundestag, gibt unumwunden zu: „Wenn wir Ende dieses Jahres den Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1987 bestimmen werden, spielt sicher auch ein solches Wahlergebnis eine Rolle. Und wenn die Wahl zwischen Herrn Rau und mir liegt, werden wir wohl etwa zehn Minuten brauchen, uns zu entscheiden."

So war es auch 1982 auf dem Münchner SPD-Parteitag, als die beiden im „Bayerischen Hof" eine halbe Stunde lang brauchten, um zu klären, wer als Stellvertreter von Willy Brandt aufrücken soll und wer später eine mögliche Kanzlerkandidatur übernimmt. Johannes Rau sagt zu jedem, er sei für das Amt des Ministerpräsidenten angetreten und wolle es auch fünf Jahre lang bis 1990 ausüben. Aber er wird sich dem Ruf der Partei nicht entziehen können, wenn die Entscheidung drängt.

Gewiß – bei allem Ehrgeiz hat Rau seine Vorbehalte gegenüber der Bundespolitik, weiß er doch, daß in Bonn ihn nicht alle in der SPD-Baracke lieben. Aber dennoch ließ er sich willig von Willy Brandt, seinem Förderer, in die „große Politik" einweisen. Das begann mit Auslandsreisen für die Friedrich-Ebert-Stiftung und endet nicht mit offiziellen Besuchen in Moskau und Washington.

Welche Gruppierung der SPD dann in Nordrhein-Westfalen das Heft in die Hand nimmt, ist heute nicht abzusehen. Eine gewichtige Rolle wird Klaus Matthiesen spielen, der jetzige Landwirtschaftsminister, der – noch ist es nicht offiziell – die Umweltabteilung des Arbeitsministeriums erhalten wird und damit die Fragen der Ökologie in seinem Bereich bündelt. Der „rechte" Flügel wird sich wohl für den erfolgreichen Kultusminister Hans Schwier aussprechen, und Christoph Zöpel, das Enfant terrible der Linken, wird seine Ansprüche anmelden. Aber nichts wird laufen ohne den Königsmacher im Hintergrund, den mächtigen Bezirkschef von Westfalen, Hermann Heinemann. Der Wechsel in der SPD kann auch eine Chance für die CDU sein.

Sicher wird Bernhard Worms, der die schwerste Niederlage der Union in Nordrhein-Westfalen einstecken muß, heute nachmittag wieder als Vorsitzender der Fraktion kandidieren. Die Solidarität in der Niederlage wird auch jetzt noch keine Gegenkandidatur zulassen.

Aber schon im Sommer ist Parteitag von Westfalen-Lippe, auf dem Kurt Biedenkopf als Vorsitzender wiedergewählt werden will. Und im Herbst tagen die Rheinländer, ebenfalls mit Neuwahlen auf dem Programm. Vielleicht sind es die letzten getrennten Versammlungen. Nicht nur CDU-Generalsekretär Heiner Geißler denkt über neue Organisationsformen nach. Auch in den eigenen Reihen mehrt sich Unzufriedenheit.

Peter Jungen, der Vorsitzende der CDU-Wirtschaftsvereinigung Rheinland, drängt auf einen Zusammenschluß der beiden Landesverbände. Vielfach wird in den offenen und verdeckten Streitereien zwischen Westfalen und Rheinländern eine der entscheidenden Schwächen der Union analysiert. Da steht der „Kölsche Klüngel" gegen die „Westfälische Riege", und eine Gruppierung neidet der anderen Pöstchen, Einfluß und Pfründe.

Das überraschende Ergebnis des Sonntags führt zu einer radikalen Verjüngung der Fraktion, unbekannte und unverbrauchte Kräfte werden – wenn sie richtig eingesetzt sind – auch der Arbeit im Landtag eine neue Prägung geben können.

Freie Demokraten als belebendes Element

Und die dritte Chance liegt auch in der Möglichkeit, zur Hälfte der Legislaturperiode – wenn der Gegenspieler Johannes Rau, nach Bonn geht – eventuell einen neuen Kandidaten aufzunehmen. Erste Kontakte werden – wieder einmal – nach Niedersachsen geknüpft, wo Werner Remmers nicht an Ernst Albrecht vorbeikommt und nur in seiner westfälischen Heimat in Düsseldorf reüssieren könnte.

Als belebendes Element in dem häufig eintönigen Zwei-Parteien-Landtag werden sich nun die Freien Demokraten sehen. Bei aller Freude über ihre sechs Prozent „bin ich doch ein wenig traurig und an das Saarland erinnert", meint der Spitzenkandidat Achim Rohde zur WELT. Auch dort hatte die FDP mit Horst Rehberger einen glänzenden Erfolg errungen und doch nicht mit der CDU die Regierung stellen können.

An Profilierungen wird es nicht mangeln. „Die Themen des Wahlkampfes sind die Themen der Oppositionsarbeit", sagt Rohde: „Zukunftssicherung durch Technologie, Forschung, Umweltschutz, Förderung der kleinen und mittleren Betriebe." Auch in der Opposition, so hofft er, kann man die Angst und die Abwehrhaltung der SPD gegen die neuen Technologien so an den Pranger stellen, „daß die Sozialdemokraten einfach umdenken müssen".

So wählte Nordrhein-Westfalen
Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Landtagswahl 1985			Landtagswahl 1980			Bundestagswahl 1983 (in NRW)	
Wahlberechtigte	12 694 983			12 342 282			12 576 604	
Abgegeb. Stimmen	9 563 102			9 874 427			11 254 374	
Wahlbeteiligung	75,3%			80,0%			89,5%	
Gültige Stimmen	9 479 743			9 818 518			11 176 337	
Partei	Stimmen	%	Mand.	Stimmen	%	Mand.	Zweitstimm.	%
SPD	4 942 255	52,1	125	4 756 103	48,4	106	4 782 220	42,8
CDU	3 464 053	36,5	88	4 240 885	43,2	95	5 046 812	45,2
FDP	565 370	6,0	14	489 225	4,98	–	716 412	6,4
Grüne	431 464	4,6	–	291 379	3,0	–	581 350	5,2
Sonstige	76 621	0,8	–	40 926	0,4	–	49 543	0,4

Viele bekannte Namen der CDU sind auf der Reserveliste nicht abgesichert

Von GÜNTHER BADING

„Es gibt eine Fülle eigener Fehler." Das Eingeständnis noch in der Nacht der Niederlage stammt nicht etwa, wie die Wortwahl vermuten ließe, von einem Christdemokraten, sondern vom „wegrotierten" Abgeordneten der Grünen, Eckhard Stratmann. Die eigenen Fehler werden allerdings die Diskussion nicht nur in seiner zum zweiten Mal in Nordrhein-Westfalen an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten Partei noch lange Zeit beschäftigen.

Auch in der CDU setzte die Diskussion über die Hintergründe des Debakels schon in der Nacht zum Montag ein. Der vernichtend geschlagene Spitzenkandidat Bernhard Worms deutete vorsichtig an, daß die Zweiteilung in starke Landesverbände – hie Rheinland, dort Westfalen – innerhalb eines einzigen Bundeslandes doch möglicherweise nicht der Weisheit letzter Schluß sei.

Mehr westfälische als rheinische Abgeordnete

Und die westfälischen Wahlkämpfer – nicht Kurt Biedenkopf, der die Gemeinsamkeit der Niederlage beschwor und auch den Bundesvorsitzenden und Kanzler mit einzubeziehen schien – rechneten beim Umtrunk ohne Jubelfeier vor, daß man in der neuen Fraktion immerhin mehr westfälische als rheinische Abgeordnete haben werde.

Die Erbsenzählerei kann das durch das gesamte Bundesland schlechte Ergebnis nicht wegwischen. Verloren hat die CDU allerorten, auch in den angestammten Hochburgen im Westfälischen. Selbst in Kreisen wie Coesfeld, wo die Union in der Vergangenheit stolze und sichere 61,8 Prozent, und in Paderborn, wo man gar 68,9 Prozent bei der letzten Landtagswahl vor fünf Jahren hatte, rutschten die Zahlen der CDU auf 53,1 und (für Paderborn „magere") 60,2 Prozent ab. Der als Schatten-Finanzminister geltende Theo Schwefer war sich der absoluten Mehrheit der CDU im Hochsauerlandkreis I so sicher – bei 52,4 Prozent vor fünf Jahren –, daß er sich nicht einmal über die Landesliste absichern ließ. Das Ergebnis: Die SPD kletterte zwar „nur" um fünf Punkte von 40,3 auf 45,4 Prozent, wurde damit aber stärkste Partei im Wahlkreis, denn die Union rutschte auf 44,5 Prozent hinunter. Schwefer wird dem nächsten Landtag also nicht mehr angehören.

Neben ihm gibt es eine Liste mit Namen nicht in den Düsseldorfer Landtag zurückkehrender Abgeordneter, deren Sachverstand der neuen Fraktion sicher fehlen wird. Sie umfaßt Politiker wie den Landwirtschaftsexperten Eckard Uhlenberg aus Soest, den profilierten Leiter des Untersuchungsausschusses zum Aachener Klinikum, Rolf Klein aus Münster, den schulpolitischen Sprecher der Fraktion, Peter Olaf Hoffmann, aber auch Dietmar Katzy aus dem als „sicher" geltenden Wahlkreis Aachen I, wo die CDU von 48,2 Prozent auf 39,2 absackte und die Sozialdemokraten mit 46,1 Prozent erstmals stärkste Partei wurden.

Die Zusammensetzung der neuen CDU-Landtagsfraktion wird weitgehend von den Bewerbern auf der Landesreserveliste bestimmt. Nur 26 Mandate holte die CDU direkt. Deshalb werden die Listenbewerber bis Platz 64 in den Landtag einziehen. Prominentester Listenplatzbewerber ohne eigenen Wahlkreis war der westfälische Landesvorsitzende Kurt Biedenkopf. Auch Fraktionschef Bernhard Worms zog – erwartungsgemäß angesichts der seit Jahren eindeutigen SPD-Mehrheiten im Erftkreis – nur über die Landesliste in das Parlament ein. „Wir werden auf viele gute Leute verzichten müssen", kommentierte Kurt Biedenkopf den Reservelisten-Aspekt der Wahlniederlage.

Viele der Landeslistenbewerber hatten nicht im Ernst mit der Möglichkeit eines Einrückens in den Landtag gerechnet. So die Düsseldorfer Hausfrau Anne Hanne Siepenkothen (CDU). Sie erlebte die Wahlparty im Düsseldorfer Rathaus mit; sah, wie ihr SPD-Gegenkandidat, der DGB-Kreisvorsitzende Hans Reymann unaufhaltsam gewann und schließlich 58,2 Prozent für seine Partei einheimste und kommentierte dann die 31,0 (1980: 36,6) Prozent der Union mit der Bemerkung, sie habe von allen Kandidaten „am wenigsten verloren", weil sie sich niemals irgendwelche Hoffnungen gemacht habe. Sprach's, verließ den Raum und bekam deshalb erst am Montag morgen mit, daß sie mit Listenplatz 63 ebenfalls dem Landesparlament angehören wird.

Die Ergebnisse der Landeshauptstadt Düsseldorf sind symptomatisch für den landesweiten Trend. So hat die siegreiche SPD bei der letzten Landtagswahl in den sechs Düsseldorfer Wahlkreisen zusammen 161 992 Stimmen auf sich gezogen. Das langte damals bei einer Wahlbeteiligung von landesweit 80 Prozent für 47,8 Prozent an Stimmenanteil. Die absolute Stimmenzahl hat sich für die SPD in Düsseldorf kaum geändert: 161 929 Berechtigte gaben ihr am Sonntag die Stimme. Dennoch war der relative Stimmenanteil aufgrund der geringeren Wahlbeteiligung (75,2 Prozent) auf 50,9 Prozent geklettert. Die CDU verlor in der Landeshauptstadt auch kräftig an Stimmenzahlen: von 144 992 vor fünf Jahren auf 112 564 jetzt. Die FDP legte von 19 850 (5,9 Prozent) auf 24 526 (7,7) abgegebene Stimmen zu.



Die Schlacht ist geschlagen. Bernhard Worms und Kurt Biedenkopf, den gemeinsamen Verlierern, steht die Enttäuschung im Gesicht FOTO: AP

Die Sozialdemokraten erscheinen in der vom Landeswahlleiter am Montag veröffentlichten Ergebnisbroschüre vor der langen Landesliste der CDU mit nur einem Satz: „Kein Anspruch aus Landesreserveliste, da alle Sitze in Wahlkreisen errungen wurden." Eine ganze Reihe führender SPD-Kandidaten, darunter auch mehrere Minister, waren nicht einmal über die Landesliste „abgesichert" worden – so sicher war man sich bei der SPD, daß der Genosse Trend in Richtung absoluter Mehrheit laufen werde.

So trat der Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel, im Wahlkreis Bochum IV ohne Listenabsicherung an und schraubte prompt das SPD-Ergebnis auf 64,0 Prozent.

Gutes Ergebnis für Riemer

Und Wissenschaftsminister Rolf Krumsiek trat im Wahlkreis 110 Minden-Lübbecke I sogar aus der Verliererposition von 1980 an: Damals hatte die SPD 46,2 Prozent gegen 46,6 Prozent der CDU in diesem Wahlkreis. Dennoch verzichtete Krumsiek auf Listenabsicherung und behielt recht: 49,1 Prozent für seine Partei gegen nur noch 41,4 Prozent der Union. Der langsam zum Wortführer des innerhalb der SPD als „rechts" bezeichneten Flügels werdende Hans Schwier holte 48,3 Prozent für die SPD (1980: 44,0) und verwies die in Gütersloh III früher siegreiche CDU (1980: 46,3) auf Platz zwei mit 38,9 Prozent.

Johannes Rau, Listenplatz eins der SPD, holte in seinem Wahlkreis Wuppertal III 56,2 Prozent (52,0) und degradierte die CDU zur 30,0-Prozent-Partei.

Bei den Freidemokraten zogen alle 14 Abgeordneten über die Landesliste ein. Spitzenkandidat Achim Rohde, der sich in seinen Kommentaren strikt an die offenkundig mit der Bundespartei abgesprochene Sprachregelung hielt: „Keine Schuldzuweisungen an die Union", hatte in Düsseldorf II deutlichen Erfolg: von 6,6 Prozent 1980 auf 9,3 Prozent. Ein ähnlich gutes Ergebnis bekam der innerparteilich nach wie vor als Gegenspieler Rohdes und Anhänger der früheren sozialliberalen Koalition geltende Horst-Ludwig Riemer. Auch er kandidierte in einem der Düsseldorfer Wahlkreise und zog von 6,0 Prozent 1980 diesmal 9,1 Prozent der Wählerstimmen auf sich und die FDP.

Die letzten Wahlen in Bund und Ländern (CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne/Alternative; in %)

Wahl	Datum	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne/Alternative
Bundestag	6.3.83	48,8	38,2	7,0	5,6
Schleswig-Holstein	13.3.83	49,0	43,7	2,2	3,6
Bremen	25.9.83	33,3	51,3	4,6	5,4
Hessen	25.9.83	39,4	46,2	7,6	5,9
Baden-Württemberg	25.3.84	51,9	32,4	7,2	8,2
Berlin	10.3.85	46,4	32,4	8,4	10,6
Saarland	10.3.85	37,3	49,2	10,0	2,5
Nordrhein-Westfalen	12.5.85	36,5	52,1	6,0	4,6

DIE WELT

Das eindeutige Ergebnis ist keine Präjudizierung der Bundestagswahl

Von W. KALTEFLEITER

Je ausgeprägter der Trend bei einer Wahl ist, desto größer ist die Versuchung, dieses Ergebnis durch ein herausragendes Ereignis erklären zu wollen. Aber gerade die erdrutschartige Wählerbewegung in Nordrhein-Westfalen zeigt wieder einmal, daß bei jeder Wahl verschiedene Faktoren zusammen und in die gleiche Richtung wirken. Geringfügige Verschiebungen zwischen zwei Wahlen sind häufig das Ergebnis gegenläufiger, sich zum Teil kompensierender Trends, während solche Ausschläge, wie sie in Nordrhein-Westfalen zu beobachten sind, dadurch zustandekommen, daß mehrere Faktoren zusammen und in die gleiche Richtung wirken.

Die Bedeutung des Pendelschlages in Nordrhein-Westfalen wird vor allem deutlich, wenn man nicht nur den Vergleich zur Landtagswahl vor fünf Jahren zieht, obwohl bereits in diesem Vergleich die Verluste der CDU mit 6,7 Prozentpunkten und die Gewinne der SPD mit 3,7 Prozentpunkten beachtlich sind. Bei diesem Vergleich muß man berücksichtigen, daß auch das Wahlergebnis von 1980 schon als ein außergewöhnlicher Erfolg der SPD und eine katastrophale Niederlage der CDU verstanden wurde: Die damalige Polarisierung der deutschen Politik durch die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß zur Bundestagswahl 1980 hatte bereits die nordrhein-westfälische Landtagswahl überlagert. Im Vergleich zur letzten „normalen" Landtagswahl von 1975 betragen die Verluste der CDU sogar 10,6 Punkte und die Gewinne der SPD 7 Punkte. Ähnlich groß sind die Veränderungen im Vergleich zur Bundestagswahl 1983. Ein Minus von 8,7 Punkten für die CDU und ein Plus von 9,3 Punkten läßt sich hier errechnen.

Das Ausmaß der Niederlage der CDU wird auch daran deutlich, daß man bis zur Landtagswahl von 1950 zurückgehen muß, um ein ähnlich schlechtes Ergebnis (36,9 Prozent) in der Geschichte Nordrhein-Westfalens für die CDU zu finden.

Übergewicht von Rau gegenüber Worms

Die CDU ist in Nordrhein-Westfalen dort angekommen, wo sie in den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland stand, als ein Vielparteiensystem Weimarer Art die deutsche Politik prägte.

Drei Faktoren erklären zunächst die Wählerbewegung zwischen CDU und SPD:

1. Landespolitisch schlug das außerordentliche Übergewicht in der Einschätzung des amtierenden Ministerpräsidenten Rau gegenüber Oppositionsführer Worms zu Buche. Auch in Nordrhein-Westfalen zeigte sich wieder einmal, wie schwer ein Oppositionsführer aufzubauen ist, der nicht über einen Bonus aus einem anderen Amt, zum Beispiel dem eines Bundesministers, verfügt. Der SPD gelang eine fast vollständige Personalisierung der Wahlentscheidung mit der Folge, daß jede Auseinandersetzung mit landespolitischen Problemen, die nach zwanzigjähriger Regierungszeit die SPD fast natürlich hätte belasten können, nicht stattfand.

2. Bundespolitisch ist eine deutliche Enttäuschung gerade im Vergleich zu den hochgesteckten Erwartungen von 1983 nicht zu übersehen. Diese ist in erster Linie wirtschaftspolitisch begründet. Vereinfacht formuliert läßt sich feststellen, daß nach zweieinhalbjähriger Kanzlerschaft die geerbten Arbeitslosen zu Kohls eigenen geworden sind. Dies ist verbunden mit einer breiten Enttäuschung darüber, daß die eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurskorrekturen als halbherzig und nicht konsequent und dementsprechend als nur bedingt wirksam empfunden werden. Es sind nicht die sozialen Einschnitte, deren Notwendigkeit man 1982 und 1983 einsah, sondern die kaum erkennbaren oder als nicht ausreichend empfundenen Erfolge dieser Opfer, die diese Enttäuschung bewirkt haben. Dies wird dadurch verstärkt, daß die Regierungstätigkeit in Bonn mehr durch interne Auseinandersetzungen der Koalitionsparteien als durch entschlossene Führung gekennzeichnet empfunden wird. Hier geht es nicht um die Frage, ob dies der Realität entspricht, für das Wahlverhalten sind die Perzeptionen entscheidend.

Stabilisierung der FDP weniger eindrucksvoll

Für diese Interpretation spricht auch die deutlich gesunkene Wahlbeteiligung. Es ist eine alte Erfahrung, daß enttäuschte Anhänger einer Regierungspartei sich in die Stimmenthaltung flüchten.

Insofern hat sich in Nordrhein-Westfalen mit anderen Vorzeichen wiederholt, was die zum Teil triumphalen Wahlerfolge der CDU in einigen Landtagswahlen Anfang der siebziger Jahre erklärt hat: Ein populärer Ministerpräsident der Bonner Oppositionspartei profitiert von Unzufriedenheit gegenüber der Bonner Regierung und der Umstrukturierung des Parteiensystems. Bei einer solchen Konstellation haben 1971 die damaligen Ministerpräsidenten Kohl und Stoltenberg erstmals ihre Partei in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zur absoluten Mehrheit der Stimmen geführt. Die gleiche Konstellation hat jetzt dem Ministerpräsidenten Rau seinen Triumph gebracht.

Die Stabilisierung der FDP ist weniger eindrucksvoll als in anderen vorausgegangenen Landtagswahlen. Dennoch gibt es auch hier deutliche Parallelen. Die FDP gewinnt grundsätzlich nicht mit einzelnen Themen oder Personen, sondern aus ihrer Position im Parteiensystem. Heute, als potentieller Koalitionspartner der CDU, spricht sie traditionelle CDU-Wähler erfolgreich an. Dabei sind zwei Motivationen zu unterscheiden: Einerseits kann die FDP, indem sie konsequent die Prinzipien marktwirtschaftlicher Politik vertritt, jene Wählerschaften ansprechen bzw. zurückgewinnen, die nach dem Regierungswechsel von 1969 die CDU immer nur als das kleinere Übel gewählt haben, weil sie dem Sozialpopulismus der CDU als Volkspartei mißtrauen.

Andererseits gibt es jene taktisch abwägenden Wählerschichten, die sicherstellen wollen, daß die FDP auf jeden Fall über die 5-Prozent-Hürde kommt, weil sie davon ausgehen, daß die CDU alleine ohnehin die Mehrheit nicht schafft. Da jedoch in Nordrhein-Westfalen die Erwartungen auf einen CDU/FDP-Erfolg gering waren, ist diese zweite Komponente kleiner ausgefallen als etwa zuvor im Saarland oder in Berlin. Dies erklärt das relativ schlechte Abschneiden der FDP, bedeutet jedoch zugleich auch, daß die in Nordrhein-Westfalen gewonnenen 6 Prozent wahrscheinlich stabiler sind als die deutlich höheren Prozentsätze in den vorausgegangenen Wahlen.

Daß die Stimmengewinne der SPD geringer sind als die Verluste der CDU, ist natürlich aus dem Anstieg des Stimmenpotentials der Grünen zu erklären. Sie haben in Nordrhein-Westfalen die 5-Prozent-Klausel nicht übersprungen und gegenüber der Bundestagswahl trotz der gesunkenen Wahlbeteiligung geringfügig verloren. Diese Verluste sind allerdings größer, als die Prozentsätze anzeigen, da eine sinkende Wahlbeteiligung normalerweise einer Partei, deren Anhängerschaft mehr einer Gemeinde ähnelt, zugute kommt, wie die 8-Prozent-Ergebnisse der Grünen auch in Nordrhein-Westfalen bei den Kommunalwahlen und der Europa-Wahl im vergangenen Jahr gezeigt haben, als die Wahlbeteiligung nur 59 Prozent bzw. 66 Prozent betrug. Dieser Rückgang hat drei wesentliche Ursachen:

1. Gerade der Wahlerfolg der Grünen zur Bundestagswahl 1983 war das Ergebnis der weitgehenden Fusion von Grünen und Friedensbewegung. In Nordrhein-Westfalen versuchte die Friedensbewegung, von der DKP unterstützt, ihre eigene politische Repräsentanz, die sogenannte Friedensliste, ins Parlament zu bringen. Sie scheiterte in einer Form, daß man sie nicht erwähnen würde, hätte diese Liste nicht gerade jene Zehntelprozente auf sich vereinigt, die den Grünen zum Sprung über die 5-Prozent-Klausel fehlten.

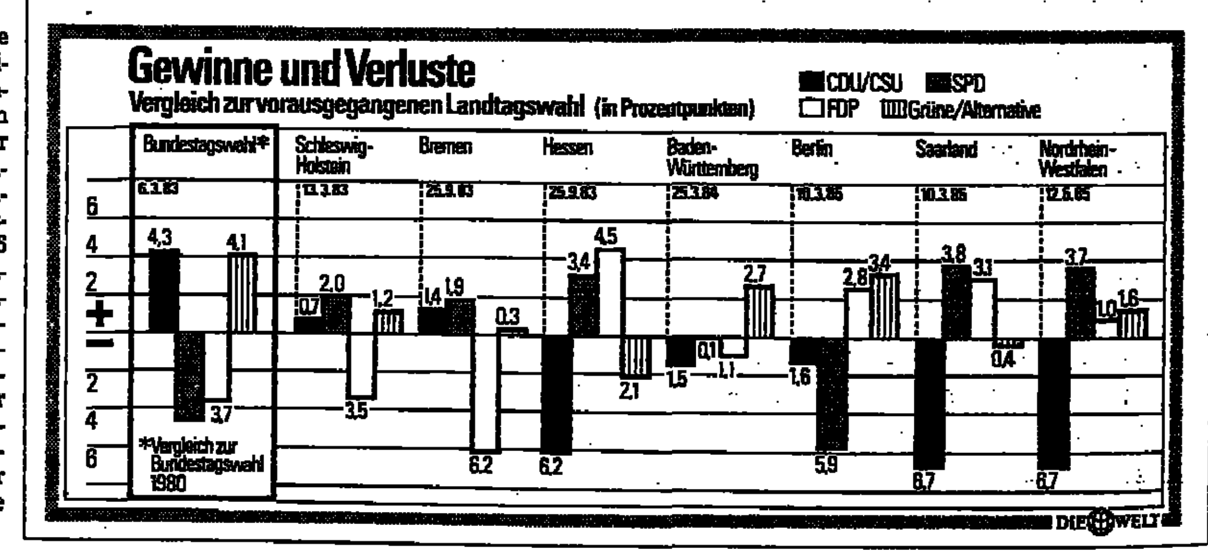
2. Nach der Sozialstruktur ist Nordrhein-Westfalen kein günstiger Nährboden für die Grünen. Sowohl die katholisch-ländlichen Gebiete im Rheinland und in Westfalen als auch das industrielle Zentrum mit den gewerkschaftlichen Hochburgen bedeuten kein Potential für die Grünen, deren Anhängerschaft schwerpunktmäßig aus jüngeren, gut ausgebildeten Angehörigen protestantischer Mittelschichten besteht. Deshalb wäre es auch verfehlt, aus dem Scheitern der Grünen schon heute Schlußfolgerungen auf einen generellen Niedergang dieser Bewegung zu ziehen.

3. Auch in Nordrhein-Westfalen – wie zuvor im Saarland – ist es der SPD wieder gelungen, in den Grenzbereich grüner Wählerschichten einzudringen. Die bundespolitische Umarmungsstrategie der SPD mit den Grünen zahlte sich hier aus und blieb für die nordrhein-westfälische SPD schadlos, weil ihre Personalisierungsstrategie ein Abschrecken der politischen Mittel verhinderte.

Personelle Konstellation 1987 anders als jetzt

So eindeutig das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen ist, eine Präjudizierung der Bundestagswahl 1987 bedeutet es nicht. Die personelle Konstellation wird 1987 immer anders sein als jetzt in Nordrhein-Westfalen. Auch einem Kanzlerkandidaten Rau wird dann der Amtsbonus des Bundeskanzlers entgegenstehen, der – und auch dies ist keine neue Erfahrung – in Landtagswahlen generell wenig bedeutet und in Nordrhein-Westfalen nichts bewirkt hat, der aber in Bundestagswahlen von fast ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Auch wird die SPD zur Bundestagswahl 1987 dem Dilemma nicht entgehen können, da sie nicht gleichzeitig Wähler der grünen Randbereiche und der politischen Mitte ansprechen kann. Noch bedeutungsvoller aber ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation. Auch nach ihrem Debakel von Düsseldorf gilt für die Bonner Koalition, daß sie unschlagbar sein wird, wenn sie mit deutlich erkennbaren Erfolgen in der Wirtschaftspolitik antritt.

Der Wahlforscher Professor Werner Kaltefleiter ist Direktor des Instituts für Politische Wissenschaften an der Universität Kiel.





CDU verlor die Hälfte ihrer Direktmandate

DW. Bonn

31 der insgesamt 57 Wahlkreise, in denen die CDU vor fünf Jahren das Direktmandat errungen hatte, wurden diesmal von der SPD erobert. 26 Wahlkreise konnte die CDU halten, erlitt aber auch dort starke Verluste.

Verlorene Wahlkreise

1 Aachen I: Beteilg. 75,5 Prozent (79,3). SPD 40,1 (41,9) CDU 39,2 (48,2) FDP 7,0 (5,2) Grüne 7,0 (4,4).

2 Aachen II: Beteilg. 73,7 Prozent (78,6). SPD 47,3 (43,6) CDU 40,2 (47,5) FDP 5,7 (4,8) Grüne 6,0 (3,9).

3 Kreis Aachen I: Beteilg. 77,9 Prozent (81,7). SPD 49,8 (45,8) CDU 41,2 (47,5) FDP 4,9 (4,0) Grüne 3,6 (2,4).

6 Heinsberg II: Beteilg. 77,3 Prozent (81,3). SPD 45,1 (39,0) CDU 44,8 (54,6) FDP 5,8 (3,5) Grüne 3,5 (2,6).

7 Düren I: Beteilg. 81,9 Prozent (85,1). SPD 49,0 (43,2) CDU 42,4 (51,4) FDP 5,3 (3,4) Grüne 2,6 (1,9).

8 Düren II: Beteilg. 74,3 Prozent (77,6). SPD 46,0 (41,0) CDU 43,0 (52,6) FDP 7,0 (3,9) Grüne 3,2 (2,3).

16 Köln IV: Beteilg. 73,6 Prozent (77,7). SPD 42,4 (39,4) CDU 38,7 (47,2) FDP 11,1 (8,6) Grüne 6,9 (4,4).

24 Rheinisch-Bergischer Kreis III: Beteilg. 76,1 Prozent (80,6). SPD 44,1 (40,5) CDU 39,7 (48,3) FDP 9,9 (7,5) Grüne 5,4 (3,4).

25 Oberbergischer Kreis I: Beteilg. 75,7 Prozent (80,9). SPD 45,6 (41,8) CDU 42,6 (48,8) FDP 6,8 (6,1) Grüne 4,2 (3,0).

26 Oberbergischer Kreis II: Beteilg. 75,2 Prozent (80,1). SPD 48,4 (44,2) CDU 40,9 (47,6) FDP 6,2 (5,2) Grüne 3,9 (2,7).

27 Rhein-Sieg-Kreis I: Beteilg. 75,0 Prozent (80,2). SPD 45,0 (41,1) CDU 41,7 (49,1) FDP 8,1 (7,0) Grüne 4,6 (2,7).

30 Rhein-Sieg-Kreis IV: Beteilg. 75,1 Prozent (80,0). SPD 49,3 (45,8) CDU 40,0 (46,6) FDP 6,2 (5,0) Grüne 3,7 (2,4).

42 Mettmann III: Beteilg. 76,0 Prozent (80,9). SPD 58,5 (44,9) CDU 37,6 (45,0) FDP 8,7 (7,1) Grüne 4,5 (2,8).

44 Düsseldorf I: Beteilg. 76,4 Prozent (79,8). SPD 47,3 (44,7) CDU 38,6 (46,0) FDP 9,1 (6,0) Grüne 4,4 (2,9).

49 Düsseldorf VI: Beteilg. 73,2 Prozent (77,1). SPD 46,5 (42,9) CDU 37,4 (45,6) FDP 9,7 (7,5) Grüne 5,6 (3,5).

50 Neuss I: Beteilg. 73,3 Prozent (77,6). SPD 44,4 (41,1) CDU 43,9 (50,7) FDP 6,8 (4,7) Grüne 3,9 (2,9).

51 Neuss II: Beteilg. 74,0 Prozent (78,6). SPD 47,8 (45,2) CDU 41,3 (46,8) FDP 5,9 (4,2) Grüne 3,5 (2,6).

52 Neuss III: Beteilg. 76,1 Prozent (80,7). SPD 48,6 (44,6) CDU 42,2 (48,8) FDP 5,2 (4,2) Grüne 2,9 (1,9).

54 Mönchengladbach I: Beteilg. 67,7 Prozent (73,3). SPD 48,8 (43,2) CDU 38,3 (47,9) FDP 7,7 (5,5) Grüne 4,2 (2,7).

56 Viersen I: Beteilg. 72,1 Prozent (76,4). SPD 44,2 (40,5) CDU 43,4 (51,2) FDP 7,3 (4,4) Grüne 4,5 (3,1).

63 Wesel II: Beteilg. 74,9 Prozent (79,5). SPD 46,7 (42,1) CDU 42,6 (49,2) FDP 6,3 (5,8) Grüne 3,9 (2,6).

96 Steinfurt II: Beteilg. 75,7 Prozent (79,9). SPD 44,9 (40,5) CDU 44,0 (52,2) FDP 5,9 (3,7) Grüne 4,4 (3,2).

99 Münster II: Beteilg. 76,4 Prozent (80,6). SPD 42,7 (39,7) CDU 40,0 (48,5) FDP 7,5 (6,5) Grüne 8,8 (4,8).

101 Warendorf II: Beteilg. 78,0 Prozent (83,2). SPD 48,7 (42,9) CDU 42,1 (50,2) FDP 4,4 (3,4) Grüne 3,8 (2,8).

103 Gütersloh II: Beteilg. 74,6 Prozent (80,0). SPD 45,8 (42,3) CDU 40,7 (46,8) FDP 7,2 (7,0) Grüne 5,7 (3,3).

104 Gütersloh III: Beteilg. 76,3 Prozent (81,2). SPD 48,3 (44,0) CDU 38,9 (46,3) FDP 6,9 (5,5) Grüne 5,3 (3,8).

110 Minden-Lübbecke I: Beteilg. 76,1 Prozent (80,2). SPD 49,1 (46,2) CDU 41,4 (46,6) FDP 5,6 (4,5) Grüne 3,5 (2,6).

140 Soest I: Beteilg. 78,0 Prozent (82,1). SPD 44,5 (39,9) CDU 44,3 (51,2) FDP 6,3 (5,4) Grüne 4,2 (3,0).

141 Soest II: Beteilg. 77,0 Prozent (82,0). SPD 45,3 (41,0) CDU 44,2 (51,0) FDP 5,4 (4,7) Grüne 4,5 (2,7).

142 Hochsauerlandkreis I: Beteilg. 78,7 Prozent (83,6). SPD 45,4 (40,3) CDU 44,5 (52,4) FDP 5,7 (4,3) Grüne 3,9 (2,3).

151 Märkischer Kreis IV: Beteilg. 73,6 Prozent (80,8). SPD 46,4 (43,0) CDU 44,2 (50,0) FDP 5,1 (4,2) Grüne 3,8 (2,7).

Weitere hohe Verluste

5 Heinsberg I: Beteilg. 78,9 Prozent (83,6). SPD 36,1 (30,8) CDU 54,5 (63,8) FDP 5,3 (2,6) Grüne 3,4 (2,6).

12 Euskirchen II: Beteilg. 75,9 Prozent (81,5). SPD 38,0 (32,5) CDU 49,7 (59,6) FDP 8,1 (5,1) Grüne 3,5 (2,6).

28 Rhein-Sieg-Kreis II: Beteilg. 75,0 Prozent (79,7). SPD 39,4 (36,8) CDU 44,7 (52,3) FDP 10,7 (7,1) Grüne 4,7 (3,6).

29 Rhein-Sieg-Kreis III: Beteilg. 76,8 Prozent (81,9). SPD 35,5 (32,0) CDU 48,6 (58,2) FDP 10,7 (6,3) Grüne 4,4 (3,4).

31 Bonn I: Beteilg. 72,1 Prozent (77,1). SPD 38,1 (35,9) CDU 41,8 (51,2) FDP 11,1 (7,9) Grüne 8,2 (4,7).

32 Bonn II: Beteilg. 75,6 Prozent (80,6). SPD 38,1 (34,1) CDU 44,9 (53,3) FDP 11,0 (8,7) Grüne 5,3 (3,7).

53 Neuss IV: Beteilg. 77,2 Prozent (81,6). SPD 39,6 (37,1) CDU 44,8 (52,2) FDP 10,3 (7,1) Grüne 4,6 (3,3).

55 Mönchengladbach II: Beteilg. 66,7 Prozent (72,2). SPD 41,8 (37,3) CDU 44,2 (54,6) FDP 8,2 (4,6) Grüne 4,4 (2,9).

60 Kleve I: Beteilg. 77,0 Prozent (82,3). SPD 37,0 (32,9) CDU 52,9 (59,9) FDP 5,8 (3,9) Grüne 3,7 (3,1).

91 Borken I: Beteilg. 77,5 Prozent (82,5). SPD 40,5 (35,4) CDU 51,9 (59,1) FDP 3,7 (2,9) Grüne 3,2 (2,5).

95 Steinfurt I–Coesfeld II: Beteilg. 79,8 Prozent (84,1). SPD 36,9 (32,4) CDU 51,4 (60,4) FDP 5,7 (3,6) Grüne 4,5 (3,0).

98 Münster I: Beteilg. 77,2 Prozent (81,3). SPD 39,7 (36,3) CDU 40,7 (50,4) FDP 8,6 (7,0) Grüne 9,9 (5,3).

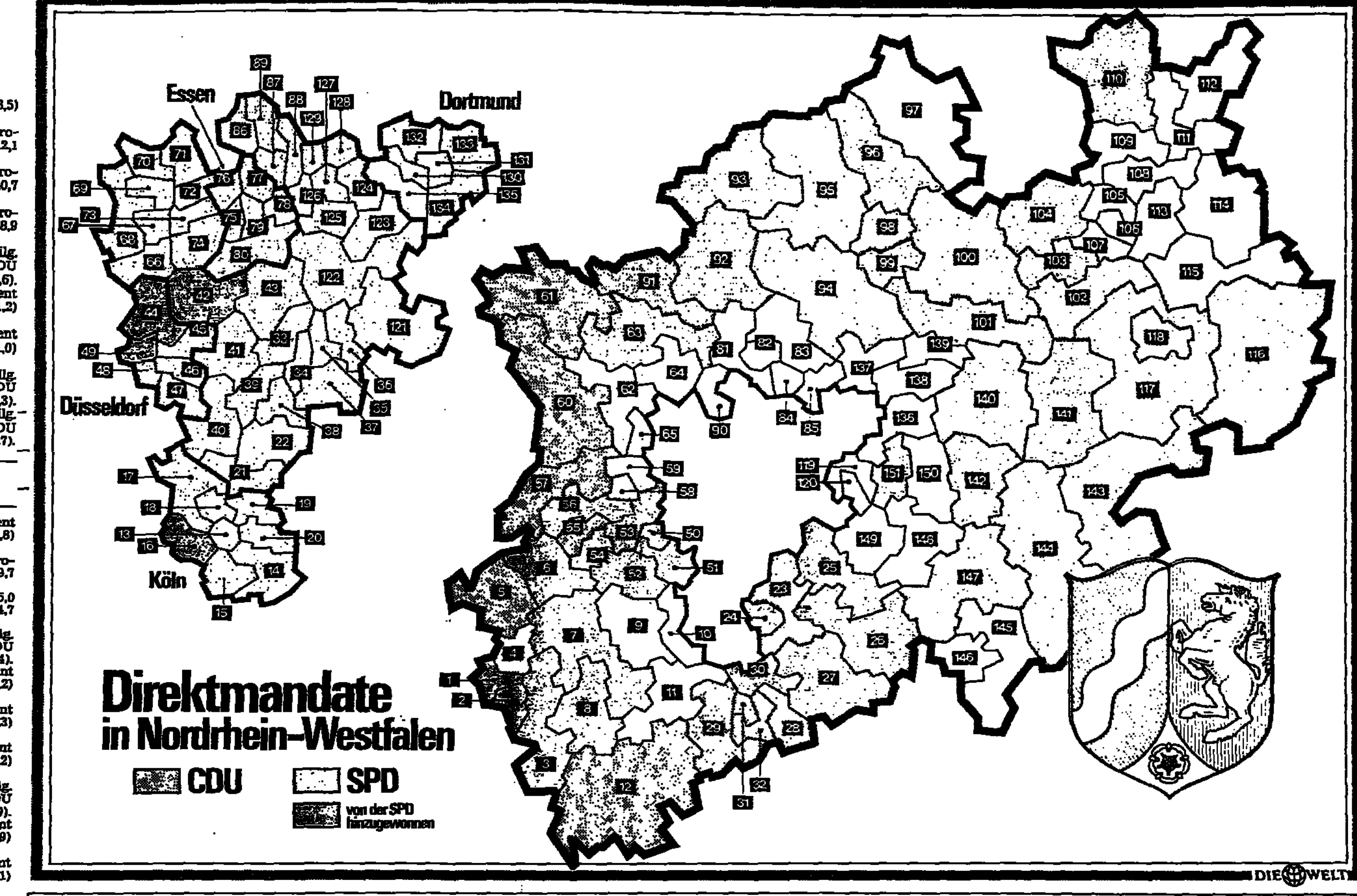
100 Warendorf I: Beteilg. 79,6 Prozent (84,4). SPD 39,1 (33,5) CDU 48,8 (58,6) FDP 6,7 (4,3) Grüne 4,7 (3,4).

116 Höxter: Beteilg. 78,7 Prozent (82,7). SPD 34,9 (29,7) CDU 55,3 (63,9) FDP 5,3 (3,3) Grüne 4,0 (3,0).

118 Paderborn II: Beteilg. 70,7 Prozent (78,2). SPD 34,8 (29,6) CDU 52,3 (60,9) FDP 6,9 (5,5) Grüne 5,4 (3,6).

143 Hochsauerlandkreis II: Beteilg. 79,5 Prozent (85,1). SPD 37,5 (32,0) CDU 52,9 (62,1) FDP 5,3 (2,6) Grüne 3,7 (2,7).

144 Hochsauerlandkreis III – Siegen-Wittgenstein I: Beteilg. 79,0 Prozent (83,8). SPD 42,6 (38,0) CDU 47,2 (54,1) FDP 6,1 (4,3) Grüne 3,6 (2,8).



1: Aachen I
2: Aachen II
3: Kreis Aachen I
4: Kreis Aachen II
5: Heinsberg I
6: Heinsberg II
7: Düren I
8: Düren II
9: Erftkreis I
10: Erftkreis II
11: Erftkrs. III – Euskirch. I
12: Euskirchen II
13: Köln I
14: Köln II
15: Köln III
16: Köln IV
17: Köln V
18: Köln VI
19: Köln VII
20: Köln VIII
21: Leverkusen I
22: Leverkusen II – Rheinisch-Bergischer Kreis I
23: Rheinisch-Bergischer Kreis II
24: Rheinisch-Bergischer Kreis III
25: Oberbergischer Kreis I
26: Oberbergischer Kreis II
27: Rhein-Sieg-Kreis I
28: Rhein-Sieg-Kreis II
29: Rhein-Sieg-Kreis III
30: Rhein-Sieg-Kreis IV
31: Bonn I
32: Bonn II
33: Wuppertal I
34: Wuppertal II
35: Wuppertal III
36: Wuppertal IV
37: Remscheid
38: Solingen I
39: Solingen II
40: Mettmann I
41: Mettmann II
42: Mettmann III
43: Mettmann IV
44: Düsseldorf I
45: Düsseldorf II
46: Düsseldorf III
47: Düsseldorf IV
48: Düsseldorf V
49: Düsseldorf VI
50: Neuss I
51: Neuss II
52: Neuss III
53: Neuss IV
54: Mönchengladbach I
55: Mönchengladbach II
56: Viersen I
57: Viersen II
58: Krefeld I
59: Krefeld II
60: Kleve I
61: Kleve II
62: Wesel I
63: Wesel II
64: Wesel III
65: Wesel IV
66: Duisburg I
67: Duisburg II
68: Duisburg III
69: Duisburg IV
70: Duisburg V
71: Oberhausen I
72: Oberhausen II
73: Mülheim I
74: Mülheim II
75: Essen I
76: Essen II
77: Essen III
78: Essen IV
79: Essen V
80: Essen VI
81: Recklinghausen I
82: Recklinghausen II
83: Recklinghausen III
84: Recklinghausen IV
85: Recklinghausen V
86: Recklinghausen VI
87: Gelsenkirchen I
88: Gelsenkirchen II
89: Gelsenkirchen III
90: Bottrop
91: Borken I
92: Borken II
93: Borken III
94: Coesfeld I
95: Steinfurt I – Coesfeld II
96: Steinfurt II
97: Steinfurt III
98: Münster I
99: Münster II
100: Warendorf I
101: Warendorf II
102: Gütersloh I
103: Gütersloh II
104: Gütersloh III
105: Bielefeld I
106: Bielefeld II
107: Bielefeld III
108: Herford I
109: Herford II
110: Minden-Lübbecke I
111: Minden-Lübbecke II
112: Minden-Lübbecke III
113: Lippe I
114: Lippe II
115: Lippe III
116: Höxter
117: Paderborn I
118: Paderborn II
119: Hagen I
120: Hagen II
121: Ennepe-Ruhr-Kreis I
122: Ennepe-Ruhr-Kreis II
123: Ennepe-Ruhr-Kreis III
124: Bochum I
125: Bochum II
126: Bochum III
127: Bochum IV
128: Herne I
129: Herne II
130: Dortmund I
131: Dortmund II
132: Dortmund III
133: Dortmund IV
134: Dortmund V
135: Dortmund VI
136: Unna I
137: Unna II
138: Unna III – Hamm I
139: Hamm II
140: Soest I
141: Soest II
142: Hochsauerlandkreis I
143: Hochsauerlandkreis II
144: Hochsauerlandkreis III – Siegen-Wittgenstein I
145: Siegen-Wittgenstein II
146: Siegen-Wittgenstein III
147: Olpe
148: Märkischer Kreis I
149: Märkischer Kreis II
150: Märkischer Kreis III
151: Markischer Kreis IV

Kohl: Über diese schwere Niederlage kann man nicht hinwegreden

THOMAS KIELINGER, Bonn

„Die größte Pleite, die ich in Nordrhein-Westfalen je erlebt habe", nannte es der ehemalige Bundestagpräsident Eugen Gerstenmaier gestern nach der Sitzung des CDU-Vorstandes. Seiner Einschätzng wollte an diesem Wochenbeginn niemand widersprechen, am wenigsten Bundeskanzler Helmut Kohl selber, der vor der Presse in Bonn von einer „schweren Wahlniederlage" sprach, über die man „nicht hinwegreden" dürfe. Die Analyse des Debakels in Düsseldorf paarte sich mit Prognosen über das, was jetzt für die Partei zu tun sei, in den Worten Arbeitsminister Blüms zu der lapidaren Erkenntnis: „Die Wende ist keine Kaffeefahrt".

In den beiden Sitzungen des Präsidiums und des Vorstands der CDU, wo es nach Auskunft eines Teilnehmers „kein Scherbengericht über irgendjemanden" gab, schälten sich ganz deutlich vier Grundüberzeugungen heraus, die auch auf die kommende Partei- und Regierungsarbeit zurückwirken werden:

1. Die CDU-Wähler sind bei dieser Wahl nicht ausreichend mobilisiert worden. Die Union hat mit 800 000 weniger Stimmen gegenüber dem Landtagswahlergebnis von 1980 weitaus mehr Stimmen eingebüßt als die SPD mit 190 000 hinzugewinnen konnte.

„Opfer, die schmerzen"

2. Die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung hat sich noch nicht in Wähleranerkennung umsetzen lassen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth formulierte pointiert: „Konsolidierung nimmt uns Wähler weg." Der Bundeskanzler sprach von den „Opfern, die schmerzen".

3. Der Landtagswahlkampf ist stark personalisiert geführt worden, zugeschnitten auf die populäre Figur des Ministerpräsidenten, Johannes Rau. Kurt Biedenkopf sprach darüberhinaus von einer „Entpolitisierung" der Landschaft.

4. Auf Nordrhein-Westfalen spezifisch gemünzt, wird die Trennung in zwei große Landesverbände – Rheinland und Westfalen-Lippe – zunehmend als störend, wenn nicht ausgesprochen schädlich angesehen. Die Trennung führt *leicht*, wie die Profilierung in zwei so unterschiedliche Spitzenpersönlichkeiten wie Worms und Biedenkopf gezeigt hat, zu einer ungewollten innerparteilichen Polarisierung. Damit gewinnt man keine Wahlen.

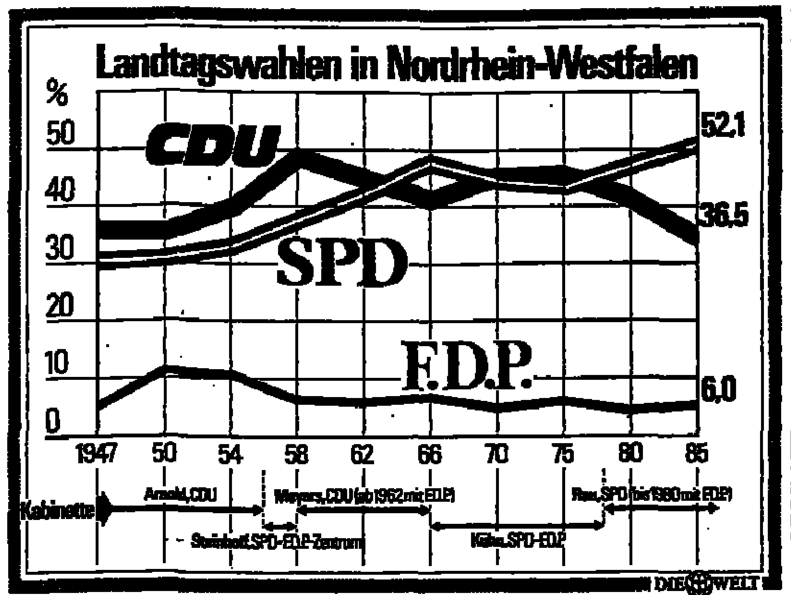
Das Ausbleiben traditioneller CDU-Wählergruppen wird als überragendes Faktum des Düsseldorfer Wahlergebnisses noch lange die Analytiker beschäftigen. Während Helmut Kohl die Nordrhein-Westfalen-Ergebnisse von 1980 (4,34 Millionen CDU-Wähler) mit dem gestrigen Wahlresultat verglich (3,46 Millionen, also ein Defizit von 800 000 Stimmen), machte Kurt Biedenkopf vor der Presse einen noch vernichtenderen Vergleich auf, indem er die Zahlen vom 12. Mai 1985 an die Seite des Nordrhein-Westfalen-Ergebnisses bei der Bundestagswahl vom 6. März 1983 stellte. Damals gewann die CDU in dem volkreichsten Bundesland 5,2 Millionen Wähler, so daß sich demnach in nur zwei Jahren seitdem 1,7 Millionen Menschen nicht mehr zur CDU bekannt haben. Biedenkopf scheute nicht vor der Erkenntnis zurück: „Wir müssen bis 1987 50 Prozent über der gestrigen Wählerquote wieder hinzugewinnen.".

Daß die Mobilisierung nicht gelang, führen der Kanzler und seine Parteikollegen vor allem auf den Eindruck der Verschwommenheit zurück, den die Rentendebatte hinterlassen hat; des weiteren auf die vor allem unter den Bauern spürbare Verärgerung über die Versuche, im EG-Haushalt die Preisubventionen langsam abzubauen. Schließlich und endlich aber darauf, daß, in den Worten Helmut Kohls, „Aufschwung und Abbau der Arbeitslosigkeit nicht parallel laufen" und daher das Hauptproblem, die Arbeitslosigkeit, trotz positiverer Wirtschaftseckdaten (siehe die vollen Auftragsbücher der Industrie auf der Hannover-Frühjahrsmesse) unverändert hart bestehen bleibe.

Erwartung an Wirtschaft

Zusammenfassend sagte Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth: „Schulden abbauen, mit den Steuern runterfahren, die Wirtschaft *sanieren wollen und die Zukunftsinvestitionen* wahrnehmen – das ist eine Konsolidierung, die uns Wähler wegnimmt." Deutlich bleibt nach den Montag-Sitzungen der CDU-Gremien die gestiegene Erwartung an die deutsche Wirtschaft, die Chancen der neuen Politik – Beschäftigungsförderungsgesetz, etc. – wahrzunehmen und wieder mehr Arbeitskräfte einzustellen.

Was die Personalisierung oder – wie Biedenkopf es ausdrückte – „Entpolitisierung" des zurückliegenden Wahlkampfes anging, so verspricht sich die CDU einen Bonus aufgrund des gleichen Effekts in den Landtagswahlkämpfen des kommenden Jahres in Niedersachsen und Bayern. Kohl wies geradezu auf diese mögliche Umkehrung dieses Personalisierungsphänomens, 1986 zugunsten seiner Partei, hin. Was heute Rau für die SPD bedeutete, werden 1986 Albrecht und F. J. Strauß für die Union bewirken. Die „Entpolitisierung" der Landschaft war von der Union in Nordrhein-Westfalen so stark empfunden worden, daß viele Spitzenpolitiker aufgrund ihres Wahleinsatzes resümierten: „Es wurde zunehmend unmöglich, politische Themen rüberzubringen."



Die FDP will nicht die Muskeln spielen lassen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Einen Tag nach ihrer Rückkehr in den Düsseldorfer Landtag hat die FDP-Führung sich klar zur Fortsetzung der Bonner Koalition mit der CDU/CSU bekannt. FDP-Chef Bangemann meinte nach Beratungen der Parteispitze, die Liberalen würden das Wahlergebnis „nicht so verstehen, daß wir jetzt in der Koalition die Muskeln spielen lassen". Es gebe auch keinen Anlaß, die Zusammenarbeit zu ändern. Am Rande der Beratungen hatte der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, erklärt, die FDP habe sich jetzt mit der Union über Sachfragen zu einigen. Sein Vertreter Hans-Günter Hoppe betonte dazu, es werde dabei „keine Schwierigkeiten" geben.

Allerdings befürwortete Generalsekretär Helmut Haussmann erneut eine Steuerreform „in einem Schritt". Es könne „durchaus sein, daß die Chancen" durch den Wahlausgang dafür gestiegen seien. Haussmann setzt dabei vor allem auf die Unterstützung durch die Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) und Lothar Späth (CDU).

In ihrer Analyse stellt die FDP zufrieden und erleichtert fest, sie hätten zwei ihrer drei Ziele erreicht: Sie haben die Rückkehr in den Landtag geschafft und sind in Nordrhein-Westfalen wieder drittstärkste politische Kraft geworden.

Das neu gewonnene Selbstbewußtsein machte Bangemann mit dem Hinweis darauf deutlich, daß es der FDP gelungen sei, trotz einer niedrigeren Wahlbeteiligung das eigene Wählerreservoir zu mobilisieren. Dies sei eine gute Ausgangsbasis für die nächsten Landtagswahlen und die Bundestagswahlen 1987. Dabei wird die FDP laut Haussmann wieder auf die Liberalen Freundeskreise setzen und weiter Zielgruppenwahlkämpfe führen. Sie soll der SPD frühere Wähler des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt abjagen. Ein Schwerpunktthema soll die Verbindung von marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik und internationaler Entspannungpolitik werden.

SPD steuert 1987 jetzt optimistischer entgegen

PETER PHILIPPS, Bonn

Hat der Genosse Trend wieder das Mitgliedsbuch der SPD? Hoffnungsfroh wird diese Frage in der Bonner SPD-Führung nach dem zweiten erdrutschartigen Sieg in diesem Jahr gestellt. Übermäßige Euphorie wird gedämpft, noch niemand spricht von der großen Woge, die 1987 wieder an die Macht trage – aber Aufbruchstimmung. Optimismus ist so stark zu spüren, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Das Tal der Tränen, das ja lange vor der verheerenden Niederlage des 6. März 1983 begonnen hatte, ist durchschritten. An Herbert Wehners düstere Prognose von den langen Oppositionsjahren, von den „babylonischen Zeiträumen" (Brandt) will heute niemand erinnert werden.

Ein selbstbewußter Willy Brandt brachte am Wahlabend sein – inzwischen wieder – Lieblingswort von der „Volkspartei" und den Begriff von der „Mehrheit diesseits der Union" auf, zum ersten Mal nach der hessischen Landtagswahl vor zwei Jahren gesprochen und in den Monaten danach am liebsten wieder verschluckt. Seine spätere heftige Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Kohl vor den Fernsehkameras wurde unter den Parteivorstands-Mitgliedern durchaus unterschiedlich bewertet, während die Telefonanrufe von draußen fast einstimmig Zustimmung, das neue „Wir-Gefühl" der SPD signalisierten.

Natürlich weiß die SPD, daß vor der Wahl 1987 noch zwei wichtige Dinge anstehen: die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten und die Lösung des strategischen Problems, nicht über genügend Wirtschafts-Kompetenz in den Augen der Wähler zu verfügen. Sicher hat Johannes Rau nach seinem Sieg eine verbesserte Ausgangsposition in der Frage der Kanzlerkandidatur. Aber auf mehr als die Floskel, Rau sei sowohl in der Frage der Kanzlerkanidatur als auch als Nachfolger im Parteivorsitz „hoch angesiedelt" ließ sich Brandt selbst bei aller Euphorie nicht ein. In den kommenden *Monaten* wird die öffentliche Resonanz auf Rau wie auf den ihm freundschaftlich verbundenen Kontrahenten Vogel genau registriert, muß überprüft werden, ob gegen den Bundeskanzler Kohl ein Kontrastprogramm Vogel oder ein kommensurabler Rau erfolgversprechender antritt. Und es ist auch kein *Geheimnis*, daß Rau mehr auf die Ämter als Ministerpräsident und Brandt-Nachfolger reflektiert als auf das Joch des Kanzlerkandidaten.

In der Wirtschafts-Kompetenz hat die SPD offenbar einen großen Schritt nach vorne getan, ohne allerdings das personelle Glaubwürdigkeitsdefizit bisher beheben zu können. Das von der Bundestagsfraktion erarbeitete und vor ihrem Vorsitzenden Vogel über viele Monate mit geringer Resonanz immer wieder propagierte „Programm Arbeit und Umwelt" scheint Bewegung gebracht zu haben. Der Dortmunder Parteikongreß zu diesem Thema im März hat, wie sich im Nachhinein zeigt, für die SPD ähnliche Bedeutung gehabt, wie etwa der Dortmunder Wahlparteitag. Mit dieser Verbindung von Arbeitsbeschaffungs- und Umweltschutz-Plänen scheint es den Sozialdemokraten gelungen zu sein, das Bewußtsein vieler Bürger anzusprechen.

Die Niedersachsen-Wahl im Frühjahr 1986 wird nun zum entscheidenden Datum aller anstehenden SPD-Planungen werden. Hier soll das erreicht werden, was *im* umgekehrten Fall Wehner einmal als „kalten Staatsstreich" bezeichnete, eine Gegenmehrheit im Bundesrat. Zugleich setzt man auf interne Unions-Auseinandersetzungen. Aber führende Sozialdemokraten erzählen auch, daß sie nicht an einen Kanzlersturz glauben: Sie zitieren Strauß- und Späth-Äußerungen, daß Kohl zwar die CDU erheblich „herunterwirtschafte", aber zugleich die Koalition gestärkt werde und der Kanzler deshalb innerhalb der Union „unangreifbar" sei.

CSU zweifelt am Kanzlerbonus Kohls

AP, München

Die CSU sieht nach den Worten ihres Parteisprechers Godel Rosenberg „mit besonders großem Interesse" den Analysen der CDU-Führung in Bonn entgegen, warum bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen „Erwartung und Ergebnis weit auseinanderklaffen". Die CSU hoffe auch, daß dabei „eventuelle Zusammenhänge zwischen Wahlverweigerung bei der CDU und dem Umwerben der FDP geklärt werden", sagte Rosenberg gestern in München.

Erst nach dem Vorliegen der CDU-eigenen Analyse wolle die CSU „ihre Anregungen in angemessener Weise vorbringen". Rosenberg erklärte, er hoffe aber, daß „manch gute Rat*schläge der CSU, die in der Vergan*genheit als Querschüsse aus München abgetan wurden, künftig etwas ernster genommen werden".

CSU-Generalsekretär Gerold Tandler habe zudem, wie zuvor schon der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß, darauf hingewiesen, daß die CDU selbst ihr unbefriedigendes Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen von 1980 mit 43,2 Prozent mit der Kanzlerkandidatur von Strauß sowie mit dem Fehlen des Kanzlerbonus begründet habe.

Nach Voraussagen aus dem Bonner Konrad-Adenauer-Haus, die auf den „sachkundigen Informationen des Instituts für Demoskopie Allensbach und insbesondere von Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann fußten", wäre am vergangenen Sonntag mit einem harten Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und FDP ei*nerseits und der SPD andererseits* zu rechnen gewesen. Deshalb sei es „schon überraschend", daß die CDU nicht nur nicht zugelegt, sondern sogar deutlich an Stimmen verloren habe, meinte Rosenberg.

In einer ersten Wahlanalyse nannte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, als Grund für das schlechte Abschneiden der Union deren Rücksicht auf die FDP in Fragen der Rechts- und Sicherheitspolitik, beim Ehescheidungsrecht und der „Abtreibung auf Krankenschein". In diesen „*Identitätsfra*gen der Union" habe sich in den letzten zwei Jahren nichts bewegt.

Der designierte Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl im Herbst 1986 in Bayern, Karl-Heinz Hiersemann, wertete den Ausgang der Wahl an Rhein und Ruhr als ein Signal für den Freistaat. Auch in Bay*ern bekämen die Menschen die Fol*gen der „unsozialen Bonner Politik unter der Verantwortung von CDU, CSU und FDP zu spüren".

Selbstkritik und Betroffenheit bei den Grünen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Parteispitze der Grünen und deren Bundestagsfraktion haben gestern mit heftiger Selbstkritik und Betroffenheit auf die klare Wahlschlappe bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen reagiert. Gleichzeitig machten sie Wähler des linken Flügels für ihr Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde verantwortlich. Ähnlich wie der Noch-Bundestagsabgeordnete Otto Schily forderten auch zwei der elf Vorstandsmitglieder personelle Konsequenzen.

Grünen-Sprecher Rainer Trampert stellte zwei Punkte für die Schlappe heraus: Vor allem Bürger, „die auf die hohe Moral setzen", hätte sich wegen des Sympathiebriefs an inhaftierte Terroristen und des erst nach heftiger öffentlicher Kritik zurückgezogenen Päderastenbeschlusses abgewandt. In Nordrhein-Westfalen hätte nach dem Sieg des SPD-Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine an der Saar jetzt die „Kanalarbeiter-Politik" der SPD gewonnen. Trampert räumte ungeschminkt erneut ein, daß auf die Grünen jetzt eine „Zerreißprobe" zukomme. Einen „Zerriß" werde es jedoch nicht geben.

Sein Sprecherkollege Lukas Beckmann meinte ähnlich offen, daß die Grünen in einem „Stimmungstief" seien und eine „bittere Enttäuschung" sowie einen „Rückschlag" hätten hinnehmen müssen. Die bisherigen Ergebnisse hätten einen „Vertrauensvorschuß" beinhaltet, den die Partei „durch programmatische und organisatorische Defizite und durch Auseinandersetzungen auf Nebenschauplätzen teilweise verspielt" habe.

Sie erklärten, daß nunmehr mit Blick auf die Bundestagswahl 1987 programmatische Schwerpunkte gesetzt und die „Motivierung des eigenen Potentials" sehr schnell „angegangen werden" müsse. Trampert: „Die Lethargie zu einem Wahlautomatismus muß aufgebrochen werden." Er versuchte, seiner Partei Mut zu mahen: „Wir sollten nicht verrückt spielen und nicht in Panik ausbrechen."

Dagegen meinte Schily, die Grünen müßten „endlich zur Besinnung kommen". Dem „Express" erklärte er: „Sie müssen einsehen, daß die Leute nicht mehr bereit sind, jede ihrer Eskapaden mitzumachen." Er müsse jetzt überdenken, „ob ich noch rotiere". Seiner Forderung nach einem Rücktritt der gesamten Par*teispitze als Konsequenz aus der* Wahlniederlage widersprach neben den drei Parteisprechern auch der Sprecher der Bundestagsfraktion, Christian Schmidt. Vor einer Sitzung der Abgeordneten erklärte er, daß „vieles" bei den Grünen „reformbedürftig" sei. Auch er schloß nicht aus, daß es zu Fraktions- und Flügelkämpfen kommt.

Die Parteiführung erwartet, daß es jetzt auf dem nächsten Parteitag Ende Juni in Hagen zu einer mehrstündigen Diskussion über die Situation und Perspektiven der Grünen kommen wird. Beckmann meinte bereits, daß objektiv mit dem Ausgang am Sonntag „einer Diskussion über die Form der Zusammenarbeit mit anderen Parteien neuer Raum eröffnet worden" sei. Die Frage von Tolerierungen oder einem Bündnis mit der SPD auf Bundesebene müsse „ offen*siv und ohne ideologische Barrieren"* angegangen werden. Allerdings solle der Hamburger Parteitagsbeschluß dazu vorerst nicht revidiert werden.

Neues Kabinett in zwei Wochen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der Wahlsieger von Düsseldorf, Johannes Rau, hat gestern erklärt, das Ergebnis der Entscheidung von Nordrhein-Westfalen strahle weit über die Landesgrenzen hinaus. „Die Bundesregierung muß jetzt Korrekturen machen. Eine Regierung kann auf Dauer nicht eine Politik gegen die Mehrheit machen."

Rau steckte – um allen personellen Spekulationen zu begegnen – von vornherein ab: „Niemand ist autorisiert, sich in der Öffentlichkeit meinen Kopf zu zerbrechen." Er werde in etwa zwei Wochen sein neues Kabinett vorstellen. Auch über die Grundstrukturen der Politik der kommenden fünf Jahre wollte er sich nicht äußern, das „bleibt der Regierungserklärung vorbehalten".

Er erinnerte daran, daß das Ergebnis das beste sei, das die SPD je in Nordrhein-Westfalen bei allen Wahlen erzielt habe. Seine Überzeugung sei, daß die Wähler den Sozialdemokraten in allen Bereichen die höchste Kompetenz zuschreiben. Als „kleine Sensation" empfinde er die Kompetenzzuweisung im Umweltschutz, wo die SPD nach Umfragen 39 Punkte, die CDU 28 und die Grünen nur 18 erreichten.

„Die CDU ist als Volkspartei nicht erkenntlich." Vielmehr habe die SPD jetzt Rentner, Frauen, Landwirte „und viele, viele junge Menschen" als Wähler hinzugewonnen. Es käme nun darauf an, diesem Potential eine neue politische Heimat zu geben.

Mitentscheidend sei auch gewesen, daß die CDU, die vor drei Jahren noch die Forderung postuliert hatte, im Ruhrgebiet an die 40-Prozent-Marke zu kommen, dort jetzt sogar deutlich unter 30 Prozent gefallen sei. Die Hoffnung der Union habe getrogen, mit dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn, dem Staatsbesuch von US-Präsident Ronald Reagan und ihrer Interpretation des 8. Mai zusätzliche Stimmen zu gewinnen.

Zu der Frage einer möglichen Kanzlerkandidatur, die ihm von seiner Partei angetragen werden könnte, meinte er: „Darüber sprechen wir im Vorstand um Weihnachten herum."

Schily liest den Grünen die Leviten

DW. Bonn

Für eine Strukturreform der Grünen „an Haupt und Gliedern" plädierte der Bundestagsabgeordnete Otto Schily am Wahlabend. Schily erklärte unter anderem:

„Für uns ist das (Wahlergebnis) ein politisches Unwetter ... Ich denke, es hat damit zu tun, daß die Grünen ihre Programmatik nicht genügend in der Öffentlichkeit darstellen konnten. Es hat etwas damit zu tun, daß leider in den Grünen kleine Gruppierungen sind, die sich zeitweise sehr viel Öffentlichkeit verschafft haben. Sie wissen: die *unselige Diskussion* um den Kindersex. Das hat uns eine Menge Glaubwürdigkeit gekostet. Es hat die mühselige Arbeit, die wir geleistet haben, die hervorragende Arbeit in Kommunalparlamenten, in Landtagen und nicht zuletzt im Bundestag in den Schatten gestellt. Das ist leider die Quittung. Wir müssen daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Ich halte es für notwendig, daß es so etwas gibt bei den Grünen wie eine Strukturreform an Haupt und Gliedern. Wir müssen auch ganz offen sagen, manche Verantwortlichen in der Partei haben die Zügel schleifen lassen. Es hat nicht gegeben eine intensive Mitgliederwerbung. Wir sind eine zu mitgliederschwache Partei. Die programmatische Diskussion ist nicht genügend organisiert worden. Und auch von den Verantwortlichen, auch – das muß man ganz deutlich aussprechen – beim Bundesvorstand, ist die Integrationsfähigkeit weniger entwickelt als eine Polarisierungsgabe. Ich glaube, daß der innerparteiliche Konsens erst einmal hergestellt werden muß, damit künftig solche Unfälle, wie sie hier in Nordrhein-Westfalen jetzt vorgekommen sind, vermieden werden ...

Diese Art von Waschmittelreklame, die zum Teil betrieben worden ist, ist sehr ernüchternd und eigentlich etwas deprimierend, daß etwa eine Partei, wie die FDP, mit einer solchen Waschmittelreklame, belastet mit den Korruptionsskandalen der Vergangenheit, gleichwohl in den Landtag zurückkehrt."

Kindersex bleibt bei Südwest-Grünen Thema

„Realos" setzten sich auf Landesversammlung nicht durch

XING-HU KUO, Blaubeuren

Enttäuschung nicht nur bei den strapazierten Journalisten in Blaubeuren: Das für die Grünen so schädliche Thema Kindersex (mit ein Grund für das Scheitern der Ökologen in Nordrhein-Westfalen) wurde entgegen der Terminplanung am späten Sonntagnachmittag nicht durch eine klare Entscheidung vom Tisch gefegt, wie vor allem Landesvorstand und Landtagsfraktion der baden-württembergischen Grünen durch ihren Gegenantrag erhofften.

Im Gegenteil: Durch eine geschickte Verschleppungstaktik der Anhänger des ungezwungenen und von gesetzlichen Regelungen total freien Sex zwischen Erwachsenen und Kindern sowie unter Minderjährigen wurde um 17.30 Uhr die „Beschlußunfähigkeit" des dreitägigen zermürbenden Landesparteitages der baden-württembergischen Grünen festgestellt. Damit sind die Weichen gestellt, daß über dieses Thema noch jahrelang uferlos „diskutiert" werden wird, wie einst bei den Dauerthemen Rotation, Professionalisierung oder Diäten.

Vergeblich die Liebesmühe der „Realos", allen voran Fraktionschef Fritz Kuhn aus Tübingen, der um 15 Uhr endlich den Beginn der Debatte zu diesem Thema erzwang. Eindringlich warnte der Sprachwissenschaftler die Delegierten, von denen nur etwas mehr als 200 im Saal geblieben waren: „Ihr wißt gar nicht, was für ein Schaden für die Grünen durch diese Debatte entstanden ist." Vor allem Vertreter des Arbeitskreises Frauen lehnten ebenfalls die beantragte sexuelle Freizügigkeit ab. Eine Delegierte: „Ihr habt wohl vergessen, daß 90 Prozent der sexuell Mißbrauchten Frauen und Mädchen sind."

Für den umstrittenen Antrag forderte Jörg Sommer, unbeeindruckt von der scharfen Kritik aus den eigenen Reihen, auch Kinder sollten ohne jegliche Beschränkungen „alles ausprobieren dürfen". Der Vertreter des Arbeitskreises Kinder und Jugendliche attackierte ferner die „etablierte" Schule, die nur „willige Arbeitskräfte" erzeuge. Auch hier konterte Fraktionschef Kuhn, der, wie bereits in dem Papier des Landesvorstandes geschrieben steht, eine Abschaffung der Schulpflicht strikt ablehnte: Schließlich sei das allgemeine Recht auf Bildung, das in diesem obligatorischen Schulbesuch zum Ausdruck kommt, eine „historische Errungenschaft".

Zu diesen beiden Themen wurde schließlich nur ein „Meinungsbild" hergestellt: Von den anwesenden Delegierten votierte eine deutliche Mehrheit für den gemäßigten Antrag des Landesvorstandes, in dem allerdings auch die Abschaffung des Homosexuellen-Paragraphen 175 im Strafgesetzbuch sowie die Schaffung von „offenen Kinderhäusern, in denen Kinder Zuflucht" finden können, gefordert werden. Damit wollten die Führungsgremien der Südwest-Grünen die radikalen Thesen des Jugendarbeitskreises entschärfen.

Auf dem Parteitag wurde deutlich, daß zumindest die Realpolitiker (Realos) im Landtag und Vorstand erkannt haben, daß jetzt den Grünen der Wind ins Gesicht bläst.

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Willi Hoss: Es sei jetzt für die Grünen schwierig geworden, in der Umweltpolitik „mitzustrampeln", weil inzwischen alle „etablierten" Parteien sich dieses Themas angenommen hätten. Fraktionschef Kuhn erklärte, die Grünen müßten feststellen, daß ihr „Anfangsbonus schwindet". Man müsse damit rechnen, daß für viele Bürger die „Reparaturpolitik" der anderen Parteien als ausreichend betrachtet werde.

Die moskauhörige Deutsche Kommunistische Partei war auf dem Parteitag gleich zweimal präsent: Hans Gasparitsch, nach eigenem Bekunden „überzeugter Kommunist", referierte zum Thema „40 Jahre Kriegsende" und forderte ein „Bündnis aller antifaschistischen Kräfte" in der Bundesrepublik, wie einst in den KZs des Dritten Reiches.

Ohne Widerspruch wurde auf dem Parteitag ein Grußschreiben der DKP verteilt, in dem der DKP-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Dieter Keller, schrieb: „Liebe Freundinnen, liebe Freunde! Zu Eurem Landesparteitag senden wir Euch viele Grüße und wünschen Euch einen erfolgreichen Verlauf." Die DKP biederte sich dann mit den Worten an: „Auch wir sind der Auffassung, daß es bei weitem nicht genügt, nur an Symptomen herumzudoktern ... sondern daß an die Wurzeln der Probleme heranzugehen heißt, die Verursacher zu nennen und zur Verantwortung zu ziehen."

Der Präsident im Gefängnis

PETER SCHMALZ, Straubing

Die Gesprächspartner des Bundespräsidenten waren ungewöhnlicher Art: Der eine sitzt lebenslänglich und verbringt schon acht Jahre hinter Gittern, ein anderer ist unter dem Namen Dieter Zlof berühmt geworden als Oetker-Entführer. Auch der Ort der Begegnung war von besonderer Art: hinter den mechanisch und elektronisch gesicherten Mauern der Justizvollzugsanstalt im niederbayerischen Straubing, wo jene Straftäter eingeliefert werden, die zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt sind. 150 der über 1000 Gefangenen verbüßen eine lebenslange Strafe.

Richard von Weizsäcker war selbst überrascht, als ihm Bayerns Justizminister August Lang verkündete, daß dies der erste Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes in einem Gefängnis sei. „Das habe ich gar nicht gewußt", meinte der Bundespräsident. Schon bei seiner Antrittsrede im Juli vergangenen Jahres hatte von Weizsäcker im Bundestag erklärt, der Strafvollzug bedürfe dringend der Zuwendung. Der bayerische Justizminister reagierte prompt und lud den Bundespräsidenten nach Straubing ein. Nicht dem Zufall, sondern eigenen Einblicken und Erkenntnissen folgend, so Richard von Weizsäcker bei einem Stehempfang im vergitterten Musiksaal der Anstalt, wolle er sich um diesen Bereich kümmern, denn es sei die wichtigste Aufgabe einer freien Gesellschaft, daß gesehen und verstanden wird, was zum Schutz dieser Freiheit geschieht. Gerade jungen Menschen würde nicht immer ohne weiteres einleuchten, warum das Recht in einer freiheitlichen Gesellschaft eine so große Rolle spielt. Ein Recht, das das Fundament dieser Gesellschaft sei und das eine wohltätige wie eine strenge Seite habe.

Angenehm überrascht

Diesem Recht im Strafvollzug Geltung zu verschaffen, bezeichnete der hohe Besucher als eine Gratwanderung, die er zu erklären versuchte mit dem Hinweis auf die widerstreitenden menschlichen Gefühle: da werde erschrocken über Brutalität und Heimtücke nach rigoroser Strafe gerufen, da weiß man aber selbst, wie schnell man die Nerven verlieren und in eine Sache geraten könne, in der anderer Hilfe nötig ist.

Schon vor seinem Rundgang wurde der Bundespräsident vom Anstaltsleiter Wilhelm Stärk gewarnt, er werde hier, in dem „bayerischen Sammelbecken schwerster Kriminalität", nicht nur „aufgeschlossene, nicht nur freundliche Gesichter" sehen; wohl seien viele guten Willens, aber einige der Gefangenen würden ihr Versagen einzig und allein der Gesellschaft anlasten und diese deshalb ablehnen.

Am Ende war Richard von Weizsäcker angenehm überrascht: „Diese Prognose hat sich nicht erfüllt." Im Gegenteil, das Staatsoberhaupt zeigte sich erstaunt darüber, wie nüchtern, verantwortungsvoll und unbefangen die Gespräche mit den Gefangenen am Arbeitsplatz wie mit den Interessenvertretern der Inhaftierten abgelaufen sind. „Sie waren gut vorbereitet und hatten sich sinnvoll abgestimmt", lobte er seine Gesprächspartner.

Da wurde das Problem jugendlicher Ersttäter angesprochen. „Wir müssen", meinte der Bundespräsident später, „das Menschenmögliche tun, um ihnen aus dem erstmaligen jugendlichen Irrtum heraus in ein normales Leben zu helfen." Über Eheseminare wurde diskutiert, damit Inhaftierte kurz vor der Freilassung leichter wieder in ihre familiäre Umgebung finden („Die Frau stützt uns am meisten im Leben", sagte der Besucher), da wurde aber auch über die Schwierigkeiten gesprochen, wenn mehrere Nationen Wand an Wand wohnen und von der Freizeitgestaltung völlig unterschiedliche Auffassungen haben.

Straubing war von den Bayern geschickt gewählt, denn hier, im ältesten Gefängnis des Freistaates, konnte Richard von Weizsäcker den Wandel im Strafvollzug beispielhaft erleben. Sechs der acht Trakte sind bereits renoviert, zwei aber geben noch ein anschauliches Bild des früheren Gefängnisalltags: kleine, nur 1,40 Meter breite Zellen ohne fließend Wasser, doch immerhin schon mit einem Wasserklo, das beim Bau der Anstalt im vorigen Jahrhundert als kleine Sensation galt.

Die Mittel für die Renovierung auch dieser Trakte sind bereits genehmigt, 3 Millionen Mark wird jeder Flügel kosten. Dann werden auch dort wie in den sechs anderen zwei der Kleinzellen zusammengefaßt sein zu einem achteinhalb Quadratmeter großen Raum, dessen Ausgestaltung der Phantasie der Insassen überlassen bleibt. Blaue, rote und weiße Schildchen an der Tür zeigen, ob der Gefangene am Musikunterricht, beim Töpfern oder am Bastelkurs mitmacht. Zwei Türen, an denen der Bundespräsident vorüberging, trugen ein in dieser Umgebung makabres Schild: „Vorsicht. Vogel fliegt frei." Doch damit waren nur die Kanarienvögel gemeint, die manchmal in der Zelle Ausflug haben.

Nicht letzter Besuch

Die meisten der Zellen waren leer, die Gefangenen bei der Arbeit. „Zu arbeiten ist hier besonders wichtig, um den Tag verarbeiten zu können", resümierte von Weizsäcker. Er hat sich umgesehen an den ausbruchsicheren Straubinger Arbeitsplätzen: In der Druckerei, wo 100 Gefangene und zehn Lehrlinge an einer modernen Fotosatzanlage Drucksachen für die bayerische Justiz im Wert von 3 Millionen DM im Jahr herstellen. Da kann es durchaus geschehen, daß ein Häftling seinen eigenen Haftbefehl druckt, mit dem er später wieder hinter Gitter geholt wird, denn die Hälfte der Straubinger Gefangenen wird nach der Entlassung wieder rückfällig.

Andere produzieren für einen ortsansässigen Betrieb täglich 200 Paar Ski, weitere stehen an komplizierten Maschinen einer Münchener Firma und hantieren mit Werkstücken, von denen jedes gut 10 000 Mark wert ist.

Doch nicht nur den Gefangenen galt der gestrige Besuch des Staatsoberhauptes, Richard von Weizsäcker würdigte zugleich auch die Arbeit der Vollzugsbeamten, die – wie Minister Lang formulierte – „eine außerordentlich schwere Aufgabe zu erfüllen haben und die ja sehr viel länger hinter Gitter leben müssen als die meisten Gefangenen". Richard von Weizsäcker bezeugte seinen Respekt vor jenen, „die hier tätig sind und eine Arbeit leisten, die weit in die Gesellschaft hineinreicht".

Es werde nicht sein letzter Besuch in einer Vollzugsanstalt sein, kündigte der Bundespräsident abschließend an und betonte, er wolle damit keineswegs in die föderativen Angelegenheiten der Länderjustizbehörden eingreifen. Er wolle vielmehr eine Integrationsaufgabe erfüllen, die darin bestehe, den Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortlichkeit verständlich zu machen.

Kampf gegen den Krebs bestimmte ihr Leben

Mildred Scheel ist gestern im Alter von 52 Jahren gestorben

EVI KEIL/DW. Bonn

Beim Empfang für die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels auf Schloß Augustusburg in Brühl meinte Walter Scheel noch, es gebe wieder etwas Hoffnung für seine an Krebs erkrankte Frau Mildred. Die Hoffnung trog. Mildred Scheel, Gründerin und Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, starb gestern morgen in der Kölner Uni-Klinik an Krebs. Sie war nur 52 Jahre alt geworden. Das größte Unglück sei, jung zu sterben, und ihr Traum vom Glück der Sieg über den Krebs, hatte Mildred Scheel 1981 bei der Beantwortung eines unterhaltsamen Fragebogens geschrieben.

1983 erkrankte sie zum ersten Mal schwer. Diagnose: Darmkrebs. Mildred Scheel ließ sich operieren. Vor kurzem ging sie in die Kölner Uni-Klinik. Im Freundeskreis sickerte durch, wie schlecht es um sie stand. Man sprach bereits von Metastasen, die auch die Leber erreicht hatten.

Die Röntgenärztin, die ungemein energisch und resolut in den vergangenen zehn Jahren ihre wissenschaftlichen Programme durchzog, Krebskranken in ganz Deutschland finanziell unter die Arme griff und ihnen Trost spendete, wurde nun selbst ein Opfer der Krankheit.

Der Kampf gegen den Krebs bestimmte für Mildred Scheel schon ihren Werdegang als Ärztin. Nach ihrem Studium in München, Innsbruck und Regensburg ließ sie sich zur Röntgenfachärztin ausbilden.

Klare Entscheidung

„X-mal am Tag mußte ich auf dem Röntgenbild hoffnungslos fortgeschrittenen Krebs diagnostizieren, wo einfach nichts mehr zu machen war, weil die Patienten keine Vorsorge getroffen hatten", sagte Frau Scheel einmal in einem Interview. Noch nach der Hochzeit mit Walter Scheel, der damals – 1969 – FDP-Vorsitzender war und bald darauf Außenminister wurde, spezialisierte sie sich in Mammographie, einer röntgendiagnostischen Methode zur Erkennung von Brustkrebs im Frühstadium.

Als sie daher nach der Wahl Walter Scheels zum Bundespräsidenten wie andere „First Ladies" vor ihr eine öffentlich Aufgabe übernahm, war die Entscheidung für Mildred Scheel klar: Auf ihre Initiative konstituierte sich am 26. September 1974 in Bonn der Verein „Deutsche Krebshilfe" mit einem Kuratorium aus Prominenten des öffentlichen Lebens. „So etwas hat mir schon immer vorgeschwebt", erklärte die „First Lady" einer Journalistin und betonte: „Ich mache da aktiv mit, nicht nur in Form von Spendenaufrufen, sondern als intensive Arbeit."

Ihr Engagement war von Anfang an beispielhaft: Mildred Scheel ging auf zahllose Fußballplätze, um Spenden zu sammeln. Sie setzte sich mit dem Fernsehen und mit Künstlern in Verbindung, um für ihre neue Aufgabe zu werben.

Hilfe und Forschung

In den ersten zehn Jahren ihres Bestehens nahm die Organisation 213,4 Millionen Mark ein aus Spenden, Sonderaktionen und Erbschaften, Bußgeldern und Mitgliedsbeiträgen. 21,2 Millionen Mark davon wurden nach Angaben der Präsidentin einem Tumorzentrum zur Verfügung gestellt, 36,8 Millionen Mark gingen in die Verbesserung der Forschung. Für die seelisch-soziale Betreuung von Krebskranken wurden 18,7 Millionen Mark aufgewandt und für Aufklärung weitere 15,2 Millionen Mark.

Die Tumorzentren pflegen die interdisziplinäre Zusammenarbeit untereinander, mit Wissenschaftlern und mit der niedergelassenen Ärzteschaft der Region. An die Tumorzentren angeschlossen wurden später die Zentren für Rehabilitation Krebskranker.

1975 wurde der „Mildred Scheel Förderkreis" ins Leben gerufen. Dem Mildred-Scheel-Kreis flossen Gelder für langfristige Forschungsprojekte zu, die an deutsche Krebswissenschaftler gingen. Ein Teil der Gelder stammt aus „Erbschaften". Denn immer häufiger stellten Familien ihr Erbe für die Erforschung dieser Krankheit zur Verfügung.

Einen bedeutenden Teil ihrer Initiativen schließlich widmete Frau Scheel auch den Krebsvorsorgeprogrammen. Die Präsidentin der Deutschen Krebshilfe fand internationale Anerkennung. Sie erhielt unter anderem den „Lifeline-Preis" der „American Health Foundation".

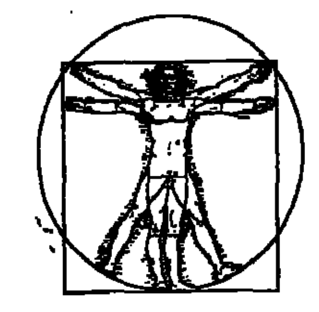
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Hoffnung bei Kinderkrebs

München (dpa) – Die Behandlungsergebnisse bei Krebskrankheiten im Kindesalter haben sich in den letzten 15 Jahren stark verbessert. Damals war die Heilungschance bis auf wenige Ausnahmen gleich Null, während heute rund 65 Prozent aller krebskranken Kinder dauerhaft geheilt werden können. Bei der häufigsten Form der Leukämie bei Kindern, der akuten lymphatischen Leukämie, betrage die Heilungsrate sogar mehr als 70 Prozent, wie jetzt die Bayerische Krebsgesellschaft mitteilte.

Baubeginn für HERA

Hamburg (DW.) – Am 8. Mai wurde in Hamburg mit dem Bau des 6,3 Kilometer langen Ringtunnels für die sogenannte Hadron-Elektron-Ring-Anlage (HERA) begonnen. Dieser Beschleuniger ist das jüngste Projekt des Deutschen Elektronen Synchrotrons (DESY). Die Anlage wird 1990 in Betrieb gehen und bis dahin mindestens 650 Millionen Mark kosten. Der Tunnel mit einem Durchmesser von 5,2 Meter wird un-



terirdisch im Schildvortriebverfahren gebohrt.

Falsche Hilfe für Sahel

Berlin (dpa) – Die Lieferung europäischer Nahrungsmittel in die von Dürrekatastrophen heimgesuchte Sahelzone wird von Wissenschaftlern entschieden abgelehnt. Mit den Lebensmitteln werden die Eßgewohnheiten der dortigen Bevölkerung umfunktioniert, hieß es in der letzten Woche auf einem Sahel-Symposium an der Freien Universität Berlin. Die Folge sei, daß sich die Menschen von ihren Grundnahrungsmitteln wie Hirse und Sorghum abwenden und vergeblich den Weizenanbau versuchen.

Leih-Satellit

Paris (dpa) – Einen ihrer im Weltall stationierten Wettersatelliten wird das amerikanische Amt für Ozeanographie der Europäischen Raumfahrt-Agentur (ESA) leihweise zur Verfügung stellen. Der Satellit soll den alten Meteosat-1 der Europäer ersetzen, der seit seiner Stationierung 1977 bereits viel länger als vorgesehen Dienst getan hat und vermutlich im Juli aus der Reichweite der Bodenstationen abdriftet.

Kommt das AIDS-Virus aus Afrika?

Eine ähnliche Krankheit bei Affen dient als Modell für die Entwicklung eines Impfstoffs

Von LUDWIG KÜRTEN

Das Virus, das für die erworbene Immunschwäche (AIDS) verantwortlich ist, wurde möglicherweise von Affen durch Ansteckung auf den Menschen übertragen. Wie Max Essex von der Harvard Universität jetzt auf einer internationalen Konferenz über AIDS in Atlanta (US-Bundesstaat Georgia) berichtete, zeigen Grüne Meerkatzen (Cercopithecus aethiops) eine starke Antikörper-Reaktion, wenn sie mit dem sogenannten STLV-III-Erreger (Simian T-lymphotropic retrovirus) infiziert werden. Dieser löst bei den Affen eine Krankheit aus, die der beim Menschen auftretenden Immunschwäche ähnelt.

Dieser Fund bei den afrikanischen Affen deckt sich mit der Beobachtung, daß der AIDS-Erreger (HTLV-III-Virus) wahrscheinlich schon vor 1973 bei Menschen in Zentralafrika vorkam. Bei nachträglichen Untersuchung in Uganda fand man ihn in Blutproben, die über längere Zeit aufbewahrt worden waren.

Die Ähnlichkeit der beiden Viren ist jedoch noch bei weitem kein Beweis dafür, daß diese Immunkrankheit sich ursprünglich bei Affen ausbildete. Angesichts der völlig offenen Frage, wie das Virus von den Tieren auf den Menschen übertragen worden sein soll, muß diese Möglichkeit noch mit großer Zurückhaltung betrachtet werden, wie Professor K.-O. Habermehl vom Virologischen Institut der Freien Universität Berlin in einem Gespräch mit der WELT berichtete.

Nach seiner Auffassung hätten die Menschen sich mit dem Blut der Affen infizieren müssen, was äußerst unwahrscheinlich ist. Man werde, so Habermehl, bei der nun einsetzenden intensiven Suche wohl auch bei anderen Tieren ähnliche Erreger finden. Bei einigen Arten sind sie schon bekannt und führen auch zu ähnlichen Symptomen wie beim Menschen.

Auf der Konferenz, an der 2000 Forscher aus 26 Ländern teilnahmen, wurde auch deutlich, daß nicht damit zurechnen ist, daß die AIDS-Krankheit geheilt werden kann, sobald sie einmal bei einem Patienten ausgebrochen ist. Alle Hoffnungen richten sich daher auf die Entwicklung eines Impfstoffes. Habermehl sieht dabei schon einige Fortschritte.

Daß AIDS auch bei Primaten untersucht werden kann, könnte sich beschleunigend auf diese Suche auswirken. Bislang war man darauf angewiesen, die Tiere mit dem menschlichen Virus zu infizieren. Dies war jedoch nur bei Menschenaffen, etwa Schimpansen, möglich und brachte zahlreiche Probleme mit sich. Man hofft nun darauf, im Erbgut des AIDS-Virus jene „konservativen" Regionen zu finden, die nicht die übliche Variabilität besitzen und damit auch beim menschlichen Virus noch vorhanden sind.

Wenn man diese Abschnitte mit gentechnischen Verfahren in einem synthetischen Impfstoff imitieren könnte, wäre man beim Kampf gegen die heimtückische Krankheit einen großen Schritt weiter gekommen. Bei der Erprobung eines solchen Impfstoffes wird der Vergleich mit den Affen allerdings, so Habermehl , nur wenig aussagekräftig sein.

Wenn in einigen Jahren eine Vakzine zur Verfügung steht, wird die gesamte Bevölkerung der Vereinigten Staaten damit geimpft werden, beginnend mit den sogenannten Risikogruppen. Dies machten Vertreter der amerikanischen Gesundheitsbehörden auf der Tagung deutlich. Angesichts von inzwischen fast 10 000 Krankheitsfällen, von denen die Hälfte tödlich verlief, sehen sie in der Bekämpfung von AIDS eine vorrangige Gesundheitsaufgabe.

Schon viele Fluggäste, die einen Platz in der Nähe der Triebwerke hatten, haben sich beim Start von dem Geräuschpegel belästigt gefühlt. *Er ist oft so hoch, daß ein Gespräch* mit dem Nachbarn unmöglich wird. Ähnlich lautstark geht es aber oft auch im Cockpit zu. Davon werden die Konzentrationsfähigkeit und die Verständigung der Besatzung beeinträchtigt. Dies verstößt gegen die strengen Richtlinien zur Unfallverhütung. Untersuchungen beschreiben, wie es dazu kommt und wie Abhilfe geschaffen werden kann.

Höhere Sicherheit in leisen Flugzeugen

Von H. MASSMANN

Besonders unangenehm für die Passagiere ist die Lärmbelästigung im Heckbereich der Flugzeugtypen DC 9, B 737 und B 727. Hier sind die Triebwerke nahe am Flugzeugrumpf montiert, so daß sie Vibrationen und Schallwellen besonders stark auf den Rumpf übertragen. Diese relativ kurzfristig auftretende Lärmbelästigung für den Passagier bleibt jedoch weit hinter dem aerodynamisch bedingten Geräuschpegel im Cockpit zurück, der naturgemäß an der Flugzeugspitze am größten ist.

Im Juli 1984 wurde eine Untersuchung „Schallpegelmessung Cockpit" abgeschlossen, die in Zusammenarbeit der Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltung und der Deutschen Lufthansa erarbeitet wurde und teilweise beunruhigende Ergebnisse beinhaltet.

Als Lärmpegel wird gewöhnlich der Schalldruck gemessen , ausgedrückt in Dezibel (dB). Da dies ein logarithmischer Maßstab ist, bedeuten drei Dezibel Lärmsteigerung bereits eine Verdoppelung des Schalldruckpegels. . Das menschliche Gehör weist einige typische physiologische Charakteristika auf: So werden zum Beispiel bestimmte Frequenzen bei gleichem Schalldruckpegel lauter, andere leiser empfunden. Darum wird das Meßergebnis entsprechend gewichtet und das so erzielte Ergebnis nun mit dem Index „A" versehen (dB(A)).

Um die gesundheitsschädigende Wirkung eines Geräusches beurteilen zu können, ist es wichtig, den Mittelwert eines in seiner Intensität schwankenden Pegels festzustellen und die Zeit der Einwirkung auf den Menschen zu messen. Eine Besonderheit des menschlichen Gehörs besteht darin, in bestimmtem Umfang die aufgenommene Schallenergie zu „speichern". Zum Beispiel liegt die gleiche Schallbelastung vor, wenn das menschliche Gehör nur halb so lange, dafür aber einem um drei Dezibel höheren Schallpegel ausgesetzt ist.

Die über einen Zeitraum von acht Stunden aufgenommene „Schalldosis" (Beurteilungspegel) darf 90 dB(A) aufgrund der heute gültigen Richtlinien der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften nicht überschreiten. Anderenfalls wäre langfristig mit einer bleibenden Gehörschädigung zu rechnen.

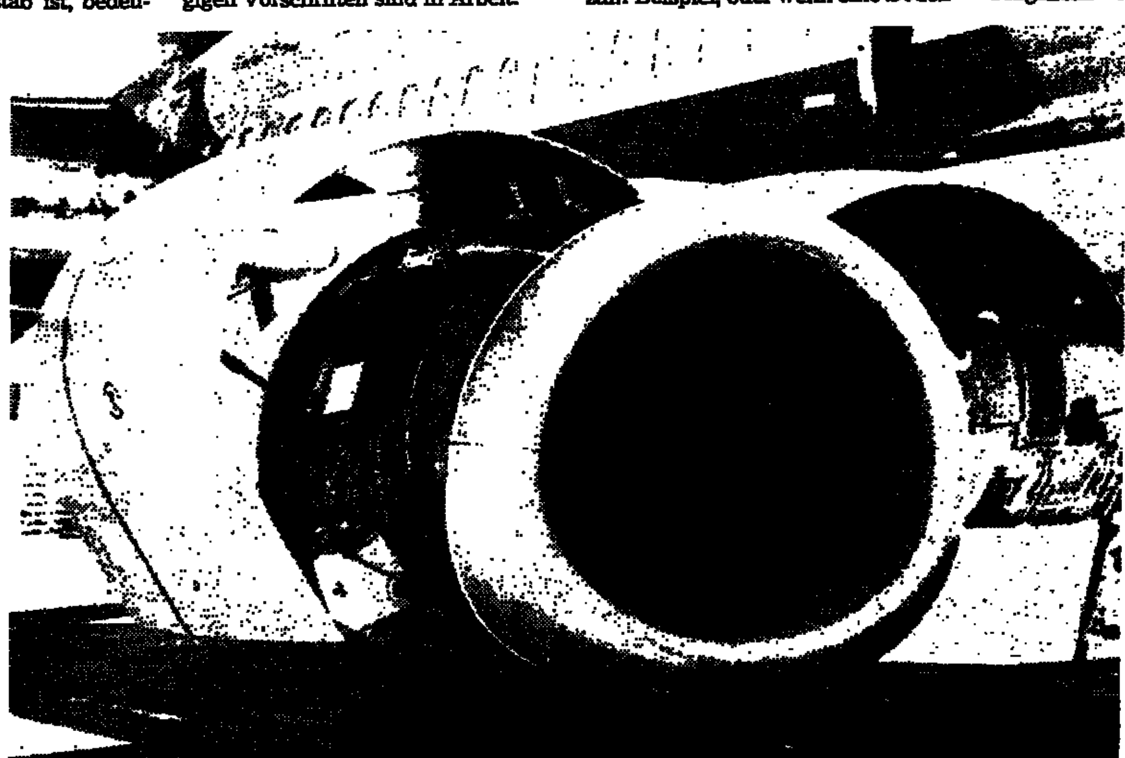
Als Ergebnis neuerer wissenschaftlicher Untersuchungen scheint eine solche Schädigungsgrenze aber bereits bei 85 dB(A) zu liegen. Entsprechende Novellierungen der einschlägigen Vorschriften sind in Arbeit.

Das größte Problem besteht in den aerodynamisch erzeugten Fluggeräuschen. Dieses Umgebungsgeräusch erreicht in Jetflugzeugen einen Pegel von 76 bis 86 dB(A). Als besonders laut erweisen sich hierbei *die Boeing* 747 (Jumbo Jet) und die B 737 (City Jet). Bessere Werte wurden auf der DC 10 oder dem Airbus A 300 gemessen. Diese Verbesserungen wurden durch gezielte Geräuschdämmung und bessere aerodynamische Gestaltung des Rumpfes erzielt.

Zum Umgebungsgeräusch kommt aber für den Piloten nun ein zweites und damit entscheidendes Problem hinzu: Um eine Sprachverständlichkeit des Sprechfunkverkehrs zu ermöglichen, muß ein bestimmter Abstand (5-10 dB(A)) zum Umgebungsgeräusch eingehalten, also die Lautstärke in den Kopfhörern um diesen Wert gesteigert werden. Häufig ist dieser Geräuschabstand aber auch nicht ausreichend. Bei schlechter Empfangsqualität, *auf der* Kurzwelle zum Beispiel, oder wenn eine Bodenkontrollstelle im Verhältnis zu den anderen Stationen relativ leise sendet, ist das Besatzungsmitglied gezwungen, die Lautstärke im Kopfhörer zu erhöhen, um die Bodenstelle einwandfrei verstehen zu können. Jeder Funkspruch einer stärkeren Station belastet dann aber das Gehör bis an die Schmerzschwelle. Spitzenpegel bis zu 102 dB(A) wurden gemessen.

Der Durchschnitt des Lärmpegels liegt nach dieser Untersuchung bei 86 bis 97 dB(A) pro Flug. Nach den zur Zeit gültigen Unfallverhütungsvorschriften ist damit der Arbeitsplatz im Cockpit bei bestimmten Flugphasen ein Lärmarbeitsplatz, dessen Grenzwert bei 90 dB(A) und darüber liegt, aber wie schon erwähnt, gesenkt werden soll. Damit ist ein Risiko für einen dauernden Gehörschaden für Besatzungsmitglieder gegeben, d. h. statistisch, daß es Besatzungsmitglieder geben wird, die aufgrund eines Gehörschadens ihre Fluglizenz verlieren werden. Für die bereits in Betrieb befindlichen Flugzeugtypen verspricht eine wissenschaftliche Neuentwicklung des Frankfurter Battelle-Instituts Abhilfe, die auch nachträglich noch installiert werden kann. Hierbei handelt es sich um die Nutzung von „destruktiven Interferenzen". Bei diesem Verfahren wird jeder im Cockpit auftretenden Schwingung eine ausgleichende Gegenschwingung überlagert (invertiertes Schallfeld).

Die bisher erzielten Ergebnisse sind so erfolgversprechend, daß sich auch namhafte Fluggesellschaften finanziell an der Entwicklung dieses Systems beteiligen.



Trotz neuer Triebwerke, hier die Boeing 757, ist der Lärm im Flugzeug noch zu groß FOTO:CFM

„Systemfeinde sind in der Offensive"

dpa, **Belgrad**

Die schwere Wirtschaftskrise Jugoslawiens nutzen nach Ansicht des Innenministers Dobroslav Culafic „Feinde des Gesellschaftssystems", um dem Land schweren Schaden zuzufügen. In einem Interview mit der Zeitung „Politika" sagte Culafic, besonders die Nationalisten versuchten, das Vertrauen der Bevölkerung in das System zu erschüttern. Außerdem schüre der „reaktionäre Teil" der katholischen, orthodoxen und islamischen Glaubensgemeinschaften die Politisierung der Kirche und des Glaubens. Auch die „feindliche Emigration", die von „gewissen reaktionären Kreisen im Ausland" unterstützt wird, setzten ihre Aktionen in Jugoslawien unvermindert fort. So beschlagnahmten die Behörden bei „Terroristen" im Lande jährlich hunderte Kilogramm Sprengstoff.

Exkommunikation nach Abtreibung

KNA, **Madrid**

Frauen, die bewußt ihre Schwangerschaft abbrechen, unterliegen nach geltendem Kirchenrecht automatisch der Exkommunikation, erklärte der spanische Episkopat am Wochenende in Madrid. In einem von den Bischöfen veröffentlichten Dokument zur Teilfreigabe der Abtreibungen in Spanien betonen sie, daß ihre Stellungnahme nicht in die spanische Gerichtsbarkeit eingreife. Jedoch wolle man klarstellen, daß nach Auffassung der Kirche das ungeborene Leben Schutz benötige. Auch die nach Korrekturen der gesetzlichen Bestimmungen mögliche Teilfreigabe des Schwangerschaftsabbruchs ändere nichts am moralischen Standpunkt der Kirche. Allerdings wolle man sich jedoch erneut mit diesem Thema beschäftigen, wenn das spanische Parlament ein neues Gesetz zur Abtreibung beschließen sollte.

Atomare Zeitzünder illegal nach Israel

hav, **Jerusalem**

Eine Schmuggelaffäre droht das Verhältnis zwischen Israel und den Vereinigten Staaten zu trüben. Ermittlungen in Kalifornien haben ergeben, daß eine größere Anzahl von „Crytrone"-Zeitzündern für Sprengsätze und Bomben, die sich auch zur Auslösung atomarer Explosionen eignen, auf illegalem Wege nach Israel gelangt ist. Die Affäre könnte sich nachteilig auf das Verhältnis zu den USA auswirken, da der Kongreß zur Zeit eine Gesetzesvorlage diskutiert, mit der jedem Staat, der sich des „unerlaubten Waffenerwerbs" schuldig macht, jegliche materielle Hilfe entzogen werden soll. Obwohl sich die Vorlage in erster Linie auf den Schmuggel strategischer Waffen an kommunistische Länder bezieht, schließen politische Beobachter nicht aus, daß der Kongreß auch verbündeten Ländern mit Streichung von Mitteln drohen könnte.

Das Verteidigungsministerium in Tel Aviv erklärte dazu, daß eine Anzahl von „Crytrone"-Zeitzündern zwischen 1979 und 1983 nach Israel gebracht worden sei. Jedoch wurde ausdrücklich versichert, daß die Zeitzünder ausschließlich zur Forschung und Entwicklung von konventionellen Waffensystemen verwendet würden. Aufgrund eines Ersuchens der USA wolle man jetzt das gesamte Informationsmaterial Washington zur Verfügung stellen.

Streichungen machen MX-Rakete teurer

AP, **Washington**

Der amtierende amerikanische Luftwaffenminister E. C. Aldrigde hat nach Informationen der Fachzeitschrift „Defense Weekly" dem Kongreß mitgeteilt, daß die Luftwaffe ihre Kostenrechnung für die Interkontinentalrakete MX um 50 Prozent höher ansetzen müsse. Aldridge begründete die Verteuerung mit der Entscheidung des Kongresses, im Haushaltsjahr 1985 statt 40 nur 21 MX-Raketen in Auftrag zu geben. Die Luftwaffe müsse daher die Kosten für eine MX jetzt mit 119 Millionen Dollar ansetzen, statt wie bisher mit 79 Millionen.

Auch die Raketen, die im Haushaltsjahr 1986 gebaut werden sollen, kosten nach der Rechnung der Luftwaffe zwölf Prozent mehr. Jede der vorgesehenen 48 Raketen werde dadurch 66,2 Millionen Dollar kosten. Damit wäre der Preis für eine MX jedoch niedriger, weil mit größerer Stückzahl die Produktionskosten erheblich sinken. Der Preis werde allerdings weiter steigen, falls der Kongreß die von der Regierung gewünschte Stückzahl von 48 MX-Raketen wie erwartet auf eine Zahl zwischen 12 und 21 begrenze.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Mittelstürmer" treten gegen Frau Thatcher an

Konservative um Pym bilden Fraktion in der Fraktion

REINER GATERMANN, **London**

Die wachsende Unzufriedenheit in der Konservativen Partei, vor allem mit der Arbeitsmarktpolitik von Premierministerin Margaret Thatcher, organisiert sich. Der frühere Außenminister Francis Pym wird heute in Oxfort die Bildung einer „Fraktion in der Fraktion" bekanntgeben. Die unter dem Namen „Konservative Mittelstürmer" firmierende Gruppe, der sich bisher 32 konservative Parlamentarier angeschlossen haben sollen, sieht sich selbst nicht als Rebellen und Francis Pym will nicht als Herausforderer Margaret Thatchers auftreten, man wolle nur größeren Einfluß auf bestimmte wirtschaftspolitische Aspekte der Regierungspolitik bekommen. Diese neue Fraktion ist jedoch ein weiteres Zeichen der Unruhe in der Partei, die vor allem nach dem schwachen Abschneiden bei den Grafschaftswahlen stark zugenommen hat.

Die „Mittelstürmer" betrachten den traditionellen Konservatismus als ihren Leitstern und dazu zähle das Bild einer Partei für die gesamte Nation. Frau Thatcher werde dem nicht gerecht, deutlichste Hinweise seien die hohe Arbeitslosigkeit sowie ihre auf die Regierung konzentrierten Zentralisierungsbestrebungen, die vor allem die Gemeinden beträfen. Deswegen sieht sich die Gruppe auch als lokaler und regionaler Widerstand gegen diese Politik. Zwar beteuerte Francis Pym, loyal zu Partei und Regierung zu stehen und die meisten politischen Beschlüsse zu stützen, er macht aber gleichzeitig klar, daß sich die neue Fraktion nicht scheuen werde, geschlossen gegen Kabinettsvorlagen zu stimmen.

Mit Gelassenheit

Die Etablierung der Pym-Gruppe wird vor allem bei der sozialdemokratisch-liberalen Allianz positive Resonanz finden. Die Allianz sieht ihre große Chance darin, daß bei einer kommenden Wahl keine der beiden Hauptparteien eine eigene Mehrheit bekommt, womit sie zum Zünglein an der Waage würde und in diesem Fall eher zu einer Zusammenarbeit mit den Tories als mit Labour hintendiert, allerdings nicht unter Frau Thatcher. Die Erklärungen Pyms, daß die Gruppe nicht die Führung der Partei angreife, sondern versuche, deren Politik zu ändern, werden von anderen Tory-Abgeordneten als Augenwischerei und Francis Pym als Störenfried bezeichnet. Der am rechten Flügel der Partei beheimatete George Gardiner erklärte, die Gruppe sei „die selbe alte Gang, die weder Margaret als Führer, noch ihre Reformpolitik richtig akzeptiert hat". Andere Abgeordnete forderten Francis Pym auf, beim nächsten Kongreß gegen Margaret Thatcher zu kandidieren. Sie sind davon überzeugt, daß jeder Gegenkandidat eine „erniedrigende Niederlage" erleben würde. Aus Regierungskreisen verlautet, daß Frau Thatcher die „Mittelstürmer" mit Gelassenheit betrachte.

Anderer Ton erwünscht

Dennoch wird die Partei nach neuen Wegen suchen müssen, falls sie ihre Führungsposition behalten will. Vor allem auf unteren Parteiebenen wächst der Vorwurf, daß sich die Regierungschefin immer mehr von der Basis entferne. Diese Sorge wurde auch auf dem Kongreß der schottischen Konservativen deutlich, dort noch gemischt mit der heftigen Kritik an der von der Regierung verordneten Gemeindesteuerpolitik. Die teilweise erhitzten Gemüter konnten nur durch eine zusätzliche Finanzspritze aus London in Höhe von umgerechnet rund 150 Millionen DM beruhigt werden.

Es ist zudem bekannt, daß innerhalb der konservativen Unterhausfraktion immer häufiger der Wunsch vorgetragen wird, die Regierung möge sich ein „weicheres Image" zulegen, ihre „Brechstangenmethode" schrecke die Wähler ab und ihre Kompromißlosigkeit treffe häufiger ungerechterweise diejenigen, die es bereits schwer hätten. Ein Tenor aus den Reihen der Unterhaus-Hinterbänkler, die in der britischen Politik eine weitaus größere Rolle spielen als in den meisten anderen Parlamenten lautet: Wir stützen die politischen Ziele der Regierung voll und ganz, sie sollte jedoch geschickter vorgehen und den Ton ändern. Nun wartet man innerhalb und außerhalb der Konservativen Partei auf Zeichen eines „neuen Tones". Eine verminderte Aggressivität würde nach Auffassung vieler ihrer Anhänger der positiven Seite ihres Ansehens als „Eiserne Lady" keinen Abbruch tun.

Kirchschläger: Freiheit fordert auch Opfer

cgs. **Wien**

Der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger hat zum 30. Jahrestag des Staatsvertrages die politischen Parteien und die Bevölkerung seines Landes davor gewarnt, Fragen der Sicherheit, des Staates und der Verteidigung zu vernachlässigen. Allein aus der Tatsache, daß in Wien seit elf Jahren erfolglose Verhandlungen über eine ausgewogene Verminderung des Militärpotentials in Mitteleuropa stattfänden, müsse man erkennen, daß – wie Kirchschläger sagte – „die Situation in Mitteleuropa ernst ist", sonst wäre man längst zu einer Lösung gekommen.

Wenn aber die Situation ernst sei, so sagte Kirchschläger in einem Interview der Wiener -Wochenzeitung „Die Furche", sei es notwendig, zur Bewahrung von Frieden und Unabhängigkeit sicherzustellen, daß Österreich kein politisches und militärisches Vakuum werde. „Wir müssen sagen, daß Unabhängigkeit und Freiheit auch ihre Opfer fordern", erklärte Kirchschläger. Die Österreicher seien „sehr wehleidig" geworden und glaubten, daß für sie andere Lebensgesetze gälten. Das sei ein Irrtum.

Kirchschläger meinte, ein Teil der Bevölkerung sei voll verteidigungsbereit, bei einem anderen Teil aber sei diese Bereitschaft „in der Zufriedenheit über das Erreichte verlorengegangen". Manche Menschen glaubten, daß man mit guten Worten den Frieden für das eigene Land bewahren könne. Er würde „als einer, der den Krieg erlebt hat", diesen Weg gerne gehen, wenn er auch nur annähernd einen Anhaltspunkt hätte, daß er zum Ziele führe.

Zur Diskussion um die Anschaffung moderner Überschall-Abfangjäger für das österreichische Heer meinte das Staatsoberhaupt, sie könne zu einer Gefahr werden, „wenn das Ausland den Glauben daran verliert, daß die Österreicher bereit sind, für Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden unserer Republik auch Opfer zu bringen". Offenbar im Blick auf Kreise der Österreichischen Volkspartei und kirchliche Organisationen, die auf einer pazifistischen Welle mitschwimmen wollen, warnte Kirchschläger – der selber praktizierender Katholik ist – vor der Meinung, „daß mit der Lautstärke (der pazifistischen Kampagne) auch schon die Mehrheit bei künftigen Wahlen verbunden sei".

London baut Stellungen auf Falkland-Inseln aus

Landebahn für alle Flugzeugtypen / Engere Bindungen

REINER GATERMANN, **London**

Drei Jahre nach dem argentinischen Überfall auf die Falkland-Inseln hat Großbritannien am Wochenende den neuen, mit enormem Kostenaufwand gebauten internationalen Flugplatz der Südatlantikinsel offiziell in Betrieb genommen. Auch wenn die Regierung in London unermüdlich die zivile Bedeutung der 2400 Meter langen Start- und Landebahn für die wirtschaftliche Entwicklung und den Tourismus betont, muß dieser entscheidende Schritt zum Ausbau der Falkland-Inseln zu einer Festung doch mehr aus militär- und wirtschaftsstrategischer Sicht gesehen werden und nicht zuletzt als Bestätigung der festen Absicht der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die 1800 Bewohner der Inselgruppe um jeden Preis vor einem weiteren Angriff zu schützen und sie so lange unter den Fittichen des Vereinigten Königreiches zu behalten, wie diese es wünschen. Geht man von der heutigen Stimmung aus, dann dürfte dies wohl für immer sein.

Prinz Andrew, Königin Elizabeth' zweitältester Sohn, weihte den Flugplatz am Mount Pleasant ein, knapp 50 Kilometer von der Hauptstadt Port Stanley entfernt. Er war als Hubschrauberpilot Mitte 1982 aktiv an der Wiedereroberung der Inselgruppe beteiligt und ist auch derzeit im Südatlantik stationiert. Der neue Flugplatz kann sämtliche Flugzeugtypen aufnehmen und wird Anfang 1986, wenn die zweite Start- und Landebahn fertig wird, auch bei fast jedem Wetter angeflogen werden können. Die Regierung erhofft sich von ihm eine beträchtliche Kosteneinsparung bei der Versorgung der Inselgruppe.

Auch British Airways

Bisher mußten Personal und Güter zunächst zur Südatlantikinsel Ascension geflogen und dort auf Militärtransporter vom Typ Hercules umgeladen werden. Dann starteten diese zu einem 13-Stunden-Flug nach Port Stanley, bei dem sie dreimal in der Luft aufgetankt werden mußten. Von nun an starten die Großraumflugzeuge vom Typ Tri-Star in Großbritannien, machen einen anderthalbstündigen Zwischenstopp in Ascension und erreichen 19 Stunden nach Verlassen Englands die 13 000 Kilometer entfernt liegende Insel. Ab Mitte 1985 wird zunächst für eine Versuchsperiode von sechs Monaten British Airways die Strecke mehrmals wöchentlich mit einer Boeing 747 befliegen.

Kritiker des Projekts bestreiten die ihm zugeschriebenen wirtschaftlichen Vorteile, sie sehen es als Geldverschwendung und als persönliche Machtdemonstration der Regierungschefin sowie als eine neue Belastung der Beziehungen zu Argentinien. Die Kosten des Flugplatzes sind auf rund eine Milliarde Mark veranschlagt, hinzu kommen gut 700 Millionen für den Ausbau der Garnison.

Kräfte gebunden

Dem stehen Einsparungen bei den Flugkosten sowie durch eine Verringerung der Streitkräfte gegenüber. Es wird dennoch vermutlich gut 20 Jahre dauern, bis die Kapitalkosten gedeckt sind. Und die Betriebskosten für die Garnison schrumpfen auch nur langsam. Im Verteidigungsministerium betont man allerdings, daß die Falkland-Inseln seit dem Krieg 1982 sowohl Land- als auch Seestreitkräfte gebunden haben, die man der NATO, unter anderem der Rheinarmee, entzogen habe. Zur Zeit sind fast 4500 Mann im Südatlantik stationiert und ein Zehntel der britischen Fregattenflotte dort im Einsatz.

In London hält man heute die Zeit für eine Normalisierung der Beziehungen zu Argentinien für noch nicht reif, hinzu kommt das nach 1982 noch tiefer verwurzelte Mißtrauen der 1800 Falkländer gegenüber dem damaligen Angreifer. Daran ändert auch die Ablösung der Diktatur in Buenos Aires durch eine demokratisch gewählte Regierung nichts. Man fragt sich auf den Inseln anstelle: Wann wird sie wieder von den Militärs abgelöst und wer schützt uns, falls sie auf den Malvinas (der argentinische Name für die Inselgruppe) das Sagen bekommen? Auch Frau Thatcher hat bisher nichts für eine Annäherung getan. Wird die neue Falkland-Verfassung so beschlossen wie geplant, wird eine Verhandlungslösung wegen der darin vorgeschlagenen engeren Bindung der Gruppe an die beiden anderen britischen Besitzungen am Rande der Antarktis, Süd-Georgien und die südlichen Sandwich-Inseln, nur noch komplizierter.

Mubarak: Neue Chancen für Dialog mit USA

DW. **Kairo**

Washington akzeptiert nach Einschätzung des ägyptischen Präsidenten Mubarak jetzt eher als in der jüngsten Vergangenheit die Möglichkeit eines Dialogs mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation zur Lösung des schwelenden Nahost-Konflikts. Diese Auffassung vertrat der Präsident vor dem Parlamentsausschuß der Regierungspartei in Kairo, nachdem er mit US-Außenminister Shultz konferiert hatte. Mubarak: „Die USA verstehen jetzt besser die Auffassung, daß man die Palästinenser nicht in Mitglieder und Nichtmitglieder der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) aufteilen kann." Washington sei nun bereit, Mitglieder des Palästinensischen Nationalrates (PNC) in einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation zu akzeptieren. Der israelische Außenminister Shamir hatte eine solche Möglichkeit bei einem vorausgegangenen Treffen mit Shultz in Jerusalem entschieden mit dem Hinweis abgelehnt, dieser Nationalrat sei mit der PLO gleichzusetzen.

Der amerikanische Außenminister setzte gestern seine Konsultationen fort, um palästinensische Politiker für eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation zu finden, die dann Vorgespräche mit den USA über spätere Nahost-Verhandlungen führen soll. Nachdem Shultz mit dem ägyptischen Premierminister Kamal Hassan Ali gesprochen hatte, traf er mit dem jordanischen König Hussein zusammen. Diese Kontakte dürften auch Thema der Gespräche sein, die heute PLO-Chef Arafat mit Hussein in Amman führt. Arafat hat am Sonntag abend einen viertägigen Aufenthalt in China beendet. Dort war ihm von Ministerpräsident Zhao versichert worden, er werde sich bei seinen bevorstehenden Besuchen in der Bundesrepublik Deutschland, in Großbritannien und in den Niederlanden dafür einsetzen, daß zur Lösung der Krise in Nahost die PLO einbezogn werden müsse.

Wie gestern in Kairo bekannt wurde, wollen die USA Ägypten noch bis zum Herbst eine finanzielle Hilfe in Höhe von 200 Millionen Dollar zukommen lassen. Dies wäre die erste Rate der vorgesehenen finanziellen Unterstützung in Höhe von insgesamt 500 Millionen Dollar, die der US-Kongreß erst jüngst für Ägypten bewilligt hatte.

Das Verhältnis zu den USA soll enger werden

WERNER THOMAS, **San José**

Energisch mußte sich Costa Ricas Präsident Luis Alberto Monge gegen provokative Fragen von Journalisten wehren, unter ihnen die Korrespondenten der sowjetischen und kubanischen Nachrichtenagenturen. Nein, Costa Rica wolle sich keine Armee zulegen, sondern „lediglich auf einige Eventualitäten vorbereiten, sei es Terrorismus, Subversion oder Aggression von außen". Informationsminister Armando Vargas sagte später der WELT: „Das Thema wird von interessierten Kreisen hochgespielt."

Das einzige Land Latein- und Mittelamerikas ohne Streitkräfte hat die USA um die Entsendung von 24 Militärberatern gebeten. Die Amerikaner sollen auf einer früheren Farm des nicaraguanischen Diktators Anastasio Somoza 400 Mitglieder costaricanischer Polizeieinheiten ausbilden. Ausbildungsprogramme dieser Art

COSTA RICA

sind nichts Neues. Seit 1981 kommen US-Spezialisten nach Costa Rica, wenn auch nicht so viele wie diesmal, und costaricanische Sicherheitsbeamte besuchten die letztes Jahr geschlossene US-Militärschule Fort Gulick in der Panamakanal-Zone.

Die bevölkerungsmäßig kleinste (2,5 Millionen Menschen), wirtschaftlich am besten gestellte und demokratische Nation Mittelamerikas versucht sich von den Konflikten der Krisenregion abzuschotten. Oft ist ihr das gelungen, oft aber auch nicht.

Das meistdiskutierte Problem betrifft die Flüchtlinge. 250 000 Menschen aus anderen Ländern, das sind zehn Prozent der Gesamtbevölkerung Costa Ricas, haben hier Zuflucht gesucht. Etwa 150 000 stammen aus Nicaragua. Täglich fliehen 100 weitere Nicaraguaner über die unkontrollierbare Grenze, vorwiegend Bauernfamilien, aber auch viele Wehrdienstverweigerer. „Es kann noch schlimmer kommen", sagt Armando Vargas. „Wir wissen jedoch schon heute nicht mehr, wie wir die Mittel aufbringen sollen."

Kein anderes Volk Mittelamerikas ist so schlecht auf die sandinistischen Comandantes zu sprechen wie die „Ticos". Vargas meint: „90 Prozent der Bevölkerung sind Antisandinisten." Costa Rica hatte die Revolution gegen die Somoza-Diktatur tatkräftig unterstützt, weil die Sandinisten ein demokratisches System in Aussicht stellten – wie in Costa Rica. Statt dessen marschierten sie in Richtung Marxismus.

Während Somoza sein Regime lediglich von 10 000 Nationalgardisten verteidigen ließ, besitzt das marxistische Nicaragua den größten Militärapparat der Region: 120 000 Soldaten und Milizen, mit sowjetischen Waffen ausgerüstet, darunter 300 Panzer und Panzerfahrzeuge. Nach amerikanischen Schätzungen halten sich 3000 bis 3500 kubanische Militärberater in Nicaragua auf. Costa Rica unterhält dagegen keine Streitkräfte – sie wurden 1949 abgeschafft – und verfügt über keinen Panzer. Zwei Polizeiverbände mit 8000 Mann sollen die Sicherheit des Landes garantieren.

„Die Sandinisten haben ein gewaltiges Einschüchterungspotential", betont Bernd Niehaus, ehemaliger Außenminister Costa Ricas. Bei Grenzzwischenfällen können sich die Costaricaner selten verteidigen. Schließlich grassiert die Furcht vor subversiver Wühlarbeit. Die Regierung in Washington berichtete, daß 200 junge „Ticos" mit der sandinistischen Volksarmee gegen die „Contras" kämpfen und daß andere Staatsbürger des Landes in Nicaragua und Kuba eine militärische Ausbildung erhalten.

Costa Rica ist von allen Staaten der Region noch in der besten Verfassung. Seit der pragmatische Sozialdemokrat Luis Alberto Monge vor drei Jahren das Präsidentenamt übernahm, ging es wirtschaftlich aufwärts. 1984 erreichte das Land mit 6,6 Prozent die höchste Wachstumsrate in Lateinamerika. Die Inflation sank von 80 (1982) auf elf Prozent. Informationsminister Vargas nannte stolz eine Arbeitslosenziffer von 4,6 Prozent. Diplomatische Beobachter sind skeptisch: Die 15 bis 20 Prozent der Unterbeschäftigen wurden vergessen.

Die Costaricaner sind stolz auf ihre Demokratie, die so „perfekt" funktioniert, daß alle vier Jahre eine Wachablösung stattfindet. 1986 droht den Sozialdemokraten trotz Monges Popularität möglicherweise eine Niederlage. Der Christdemokrat Rafael Angel Calderon (37), der Sohn eines früheren Präsidenten, liegt nach letzten Meinungsfragen in Führung vor seinem sozialdemokratischen Rivalen Oscar Arias (44).

Das Urteil der Kandidaten über das sandinistische Nicaragua geht nicht weit auseinander. Sie halten die Entscheidung der Monge-Regierung für vernünftig, sich nicht dem US-Embargo anzuschließen. Niehaus: „Ein Land der Dritten Welt kann schwer wirtschaftliche Sanktionen begrüßen." Der Neutralitätskurs soll dagegen aufgegeben und ein noch engeres Verhältnis zu den USA geknüpft werden. Die Beziehungen gediehen bereits so gut, daß sich die Sozialdemokraten den Vorwurf gefallen lassen müssen, blinde Vasallen der Amerikaner zu sein. (SAD)

Porträt Jean Cocteau

Zu jung mit zu viel Glück begonnen

Er ist im deutschen Fernsehen bisher eigentlich ein wenig zu kurz gekommen, auch wenn hin und wieder mal ein Film von ihm läuft, etwa „Orphée" oder „La belle et la bête". Jetzt aber hat sich das Erste Programm zu einem Akt der Wiedergutmachung aufgerafft: In der Reihe „Kulturwelt" zeigt der WDR heute abend ein großes, sechzig Minuten langes Porträt des Dichters, Bühnenautors, Filmschöpfers und Malers Jean Cocteau. „Im allgemeinen werden im Fernsehen immer nur Jubiläen gefeiert, wir feiern jetzt mal einen großen Mann", meint Wibke von Bonin, die verantwortliche Redakteurin. Daß der Beitrag in die elitäre Mitternachtsecke gerückt wurde, dieses Programmgeschick teilt er mit allen Kultursendungen in der ARD.

Der Film „Jean Cocteau erzählt aus seinem Leben", eine französische Produktion, ist erst 1984 entstanden, zwanzig Jahre nach dem Tod des Universalgenies. Edgardo Cozarinsky hat im wesentlichen Archivmaterial, größtenteils in Schwarzweiß, für seine Hommage neu zusammengestellt: historische Filmaufnahmen, alte Fotos, Bühnenbilder, Theaterplakate,

Kulturwelt – ARD, 23.30 Uhr

Spielfilmausschnitte, Zeichnungen und Interviewantworten des Künstlers.

Jean Cocteau, der Mitglied der Académie Française und Kommandant der Ehrenlegion war, berichtet fast poetisch und mit eleganten Bonmots von seinen Erfolgen und Skandalen, seinen Neigungen und seinen Fehlern. „In unseren Fehlern", behauptet er, „sind wir am ehrlichsten." Man habe den Text für die deutsche Fassung des Films etwas ausgedünnt, sagt Wibke von Bonin, weil er sehr schnell spricht und manche seiner Bemerkungen nur für Insider verständlich seien. Über der Stimme Cocteaus liegt die von Heinz Bennent gesprochene Übersetzung des Monologs.

„Ich habe sehr jung mit zu viel Glück angefangen, und zwar in einem Milieu, das keinen Geschmack an jenen Dingen fand, die mir später heilig waren." Cocteau stellt nicht nur sich selbst dar, er zeichnet auch das Bild einer Kunstepoche und ihrer Protagonisten, von denen viele seine Gefährten waren: Picasso, Strawinsky, Diaghilev, Satie oder Modigliani.



Zuhause in vielen künstlerischen Gefilden: Jean Cocteau
FOTO: FELICITAS TIMPE

Theater und Musik faszinierten ihn besonders. Er stattete „Pelléas et Mélisande" aus, er arbeitete für die „Ballets Russes" mit Nijinsky, er übersetzte die griechische Tragödie „Antigone" in den „Rhythmus unserer Zeit", und er schrieb die Texte zu Strawinskys Oratorium „Oedipus Rex". „Strawinsky", bekennt Cocteau, „war der erste, der mich lehrte, gegen die Gewohnheiten aufzubegehren, sonst stagniert und stirbt die Kunst."

Seine Arbeit für den Film begann 1930 mit „Das Blut eines Dichters", einem surrealistischen Werk, das damals in Paris Proteststürme auslöste. Sein Meisterwerk gelang ihm zwanzig Jahre später mit dem „Orphée", der in der Atmosphäre des „Café de Flore", Sartres ehemaligem Hauptquartier am Montparnasse, und unter der existentialistischen Jugend von Paris beginnt.

Als Maler hat Cocteau vor allem mit der von ihm ausgemalten Kapelle in Villefranche-sur-Mer an der Côte d'Azur für Aufsehen gesorgt. „Vor einem Blatt Papier, vor der Tinte langweile ich mich", gesteht er vor der Kamera. „Ich arbeite gern mit meinen Händen. Meine Methode zu zeichnen ähnelt der Jazzimprovisation. Ich improvisiere mit Linien und Farben wie Charlie Parker mit dem Saxophon."

Als Jean Cocteau im Oktober 1963 starb, war erst einige Stunden vorher im Radio die Nachricht vom Tode der Edith Piaf verbreitet worden. Für sie hatte er 1940 den Einakter „Der schöne Gleichgültige" geschrieben. Diese Bühnenrolle war die einzige im Leben der Künstlerin. EGON WOLFF

KRITIK

Eine verzweifelte Kreatur

Sagen wir es ganz einfach so: Stanislav Barabas hat ein meisterhaftes Fernsehstück abgeliefert: Die Komplizen (ARD). Er hat als Drehbuchautor und Regisseur den psychologisch angesetzten Roman von Georges Simenon zu einer im klassischen Sinne dramatischen Geschichte entwickelt, der Geschichte eines Mannes, der unschuldig in eine entsetzliche Schuldverstrickung gerät.

Der Mann hat fahrlässig den Tod von 21 Schulkindern verursacht. Er drückt sich aus Feigheit und Selbsterhaltungstrieb vor dem Geständnis, gerät in die Nähe der aufgebrachten Bürger, die den Täter auf eigene Faust suchen und einen Unschuldigen lynchen; schließlich tötet er sich selbst.

Dies ist indes nur der Aktionsablauf des Films, die eigentliche Geschichte entwickelt sich in dem Mann selber – in seiner fortschreitenden Selbstauflösung auf dem Wege von Gedankenlosigkeit, Trotz und Verstocktheit zur endlichen, viel zu späten Katharsis.

Barabas hat in dieser Geschichte viel Handlung auf die Beine gebracht, jedoch der inneren Tragödie den Vorzug gegeben. Das hätte er nicht wagen dürfen, wenn er nicht Günter Lamprecht als Hauptdarsteller zur Hand gehabt hätte. In dieser verzweifelten Kreatur lebte eine Tragödie auf, zunächst verhalten, verklemmt, verkapselt, schließlich ins Furioso des Zusammenbruchs führend. Alles das war Lamprecht. Seine Partnerin Claudia Amm ist ausdrücklich zu nennen. Sie wuchs im Laufe der Geschichte in den Rang einer Tragödin, stumm, ergeben, groß in ihrer Unverletzlichkeit.

Barabas sagt, er habe an diesem Film mit Genuß gearbeitet. Und das spürt man in jeder Sequenz. Er ist allgegenwärtig. Er „schwebt über den Wassern", um die Bibel zu zitieren. Man weiß, wohin er blickt, wenn die Kamera schwenkt, man hört mit seinen Ohren, man schweigt mit seiner Trauer. Und wenn man die Darsteller zu loben anhebt, stellt sich die Frage, wer sie, wenn nicht Barabas, gesucht und gewählt hat.

Selbst in seinen Mängeln ist der Film ein Regiefilm. Wie anders als mit der Lust am bildlichen Fabulieren wären sonst die Längen dieser Geschichte zu erklären, wie anders manche ermüdende Beharrlichkeit am Motiv.

Fazit trotz alledem: Das Fernsehspiel der ersten Jahreshälfte, wenn nicht noch mehr.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Ab dem 1. Dezember 1985 wird die ARD vierteljährlich ein Magazin kostenlos herausgeben. Sitz der Redaktion ist Stuttgart, als Herausgeber fungiert der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch. Als Begründung für das **ARD-Programmmagazin** wurde genannt, daß in der Presse den neuen, privaten Programmanbietern gegenüber den öffentlich-rechtlichen Anstalten unverhältnismäßig viel Raum gegeben würde. Neben der Programmbegleitung soll in dem professionell gemachten, 64 Seiten umfassenden Blatt auch über rundfunkpolitische Ereignisse berichtet werden. FK

*

Die ARD wird mit Beginn der Funkausstellung 1985 den **Mehrkanalton im Fernsehen** einführen. Alle musikalischen Sendungen von der Funkausstellung werden in der Mehrkanaltontechnik ausgestrahlt. Die Umstellung der Sender erfolgt zügig, so daß Ende des Jahres bereits über 50 Prozent der Fernsehteilnehmer die Mehrkanaltonsendungen empfangen können. Nach der derzeitigen Planung wird die Umstellung voraussichtlich 1987 abgeschlossen sein. Es ist geplant, daß außer musikalischen Sendungen in Stereo auch Filme in zwei Sprachen übertragen werden. DW.

*

Großbritanniens kommerzieller Fernsehkanal ITV, der häufig höhere Einschaltquoten erreicht als die BBC-Konkurrenz, soll als **Satellitenprogramm für ganz Europa** ausgestrahlt werden. Der neue „Superkanal" soll täglich 16 bis 18 Programmstunden senden, darunter auch die Hauptnachrichtensendung „News at Ten". Da es in Westeuropa keine aktuellen „Frühstücksprogramme" gibt, soll auch dieser Programmteil den Zuschauern auf dem Kontinent angeboten werden. Außer dem TV-Programm soll über denselben Satelliten auch ein neues Radioprogramm für Westeuropa produziert und ausgestrahlt werden. SAD

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Keine Gefährdung"

„Das Leben oder das Sterben verlängern?": WELT vom 29. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

Professor Schettler schreibt, das Leben des Menschen werde durch einen natürlichen Tod begrenzt; mit Hilfe der modernen Medizin sei es gelungen, das Leben zu verlängern, den Todeszeitpunkt also immer weiter hinauszuschieben. Er schreibt gleichzeitig, die Todesstunde sei ungewiß.

Sind wir aber tatsächlich in der Lage, unser Leben zu verlängern? Ist die Verzögerung des Todes nicht in Wirklichkeit eine scheinbare, von unserem Schöpfer bereits vorgesehene, der doch letztlich uns aus unserem irdischen Leben abruft?

Wenn wir die Ergebnisse der Sterbeforschung in unsere Überlegungen einbeziehen, müßten wir den Begriff „Leben" von der Beschränkung auf unser irdisches Leben befreien. Es erscheint als sinnvoller, Leben als das Leben unserer Seele zu definieren, die im Laufe ihrer unbegrenzten Existenz für einen kurzen Zeitabschnitt sich des menschlichen Körpers bedient. Das Sterben des Menschen wäre dann nicht mehr als etwas zu betrachten, was man fürchten müßte, von dessen baldigem Eintritt ein Todkranker möglichst spät erfahren sollte, sondern als ein ganz natürlicher Übergang in eine andere Existenzform, auf den sich jeder Mensch beizeiten einstellen müßte. Den nach menschlichem Ermessen Todkranken über sein nahes Ende zu unterrichten ist dann kein Akt brutaler Gefährdung des Patienten, sondern eine echte Liebestat. Denn das Wissen um den nahen Tod gibt dem betreffenden Menschen die Gelegenheit, sein vergangenes Leben sich noch einmal zu vergegenwärtigen, zu überlegen, was er falsch gemacht hat, und das als falsch Erkannte zu bereuen, vielleicht sogar andere noch um Verzeihung zu bitten. Damit kann er seine Seele von Belastungen befreien, die abzustreifen ihr in den jenseitigen Bereichen wesentlich schwerer fallen würde.

Die Erkenntnis, daß unsere Seele nach unserem irdischen Tod weiterlebt, sollte uns nicht dazu verleiten, unserem irdischen Leben nur eine geringe Bedeutung beizumessen. Dieses Leben dient der Reinigung und der Entwicklung unserer Seele und kann deshalb nicht ernst genug genommen werden. Der von Professor Schettler zitierte Faust-Ausspruch „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen" hat schon eine tiefe Bedeutung, die wir uns in einer stillen Stunde einmal bewußt machen sollten. Denn das Leben geht weiter!

Mit freundlichen Grüßen
F. Rothenfußer,
Frankfurt 70

Rechnung ohne Wirt

„Dornier landet bei Daimler-Benz": WELT vom 24. April

Sehr geehrte Redaktion,

da ist für rechtlich und rechtsstaatlich normal denkende Leute etwas Unbegreifliches passiert: Eine Verhandlungsrunde sitzt 20 Stunden zusammen und meldet am Ende dieser „Nacht der langen Sätze" stolz über Rundfunk und alle Medien, daß nun Daimler-Benz sich am Grundkapital des Luft- und Raumfahrtkonzerns Dornier in Friedrichshafen mit 68 Prozent beteiligen wird – und drei Tage später kommt heraus, daß diese Verhandlungsrunde die Rechnung offenbar ohne den Wirt gemacht hat. Dieser „Wirt" scheint ja wohl Claudius Dornier zu sein, der sich nun dem Verkauf widersetzt, weil er sich nicht in der Lage fühlt, „dem unter Führung von Ministerpräsident Lothar Späth gefundenen Kompromiß zuzustimmen". Was ist hier passiert?

Es haben Leute aus ganz verschiedenen „Welten" an einem Tisch gesessen, nämlich solche aus der privaten und marktoffenen Wirtschaft, die Verträge abschließen und sie auch halten und halten müssen oder halten müßten, weil sie für die Vertragserfüllung auch haften – sie haben einen Gebietsmächtigen an ihren Tisch genommen, um sich gegen Vertragspartner durchzusetzen, einen solchen aus der gebiets- und kompetenzbegrenzten öffentlichen Verwaltung, der es gewohnt ist, Befehle zu geben in der Form von Gesetzen und Verordnungen, denen niemand widersprechen darf, denen jeder gehorchen muß.

Diese beiden Gruppen haben nun miteinander „verhandelt", und offenbar hat der „Mächtige" dabei seine Vorstellungen von dem Engagement des Daimler-Konzerns als dem Stolz des „Ländles" durchgesetzt, damit Dornier nicht in den Einflußbereich eines anderen Landes abwandert, was ja nicht nur für den agilen Landesvater eine große Schande gewesen wäre. Also mußte blitzschnell ein Weg dahin gefunden werden, die Dornierwerke, die ja nicht minder ein „Stolz des Hauses" sind, hier im Ländle „zu verheiraten" in einer Respektehe.

Ergo mußte Lothar Späth ran, um durch geschicktes Verhandeln seine Überlegenheit und auch seine Landesvaterschaft zu beweisen. Das tat er dann ja auch, indem man einen Kompromiß fand, einen schönen Kompromiß für alle – natürlich auch für den Claudius im fernen Bayern, der offenbar nicht nur von seinem Glück keine Ahnung hat, sondern nun gewissermaßen zu seinem Glück gezwungen werden muß, indem man die Dinge in der Öffentlichkeit ein klein wenig so hinstellt, als sei er der ewige Störenfried. Nun ja, man hatte vorher – wie es jetzt scheint, leider vergebens – alles auf Erfolgskurs getrimmt: Gewerkschaften, Betriebsrat, Belegschaft, Parteien, öffentliche Meinung usw. Da soll der Claudius aus Bayern nun mal gegen anrennen. Hat der denn gar keine Achtung und keinen Respekt vor dem „Mächtigen", wenn er auf seine Verträge pocht – und sich auch noch erlaubt zu sagen: „Ohne das Eingreifen von Späth wären wir jetzt weiter." Also, ohne das Eingreifen von Späth geht nichts und ohne ihn wären wir noch viel weiter – zurück. Das ist die ehrliche Wahrheit, die nur noch niemand auszusprechen wagte. Aber nun ist es Zeit dafür. Es mußte nur die richtige Gelegenheit kommen, um es zu sagen. Nun ist es gesagt!

Der Irrtum aller am „Kompromiß" Beteiligten liegt dort, wo nicht begriffen wird, daß zwei Vorstellungswelten zusammengestoßen sind: gebietsbegrenzte öffentliche Kompetenzverwaltung, die auf Effektivität abstellt, und private marktoffene vertraglich gebundene Wirtschaft, die produktiv und rentabel sein muß. Was Effektivität ist, weiß niemand, aber jeder in der öffentlichen Verwaltung behauptet sie. Was Rentabilität ist, muß derjenige wissen, der das Risiko für das Kapital trägt, also auch Claudius Dornier, den man allerdings nicht danach gefragt hat, jedenfalls nicht vorher.

Das ist ein Trauerspiel – und ein lustiges zugleich.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Steincke,
Michelbach

Kirchenaustritt

„Warum schenkt die Kirche den Mahnern so wenig Gehör?": WELT vom 30. April

Sehr geehrte Redaktion,

zu dem Problem Kirchenaustritt ist es allerdings dringend notwendig, journalistisch gegenzusteuern.

Zu Weihnachten 1976 wurde ich als politischer Häftling aus der „DDR" herausgekauft. Seit dieser Zeit war ich über 300 Mal in evangelischen Gottesdiensten. Nicht in einem einzigen Gebet oder Predigt wurden unsere mitteldeutschen Landsleute bzw. ihre christliche Diskriminierung in der „DDR" erwähnt. Oftmals wollte ich aus dem Gottesdienst laufen. Auch haben meine Frau und ich den Kirchenaustritt erwogen.

Seit einigen Jahren bin ich zu einer besseren Einsicht gekommen. Meine politische Erfahrung und Kenntnisse nutzend, stelle ich den Pastoren und linken Gemeindegliedern konkrete, ihnen oftmals peinliche Fragen. Bei sogenannten „Friedensveranstaltungen" bin ich anwesend, auch wenn mein Erscheinen von den Pastoren mit bösen Blicken begleitet wird.

Ich versuche meine evangelische Kirche vor den linken Anfechtungen zu bewahren und glaube, daß dieses besser ist, als aus der Kirche auszutreten und den Platz kampflos zu räumen.

Mit freundlichem Gruß
D. Greve,
Springe 2

Wort des Tages

„Unsere Kraft ist ja immer nur ein Gefühl, das sich aus der Schwäche der anderen ergibt."

Josef Conrad, brit.-poln. Autor (1857–1924)

Personalien

GEBURTSTAG

Der frühere Direktor des Seminars für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte im Fachbereich Katholische Theologie der Universität Münster, Professor Dr. **Erwin Iserloh**, feiert am Mittwoch seinen 70. Geburtstag. Der Theologe gehörte dem Lehrkörper der Westfälischen Wilhelms-Universität von 1964 bis zu seiner Emeritierung im Herbst 1983 an, zunächst als Lehrstuhlinhaber für Ökumenische Theologie, dann als Ordinarius für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Professor Iserloh wurde 1915 in Duisburg-Beeck geboren und 1940 in Münster zum Priester geweiht. Nach einer Zeit als Seelsorger setzte er seine Studien von 1947 bis 1950 in Rom fort und wurde 1951 Privatdozent an der Universität Bonn. Ein Jahr später wurde er mit der Vertretung einer Professur für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte in Münster beauftragt. 1953 wurde er Direktor der Bildungsstätte „Franz-Hitze-Haus" in Münster. Nach zehnjähriger Tätigkeit als Professor für Kirchengeschichte in Trier kam Iserloh 1964 an die Universität Münster zurück. Der münstersche Kirchenhistoriker gilt vor allem als einer der führenden Kenner der Reformationszeit. 1976 wurde Professor Iserloh zum residierenden Domkapitular in Münster berufen. Er ist seitdem Leiter der Fachstelle Ökumene im Bischöflichen Generalvikariat in Münster und Vorsitzender der Bistumskommission für ökumenische Fragen.

VERNISSAGE

Aus Anlaß des 85jährigen Bestehens des Altherrenbundes (Philister-Zirkel) des Cartellverbandes (CV) Ludwigshafen wurde in der Stadtsparkasse von Ludwigshafen eine Ausstellung unter dem Thema „Brauchtum katholischer Studentenverbindungen in Deutschland" zusammengestellt. Zur Eröffnung der ersten Ausstellung dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland waren unter anderem die Parlamentarische Staatssekretärin von Rheinland-Pfalz, **Elsbeth Rickal**, und der Zweite Vorsitzende des CV-Altherrenbundes, Professor Dr. **Siegbert Keller**, von der Technischen Hochschule Darmstadt gekommen. Der CV ist der größte Akademikerverband Deutschlands. Im CV sind die farbentragenden katholischen deutschen Studentenverbindungen und Altherrenbünde zusammengeschlossen.

MILITÄR

Brigadegeneral **Peter Klatte**, gegenwärtig noch Leiter des Materialamtes der Luftwaffe in Köln, wird am 1. Oktober 1985 Chef des Stabes im Führungsstab der Luftwaffe im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn. Generalmajor **Fritz Schulz**, der jetzige Inhaber dieses Postens, tritt dann in den Ruhestand. Für Klatte kommt Brigadegeneral **Karl Timmm**, Stellvertretender Kommandeur und Chef des Stabes Luftwaffenunterstützungsgruppe Süd, Karlsruhe. Sein Nachfolger wird Brigadegeneral (bisher mit vorläufigem Diensfgrad) **Ernst Schneider**, Abteilungsleiter im Hauptquartier Alliierte Streitkräfte Europa Mitte (AFCENT), Brunssum/Niederlande.

AUSWÄRTIGES AMT

In das Südseekönigreich Tonga geht Dr. **Horst Becker** als neuer deutscher Botschafter. Der Diplomat, 1924 in Köln geboren, ist Jurist. 1954 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Er war auf Auslandsposten in London, in der früheren NATO-Vertretung in Paris, in Johannesburg und Den Haag. 1974 wurde er Botschafter in Mogadischu. Von 1977 bis 1980 arbeitete er am Generalsekretariat der Nordatlantik-Pakt-Organisation in Brüssel. Seit Juni 1980 ist er im AA in Bonn Leiter des Referats „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen".

VERANSTALTUNG

Barbara Genscher, Frau des Bonner Außenministers, und **Werner Graf von der Schulenburg**, Protokollchef der Bundesregierung, gehörten mit zu den vielen hundert Gratulanten, als **Gerhard Günnewig**, Düsseldorfs Hotelier, in der Bad Godesberger Redoute seinen 80. Geburtstag feierte. Der Senior und Pächter der vor allem vom Auswärtigen Amt bevorzugten Redoute gab zu seinem Geburtstag die Gründung der „Gerhard Günnewig Stiftung" bekannt. Ihr Ziel wird die Förderung qualifizierten Nachwuchses in der Gastronomie sein. Er wolle, so Günnewig, die Jugend für das Gastgewerbe begeistern. „Denn Gastronomiefachleute ‚made in Germany' sind in aller Welt gefragt." Viele von ihnen, die heute im Ausland arbeiteten, genössen einen besonders großen Ruf. Die Stiftung wird geeignete Bewerber bis nach Übersee vermitteln. Später können die „Botschafter" der Gastronomie mit ihren internationalen Erfahrungen nach Deutschland zurückkehren. Gerhard Günnewig: „In einer Zeit, in der viele Jugendliche weder eine Chance für ihren Ausbildungs- noch für ihren Arbeitsplatz sehen, sollen hier Löcher durch den Zaun in die internationale Welt aufgezeigt werden." Die Stadt Bonn erhält ein weiteres Günnewig-Hotel, das „Residence Hotel", das in der Nähe von Bahnhof und Kaiserplatz gebaut wird.

1 ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Ab 11.10 Uhr nur über die ARD
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Grüße vom Panther
11.10 Was der Gast nicht sieht
11.40 Kontraste
12.10 Kindesmißhandlung
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Sie – er – es
Drei Wochen lang beobachteten Didi Benoit und Nils-Peter Mahlau eine neunköpfige Münchner Großfamilie. Dabei entstand ein Bericht, der nicht nur Zeichen der Liebe, sondern auch die Grenzen der Liebe zeigt und den Blick für eine sensiblere Wahrnehmung von Liebesbeweisen schärfen soll.
16.55 Die Spielbude
Mit Frank Zander
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 150 Jahre Deutsche Eisenbahn
Großer Bahnhof für den „Adler"
Petra Schürmann, Max Schautzer, Karl Dall, Udo Lindenberg sowie Mitglieder deutscher Eisenbahn-Chöre und das Orchester Ambros Seelos sollen in dieser Jubiläumssendung den 150. Geburtstag der Eisenbahn in Deutschland mit Tanz, Sketchen und anderen Überraschungen gebührend feiern.
21.45 Monitor
Die NRW-Landtagswahl in Düsseldorf: Entscheidung in Düsseldorf – Vorentscheidung in Bonn? / Neues vom Pershing-Unglück: Ursachen scheinen weiter ungeklärt / Kaltgestellt und plattgesetzt: Wie die Polizei in Niedersachsen mit der Presse umgeht
Moderation: Klaus Bednarz
22.15 Magnum
Der letzte Auftritt
Bei einem Autounfall lernt Thomas Magnum zufällig die beiden älteren Schwestern Jeanie und Magde La Salle kennen . . .
23.00 Tagesthemen
23.30 Kulturwelt
Jean Cocteau erzählt aus seinem Leben
Aus einer Mischung von Archivmaterial und Aufnahmen, die an Orten entstanden, die dem Künstler wichtig sind, fertigte Edgardo Cozarinsky einen sensiblen Film über das Universalgenie Jean Cocteau an.
0.30 Tagesschau

ZDF

11.15 Papst Johannes Paul II. in Holland
16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Eine Klasse für sich
Geschichten aus einem Internat
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
19.00 heute
19.30 Zwischen den Zeiten
Vorspiele des Wirtschaftswunders
Fernsehspiel von Wolfgang Mühlbauer
Regie: Lutz Büscher
Fabrikant Sternbeck soll sich wegen vier russischer Kriegsgefangener verantworten, die in seinem Betrieb während des Krieges erschossen wurden. Sternbecks Schulfreund Karl Horlacher wird mit den Ermittlungen für das Spruchkammer-Verfahren beauftragt. – Mühlbauers Fernsehspiel will Schicksale zeigen, wie sie kurz vor und nach Kriegsende erlebt und erlitten wurden. Im Mittelpunkt steht nicht die Rekonstruktion bestimmter politischer Vorgänge, sondern es handelt sich um Geschichten von Menschen, die von dem, was ihre Zeit bestimmte, in der einen oder anderen Weise betroffen wurden.
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
Zu verkaufen: Dornier und Springer – Was wird aus Familienunternehmen? / Bauernfängerei: Landwirte im Würgegriff von Finanzmaklern / Auto-Tips: Katalysator-Autos – Kaufen oder nicht kaufen? / Zukunftsaufgaben: Alfred Herrhausen, ein neuer Sprecher im Vorstand der Deutschen Bank
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Ein Klotz am Bein
Komödie von Georges Feydeau
Mit Cornelia Froboess, Helmut Griem, Maria Nicklisch u. a.
Regie: Dieter Dorn
Aufzeichnung einer Aufführung der Münchner Kammerspiele
0.15 heute



Für Ferdinand (Helmut Griem) ist seine Geliebte Lucette (Cornelia Froboess) nur noch „Ein Klotz am Bein" (ZDF, 22.05 Uhr)
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Vietnam – Die Wunden brennen noch immer
Die Geschichte des „Napalm-Mädchens" Kim Phuc
20.45 Rückblende
Vor 60 Jahren: Deutsches Museum eröffnet
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Theater-Initiative Münster
22.30 Monitor im Kreuzfeuer
23.15 Tod eines Reporters
Bericht aus Afghanistan
0.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Computer-Club
19.00 Rund ums Zwiebelmuster
19.15 Beat-Club
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Satire im Fernsehen: Was erlauben sie sich?
Mit Klaus Staeck, Walter Brückmann (CUD) u. a.
21.15 Steckbriefe (5)
22.15 Sie – er – es
Frauen in Bonn
23.00 Offerte
Kulturtips
23.15 Ente oder Trente
Von Gunter Schulz
0.50 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Autos, die Geschichte machten
18.45 Eine Insel schwört auf Sonne
19.05 Formel Eins
20.00 Car-napping
Deutscher Spielfilm (1979)
Mit Bernd Stephan u. a.
Regie: Wigbert Wicker
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücher-Report
22.30 Gründerzeitmuseum
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Gefährliche Güter – Rollende Bomben auf Straße und Schiene?
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Mord im Maisfeld
Neue Wege in der Schädlingsbekämpfung
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Ein Henker nimmt Maß
Amerikanischer Spielfilm (1957)
22.45 Avec plaisier (5)
23.15 Nachrichten

BAYERN

18.15 Mutter muß ins Krankenhaus
18.45 Rundschau
19.00 Flash Gordon (11)
19.15 Der Unwiderstehliche
Deutscher Spielfilm (1937)
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 20 Jahre deutsch-israelische Beziehungen
22.30 Der Sportstammtisch
23.15 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Weißes Haus, Hintereingang
Teil 3
15.00 Indian River
Ein Auftrag für Charlie
Charlie Appleby ist ein hervorragender Buschpilot. Von seinem alten Flugzeug behaupten allerdings die Mädchen und Jungen vom Junior Forest Ranger Club in Indian River, es würde nur noch mit Leukoplast zusammengehalten.
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Verfolgungsjagd nach El Rito
18.00 Hoppla Lucy
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Bleichgesicht Junior
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Bob Hope, Jane Russell u. a.
Regie: Frank Tashlin
20.30 Kulturmagazin
Filmgeschichte
25 Jahre deutsches Kino: Bernhard Wicki erzählt über sein Leben
Von der „Brücke" bis zur „Grünstein-Variante"
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Meine geschiedene Frau Mary, Mary
Amerikanischer Spielfilm (1963)
Mit Debbie Reynolds, Barry Nelson, Dina McBain u. a.
Regie: Mervyn LeRoy
Bobs Scheidung von seiner Frau Mary ist zwar erst seit 14 Tagen rechtskräftig, doch er steuert bereits den nächsten Ehehafen an. Tiffany, eine hochkarätige Blondine, ist seine Auserwählte. Doch auch Mary ist nicht untätig; seit ihrer Trennung von Bob ist sie zu neuer Schönheit erblüht und zieht Dirk, einen bekannten Frauenhelden, in ihren Bann.
0.10 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
19.00 heute
19.30 Deutschland – Deutschland
Erinnerungen an die Geschichte einer geteilten Nation
1. Die Teilung
Vierteilige Dokumentation von Heinz Hemming und Manfred Rexin
Die erste Folge beginnt im Berlin der Stunde Null und beschreibt den Zeitraum bis zum Tode Stalins im Jahre 1953.
20.15 Hallo – Hotel Sacher . . . Portier!
Der Manager
Fernsehfilm von Fritz Eckhardt
Horst Schulze aus Berlin sprüht vor Energie. Er ist der Manager des Malers Kerzl und kommt nach Wien, um seinen Schützling zur Arbeit anzuhalten. Kerzl flieht entsetzt, doch Herr Schulze legt sich im „Sacher" auf die Lauer.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

STAND ● PUNKT

Hauch von Jet-set

Der Prinz ließ sich nicht lumpen. Knapp eine halbe Million Mark dürfte Albert von Monaco der Einzug in die Sportseiten der Zeitungen gekostet haben. Seine Schwestern Caroline und Stephanie sind ihm in den Gesellschaftsspalten aber noch um vieles voraus. Daß die Zuschauer beim Vierländerkampf Frankreich, Italien, Deutschland und USA im neuen Stadion „Louis II" in Monaco fehlten, spielte kaum eine Rolle. Hauptsache, sie hatten die Leichtathletik-Premiere im Fürstentum an der Côte d'Azur mit ihrem Einsatz an den Spieltischen im Casino von Monte Carlo unterstützt.

Fürst Rainier servierte bei der Einführung seines Sohnes in die Welt der Leichtathletik nur vom Feinsten. War Alwin Wagner, Mannschaftsführer der siegreichen deutschen Mannschaft, schon beim Händedruck der Hoheiten bei der Übergabe des überdimensionalen Siegespokals „überwältigt", so liefen seinen Mannschaftskameraden beim „Diner de Gala" die Augen über. Kaum einer konnte sich an so einen prachtvollen Rahmen beim Abschlußbankett erinnern. Kein Zweifel: Das Abschluß-Diner war nach nur wenigen herausragenden Leistungen auf der sportlichen Bühne der Höhepunkt des Länderkampfes.

Prinz Albert, Präsident des gerade in die Europäische Leichtathletik-Union aufgenommenen monegassischen Verbandes, will künftig dafür sorgen, daß auch die Leistungen stimmen. Er plant für Juni 1986 einen Acht-Nationen-Cup für europäische Teams. Auch denkt er an ein Europacup-Finale. Am Geld wird es nicht liegen.

Schon diesmal übernahm der Prinz für die beteiligten Mannschaften alle Kosten. Doch bis die Leichtathletik-Welt in Monaco heimisch wird, werden noch viele Spieler enttäuscht und um einiges Geld erleichtert das Casino von Monte Carlo verlassen. Im kleinen Steuerparadies am Mittelmeer dreht sich noch alles um den Motorsport.

Schön wäre nur, wenn bei allem Hauch von Jet-set und High-Society der Sport nicht zu kurz käme. Denn wichtiger als aller Glanz und Glitter sind und bleiben die Leistungen der Athleten.

HANS-HERMANN MÄDLER

GALOPP / Kaum Leistungsunterschiede bei den drei besten Pferden

Ordos war bei den Experten schon abgeschrieben – nun siegt er wieder

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Es gab nicht wenige Fachleute des deutschen Turfs, die den Derby-Sieger von 1983, den Hengst Ordos aus dem Gestüt Zoppenbroich, abgeschrieben hatten. Am 12. August 1984 verlor er im Gelsenkirchener Aral-Pokal gegen die Stute Las Vegas, dann verschwand er von der Grand-Prix-Bühne. Am Sonntag sattelte ihn sein Trainer Sven von Mitzlaff (70) erstmals wieder – mit Jockey Peter Alafi (49). Nach einer reiterlichen Meisterleistung von Peter Alafi gewann Ordos den 50. Kölner Gerling-Preis (60 000 DM dem Sieger, 2400 Meter) vor Abary, den Lutz Mäder (34) für den am Samstag in Düsseldorf beim Aufgalopp gestürzten Georg Bocskai (25) ritt. Bocskai hatte sich mit einer Schulterprellung überraschend krank gemeldet.

Von einem Zwischenfall 600 Meter vor dem Ziel war der drittplacierte Daun aus dem Gestüt Röttgen wohl noch am meisten negativ betroffen. Aber auch Abary kam auf dem durch den Regen glatt gewordenen Kurs ins Straucheln. Auf der Ziellinie waren die vier Erstplacierten nur um Zentimeter voneinander getrennt. Selbst der Vierte, Braka, endete nicht weit geschlagen hinter den drei derzeit besten deutschen Grand-Prix-Pferden.

Geschwollene Fesselköpfe waren die Ursachen dafür, daß der als extrem vorsichtig geltende Trainer Sven von Mitzlaff Ordos nach dem Aral-Pokal einpackte. Bleibt die Gesundheit stabil, wird es sicherlich noch einige Male zum Duell gegen Abary und Daun kommen. Insgesamt hat Ordos seine Gesamtgewinnsumme jetzt auf 614 995 DM gesteigert und in der eigenen Bestenliste des deutschen Turfs damit Platz 15 erreicht.

Abary-Trainer Heinz Jentzsch, dessen Pferde, von Ausnahmen abgesehen (Schwarz-Gold-Rennen), in den letzten Wochen von einem Sieg zum anderen eilten, haderte mit den Unwägbarkeiten des Wetters. 20 Minuten vor dem Start des Gerling-Preises öffnete sich ein Unwetter über die Weidenpescher Rennbahn. Der anschließende Regen verringerte die Chancen für den Schlenderhaner Hengst Anatas, der trockenen Boden liebt. Dessen Jockey, Andreas Tylkcki, zweiter Mann am Stall von Trainer Jentzsch hinter Georg Bocskai, mußte Lutz Mäder den erheblich aussichtsreicheren Abary-Ritt überlassen, denn ein Umsteigen auf Abary war nach der Rennordnung nicht möglich.

Anatas ganz aus dem Rennen zu nehmen, um den Reiterwechsel zu ermöglichen, wollte man in Anbetracht des ohnehin kleinen Feldes den Veranstaltern nicht zumuten. Schlenderhans Gestütsleiter Ewald Mayer zu Düte rechnete sich unter normalen Witterungsverhältnissen auch keine Chance aus. Trainer Jentzsch resignierend: „Mir hat das Gewitter eben alles kaputtgemacht." Bedauerlich für Jentzsch, aber gegen das Wetter gibt es nun einmal keine Absicherungen. Damit müssen alle leben.

In zukünftigen Duellen der drei Erstplacierten des Gerling-Preises werden Rennverlauf und Tagesform immer eine entscheidende Rolle spielen, Leistungsunterschiede sind kaum vorhanden.

Wenig positiv war die Toto-Umsatzbilanz des Kölner Rennvereins. Es wurde nach 10 Rennen mit Mühe der Sprung über die Millionengrenze geschafft. Es erscheint deshalb wenig sinnvoll, wenn langfristig gleichzeitig (wie am Sonntag) Renntage in Köln und Frankfurt/Main stattfinden. Früher wurde die Frankfurter Konkurrenz kaum ernstgenommen, mit dem Tribünenneubau hat sich das gründlich geändert. Während der Bauphase profitierten die Kölner wohl auch von der Frankfurter Pause. Ausflüge nach Köln haben die wettfreudigen Hessen jetzt nicht mehr nötig. Kölns Manager Hans-Jürgen Braun meinte zu der Situation: „Wir müssen die Frankfurter einfach noch ernster nehmen. Sportlich konnten wir doch einfach kaum mehr bieten – und der Regen hat auch nicht mehr als 100 000 DM Umsatz gekostet."

Derby-Favorit Kamiros wird am Donnerstag im Dortmunder Preis von Hoppegarten antreten. Vom ursprünglich vorgesehenen Start im klassischen Henckel-Rennen hat man Abstand genommen. Trainer Sven von Mitzlaff zu der Entscheidung: „Wir wollen es erst noch einmal in einem leichteren Rennen versuchen."

NACHRICHTEN

Fußball: Bundesliga heute

Düsseldorf (sid) – In einem Nachholspiel des 27. Spieltages der Fußball-Bundesliga trifft Bayer Uerdingen heute abend (20 Uhr) auf den Hamburger SV.

München Schach-Meister

München (dpa) – Bayern München heißt der neue deutsche Schach-Mannschaftsmeister. In der Schlußrunde gelangen den Münchnern zwei Siege über Erlangen und Bamberg.

Bellmann auf Rang zwei

Poitiers (dpa) – Der Leverkusener Achim Bellmann belegte beim vorletzten Weltcup-Turnier der Degen-Fechter in Poitiers den zweiten Platz. Im Finale unterlag der frühere Moderne Fünfkämpfer dem Italiener Roberto Manzi mit 11:12. Bellmann verbesserte sich damit auf Rang zwei in der Weltrangliste hinter dem Polen Robert Felisiak.

Dritter Platz für Groß

Rom (sid) – Doppel-Olympiasieger Michael Groß aus Offenbach belegte beim Sieben-Hügel-Schwimmfest in Rom über 100 Meter Freistil in 52,38 Sekunden den dritten Platz hinter den Schweizern Stefan Volery (52,25) und Dano Halsall (52,26).

Gute Ausgangsposition

Madrid (sid) – Real Madrid, Klub des ehemaligen deutschen Fußball-Nationalspielers Uli Stielike, hat nach einem 2:2 im Hinspiel beim spanischen Meister FC Barcelona beste Aussichten, das Halbfinale im spanischen Liga-Pokal zu erreichen.

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Forest Hills, Herren-Finale: Lendl (CSSR) – McEnroe (USA) 6:3, 6:3.

MOTORSPORT

1000-km-Rennen in Silverstone, dritter Lauf zur Endurance-Weltmeisterschaft: 1. Mass/Ickx (Monaco/Belgien) auf Werks-Porsche 962, 2. Stuck/Bell (Deutschland/England) Werks-Porsche 962, 3. Patrese/Nannini (Italien) Lancia, 4. Winkelhock/Surer (Deutschland/Schweiz) Kremer-Porsche 962. – Stand der Fahrer-WM: 1. Mass, Ickx je 50 Punkte, 3. Winkelhock, Surer je 45, 5. Stuck, Bell je 30.

LEICHTATHLETIK

Sportfest in São Paulo: Dreisprung: 1. Prozenko (UdSSR) 17,64 m (Europarekord), 2. Banks (USA) 17,55, 3. Hofman (Polen) 17,48.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 11, 12, 25, 30, 31, 33. Zusatzspiel: 26. (Ohne Gewähr).

IM BLICKPUNKT / Hans-Peter Briegel, ein Judoka und die Turnerinnen

„Traum erfüllt"

BERND WEBER, Verona

In Deutschland wurde Hans-Peter Briegel oft mitleidig belächelt, in Italien wird er jetzt als Superstar gefeiert. Der Provinzklub Hellas Verona wurde zum ersten Mal dank Briegel italienischer Fußballmeister. Die WELT sprach mit dem deutschen Nationalspieler, der in der Bundesliga beim 1. FC Kaiserslautern spielte.

WELT: Ist der Titel nicht eine persönliche Genugtuung für Sie?

Briegel: Insofern sicherlich, als ich den Gewinn dieser Meisterschaft in meiner Bilanz noch vor den Europameisterschafts-Titel stelle, den ich 1980 mit der deutschen Nationalmannschaft geholt habe. Verona ist allenfalls mit UEFA-Cup-Ambitionen in diese Saison gestartet. Das wir jetzt Meister sind, ist eine Riesensensation. Mehr noch, es ist die Erfüllung eines Traumes, den ich am Anfang nie zu träumen gewagt hätte. Ich habe besser abgeschnitten als der große Rummenigge.

WELT: Worin liegt das Geheimnis des Erfolges?

Briegel: Da gibt es wohl nur eine plausible Erklärung. Wir sind die italienische Mannschaft, die am ausgeglichendsten besetzt ist. Jeder ordnet sich unter. Wir haben keinen im Team, der den großen Star und Individualisten spielen will.

WELT: Im Gegensatz zu Neapel mit Maradona, zu Turin mit Platini und auch zu Mailand mit Rummenigge – das haben Sie doch wohl gemeint?

Briegel: Ich habe selbstverständlich gegen keinen der drei etwas. Aber ich finde es trotzdem gut, daß sich am Beispiel Verona wieder einmal bewahrheitet hat, daß der Einzelne nicht zählt, sondern daß nur Geschlossenheit und Harmonie den Erfolg garantieren.

WELT: In Ihrer Bundesliga-Zeit sind Sie häufig als Antikicker verhöhnt worden. Die Italiener feiern Sie geradezu frenetisch ...

Briegel: Das tut mir, ehrlich gesagt, unheimlich gut. Ich finde nämlich schon, daß ich früher oftmals Prügel bezogen habe, die ich wirklich nicht verdient hatte.

WELT: 78 000 Mark netto hat jeder Spieler von Hellas für den Titelgewinn kassiert. Sie wollen mehr ...

Briegel: Unser Präsident Ferdinando Zhiampan hat mir einen Sportwagen für den Fall versprochen, daß ich zehn Saisontore schaffe. Neunmal habe ich bisher getroffen, nächsten Sonntag beim letzten Spiel gegen Avellino werde ich mir das Fahrzeug holen.

Ehrlicher Meister

sid/dpa, Hamar

Er hat das Gesicht eines 17jährigen und kann sich noch wie ein Kind über Erfolge freuen. Alexander von der Groeben, Judoka des VfL Wolfsburg, wird im Oktober aber schon 30 Jahre alt – ein Judo-Spätstarter. Bei den Europameisterschaften im norwegischen Hamar gewann der Jurastudent den Titel in der offenen Klasse gegen den Sowjetrussen Khabil Biktaschew, nachdem er schon Silber im Schwergewicht geholt hatte. In Europa haben die deutschen Kämpfer damit die zweite Position hinter der UdSSR eingenommen – eine Überraschung selbst für die größten Optimisten.

Alexander von der Groeben galt lange als Talent, dem der Durchbruch zur Elite nicht glücken wollte. Der 120 Kilogramm schwere Athlet schaffte erst im fortgeschrittenen Alter die großen Erfolge: 1984 in Lüttich wurde er Europameister im Schwergewicht, nun der Sieg in der All-Kategorie.

„Dieser Titel zählt für mich mehr als der in Lüttich", urteilte von der Groeben, „diesmal habe ich doch viel größere Konkurrenz gehabt und im Finale den Favoriten geschlagen." Kaum jemand in der deutschen Mannschaft hatte mit diesem Erfolg gerechnet. Nachdem von der Groeben im Schwergewicht Zweiter geworden war, wurde über den Start des Wittener Ersatzmannes Jochen Plate in der offenen Klasse diskutiert. Doch von der Groeben bestand auf seinem zweiten Start, trotz des deutlichen Substanzverlustes.

In seinen Vorrundenkämpfen gegen den Halbschwergewichts-Europameister van der Walle aus Belgien, gegen den Zwei-Meter-Mann Jehle aus der Schweiz und den Polen Basik habe er tatsächlich versucht, mit Kunstpausen ein wenig zu mogeln, gestand der Meister hinterher. Im Finale gelang dann ein knapper Sieg über einen Gegner, gegen den von der Groeben bislang immer verloren hatte.

Betrachtet er sich nun als Favorit für die Weltmeisterschaften im September in Seoul? „Ich werde versuchen, mich bis dahin klein zu machen", meint von der Groeben. Das wird ihm kaum gelingen. Auch im außereuropäischen Ausland besitzt der Europameister einen Namen. Die Japaner hatten ein Videoteam in Hamar, das auch die Kämpfe von der Groebens aufzeichnete. Auch die Erfinder des Judosports haben Respekt vor dem Mann mit dem jugendlichen Gesicht.

„Dicke raus"

dpa, Helsinki

Nach der sportlichen Pleite mit dem Absturz in die Drittklassigkeit sagte der Cheftrainer seinen Schützlingen den Kampf an – den Kampf gegen Pfunde und gegen die Disziplinlosigkeit. Die deutschen Teilnehmerinnen waren bei der Europameisterschaft im Kür-Vierkampf in Helsinki nur durch Patzer, Stürze und Übergewicht aufgefallen. Das Gerätefinale erreichte niemand. Elke Heine wurde 17., Anja Wilhelm 23. und Christine Wetzel gar 42. der 62 Starterinnen.

„Wer nicht mitziehen will, soll zu Hause bleiben", herrschte Wladimir Prorok seine Turnerinnen noch in Helsinki an und ließ durchblicken, daß er notfalls sogar auf die Weltmeisterschaft im November in Montreal verzichten werde. Prorok sah sich plötzlich selbst in der Schußlinie von Kollegen, Fachleuten und Kampfrichtern. Selbst sein Hinweis auf den drastischen Unterschied bei der Zahl der Trainingsstunden in Ost und West zog nicht mehr. Die Spanierin Isabel Soria war als 16. beste Westeuropäerin und selbst die Österreicherin Sandra Bösch lag noch zwei Plätze vor der deutschen Meisterin Anja Wilhelm.

„Alle Dikcken raus", heißt die Devise, mit der Prorok im Schnellverfahren das deutsche Kunstturnen retten will. Für morgen ist ein Gespräch mit der Berlinerin Brigitta Lehmann geplant, die nicht für die EM nominiert worden war. In einem Interview griff die 18jährige den Cheftrainer daraufhin schwer an. Doch Prorok läßt Zahlen sprechen: Anja Wilhelm wog bei einer Größe von 1,56 Meter 44,1 Kilogramm, Elke Heine bei 1,65 Meter 52,8 Kilogramm. Die mit 1,59 Meter kleinere Brigitta Lehmann wog immer noch 54,5 Kilo. „Ich habe von ihr 52 Kilo gefordert, aber sie hat es nicht geschafft", meinte Prorok. Mit einem Gewicht von 50 Kilo könne Brigitta mit ihren Übungen sogar ganz oben in der Weltspitze turnen.

Jackie Fie, bei der EM als Oberkampfrichterin tätig, zeigte sich „entsetzt über die dicken Deutschen". Dasselbe Problem gäbe es auch mit Olympiasiegerin Mary Lou Retton und ihren Riegenkolleginnen. „Wir werden nach Montreal mit einer neuen Mannschaft kommen", verriet die Amerikanerin und empfahl das auch dem Deutschen Turner-Bund.

Die Weichen werden bei der DTB-Präsidiumssitzung am Wochenende in Frankfurt gestellt – so oder so. Wladimir Prorok: „Entweder Leistungssport oder nur Körperbewegung – aber dann nicht mit mir."

Bonn besteht auf voller SDI-Partizipation

Außen- und sicherheitspolitische Aspekte haben Vorrang

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Äußerungen des amerikanischen Generals James A. Abrahamson über eine „allenfalls begrenzte europäische Mitwirkung am Forschungsprogramm" zur strategischen Raketenabwehr (SDI) sind in Bonn mit großer Verstimmung aufgenommen worden. Abrahamson, der im US-Verteidigungsministerium als SDI-Projektleiter fungiert, hatte gegenüber einer Brüsseler Zeitung erklärt, eine europäische Beteiligung an der SDI-Forschung sei nur für den nichtgeheimen Teil denkbar. In den USA wachse die Sorge, die Sowjetunion könnte indirekt wegen eines möglichen unkontrollierten Informationsflusses an den Ergebnissen partizipieren. Die Erklärung des Generals belastete das Gespräch, das Kanzleramtsminister Schäuble am gestrigen Abend mit Vertretern der deutschen Industrie und unabhängiger Forschungsinstitute über die Möglichkeiten einer deutschen Beteiligung führen wollte.

An der Unterredung im Kanzleramt nahmen neben Schäuble weitere Minister und Staatssekretäre aus den Ministerien für Auswärtiges, Verteidigung, Forschung und Technologie sowie Vertreter der Wirtschaft teil. Nach Angaben von Regierungssprecher Sudhoff diente das Treffen dazu, die Voraussetzungen dafür zu definieren, unter denen eine deutsche Delegation, gemischt aus Vertretern der Regierung, der Industrie und einiger Forschungsinstitute, in den USA die Beteiligungsmöglichkeiten am SDI-Forschungsvorhaben ergründen soll. Von Regierungsseite war darüber hinaus zu erfahren, Bonn werde sich auf eine Beteiligung nur einlassen, wenn die deutsche Seite nicht auf „Blechschneidearbeiten" begrenzt werde oder lediglich als Zulieferer für die US-Industrie auftreten könne. Garantiert müsse sein, daß zwischen beiden Seiten ein „fairer Technologieaustausch" stattfinde.

In der Bundesregierung herrscht inzwischen völlige Klarheit darüber, daß nicht der Technologie-Aspekt für eine deutsche Beteiligung ausschlaggebend sein könne. Wie aus dem Hause von Forschungsminister Riesenhuber zu hören war, haben die außen- und sicherheitspolitischen Aspekte in der deutschen Beurteilung von SDI absoluten Vorrang vor den technischen. Vorher sei ohnehin nicht genau zu beurteilen, welche Vorteile die Industrie aus Arbeiten der Grundlagenforschung ziehen könne. Aus diesem Grund herrscht in Bonn die Tendenz vor, eine deutsche Beteiligung anzustreben, allerdings nur mit der Maßgabe, daß sich die Zusammenarbeit mit den USA im Zeichen fairer Partnerschaft abwickelt.

Rund zwei Wochen vor der neuen Begegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand ist auch noch nicht abzusehen, ob es überhaupt zu einer gemeinsamen Position der führenden europäischen Industriestaaten kommen wird. Nach dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel ist zwar klar geworden, daß Paris offensichtlich von einer direkten Beteiligung am amerikanischen SDI-Projekt wenig hält, gleichzeitig aber dafür plädiert, die europäischen Fähigkeiten auf dem Gebiet der Hochtechnologie gemeinsam zu entwickeln. Ähnlich hatte sich vor wenigen Tagen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in einem Vortrag geäußert. Vor dem Landesverband Junger Unternehmer in Iserlohn warnte Genscher davor, den USA und Japan allein das Feld des technologischen Fortschritts zu überlassen. „Die Europäische Gemeinschaft auch zu einer Technologie-Gemeinschaft weiterzuentwickeln, ist eine Lebensfrage der Europäer", sagte er. Diese Haltung wird in Bonn als Bevorzugung eines engen Zusammengehens mit Frankreich verstanden, so daß möglicherweise in den nächsten Tagen vor dem Treffen Kohls mit Mitterrand angesichts des gewachsenen koalitionspolitischen Einflusses der FDP eine Kurskorrektur in der deutschen Position zu SDI bevorsteht. Zwar hatte der Regierungschef dem amerikanischen Präsidenten bei seinem Besuch in Bonn im Grundsatz eine deutsche Beteiligung an dem Forschungsprojekt in Aussicht gestellt. Kohl wird sie offenkundig aber nur dann verwirklichen können, wenn er gleichzeitig auf Genschers Rat hin Mitterrand den Beginn für eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf diesem Sektor vorschlägt.

Portugals Stellung in der NATO wird stärker

Lissabon profitiert von der unkalkulierbaren Verteidigungspolitik Madrids / Reagan unterstützt „Atlantiker" Soares

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Die Unsicherheit, die von der spanischen Verteidigungspolitik ausgeht, stärkt die portugiesische Position innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft. Bei seinem Besuch auf der iberischen Halbinsel vermied der amerikanische Präsident Ronald Reagan, in Madrid die Schwierigkeiten der spanischen Regierung in Verteidigungsfragen anzusprechen. Ein anderes Verhalten hätte das Pro-NATO-Lager der in dieser Frage gespaltenen sozialistischen Regierung unnötig geschwächt.

In Portugal steckt den regierenden Sozialisten der diktatorische Machtanspruch der Kommunisten aus der Zeit der roten Militärregierungen von 1974/75 immer noch als eine heilsame Erfahrung in den Knochen. Sozialistenchef Mario Soares – seit 1983 zum zweiten Mal an der Regierung – fand damals nur bei dem amerikanischen Botschafter Carlucci Unterstützung im Kampf gegen die von der KP gelenkten Militärs.

Aber weder die Europäer noch die Amerikaner wußten, daß die Sowjetunion an Portugal nur als einem Unruheherd interessiert war, nicht aber an einem kommunistisch regierten Land. Dem Kreml genügte der Einfluß auf die ihm von den roten Militärs zugespielten ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika für seine Flottenpolitik und den revolutionären Druck auf die benachbarten Staaten.

Diese Vorgeschichte erklärt die besondere Aufmerksamkeit, die Präsident Reagan bei seinem Staatsbesuch in Lissabon seinem „Amigo", Ministerpräsident Soares, widmete. Er gab ihm damit eine deutliche Starthilfe für seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen Ende 1985. Staatspräsident Eanes und Regierungschef Soares unterscheiden sich im Hinblick auf ihre außen- und wirtschaftlichen Orientierungen. General Eanes, der gerade von einer Reise nach Mozambique zurückgekehrt war, berichtete dem amerikanischen Präsidenten von der Bitte des Marschalls Zamora Machel, seine Armee durch portugiesische Offiziere ausbilden zu lassen.

Während Präsident Eanes mehr einen an die Dritte Welt angelehnten Kurs einschlagen möchte, steuert Außenminister Jaime Gama ganz bewußt einen atlantischen Kurs, der den Amerikanern auch mit Blick auf die ehemaligen Kolonien Portugals in Afrika mehr entgegen kommt. So steht die Außenpolitik der portugiesischen Regierung den Widerstandsbewegungen gegen die kommunistischen Regierungen in Angola und Mozambique erheblich toleranter gegenüber als die Politik Eanes'.

Während die Spanier die amerikanische Militärpräsenz in ihrem Lande verringern möchte, sieht die sozialistische Regierung Portugals keinen Grund, den weiteren Ausbau der amerikanischen Stützpunkte innerhalb und außerhalb der NATO zu beschränken. Für alle den Amerikanern zur Verfügung gestellten Stützpunkte erhält Portugal von den USA in sieben Jahren rund eine Milliarde Dollar. Darüber hinaus wurde im vergangenen Jahr eine portugiesisch-amerikanische Stiftung gegründet, die sich in den letzten Wochen konstituierte und der Reagan eine besondere Bedeutung beimißt. Der Stiftung, die mit einem Grundkapital von 49 Millionen Dollar ausstaffiert wurde, gehören von beiden Seiten Vertreter der Privatwirtschaft und der Behörden an. Mit Hilfe des Geldes sollen qualifizierte Fachkräfte für moderne Technologie ausgebildet werden. Außerdem soll die Stiftung die Lancierung amerikanischer Investitionen in Portugal fördern. Amerikanische Großunternehmen sorgten bereits im vergangenen Jahr dafür, daß die Auslandsinvestitionen um 73 Prozent anstiegen.

Die Weigerung der Madrider Regierung, die spanischen Streitkräfte in die militärische Struktur der NATO einzugliedern, enthebt Portugiesen und Amerikaner einer Sorge, die aus der historischen Furcht der Portugiesen vor einer spanischen Hegemonialstellung auf der iberischen Halbinsel resultiert. Eine offenbar nicht zufällig veröffentlichte Betrachtung in der portugiesischen regierungsnahen Zeitung „Diario de Noticias" erinnerte daran, daß Spanien nicht nur während der Zeit Philipps II., sondern auch in der jüngeren Geschichte auf eine Vormachtstellung aus war. Aus jetzt veröffentlichten Akten des Londoner Foreign Office geht hervor, daß die spanische Regierung unter Alfonso XIII. während des Ersten Weltkrieges sowohl in London als auch in Paris Interesse an „freier Hand in Portugal" bekundete. Offensichtlich waren die Spanier weniger an einer Annexion interessiert als vielmehr an einem „Vertrag oder einer Allianz, die die spanische Autoriät in den portugiesischen Entscheidungszentren sicherstellt". Zur Untermauerung seiner Vorstellungen schickte Madrid vorübergehend drei Kreuzer nach Lissabon.

Und genau diese Furcht mag die Portugiesen heute beherrschen, wenn sie ein gemeinsames spanisch-portugiesisches NATO-Kommando ablehnen.

Lubbers spricht von Vorbehalten gegen den Papst

DW. Den Haag

Papst Johannes Paul II. hat sich für die Herausbildung eines weltweiten Jurisdiktionssystems mit effektiver Justizgewalt ausgesprochen. Vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag nannte er als Voraussetzung dafür die Anerkennung des Rechts eines jeden Volkes zur Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie auf einen gerechten Anteil am Reichtum der Erde. Weiter dürfe kein System der Rassentrennung oder irgendeiner Diskriminierung als Modell für die Beziehungen zwischen den Völkern akzeptiert werden. „Friede entsteht nicht aus der Angst vor der Bombe oder der Macht des einen über den anderen", sagte das Oberhaupt der Katholischen Kirche. Friede sei nur erreichbar, wenn die Menschen in ihren Beziehungen untereinander nach Wahrheit und Liebe strebten.

Der niederländische Ministerpräsident Ruud Lubbers machte dem Papst gestern die Vorbehalte vieler seiner Landsleute gegenüber der katholischen Kirchenführung in Rom deutlich. Beim Regierungsempfang für Johannes Paul II. in Den Haag sagte Lubbers: „Rom scheint doch sehr weit weg zu sein, und das Wort Rom – ich möchte das nicht verheimlichen – ruft bei vielen von uns hierzulande eine reservierte Haltung, ja manchmal sogar Mißtrauen, wach."

Die Proteste gegen den Papstbesuch hielten auch gestern an. In Den Haag wurden zwei Männer festgenommen, die eine Rauchbombe gegen seinen Wagen schleuderten. Am Sonntag hatte es bei einer Demontration mit 10 000 Teilnehmern in Utrecht Krawalle gegeben, bei denen sechs Personen verletzt und 14 festgenommen wurden. In Den Haag hatte man vor einer Polizeiwache eine Bombe gefunden, die rechtzeitig entschärft werden konnte. Ob zwischen dem geplanten Anschlag und dem Papstbesuch ein Zusammenhang besteht, ist jedoch unklar.

Auf dem weiteren Programm Johannes Pauls II. standen gestern eine Audienz bei Königin Beatrix und ein ökumenisches Treffen in Utrecht. Der Papst wird bis morgen in den Niederlanden bleiben und seine elftägige Reise in Luxemburg und Belgien fortsetzen.

Die SPD kündigt Dokumentation an

DW. Bonn

Nach der Auseinandersetzung zwischen dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und Bundeskanzler Helmut Kohl am Sonntag abend hat die SPD gestern angekündigt, sie wolle eine Dokumentation erarbeiten und der Öffentlichkeit vorlegen, in der „die ständigen Versuche" des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler belegt würden, „die Bevölkerung aufzuhetzen". SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement sagte gestern, nach dem Eklat vor den Fernsehkameras sei in der Bonner Parteizentrale eine Fülle von Telefonanrufen und Telegrammen eingegangen. Die Absender hätten sich ausschließlich positiv darüber geäußert, daß sich die SPD „die ununterbrochenen Beleidigungen" durch die CDU nicht mehr bieten lasse. Geißler dazu: „Das fällt auf Herrn Brandt zurück."

CDU begründet Vorwürfe gegen Brandt

● Fortsetzung von Seite 1

organisiert worden war. In dem Aufruf hatte es geheißen: „Auf Hambach kann sich deshalb niemand berufen, der durch eine forcierte Politik des Wettrüstens die Kriegsgefahr erhöht, der in Lateinamerika souveräne Nationen bedroht, der mit seiner Weltwirtschaftspolitik das Elend der Dritten Welt vergrößert". Der SPD-Abgeordnete Kuhlwein hatte im Pressedienst der Partei geschrieben, wenn Reagan mit seinen „gewohnten platten Sprüchen" komme, könne er sich seine Rede an die deutsche Jugend schenken. Inzwischen ist bekannt, daß mehrere tausend Jugendliche dem amerikanischen Präsidenten in Hambach einen großartigen Empfang geboten haben.

Zahlreiche SPD-Europaabgeordnete hatten im Vorfeld der Deutschlandreise dem amerikanischen Botschafter in Brüssel einen Brief überreicht, in dem schwere Vorwürfe gegen die Politik der USA erhoben worden waren. Erklärungen Brandts zu Mittelamerika und speziell zur Situation in Nicaragua waren schon früher auf ein kritisches Echo gestoßen. So hatte Brandt nach einem Besuch in Nicaragua und auf Kuba im vergangenen Oktober erklärt, die sowjetische Rolle in dieser Region werde überschätzt. Von Kubas Staatschef Castro erhalte man eher vernünftige als unvernünftige Ratschläge.

Heftige Kontroversen hatte auch das am 30. April verabschiedete „Nürnberger Manifest" der SPD ausgelöst. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatte der SPD in diesem Zusammenhang eine Verfälschung der Geschichte, eine Verharmlosung der Rolle der Sowjetunion und den Versuch einer Kriminalisierung der USA vorgeworfen. Während Kurt Schumacher noch dem Leitspruch „nie wieder Krieg von deutschem Boden und nie wieder Diktatur auf deutschem Boden" gefolgt sei, sei das „nie wieder Diktatur" heute für die SPD „offenbar kein Thema mehr".

In dem SPD-Manifest heißt es unter anderem: „Dem Sieg der Alliierten verdanken wir die Chance eines demokratischen Neuanfangs". Geißler nannte dies eine „Verfälschung der Geschichte", da nur die Deutschen in den westlichen Besatzungszonen diese Chance erhalten hätten. „Für die 17 Millionen Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone und darüber hinaus für die Völker Osteuropas bedeutete das Ende der nationalsozialistischen Diktatur gleichzeitig den Beginn der kommunistischen Unterdrückung". Darüber verliere die SPD kein einziges Wort.

WELT DER WIRTSCHAFT

Am eigenen Schopf

Wb. – Eine Umfrage mit dem Ziel, das Image Nordhessens zu ergründen, dürfte bei den meisten Adressaten schlichtes Schulterzucken erzeugen: Entweder hat man von der Region gar keine Vorstellung oder – geprägt durch die überreichliche Berichterstattung über „Wirtschaftskatastrophen" (letzter Fall: Enka) – keine gute. Eigentlich ist es erstaunlich, daß aus dem blühenden Industrierevier der Nachkriegsjahre heute fast so etwas wie ein wirtschaftliches Niemandsland geworden ist. Über die Ursachen läßt sich nur spekulieren: eine gewisse Schwäche des ortsansässigen Unternehmertums, das die Firmen-Struktur immer mehr in Richtung der Betriebsfilialen ferngelegener Konzerne abdriften ließ, das über lange Jahre hinweg geringe Interesse einer SPD-Landesregierung (im südhessischen Wiesbaden) an dem eher konservativen Landesteil und auch die Zonenrandnähe dürften eine Rolle gespielt haben. Der schleichende Niedergang jedenfalls währt schon ziemlich lange.

Um so erfreulicher, daß eine Initiative, den Trend zu brechen, jetzt aus der Region selbst gekommen ist. Christian Decken, Präsident der Kasseler Industrie- und Handelskammer, hat die Aktion „pro Nordhessen" ausgerufen. Konkreten Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung, zur Innovationsförderung und zum verbesserten Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft soll auch ein imagefördemdes Informationsprogramm folgen. Decken: „Wenn wir selbst nicht sagen, daß es hier zu leben und zu arbeiten lohnt – wer soll es dann draußen wissen?" Solchem Leitsatz zum Regionalmarketing ist wenig hinzuzufügen.

Falsches Klavier?

hg – Was nicht sein kann, das darf nicht sein – dieses für Einzelhandelsfunktionäre und Gewerkschafter sakrosankte Prinzip haben einige Berliner Händler jetzt unbekümmert verletzt, als sie die Ergebnisse des „langen Freitags" lobten, an dem sie laut Senatsbeschluß ihre Geschäfte bis 21 Uhr offenhalten durften. Und es kommt noch schlimmer: Sie erwarten sogar, daß die nächsten „langen Freitage" erheblich besser werden. Ja, wie ist denn das möglich? Dank des unermüdlichen Einsatzes ihrer Verbände sollten sie wissen, daß jede „Aushöhlung" unseres Ladenschlußgesetzes allen Beteiligten nur Nachteile bringt. Der Verbraucher müßte zum Beispiel selbst überlegen, ob er nach halb sieben lieber vor dem Fernsehgerät sitzen oder einkaufen gehen möchte. Dem Handel werde eine längere Öffnungszeit „keine Mark Mehrumsatz" bringen, sagen die Verbände. Ob sich die Berliner Händler da verrechnet haben? Oder spielt hier jemand auf dem falschen Klavier? Denn das kann doch einfach nicht sein – oder?

Gespaltene Konjunktur

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Wahlentscheidungen hängen in erheblichem Umfang von der wirtschaftlichen Lage ab, vor allem jedoch von dem Urteil, das sich die breite Öffentlichkeit von ihr macht. Und so bemühte am Wahlabend der Spitzenkandidat der CDU, Bernhard Worms, auch die im Winter stark gestiegene Arbeitslosigkeit, um die Wahlniederlage seiner Partei in Nordrhein-Westfalen zu erklären.

Kann das aber überzeugen? Immerhin hat die Frühjahrssonne im April auch den Arbeitsmarkt belebt. Verglichen mit dem Vormonat sank die Zahl der Arbeitslosen kräftig, allerdings lag sie noch um rund 50 000 höher als ein Jahr zuvor. Keine Überraschung, denn hier wirkt sich in erheblichem Maße die Talfahrt der Bauwirtschaft aus, die nun keineswegs nur witterungsbedingt ist.

Überhaupt: Die konjunkturelle Situation ist gegenwärtig gespaltener als in den letzten Jahren. Dieses spiegeln auch die Zahlen über die Entwicklung der Industrieproduktion wider, selbst wenn die März-Daten wie üblich nach oben korrigiert werden müssen. Danach meldete das Bauhauptgewerbe im Februar/März einen Rückgang der Aktivitäten gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 23 Prozent. Gleichzeitig kamen die Hersteller von Investitionsgütern auf ein Plus von 7,5 Prozent. Insgesamt konnte das Produzierende Gewerbe einen Zuwachs von zwei Prozent erreichen.

Eine Entwicklung, die sich auch in der mittelfristigen Betrachtung zeigt. Der saisonbereinigte Index der Nettoproduktion, wobei 1980 gleich 100 gesetzt ist, lag im März für das Produzierende Gewerbe bei 99,9. Die Investitionsgüterbranche notierte bei 109,2, das Bauhauptgewerbe bei 71,7.

Gespalten verlief auch die Entwicklung beim Auftragseingang. Der Einbruch bei diesem konjunkturellen Frühindikator im März sollte nicht überbewertet werden. Immerhin lag das Großereignis der deutschen Wirtschaft, die Hannover-Messe, erst im April, also einige Wochen später. Das, was von der Messe bekannt wurde, deutet darauf hin, daß sich viele Unternehmen mit ihren Aufträgen zurückgehalten haben.

Unabhängig davon konnten die Produzenten von Investitionsgütern bereits im Februar/März volumenmäßig 5,5 Prozent mehr Aufträge hereinholen als in der gleichen Zeit des Vorjahres, während das Verbrauchsgütergewerbe ein Minus von fünf Prozent hinnehmen mußte. Noch eine Diskrepanz: Aus dem Ausland kamen acht Prozent mehr Aufträge, während sie aus dem Inland um drei Prozent zurückgingen.

Diese Fakten deuten darauf hin, daß die Konjunktur in etwa in den Bahnen verläuft, die in den Prognosen für dieses Jahr erwartet worden waren. Einer kräftigen Zunahme der Exporte, sie legten im ersten Quartal um elf Prozent zu, und der Investitionen der Unternehmen steht eine Schwäche der Bauwirtschaft einschließlich der von ihr abhängigen Zuliefererbereiche und des privaten Verbrauchs gegenüber, der zudem noch unter den Irritationen um das abgasarme Auto gelitten hat.

Die zurückhaltenden Lohnabschlüsse, die zudem noch durch die vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen gedrückt wurden, die geringfügigen Rentenanhebungen und die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit sind die Ursachen dafür, daß der Funke, der vom Export und von den Investitionen ausgegangen ist, bisher kaum auf andere Bereiche übergesprungen ist. Immerhin entfällt auf den privaten Konsum mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts.

Trotzdem ist die Stimmung in den Unternehmen kaum anders als vor einem Jahr, wofür die Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) nur ein Beleg ist. Bei den größeren Unternehmen hat sich ausweislich der jüngsten Geschäftsberichte die Ertragslage weiter stabilisiert. Allerdings hat dieses bisher nicht auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Aber es bleibt eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß sich auch hier die erwarteten langsamen Besserungstendenzen durchsetzen.

Alles in allem ist die jüngste Entwicklung nicht dazu angetan, daß die Prognosen für dieses Jahr revidiert werden müssen, ein Wachstum von um die 2,5 Prozent ist erreichbar. Die Börse hat sich jedenfalls nicht von dem Wahlergebnis aus der Fassung bringen lassen. Auch ein Signal für Politiker, nicht in hektische Betriebsamkeit zu verfallen.

SELBSTÄNDIGE UNTERNEHMER / Wirtschaftslage wird etwas besser beurteilt

Bonn soll heimliche Steuererhöhungen schnell in einem Schritt zurückgeben

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Unternehmen schätzen die Zukunftsaussichten der Wirtschaft eine Spur günstiger ein als vor einem Jahr. Dies hat eine Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) ergeben. Allerdings: Je kleiner die Unternehmen, desto zurückhaltender die Erwartungen. Der ASU-Vorsitzende Martin Leicht fordert das Vorziehen der zweiten Stufe des Steuerpakets. Überdies plädiert er für mehr Differenzierung in der Tarifpolitik und mehr Flexibilität in den Tarifverträgen.

Die ASU führt in jedem Frühjahr eine Mitgliederumfrage durch, an der sich diesmal rund 1300 Unternehmen beteiligt haben. Der Maßstab ist bei dieser Umfrage eine Notenskala wie in der Schule von eins bis fünf. In den Antworten schlagen sich auch Stimmungen nieder.

Die Zukunftsaussichten der Wirtschaft werden von 21 Prozent der befragten Unternehmen mit den Noten eins und zwei versehen (im Vorjahr 19 Prozent). 67 (69) Prozent haben die Note drei vergeben. Bei unverändert zwölf Prozent reicht es nur zur Note vier und fünf. Große Unternehmen mit mehr als tausend Beschäftigten sind besonders optimistisch.

Bei der Beurteilung der Zukunftsaussichten der eigenen Branche zeigt sich ein uneinheitliches Bild. Während Industrie und Dienstleistungen bei den guten Noten deutlich zugelegt haben, gibt es bei Handel und Handwerk gegenüber dem Vorjahr einen klaren Einbruch.

Was die Zukunftschancen des eigenen Unternehmens angeht, so zeigt die Umfrage, ähnlich wie im Vorjahr, einen stark ausgeprägten Optimismus. Dieser hat nach der Interpretation der ASU allerdings einen kleinen Dämpfer erhalten. Am stärksten ist die Zahl der „Pessimisten" im Handel gestiegen. Besonders optimistisch im Hinblick auf die eigene Firma sind die Dienstleistungsunternehmen und noch stärker die Unternehmen mit mehr als tausend Beschäftigten. Den Umstand, daß die Zukunftsaussichten des eigenen Unternehmens deutlich positiver gesehen werden als die der Branche und der Gesamtwirtschaft, wertet die ASU als Ausdruck für das Selbstbewußtsein der Selbständigen.

Auf der Problemskala rangieren Lohnkosten, Steuer- und Abgabenbelastung, Absatzprobleme, bürokratische Hemmnisse und die Zunahme des unternehmerischen Risikos nach wie vor auf den ersten Plätzen. Die Kreditkosten, die 1982 noch auf dem fünften Rang lagen, sind weiter vom achten auf den zehnten Platz zurückgestuft worden. Diese Einschätzung wird jedoch nicht von kleineren Unternehmen geteilt.

Der ASU-Vorsitzende Martin Leicht hat noch einmal die Steuerreform in einem Schritt zum 1. Januar 1986 gefordert: „Wenn der Finanzminister die ihm weiter zuwachsenden heimlichen Steuererhöhungen nicht möglichst bald zurückgibt, dann ergibt sich, verstärkt durch den Bundesbankgewinn, ein eher kosmetischer Konsolidierungserfolg, der den Zwang zum wirklichen Sparen lokkkert." Als Zeichen für die neue „Spendierlaune" wertet Leicht das Erziehungsgeld der CDU. Überdies sei es möglich, „daß sich die Konjunktur nicht so hält, wie wir das im Augenblick hoffen". Statt neuer Konjunkturprogramme wäre das Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerreform der eindeutig bessere Weg. Notwendig wäre nur eine „Zwischenfinanzierung" von zweimal neun Milliarden, die zu einem guten Teil über einen Subventionsabbau beschafft werden könnten. Mittelfristig favorisiert die ASU einen nachhaltig gesenkten, durchgehend progressiven Steuertarif mit einem Spitzensteuersatz von unter 50 Prozent.

„Die Tarifautonomie steht außerhalb der Diskussion", betont Leicht. Er kritisiert jedoch die große Uniformität in der Tarifpolitik. Benötigt würde künftig eine stärkere Differenzierung nach Branchen, Regionen und Qualifikationen. Auch der Tarifvertrag sei in seiner Bindungswirkung zu stark, ein Stück Regelungskompetenz sollte wie bei der Arbeitszeitverkürzung an die betriebliche Ebene weitergegeben werden. Entweder sollten Bandbreiten vereinbart werden oder dem Betrieb sollte es erlaubt werden, auch nach unten von der Vereinbarung abzuweichen.

OECD-PROGNOSE

Ausbau der Kernenergie kommt langsamer voran

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Obwohl in den USA seit 1978 kein einziger Kernkraftwerksauftrag mehr vergeben wurde, hat sich das nukleare Potential der westlichen Industriestaaten (OECD) weiter stark erhöht. Ende 1984 erreichte es nach den Erhebungen der OECD-Kernenergieagentur (NEA) eine Jahreskapazität von 182 Gigawatt (GW), gegenüber 158 GW Ende 1983. Der Nuklearanteil an der gesamten Kraftwerkskapazität der OECD erhöhte sich damit auf 12,8 (11,4) Prozent.

Für dieses Jahr erwartet die NEA einen Anteil von 13,9 Prozent und für 1990 von 17,2 Prozent. Dann geht es langsamer: 18,1 Prozent 1995 und 18,8 Prozent im Jahre 2000 mit 368 GW. Diese Prognose kürzte die NEA gegenüber der vor einem Jahr veröffentlichten wegen der zwischenzeitlich reduzierten Kernenergieprogramme um fünf Prozent.

Im vergangenen Jahr waren in der OECD 24 Kernkraftwerke neu in Betrieb genommen worden, wodurch sich deren Bestand auf 264 Einheiten erhöhte. Im Bau befanden sich für diesen Zeitpunkt 112 Kernkraftwerke mit 116 GW-Leistung. Projektiert waren aber nur noch 27 Einheiten mit 28 GW. Gleichwohl werde sich die Kernkraftwerkskapazität der OECD bis zum Ende dieses Jahrhunderts mehr als verdoppeln.

Das gleiche gilt für die Erzeugung von Nuklearstrom, die von 958 Terawattstunden (TWh) im letzten Jahr (nach 807 TWh 1983) bis zum Jahre 2000 auf 2139 TWh zunehmen soll. Das wären 26,5 Prozent der gesamten Stromerzeugung der OECD gegenüber 17,9 Prozent 1984 und 15,8 Prozent 1983. In sämtlichen Mitgliedsstaaten mit Ausnahme Hollands war die Kernstromproduktion 1984 gestiegen, dabei um mehr als jeweils 30 Prozent in der Bundesrepublik, Spanien, Frankreich und Schweden.

Gemessen an ihrem Kraftwerkspotential und ihrer Gesamtstromerzeugung besitzt die Kernenergie in der Bundesrepublik international überdurchschnittliche Bedeutung mit Anteilen von 17,6 und 23,6 Prozent 1984. Gegenüber dem Spitzenreiter Frankreich, der Anteile von 33,2 und 58,7 Prozent vorzuweisen hatte, bleibt sie aber erheblich zurück. Die 19 deutschen Kernkraftwerke leisten 62,5 GW, gebaut werden sieben weitere, aber darüber hinaus geplant ist zur Zeit kein einziges.

Demzufolge dürfte der Anteil der Kernenergie am deutschen Stromverbrauch – 87,9 TWh oder 23,6 Prozent in 1984 – nach seinem Anstieg auf 34,4 Prozent in 1990 auf 32,5 Prozent 1995 abfallen und dann im Jahre 2000 gerade wieder 34,7 Prozent erreichen. Die Bundesrepublik stünde dann in der OECD (dem nuklearen Verbrauchsanteil nach) an sechster Stelle nach Frankreich (78,4), Belgien (52,3), Schweden (44,6), Großbritannien 34,0) und der Schweiz (41,3) Prozent. Die USA blieben mit 19 Prozent allerdings immer noch der absolut größte Kernstromproduzent (697 TWh).

AUF EIN WORT

» Mangelnde Objektivität des Managements bei der Beurteilung eines Auslandsprojektes ist zu oft Ursache von später folgenden Unternehmenskrisen im Maschinen- und Anlagenbau. «

Dr. Horst Grefkes, Unternehmensberater, Viersen FOTO: WEISS-HENSELE

USA für neue Gatt-Runde

Zü. Genf

Es ist kaum zu erwarten, daß beim Treffen der 18er-Gruppe des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt in dieser Woche schon ein Datum vereinbart wird, für die Vorbereitungssitzung einer neuen Gatt-Runde, erklärte Peter Murphy, amerikanischer Botschafter für Handelsfragen. Die USA werden sich jedoch für eine baldige Terminfestsetzung stark machen.

Die Grundlagen für die Tagungspunkte müsse das Arbeitsprogramm der Gatt-Ministerkonferenz sein. Die Zwei-Phasen-Theorie, wonach High-Technologie und Dienstleistungen erst in einer zweiten Periode verhandelt werden sollen, lehnt Murphy als unrealistisch ab.

BANKENVERBAND

Die strukturellen Schwächen bremsen den Aufwärtstrend

LEO FISCHER, Köln

Ein differenziertes Bild bietet nach Ansicht des Bundesverbandes deutscher Banken, Köln, die konjunkturelle Lage in der Bundesrepublik. Auf der einen Seite registrieren die Banken kräftige Wachstumsimpulse von Seiten des Exports und der Investitionen. Auf der anderen Seite werde die Aufwärtsentwicklung durch die strukturellen Schwächen vor allem in der Bauindustrie und durch die verhaltene Entwicklung des privaten Verbrauchs gebremst.

Auf Grund des strengen Winters, von dem besonders die Bauindustrie getroffen wurde, gewannen die Bremsfaktoren trotz der weiterhin günstigen Exportentwicklung die Oberhand. So kam es, wie es im Konjunkturbericht für Mai des Bankenverbandes heißt, daß die Industrieproduktion im ersten Quartal gegenüber dem letzten Vierteljahr 1984 leicht zurückging. Die differenzierte Konjunkturlage spiegele sich auch am Arbeitsmarkt wider. In der Investitionsgüterindustrie nehme die Beschäftigung zu, im Bauhauptgewerbe seien sieben Prozent weniger Arbeitnehmer beschäftigt als im Jahr zuvor.

Trotzdem bestehen die grundlegenden positiven Bedingungen für eine Fortsetzung des Aufschwungs (verbesserte Kosten- und Ertragslage der Unternehmen) fort. Jedenfalls bedeute die Wachstumsunterbrechung keine konjunkturelle Wende. Deshalb seien auch kurzatmige wirtschaftspolitische Reaktionen unangebracht. Aufgabe der Wirtschaftspolitik sei es, „im Rahmen einer langfristig orientierten marktwirtschaftlichen Konzeption" die Wachstumsbedingungen zu verbessern und die Strukturschwächen abzubauen.

TOURISMUS

Ausländer gaben 1984 mehr Geld in Deutschland aus

SABINE SCHUCHART, Hamburg

Eine positive Bilanz des Ausländerreiseverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland hat der Leiter der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT), Günther Spazier, gestern anläßlich des „11. Germany Travel Mart" vom 12. bis 15. Mai in Hamburg gezogen. So sei die Zahl der Übernachtungen ausländischer Touristen in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr um zehn Prozent auf 26,1 Mill. gestiegen. Die Gesamtzahl der Übernachtungen in der Bundesrepublik verzeichnete nur eine Zunahme von drei Prozent auf 208 Mill.

Durch den überdurchschnittlichen Zuwachs des Ausländertourismus hat sich die Spanne zwischen Devisenausgaben und -einnahmen in der deutschen Reisebilanz 1984 leicht verringert. Sie ging von 24,5 (1983) auf 24 Mrd. DM zurück. In die Kassen der Bundesbank flossen Reisedevisen von 15,6 Mrd. DM (plus 11,9 Prozent), während deutsche Touristen im Ausland 39,6 Mrd. DM (plus 2,4 Prozent) ausgaben. Wiederum fast zwei Drittel aller Reisen führten deutsche Urlauber in dieser Zeit ins Ausland.

Von besonderer Bedeutung für den Ausländertourismus in der Bundesrepublik sind die Vereinigten Staaten. In den vergangenen zwei Jahren stieg die Zahl der Übernachtungen von Amerikanern in der Bundesrepublik um jeweils rund 25 Prozent. Größere Zuwachsraten im Reiseverkehr mit der Bundesrepublik gab es 1984 außerdem bei den Ländern Schweden (plus 16 Prozent, Frankreich und Japan (jeweils plus zehn Prozent) sowie der Schweiz (plus acht Prozent) und Italien, Großbritannien, und Niederlande (jeweils plus sieben Prozent). Einen Rückgang um ein Prozent gab es bei den Übernachtungen von Gästen aus Österreich.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Räumungskosten sind absetzbar

München (dpa) – Wird eine eigengenutzte Eigentumswohnung wegen umfangreicher Reparatur für einen Monat vollständig geräumt, sind die Reparaturkosten uneingeschränkt abzugsfähig. Auf dieses Urteil des Bundesfinanzhofs (Az.: IX R 43/82) vom Februar dieses Jahres machte gestern die Bayerische Landesbausparkasse aufmerksam.

Diskontsatz angehoben

Stockholm (AFP) – Die schwedische Staatsbank hat gestern den Diskontsatz um zwei auf 11,5 Prozent angehoben. Zuletzt war er im Juni 1984 um ein Prozent erhöht worden. Gleichzeitig wurde der Leitzins im Verkehr mit den Geschäftsbanken von 13,5 auf 16 Prozent angehoben.

Zinssenkung in Frankreich

Paris (J.Sch.) – Die französische Notenbank hat zum zweiten Mal innerhalb von zwei Wochen ihren Interventionssatz am Geldmarkt ermäßigt. Nachdem er Ende April von zehneinhalb auf zehneinviertel Prozent gesenkt worden war, beträgt er ab heute zehneinachtel Prozent. Obwohl die gestern beschlossene Zinssenkung verhältnismäßig bescheiden ausgefallen ist, erwartet man jetzt, daß die französischen Banken ihren Basiszins (Prime Rate), der seit Januar unverändert 11,5 Prozent beträgt, ermäßigen werden.

Mehr Öl gefördert

London (fu) – Die Produktion von Öl aus der Nordsee hat im April zum ersten Mal die Ölproduktion von Saudi-Arabien übertroffen. Die Nordsee-Produzenten förderten im vergangenen Monat 3,6 Mill. Barrel pro Tag (ein Barrel = 159 Liter) gegenüber 3,4 Mill. Barrel in Saudi-Arabien. Von den 3,6 Mill. Barrel entfielen 2,7 Mill. auf den britischen Nordseesektor. Inzwischen sind die Spotmarkt-Preise für Nordseeöl scharf gefallen. Nachdem die staatliche britische Ölgesellschaft BNOC den offiziellen Ölpreis erst in der vergangenen Woche auf 27,90 Dollar je Barrel Brent-Öl herabgesetzt hat, sind die Spotmarktpreise für Juni-Lieferung inzwischen auf unter 26 Dollar gefallen.

Aktien überzeichnet

London (fu) – Das Angebot zur Zeichnung der restlichen 48 Prozent der Aktien an dem 1981 teilprivatisierten Luft- und Raumfahrtkonzern British Aerospace zum Preis von 375 Pence je Aktie wurde fünfmal überzeichnet. Einem Zuteilungsschlüssel zufolge werden nur zwischen 100 und maximal 725 Aktien zugeteilt, um eine möglichst breite Streuung bei Kleinanlegern zu gewährleisten.

Autoexport gut behauptet

Paris (J.Sch.) – Der französische Pkw-Export lag im ersten Quartal um 0,5 Prozent unter dem Vorjahresstand, obwohl die Nachfrage in Europa (ohne Frankreich) um fünf Prozent zurückgegangen war, teilt der Automobilverband mit. Die Produktion mußte aber wegen des schlechten Inlandsgeschäfts um 6,9 Prozent reduziert werden.

Interhospital erfolgreich

Düsseldorf (Py.) – Die Internationale Krankenhausfachmesse „Interhospital '85", die am Wochenende in Düsseldorf zu Ende ging, wartete mit einem neuen Rekord auf. Mit über 85 000 Fachbesuchern aus 59 Ländern wurde gegenüber der Veranstaltung vor zwei Jahren ein Besucherzuwachs von fast 10 Prozent erzielt. Überdurchschnittlich zugenommen hat mit 17 000 auch der Besuch aus dem Ausland.

Kritik an Genußscheinen

Düsseldorf (Py.) – Die von einigen Großbanken vorgesehene Ausgabe von Genußscheinen betrachtet die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) mit äußerster Zurückhaltung. Die DSW sei zwar nicht grundsätzlich gegen die juristisch zulässigen Genußscheine, befürchte jedoch ungünstige Entwicklungen für den Kapitalmarkt.

GOLFSTAATEN / Rezession belastet Arbeitsmarkt

Ausländer werden entlassen

PETER M. RANKE, Riad

Die wirtschaftliche Rezession in den arabischen Golfstaaten, die vor allem eine Folge der gesunkenen Erdöl-Einnahmen ist, schlägt nicht nur auf die verringerten Staatsausgaben durch, sondern auch auf die Beschäftigungszahlen ausländischer Arbeitskräfte. In den Golfstaaten einschließlich Saudi-Arabien, aber mit Ausnahme von Oman, wurden 1984 von insgesamt vier Millionen ausländischen Arbeitskräften über 700 000 entlassen; dieses Jahr folgt noch einmal eine halbe Million.

Es sind vor allem Bauarbeiter aus Südkorea, den Philippinen und Pakistan, die nach Hause geschickt werden, wo sie die Heere der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten vergrößern und entsprechende soziale Spannungen schaffen. Aber auch Angestellte von Fuhrunternehmen, Banken, Handwerksbetrieben und selbst Hausangestellte verlieren ihre Stellungen und müssen abreisen. Unter ihnen sind Inder, Ceylonesen und Bangladeschis, während Araber wie Jemeniten und Ägypter noch gehalten werden. Allein in Kuwait hat sich die Zahl der neuen Arbeitsgenehmigungen um mehr als sechzig Prozent verringert.

Auf den Flugplätzen Saudi-Arabiens, Kuwaits, Qatars und der Emirate sammeln sich die Abreisenden in dicken Menschentrauben, während ankommende Maschinen aus Südasien praktisch leer sind. Früher war es umgekehrt. In den Städten stehen Wohnlager und Wohnungen leer, Wohnbaracken sind in Mengen zu verkaufen. Die Massenabwanderung der Ausländer verringert auch die Umsätze der heimischen Geschäftswelt, deshalb werden allein in Saudi-Arabien nach amtlichen Schätzungen dieses Jahr 330 Firmen schließen müssen.

In Saudi-Arabien und Kuwait schränken sich auch die Vertretungen westlicher Firmen ein. Allerdings wäre in den Golfstaaten auch ohne Rezession und zunehmende Kreditaufnahme der Bau-Boom zu Ende gegangen, da die 16 neuen Werke der Petrochemie in Saudi-Arabien, die Infrastruktur und die neuen Städte weitgehend fertiggestellt sind. Dazu kommt die fortschreitende Ausbildung einheimischer Kräfte zu Facharbeitern. Saudi-Arabien will im neuen Fünfjahresplan allein 600 000 Arbeitskräfte schulen, die Ausländer ersetzen sollen.

Während Qatar nichtarabischen Ausländern verbietet, Besitz in Landwirtschaft, Handels- oder Industrieunternehmen zu erwerben, hat Saudi-Arabien jede Einstellung in den Staatsdienst gestoppt. Das macht böses Blut unter den zahlreichen Hochschul-Absolventen, die aus dem westlichen Ausland heimkehren. Wegen der Rezession fürchten zahlreiche Banken im Golfgebiet um ausgeliehene Gelder.

Saudi-Arabien, das größte und reichste Öl-Exportland am Golf, förderte im April gerade noch 3,2 Millionen Barrel (Faß) am Tag. Davon gehen noch 800 000 Barrel in den Eigenverbrauch. Möglich ist die Förderung von 12,5 Millionen Barrel. Notwendig, um die Staatsausgaben auszugleichen und den bisherigen Wirtschaftsaufbau fortzusetzen, wären aber 8,5 Millionen Barrel am Tag.

Die saudischen Öl-Einnahmen sind mit 27 bis 29 Mrd. Dollar 1985 nur noch ein Viertel so hoch wie die Einnahmen vor fünf Jahren. Dafür hoffen die Saudis auf beträchtliche neue Deviseneinnahmen durch ihre in acht Jahren für zehn Milliarden Dollar aufgebaute Petrochemie in Jubail und Janbo, darunter sind drei neue Groß-Raffinerien.

VEBA / Verschmelzung von NWK und Preußenelektra bringt Steuervorteile

„Großzügiges Abfindungsangebot"

JAN BRECH, Hamburg

In der deutschen Elektrizitätswirtschaft steht eine bedeutsame strukturelle Veränderung bevor. Im Konzernbereich der Veba soll die Zusammenarbeit der Preußischen Elektrizitäts-AG (Preußenelektra), Hannover, und deren Tochtergesellschaft Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, durch eine Verschmelzung beider Unternehmen unter einheitlicher Leitung verstärkt werden. Wie der Vorstandsvorsitzende der Veba, Rudolf von Bennigsen-Foerder, in Hamburg betonte, eröffne eine solche Zusammenfassung Möglichkeiten der Optimierung in der laufenden Stromerzeugung und in der Kapazitätserweiterung. Durch die ferner geplante Einbringung der beiden verschmolzenen Unternehmen in den Organbereich der Veba entstehen zudem steuerliche Vorteile. So können bei der Veba die mit steigender Tendenz anfallenden steuerfreien Außenerträge im Inland thesauriert werden.

Aus den zusammengefaßten Unternehmen entsteht eine Gruppe mit rund 50 Mrd. kWh Produktionsleistung und einem Liefergebiet von einem Drittel der Bundesrepublik mit 12 Mill. Einwohnern. Der Anteil an der öffentlichen Stromerzeugung beträgt 15 Prozent. Die Gruppe verfügt über eine Kapazität von 11 000 MW, davon 5000 MW Kernenergie. Der Umsatz einschließlich Tochtergesellschaften dürfte 8 Mrd. DM erreichen.

Sitz des neuen Unternehmens soll Hannover am Platz der aufnehmenden Preußenelektra sein. Die Verwaltung der NWK in Hamburg mit 350 Angestellten wird schrittweise nach Hannover verlagert. Vorstandssprecher wird Hermann Krämer, der bislang Vorstandsvorsitzender der NWK und Vorstandsmitglied bei der Preußenelektra ist. Ulrich Segatz scheidet auf eigenen Wunsch bei der Preußenelektra aus.

Die gesellschaftsrechtliche Umstrukturierung sieht in einer ersten Phase vor, daß Veba den freien Stamm- und Vorzugsaktionären der NWK (66 Prozent hält die Preußenelektra) einen Umtausch ihrer Aktien in Veba-Aktien im Verhältnis 1 zu 1 und eine zusätzliche Barzahlung von 45 DM je 50-DM-Aktie vorschlägt. Durch die Barzahlung sollen die umtauschwilligen NWK-Aktionäre besser gestellt werden. Das durch ein Gutachten festgestellte Umtauschverhältnis beträgt 1 zu 0,8. Der Umtausch ist erst nach der Veba-Hauptversammlung am 22. August möglich, weil die HV das dazu nötige bedingte Kapital schaffen muß. Falls alle freien Aktionäre zustimmen, müßte das bedingte Kapital 275 Mill. DM betragen.

Das schließt die 13,6 Prozent freien Aktionäre der Preußenelektra mit ein, denen ebenfalls ein Umtauschangebot von 1 zu 1 und 45 DM Barzahlung gemacht wird. Neben der Veba sind die Stadt Frankfurt, das Land Hessen und andere Kommunen beteiligt. Das Angebot an die freien NWK- und Preußenelektra-Aktionäre, durch Umtausch am Veba-Konzern beteiligt zu werden, bezeichnet von Bennigsen-Foerder als „großzügig".

Die Veba sei an einer Realisierung der Schritte noch in diesem Jahr interessiert. Nach dem Ergebnis des Umtauschangebots werde sich entscheiden, welche Maßnahmen zur Verschmelzung beider Unternehmen ergriffen werden und wie die erweiterte Peußenelektra in den Veba-Verbund eingegliedert wird. Parallel wird Veba die Eingliederung der Chemie-Verwaltungs-AG in den Organkreis vollziehen. Den rund 5 Prozent freien Aktionären wird ein Umtauschangebot von 1 zu 1 gemacht.

TANKERMARKT / Belebung läßt auf sich warten

Die Raten bleiben gedrückt

WILHELM FURLER, London

Die Hoffnungen in der internationalen Schiffahrt, daß sich die Lage am Welt-Tankermarkt nach Ostern verbessern würde, haben sich nicht erfüllt. Auch die relativ ruhige Periode im Golfkrieg, die in letzter Zeit zu beobachten war, hat sich auf eine Belebung der Tankerfahrt so gut wie nicht ausgewirkt, erklärt das Londoner Schiffahrts-Brokerhaus E. A. Gibson.

Im Gegenteil: Die Region Persischer Golf war den Angaben von Gibson zufolge besonders ruhig. Zwar wurde in der vergangenen Woche ein 225 000-Tonnen-Tanker zu einer Rate von Worldscale 23 für die Reise nach Taiwan gechartert. Doch ansonsten handelte es sich um Reisen von Tankern kleiner bis mittlerer Größe zu gedrückten Raten.

Aus Indonesien wurden nur sehr geringe Ölladungen gemeldet, und im mediterranen Raum gab es Gibson zufolge überhaupt keinen Markt. Westafrikanisches Rohöl wurde zwar weiterhin verladen, aber in deutlich geringerem Umfang als in den Wochen zuvor. Der Überhang an Überschuß-Tonnage in diesem Gebiet ist so groß, daß ein Anziehen der Tankerraten nicht eingetreten ist und in absehbarer Zeit auch nicht erwartet wird.

Auch eine zunehmende Charter-Aktivität im Nordsee-Raum aufgrund des jüngsten Preisrückgangs für Nordseeöl – die Spotmarktpreise für Juni-Ablieferung sind inzwischen auf unter 26 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) gefallen – hat zu keiner allgemeinen Verbesserung des Ratenniveaus in diesem Bereich geführt.

Abzuwarten bleibt, so ein anderer Schiffahrtsbroker, Galbraith's, ob sich die US-Administration tatsächlich entschließen wird, bestehende Beschränkungen bei der Verschiffung von Alaska-Öl aufzuheben und auch moderne Tanker sich an diesem lukrativen Markt beteiligen zu lassen. In der amerikanischen Presse wird ein solcher Schritt in der nächsten Zeit erwartet. Dies könnte zu einer gewissen Entspannung am Welt-Tankermarkt führen, auch wenn die Auswirkungen relativ gering bleiben dürften.

Auch in der Trockenfahrt hat sich das Ratenniveau in letzter Zeit nicht verbessert. Dem Brokerhaus Denholm Coates zufolge – so berichtet jedenfalls die Londoner „Financial Times" – bewegen sich die Raten in der Atlantik-Fahrt sogar nach unten.

ÖSTERREICH / Kreditwesengesetz wird novelliert – Strengere Eigenkapitalvorschriften

Rücklage für die Auslandsrisiken

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

In einer vielbeachteten Rede vor dem Bankenverband in Wien hatte der österreichische Finanzminister Franz Vranitzky kürzlich weitgehende Maßnahmen avisiert, um die Kreditwirtschaft künftig vor nachhaltigen Schäden zu bewahren.

Der Grund dafür liegt in einem seit Jahren ausufernden Wettbewerb, der zum Teil bereits ruinöse Formen annimmt. Dies führte dazu, daß Österreichs Geldinstitute unter einer stark nachlassenden Ertragskraft leiden wie auch unter einer im internationalen Vergleich äußerst dürftigen Eigenkapitalausstattung.

Angesichts der bedrohlichen Entwicklung hatten Finanzministerium und Notenbank ein „freiwilliges" Wettbewerbsabkommen der Institute erzwungen, das im März 1985 in Kraft getreten ist und in erster Linie die Konditionen im Aktiv- wie im Passivgeschäft regelt.

Aber damit nicht genug: der Minister kündigte eine Novellierung des aus dem Jahre 1979 stammenden Kreditwesengesetzes (KWG) an. Die gravierendste Änderung wird die Eigenmittelvorschriften betreffen: Bisher gelten vier Prozent der Einlagen als Minimum. Künftig sollen es vier Prozent der (konsolidierten) Bilanzsumme (abzüglich einiger spezifischer Positionen) sein.

Als Bedingung für Bilanzsummenwachstum gilt somit dann auch eine entsprechende Stärkung der Eigenmittel über die Erträge. Als Prämisse für das anzurechnende Eigenkapital habe zu gelten, daß es voll eingezahlt sei, dauerhaft zur Verfügung stehe und am laufenden Verlust teilnehme, so Vranitzky.

Gegen das in letzter Zeit in Österreich von einzelnen Instituten favorisierte „Eigenkapitalsurrogat" in Form von stillen Einlagen und aufgenommenem nachrangigem Kapital meldete Finanzminister Vranitzky Bedenken an, was entsprechende Definitionsänderungen erwarten läßt.

Ebenfalls neu definiert wird die bisherige Sammelwertberichtigung als künftige Haft-Rücklage mit Auflösungsmöglichkeit im Verlustfall. In diese Rücklage soll auch das Auslandsgeschäft miteinbezogen werden. Letzteres will Vranitzky aber künftig in seinem zuletzt bei manchen Instituten gleichsam zügellosen Wachstum begrenzt wissen; außerdem soll das Währungsrisiko täglich am haftenden Eigenkapital gemessen werden.

Auch die Großkredite sollen in Proportion zum haftenden Eigenkapital begrenzt werden. Die im Augenblick geltende Grenze liegt bei 7,5 Prozent der Verpflichtungen.

GROSSBRITANNIEN / Börse für Währungsoptionen

Kooperation mit Philadelphia

WILHELM FURLER, London

An der Londoner Börse wird am Donnerstag der Handel mit Währungsoptionen aufgenommen. Zum ersten Mal in der Geschichte der London Stock Exchange wird damit Nichtmitgliedern der Börse der Zugang zum Börsenparkett geöffnet. Banken, Rohstoffhändler, Broker und Optionsspezialisten werden gemeinsam mit Börsenhändlern und Jobbern diese neue Art von Optionshandel betreiben. Nur elf Tage später wird die London International Financial Futures Exchange (Liffe) eine konkurrierende Börse für Währungsoptionen ins Leben rufen.

Für die spezielle Teilnahme am Handel mit Währungsoptionen an der Londoner Börse liegen inzwischen etliche Anträge vor, unter anderem von der Standard Chartered Bank und vom führenden Rohstoff-Brokerhaus Rudolf Wolf. Zunächst wird der Optionshandel mit Dollar-Sterling-Kontrakten zu jeweils 12 500 Pfund Sterling aufgenommen. Wenig später werden Dollar-D-Mark-Kontrakte zu 62 500 DM folgen.

Der Handel mit Währungsoptionen in London wird offiziell vom Präsidenten der Börse in Philadelphia eröffnet. Die Londoner Stock Exchange will mit dieser amerikanischen Börse gemeinsame Optionskontrakte etablieren. Dies ermöglicht einen umfassenden Optionshandel mit Währungskontrakten, der in London öffnet und in Philadelphia schließt. Die Clearing-Organisationen beider Börsen werden morgen Gespräche über die Modalitäten aufnehmen.

Inzwischen hat die Liffe mitgeteilt, daß ihr Handel mit Währungsoptionen von der Mehrwert-Besteuerung ausgenommen wird. Ursprünglich beabsichtigten die Steuerbehörden, den Währungsoptionshandel an der London International Financial Futures Exchange steuerlich auf eine Stufe mit Spielkasinos und dem Totospiel zu stellen.

NAMEN

Walter Kruchen, Königswinter, Vorstandsmitglied des Industrie-Pensions-Vereins E. V., Varel, ist am 31. März in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger wurde **Eberhard Bäumer**.

Dr. **Michael Goebel** (45) ist vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Horten AG, Düsseldorf, ernannt worden. Generalbevollmächtigte wurden **Wolfgang Kraus** (41) und **Wolfgang Wittenburg** (50).

Karl Heinz Eickenberg, Vorstandsmitglied der Dierig Holding AG, Augsburg, wurde als Nachfolger von **Eberhard von Rosenberg** in den Aufsichtsrat der Kottern Textil GmbH, Kempten, und in den Beirat der Riedinger Textil GmbH, Augsburg, gewählt.

DEUTSCHE GIROZENTRALE / Im Endspurt Wachstum

Ertrag zufriedenstellend

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Sollte eine Neuordnung der öffentlichen Bankenstruktur in Baden-Württemberg den Anstoß zu einer regionalen Konzentration der Landesbanken geben, würde wohl auch die Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank – (DGZ) bei einem solchen Zusammenschluß am Platz Frankfurt eine Rolle spielen, glaubt Vorstandsvorsitzender Ernst-Otto Sandvoß. Denn als Zentralinstitut der Landesbanken habe die DGZ keine Zukunft, da einige Landesbanken erheblich größer sind als die DGZ.

Die geschäftliche Entwicklung der DGZ im letzten Jahr und auch in den ersten vier Monaten dieses Jahres qualifizierte Sandvoß als zufriedenstellend. Der Gewinn vor Steuern und Wertberichtigungen fiel mit rund 175 Mill. DM allerdings um etwa zehn Mill. DM niedriger aus, weil die Eigenhandelserträge um diesen Betrag auf gut 30 Mill. DM zurückgingen, während das Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft wie im Vorjahr wieder rund 144 Mill. DM erreichte.

Der Fiskus partizipierte mit 81 (64) Mill. DM stärker als je zuvor am Gewinn, weil weniger Wertberichtigungen vorgenommen wurden. Aus dem Jahresüberschuß von 26,5 (23,5) Mill. DM werden nach Ausschüttung von wieder sechs Prozent auf das erhöhte Kapital abermals 5 Mill. DM in die offenen Rücklagen gesteckt.

Nach einer Flaute in den ersten drei Quartalen verzeichnete die DGZ zum Schluß doch noch Wachstum, das vom Kommunalkreditgeschäft (15,6 nach 14,4 Mrd. DM) und der Aufstockung des Wertpapierbestandes von 5,0 auf 5,6 Mrd. DM getragen wurde. Auch das langfristige Industriekreditgeschäft konnte ausgeweitet werden. Das gesamte Kreditvolumen wuchs um gut vier Prozent auf knapp 21 Mrd. DM. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 4,6 Prozent auf 30,6 Mrd. DM.

Das Geldhandelsvolumen blieb praktisch unverändert. Zur Refinanzierung wurden 4,7 Mrd. DM Schuldverschreibungen begeben. Expandiert hat die DGZ trotz hoher Rückflüsse im Auslandsgeschäft, das sich auf Debitoren mit zweifelsfreier Bonität konzentrierte. In Problemländern ist die Bank mit rund 500 Mill. DM engagiert, wovon die Hälfte wertberichtigt ist.

SEL / Weg in die Hochtechnologie konsequent fortgesetzt – Schwarze Zahlen auch in der Unterhaltungselektronik

Der Export sorgt für kräftigen Rückenwind

WERNER NEITZEL, Pforzheim

Die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, die nach Einschätzung ihres Vorstandsvorsitzenden Helmut Lohr den Weg in die Hochtechnologie konsequent fortgesetzt habe, beschleunigt ihr Wachstumstempo. Für das laufende Jahr 1985 rechnet Lohr mit einer Steigerung des Gruppenumsatzes um 12 Prozent auf über 5 Milliarden DM sowie mit einer nicht unbeträchtlichen Verbesserung des Ergebnisses. Grundlage für dieses Wachstum ist vor allem der kräftige Rückenwind aus dem Export. Die dynamische Entwicklung vollziehe sich in der ganzen Breite des Programms. Auch die Bürokommunikation und die Unterhaltungselektronik gingen dieses Tempo mit.

Den Geschäftsverlauf, der im ersten Quartal 1985 lediglich ein Umsatzplus von 1,7 Prozent brachte, bezeichnete der SEL-Chef als untypisch. Faktum sei, daß sich das Geschäft in der zweiten Jahreshälfte „verdichte". Der Auftragsbestand lag am Ende des Quartals um 11,4 Prozent über dem der entsprechenden Vorjahreszeit. Die kräftig gestiegene Kapazitätsauslastung, die Einführung der 38,5-Stunden-Woche und die Beteiligung an der Computerfirma CTM werden dazu führen, daß die SEL-Gruppe Ende dieses Jahres eine um etwa 6 Prozent höhere Belegschaftszahl ausweisen wird. Die Investitionen sollen in diesem Jahr um 10 Prozent aufgestockt werden. Auch befinde man sich in Überlegungen zur Ausnutzung des bestehenden genehmigten Kapitals von 50 Mill. DM.

„Wir sind ungemein optimistisch für unser Unternehmen", meinte Lohr und verwies auf die Einführung neuer Systeme (digitaler Technologien in der Vermittlungs- und Übertragungstechnik sowie in der Unterhaltungselektronik), die ein deutliches Zeichen für die ungebrochene Innovationskraft der SEL seien. Hinzu käme, daß die Kostenstruktur in der Fertigung verbessert worden sei. Es werden nunmehr die Früchte dieser so gewonnenen stärkeren Ertragskraft geerntet.

Die verbesserte Ertragslage schlägt sich in einem um 8,8 Prozent höheren Nettogewinn nieder. Auch der um 22,7 Prozent gestiegene Cash-flow kennzeichnet die innere Stärke. Daß der Jahresüberschuß unter dem des Vorjahres blieb, ist auf eine Sonderzuführung von 80 Mill. DM an die Unterstützungskasse zurückzuführen. Die freien Aktionäre, die 16 Prozent des Kapitals von 384 Mill. DM halten, bekommen wie im Vorjahr die Garantiedividende von 21 Prozent. Die Muttergesellschaft ITT wird mit einer von 21 auf 11 Prozent reduzierten Dividende bedient.

An dem Zuwachs des Gruppenumsatzes um 4,6 Prozent auf rund 4,5 Mrd. DM waren alle Sparten beteiligt. Die mit dem Arbeitskampf verbundenen Umsatzausfälle wurden bis zum Jahresende weitgehend ausgeglichen. Im Bereich der Nachrichtentechnik vergrößerte sich das Geschäftsvolumen (einschließlich Innenumsätze) um 5,6 Prozent auf über 2,8 Mrd. DM, bei Bauelementen nahm es um 8,6 Prozent auf 733 Mill. DM zu. Trotz eines „ruinösen Preiskampfes" erhöhte sich in der Unterhaltungselektronik, wenn auch nur geringfügig, der Umsatz um 0,3 Prozent auf 1,14 Mrd. DM. Gleichwohl habe man auch in diesem Bereich im Gegensatz zu vielen anderen Herstellern schwarze Zahlen geschrieben.

Das für die SEL bedeutendste Ereignis im Berichtsjahr war die Aufnahme der Serienfertigung des „System 12" für die Orts- und Fernvermittlung der Deutschen Bundespost. Hiermit werde der Grundstein für das universelle Kommunikationsnetz ISDN gelegt, von dem sich SEL wie auch andere Hersteller der Branche künftig kräftige Geschäftsimpulse versprechen.

Für Forschung und Entwicklung wurden im Berichtsjahr mit 509 Mill. DM über 11 Prozent des Umsatzes ausgegeben. Bemerkenswert ist auch die kräftige Aufstockung der Investitionen um über 40 Prozent. In der durch ausgewogene Relationen gekennzeichneten Bilanz ging die Eigenkapitalquote auf 25,9 (28,0) Prozent zurück.

SEL	1984	±%
Gruppenumsatz (Mill. DM)	4 492	+ 4,6
Exportanteil (%)	28,3	(29,3)
Beschäftigte	31 041	+ 1,0
Sachinvestitionen (Mill. DM)	202	+ 40,3
Abschreibungen	136	+ 7,9
Cash flow [1]	288	+ 22,7
Nettogewinn [2]	90	+ 8,8
Jahresüberschuß	51	- 41,4
in % vom Umsatz	1,1	(2,0)

[1] Jahresüberschuß plus Abschreibungen plus Zuführung zu Pensionsrückstellungen; [2] Gewinn je Aktie 11,68 (10,74) DM (nach Angaben der Verwaltung).

KRAUSS-MAFFEI

Neuordnung angemeldet

dpa/VWD, Berlin

Die angestrebte Neuordnung der Besitzverhältnisse bei der Krauss-Maffei AG, München, ist nun offiziell beim Bundeskartellamt in Berlin angemeldet worden. Wie der Sprecher des Amtes, Hubertus Schön, auf Anfrage bestätigte, hat die staatliche Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) den Erwerb von gut 25 Prozent am Krauss-Maffei-Grundkapital (96,4 Prozent bei der Flick-Gruppe) angemeldet. Das Bundeskartellamt wird prüfen, ob Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) einen entscheidenden Einfluß mittels der geplanten indirekten Beteiligung über die RTG-Raketentechnik auf Krauss-Maffei gewinnen kann.

Nach den bisher bekanntgewordenen Plänen soll Flick weiterhin 15 Prozent halten. Die RTG Raketentechnik, eine gemeinsame Tochter von MBB und Diehl, soll knapp 25 Prozent übernehmen, während gut 30 Prozent bei der Bayerischen Vereinsbank und Dresdner Bank placiert werden sollen. Die LfA ist bereits an MBB mit knapp 9 Prozent beteiligt, die beiden Banken halten an MBB 10 Prozent.

CLOUTH-GUMMI / Trotz Flaute Dividende gehalten

Das neue Jahr wird besser

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Überkapazitäten, Kostensteigerungen, ein flauer Heimatmarkt und zusätzlich preisdrückender Anstieg der Importe – eine Flut von Plagen berichtet die Kölner Clouth Gummiwerke AG für 1984 aus der deutschen Kautschukindustrie. Im Unterschied zu der in ihrem Absatz nur leicht geschrumpften Branche fiel die Produktion bei Clouth sogar um ein Zehntel hinter 1983 zurück.

Doch aus konstant gebliebenem Umsatz von 258 Mill. DM mit jahresdurchschnittlich 1409 (1464) Beschäftigten und 24 (22) Prozent Exportanteil schaffte die Firma immerhin noch 2,7 (3,6) Mill. DM Jahresüberschuß. Die beiden paritätischen Eigentümer von 14 Mill. DM Aktienkapital (Continental Gummi-Werke AG und Philips Kommunikations-Industrie AG) erhalten abermals acht DM Dividende, die Rücklagen werden noch um 0,5 (1,4) Mill. auf 4,9 Mill. DM aufgestockt.

Einbußen erlitt Clouth vor allem bei Stahlseilgurten (20 Mill. DM Umsatzminus) und bei Gewebegurten, wo der von „deutlichem" Preisverfall begleitete „starke Verdrängungswettbewerb" um den Hauptkunden Steinkohlenbergbau der Firma nun wohl „strukturelle Veränderungen" aufnötigen werde. Das ist der einzige Schatten auf dem positiven 1985er Ausblick des Vorstands.

Im Gesamtgeschäft, in dem der Bereich Wehrtechnik/Formartikel auch 1984 kräftig weiterwuchs, erwartet er für Umsatz und Absatz einen „leichten Anstieg" nebst Gewinnbesserung. Gestützt wird diese Hoffnung vor allem durch „starke" Belebung des Auftragseingangs in den letzten Monaten von 1984, der damit im vollen Berichtsjahr 280 (234) Mill. DM erreichte und den Auftragsbestand zum Jahresende um 19 Prozent auf 127 Mill. DM steigerte.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Manfred Schindler; KG i. Kurfürstendamm-Reisebüro Ischia-Reisedienst Gertrud Sielewicz; Walter Schmidt Tankanlagen GmbH & Co. Tankschutz KG; Peter Prümm; **Brilon:** Hartmut Janßen, Brilon-Alme; **Darmstadt:** Norge Reinigung und Klimatechnik Vertriebsges. mbH; **Detmold:** Schlingmann GmbH, Blomberg-Reelkirchen; **Esslingen:** AZ Hausverwaltungs- u. Baubetreuungs GmbH; **Flensburg:** Theodor Petersen & Sohn Bedachungsges. mbH, Harrislee; **Frankfurt/M.:** Steiner-Bau-Verwaltungsges. mbH; Max Eisch Werbeges. mbH; **Gelsenkirchen:** Joachim und Thomas Heitger Baustoff- u. Fliesenhandel GmbH & Co. KG; **Hagen:** Nachl. d. Max August Theodor vom Brocke; **Hamburg:** Gunnar Köpcke GmbH; Carl Rettberg GmbH & Co. KG; Internationale Transport GmbH Hans-Heinrich Koch; Carl Körner; **Hamm:** Schiwek Bauunternehmen GmbH; **Nordhorn:** Wilhelm Balz, Kaufm.; **Niebüll:** Sylter Hotel-GmbH, Oyten; Walter Jürgensen GmbH, Klixbüll; Walter Jürgensen GmbH & Co. KG, Klixbüll; **Remscheid:** C. Edm. Kronenberg GmbH & Co., Solingen; Frink & Sohn GmbH, Solingen; **Überlingen/Bodensee:** Otto Beck KG, Werkzeuge u. Maschinenfabrik, Oberuhldingen; **Wuppertal:** Hartmut Granetzki, Velbert 1.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Degussa in Südkorea

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Degussa AG, Frankfurt, will die Produktion von Katalysatoren auf Südkorea ausweiten, nachdem das Unternehmen bereits Fertigungsstätten in Rheinfelden, Calvert City/USA und Burlington/Kanada unterhält. Die Produktion von Abgaskatalysatoren in Fernost soll zusammen mit der südkoreanischen Gesellschaft Oriental Chemical Industry, Seoul, im Frühjahr 1987 anlaufen, teilte Degussa mit. Beide Unternehmen gründen eine gemeinsame Tochtergesellschaft, die Ordeg Co. Ltd. mit Sitz in Seoul. Die geplante Produktionsanlage in Inchon wird eine Kapazität von einer Million Katalysatoren im Jahr haben.

Schöller Wolle ausgelastet

Eitorf (VWD) – Bei der Kammgarnspinnerei Schöller Eitorf AG laufen beide Betriebe dreischichtig. Die Aussichten werden von der Verwaltung positiv eingeschätzt. 1984 setzte Schöller mit der Tochter Württ. Wollgarnfabrik D. Finck GmbH 233 Mill. DM um. Der Gewinn wird mit 2,97 (3,6) Mill. DM genannt. Es soll eine unveränderte Dividende von 8 Prozent verteilt werden. 1,48 Mill. DM sollen in die freie Rücklage gehen. Die Investitionen betrugen im letzten Jahr 6,7 Mill. DM, für 1985 sind 14,5 Mill. DM für Umstrukturierung der Produktion, Automatisierung und in Teilbereichen auch für Expansion vorgesehen.

Höhere Dividende

Köln (VWD) – Die Deutsch-Atlantische Telegraphen-Aktiengesellschaft, Köln, schlägt der Hauptversammlung am 4. Juli eine auf 10 (9) Prozent erhöhte Dividende und einen Bonus von 1 DM auf die Stammaktie von 50 DM vor.

Betrieb eingestellt

Hannover (dpa/VWD) – Die Erdöl-Raffinerie Deurag-Nerag, Hannover, stellt ihre Produktion 1986 endgültig ein. Das Unternehmen, an dem je zur Hälfte die Deutsche Shell AG und die Esso AG beteiligt sind, hatte einen entsprechenden Plan bereits vor einem Jahr angekündigt. Sie wurde mit dem rückläufigen Mineralölverbrauch in der Bundesrepublik und der nicht mehr wirtschaftlichen Produktion von Kraftstoffen begründet. Für die derzeit rund 490 Mitarbeiter ist inzwischen ein Sozialplan erstellt worden, der nach Angaben der Unternehmensleitung ein Volumen von rund 50 Mill. DM hat. Bei der Raffinerie, die eine Jahreskapazität von 2,25 Mill. Tonnen hat, sind 1984 rund 1,4 Mill. Tonnen Rohöl verarbeitet worden.

Moulinex: Nur 20 Prozent

Bonn (DW.) – Die amerikanische Scovill-Gruppe hat sich nur mit 20 Prozent und nicht, wie versehentlich berichtet, mit 90 Prozent an dem französischen Hersteller von kleinelektrischen Haushaltsgeräten Moulinex beteiligt.

Hannover Papier bleibt optimistisch

dos, Alfeld

Obwohl die Jahresrechnung 1985 durch einige außerordentliche Faktoren belastet werden dürfte, bleibt der Vorstand der Hannoversche Papierfabriken Alfeld-Gronau AG, Alfeld, zuversichtlich. Wie es in dem Geschäftsbericht heißt, dürfen die Aktionäre auch 1985 mit einer „angemessenen Dividende" rechnen. Zu den angesprochenen Belastungen gehören vor allem Umbauarbeiten.

Der Hauptversammlung am 13. Juni schlägt die Verwaltung für 1984 die Ausschüttung einer Dividende von 11 (8) Prozent auf 40 Mill. DM Grundkapital vor. Aus dem Bilanzgewinn von 6,3 (3,4) Mill. DM werden insgesamt 1,6 (0,4) Mill. DM in die gesetzliche Rücklage gestellt. Hannover Papier investierte im Berichtsjahr 35,3 (18,2) Mill. DM; die Abschreibungen erreichten 25,3 (19,8) Mill. DM. Innerhalb des Konzerns stieg der Umsatz auf 495 (426) Mill. DM. Der Exportanteil erhöhte sich kräftig auf 39,2 (31,9) Prozent.

IHK NECKAR

Für eine lineare Tarifsenkung

nl. Stuttgart

Die Anstrengungen der baden-württembergischen Landesregierung, etwa im Bereich der Technologiepolitik oder der Exportförderung, könnten die bundesweit gegebenen Nachteile nicht ausgleichen, so positiv auch ihr Grundanliegen zu sehen sei. Diese Meinung vertritt Berthold Leibinger, der neue Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, und verweist darauf, daß die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb der Steuersysteme schlecht abschneide.

Um bessere Voraussetzungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen zu schaffen, fordere die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg deshalb nach ausländischem Vorbild eine lineare Senkung des Einkommensteuertarifs in seinem ganzen Verlauf. Zur Finanzierung dieser Steuerreform und zur Vereinfachung des Steuersystems regt Leibinger eine lineare Senkung aller staatlichen Subventionen an.

Portland-Cement: Absatz geringer

dos. Hannover

Die Hannoversche Portland-Cementfabrik AG hat in den ersten drei Monaten 1985 zwar nur gut die Hälfte der Zement- und Kalkmengen wie in der gleichen Vorjahreszeit verkauft; dies dürfte aber im weiteren Verlauf des Jahres ausgeglichen werden. Wie der Vorstand im Geschäftsbericht schreibt, stützt sich diese Einschätzung auf bereits erteilte Aufträge zur Belieferung einiger Großbaustellen.

1984 hatte das Unternehmen mit 307 200 Tonnen den Absatz von Kalk und Zement auf dem Niveau des Vorjahres halten können. Obwohl der Jahresüberschuß auf 0,9 (1,2) Mill. DM zurückging, wird der Hauptversammlung am 3. Juni wie schon für 1983 neben der Zahlung einer Dividende von 10 Prozent ein Bonus von 2 Prozent vorgeschlagen. Der Cash-flow verringerte sich zwar auf 14 (19) Prozent der Umsatzerlöse, die mit 35,4 (35,8) Mill. DM ausgewiesen werden. Dies aber sei eine noch immer zufriedenstellende Größe. Portland-Cement investierte im Berichtsjahr 1,89 Mill. DM; die Abschreibungen erreichten 2,95 (4,14) Mill. DM.

FREUDENBERG / Erstmals Weltbilanz vorgelegt, aber ohne aussagefähige Gewinn- und Verlustrechnung

Solide Familiengruppe baut Kapazitäten aus

INGE ADHAM, Weinheim

Als kerngesundes Unternehmen präsentiert sich die Unternehmensgruppe Freudenberg, Weinheim, in der jetzt erstmals vorgelegten Weltbilanz 1984. Bisher hatte die Gruppe – entsprechend der Vorschriften des Publizitätsgesetzes – lediglich einen Konzernabschluß Inland veröffentlicht, der aber angesichts der starken Auslandsaktivitäten für die Gruppe wenig aussagefähig blieb. Ganz in die Karten mochten sich die Eigner des Familienunternehmens (sechs persönlich haftende Gesellschafter, davon drei familienfremde und 154 Familienmitglieder als Kommanditisten) bei ihrem Vorgriff auf die neue Bilanzrichtlinie freilich noch nicht sehen lassen. Eine aussagefähige Gewinn- und Verlustrechnung wurde ausgespart.

Die im vergangenen Jahr um 98 Mill. DM auf 747 Mill. DM (oder 36,5 Prozent der Bilanzsumme) gestiegenen Eigenmittel sind jedoch Hinweis auf die Solidität der Familiengruppe. Hinzuzurechnen sind noch 227 (211) Mill. DM Pensionsrückstellungen (mit den steuerlich zulässigen Höchstbeträgen voll dotiert), die nochmals 11 Prozent der Bilanzsumme ausmachen und zusammen mit den Eigenmitteln 110 Prozent des Anlagevermögens decken.

Bei der Vorlage des Geschäftsberichts, in dem 115 Gesellschaften (86 ausländische) konsolidiert sind, erinnerte Reinhart Freudenberg, persönlich haftender Gesellschafter bei der Dachgesellschaft Freudenberg & Co, an die „sehr konservative Bewertung", die schon der Gesellschaftervertrag erzwinge. In dessen Statut wird die Pool-Bildung von Familienstimmen ausgeschlossen, der Anteilsverkauf unmöglich gemacht und klargestellt, daß Familienmitglieder kein Anrecht auf eine Position im Unternehmen haben. Die sechsköpfige Geschäftsleitung (persönlich haftende Gesellschafter) muß sich alle fünf Jahre zur Neuwahl stellen.

Im vergangenen Jahr erlebte das bald 140 Jahre alte Unternehmen einen kräftigen Wachstumsschub, der vor allem vom Ausland getragen wurde. Das Geschäft der Auslandsgesellschaften expandierte um 24 Prozent auf 1080 Mill. DM; die Gruppe weist ein Umsatzplus von knapp 13 Prozent mit 2971 (2631) Mill. DM auf, etwa gut zwei Prozent des Wachstums sind währungsbedingt. Rund zwei Drittel des Gesamtumsatzes entfallen auf Inlandserzeugung. Im Inland werden 13 760 der weltweit 22 450 (21 610) Mitarbeiter beschäftigt.

Hauptumsatzträger ist das Geschäft mit der Auto- und Investitionsgüterindustrie, das 1,4 Mrd. DM zum Konzernumsatz beiträgt. Hinzuzurechnen sind noch 1,3 Mrd. DM Umsatz bei nichtkonsolidierenden Minderheitsgesellschaften (vor allem Nippon Oil Seal Ind.); auf die traditionelle Domäne Vliesstoffe entfallen 840 Mill. DM (plus 500 Mill. DM bei einer japanischen Minderheitsbeteiligung); der Schuhbereich trägt rund 500 Mill. DM bei.

Am wachstumsstärksten zeigte sich im vergangenen Jahr mit einem Plus von 30 (in Dollar 20) Prozent auf 625 Mill. DM der US-Markt, in dem in diesem Jahr mit einer Anlage für die Spinnvliesfertigung kräftig investiert wird. Mit 240 Mill. DM geplanten Investitionen hat Freudenberg auf eine schnellere Gangart umgeschaltet (1984: 147 Mill. DM bei 143 Mill. DM Abschreibungen), rund die Hälfte davon soll im Inland investiert werden, insgesamt dient rund ein Drittel des Aufwands der Kapazitätserweiterung. Auch bei diesem Sprung hat Finanzchef Reinhart Freudenberg sein Ziel im Auge, daß über mehrere Jahre betrachtet Investitionen aus dem Cash-flow bezahlt werden sollen.

LIGNA '85 / Messe der Holzwirtschaft mit Rekorden

Ausland sorgt für Aufträge

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Mehr noch als in früheren Jahren präsentiert sich die vom 15. bis zum 21. Mai in Hannover stattfindende Ligna '85 als Plattform der internationalen Holzwirtschaft. Die alle zwei Jahre veranstaltete Fachmesse für Maschinen und Ausrüstung der Holzwirtschaft versammelt auf dem Messegelände 1045 (1983: 930) Aussteller aus 26 Nationen. Gut die Hälfte der Teilnehmer kommt aus dem Ausland. Darunter allein 216 aus Italien. Die Veranstalter der Ligna erwarten rund 75 000 Fachleute aus dem holzverarbeitenden Handwerk und der internationalen Möbelindustrie.

Die Aussichten dafür, daß die Messe auch geschäftlich ein Erfolg wird, stehen gut. Die Hersteller von Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen verweisen auf Aussagen des Hauptverbandes der Deutschen Holzindustrie, wonach die Möbelindustrie beträchtliche Investitionen vornehmen will. Die Entwicklung der Auftragseingänge im ersten Quartal 1985 zeige in die gleiche Richtung. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit erhöhten sich die Ordern aus dem Ausland um 32 Prozent und die aus dem Inland um drei Prozent; das entspricht insgesamt einem Plus von 23 Prozent.

Im Gegensatz dazu ergab sich im Monat März allein ein Rückgang um sechs Prozent. Dies, so ein Sprecher, dürfe aber nicht als eine Trendumkehr gewertet werden. Vielmehr zeige sich darin der „Ligna-Effekt": Potentielle Investoren warten mit ihrer Entscheidung, um sich auf der Messe über technische Neuerungen zu informieren.

Insgesamt rechnet die Holzbearbeitungsmaschinen-Industrie 1985 mit einem nominalen Produktionszuwachs von knapp zehn Prozent. Die Auslastung der Betriebe liege derzeit bei 85 Prozent, die Beschäftigungsdauer bei 4,3 Monaten. Besondere Bedeutung komme dem Export zu. Sein Anteil erreicht 65 Prozent. Am Welthandel der westlichen Industrieländer sind die deutschen Holzbearbeitungsmaschinen-Hersteller mit 35 Prozent beteiligt.

Nach oben korrigiert hat die Branche inzwischen die Ergebnisse des Jahres 1984. Die Produktion stieg stärker als erwartet um 18,7 Prozent oder 360 Mill. DM auf 2,28 Mrd. DM. Der Export nahm um 12 Prozent und die Inlandslieferungen um 19 Prozent zu. Vor allem die Exporte nach den USA (plus 48,8 Prozent) konnten überaus kräftig erhöht werden.

ROLAND MARKEN-IMPORT / Auf Erfolgskurs

Spirituosen-Verkauf höher

HEINZ HILDEBRANDT, Bremen

Auf einem noch weitgehend von Stagnation gekennzeichneten Spirituosenmarkt in der Bundesrepublik Deutschland konnte die Roland Marken-Import KG, Bremen, ihre für 1984 gesetzten Ziele bei Umsatz und Ertrag wesentlich überschreiten. Das Unternehmen, an dem der Bremer Weinimporteur Reidemeister & Ulrichs mehrheitlich und die International Distillers & Vintners, London, mit 25 Prozent beteiligt sind, steigerte seinen Absatz um zehn Prozent auf 3,3 Mill. Flaschen. Nicht zuletzt als Folge von Preiserhöhungen, die sich trotz scharfem Wettbewerb weitgehend durchsetzen ließen, stieg der Umsatz sogar um 18 Prozent auf 46 Mill. DM.

Roland liegt mit dieser Zuwachsrate noch weit über den positiven Ergebnissen der gesamten Spirituosen-Import-Branche, die 1984 ein Mengenplus von 4,6 Prozent und ein wertmäßiges Umsatzplus von 5,1 Prozent erzielte. Der Anteil von Import-Produkten am deutschen Spirituosen-Konsum liegt inzwischen bei 26 Prozent.

Geschäftsführer Rolf Meyer-Lübcke führt diese Entwicklung nicht zuletzt auf die zunehmende Polarisierung bei der Nachfrage zurück. Einerseits konzentriert sich das Verbraucher-Interesse auf preisgünstige, konventionelle Spirituosen, andererseits sind ausgesprochene Premium-Produkte ausländischer Provenience immer stärker gefragt. Davon profitieren beispielsweise irische Whiskies und schottische Malt-Sorten. Auch der von Roland vertriebene und vom britischen Partner IDV produzierte irische Cream-Likör „Baileys" liegt genau in diesem Trend.

Diese weltweit größte Likörmarke, von der 1984 international 30 Mill. Flaschen abgesetzt wurden, ist auch Rolands stärkste Marke. Ihr Absatz in der Bundesrepublik Deutschland stieg im Vorjahr um 15 Prozent auf 1,6 Mill. Flaschen. Im Sortimentsbereich Bordeaux-Weine konnte Roland dagegen nur konstante Ergebnisse erzielen, der Absatz von Port-Weinen war sogar leicht rückläufig.

In den ersten vier Monaten 1985 lag das Umsatzplus bei 25 Prozent, bedingt vor allem durch Lagerauffüllung im Handel. Beabsichtigt ist, in diesem Jahr die 50-Mill.-DM-Umsatzmarke zu überschreiten. Neue Produkte im Spirituosen-Bereich sowie die Ausweitung des Weingeschäftes sollen dazu beitragen.

ORENSTEIN & KOPPEL / Wieder „an der Spitze"

Wachstum trotz Bauflaute

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die gelungene Rückkehr zu dem Glanz des „technologischen Schrittmachers" aus früheren Jahrzehnten in seinem Produktbereich konstatiert Vorstandssprecher Karl-Heinz Siepe für den Anlagenbauer O & K Orenstein & und Koppel AG, Berlin/Dortmund, mit dem zur Hauptversammlung am 21. Juni präsentierten Abschluß für 1984. Eine Rückkehr zur Dividende (zuletzt acht DM je 100-DM-Aktie für 1979) stellt er den Streubesitzern des seit 1984 mit 75,1 (50) Prozent von 90 Mill. DM Aktienkapital zum Hoesch-Konzern gehörenden Unternehmens allerdings noch nicht in nahe Aussicht. Auch wegen des bis 1987 nutzbaren steuerlichen Verlustvortrages von jetzt noch 90 Mill. DM wird der auf 10,2 (6,5) Mill. DM verbesserte Jahresüberschuß komplett in die nun 20,9 Mill. DM Rücklagen gebracht.

Der Aufstieg aus der Krise ist beachtlich. Immerhin lagen bei O & K allein schon die offen ausgewiesenen Verluste im Dreijahreszeitraum 1980/82 bei 107 Mill. DM. Für 1984 aber besserten sich nach Vorstandsangabe das operative Ergebnis auf 39 (27) Mill. DM und der Gewinn je Aktie auf 43 (30) DM. Drastisch erkennbar wird die Wende ins Positive auch daran, daß der Weltumsatz 1984 mit 1,23 (1,36) Milliarden DM auf dem Niveau von 1980 lag, – die Belegschaftszahl damals aber um ein Drittel auf jetzt noch 6709 (7002) Mitarbeiter abgebaut wurde.

Den Umsatzknick von 1984 erklärt der Vorstand allein damit, daß im Vorjahr sehr hohe Fakturierungen von Anlagenaufträgen anfielen. Rund 66 (57) Prozent seines Weltumsatzes erzielte der O & K-Konzern als internationaler Anbieter in den Sektoren Baumaschinen und Gewinnungstechnik, Tagebau- und Schiffstechnik, Zementanlagen, Rolltreppen sowie Aufbereitungstechnik auf Auslandsmärkten. Diese brachten bei einem für die gesamte O & K-Produktpalette im Berichtsjahr konstant gebliebenen Auftragseingang von 938 Mill. DM auch den Ausgleich für den parallel zum Zusammenbruch der deutschen Baukonjunktur flauen Inlandsmarkt.

Obwohl O & K gut 60 Prozent seines Gesamtumsatzes mit Baumaschinen sowie Großmaschinen für Steinbrüche, Minen und große Erdbewegungsprojekte erzielt, zeigt der Vorstand keinen Kummer mit der Konjunktur. Zum Optimismus paßt, daß nun erstmals auch die Belegschaftszahl wieder leicht aufgestockt wird.

SCHIEDER MÖBEL / Mit Geschäft nicht zufrieden

Wachstum nur durch Export

H. HILDEBRANDT, Schieder

Die Schieder-Möbel-Holding GmbH, Schieder, die mit einem Umsatzvolumen von mehr als 700 Mill. DM eine Spitzenposition auf dem europäischen Markt einnimmt, ist mit der wirtschaftlichen Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht voll zufrieden. Das Planziel, das eine Umsatzsteigerung von sechs Prozent vorsah, ließ sich nicht erreichen, da der Markt vor allem im Inland noch erhebliche Schwächetendenzen zeigt.

Wachsende Exporterlöse sorgten jedoch dafür, daß die Unternehmensgruppe besser abschneiden konnte als die Branche. Dabei wird nach wie vor vom günstigen Dollarkurs profitiert, der nicht nur die Exporte nach Nordamerika, sondern auch in den arabischen Raum stimuliert.

Auf der jetzt veranstalteten Frühjahrs-Messe, die stark auf junge Käufer ausgerichtet war, dominierten wiederum Möbelkombinationen in hellen Farben. Die Schieder-Messe war dabei nur eine der derzeit in Ostwestfalen veranstalteten Hausmessen. Sie werden inzwischen unter dem Begriff „Möbel-Order-Messe-Westfalica" zusammengefaßt und ziehen als eine der bedeutendsten Veranstaltungen dieser Art Fachbesucher aus dem In- und Ausland an, solche aus Übersee eingeschlossen.

Für das angelaufene Geschäftsjahr erwartet die Schiedergruppe Wachstumsraten bis zu fünf Prozent. Vorgesehene Investitionen haben vor allem eine höhere Flexibilität in der Fertigung zum Ziel, in Anbetracht der zum Herbst wirksam werdenden Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden pro Woche nicht überraschend. Neue Arbeitsplätze sind dadurch kaum zu erwarten, denn wesentliche Erweiterungsinvestitionen sind nicht geplant.

Dr. Joachim Klaus Zeidler

Nur wenige Wochen nach seinem 53. Geburtstag haben wir unseren Geschäftsführer und Kollegen am 9. Mai 1985 völlig unerwartet nach kurzer, schwerer Krankheit verloren.

Seine starke Persönlichkeit hat den Aufbau und Erfolg unserer Gesellschaft entscheidend gestaltet. Wir hatten in ihm einen guten Freund, mit dem wir in langjähriger Zusammenarbeit eng verbunden waren.

Das gemeinsam Geschaffene werden wir in seinem Geiste fortführen. Seinen Ideenreichtum, seinen Humor, sein Verständnis und seine menschliche Wärme werden wir sehr vermissen.

Gesellschafter, Beirat,
Geschäftsführung und Mitarbeiter

Deutsche Beteiligungsgesellschaft mbH

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 15. Mai 1985, um 10.30 Uhr auf dem Königsteiner Friedhof, Limburger Straße, statt.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Humanmedizin

4. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Freiburg
3 Aachen	Heidelberg
4 Aachen	Hamburg
5 Aachen	Lübeck
6 Aachen	Münster
7 Aachen	Uni München
8 Aachen	Tübingen
9 Aachen	Ulm
10 Aachen	Würzburg
11 Bonn	Frankfurt
12 Bonn	Freiburg
13 Bonn	Hamburg
14 Bonn	Lübeck
15 Bonn	Tübingen
16 Bochum	Freiburg
17 Bochum	Heidelberg
18 Bochum	Tübingen
19 FU Berlin	Aachen
20 FU Berlin	Düsseldorf
21 FU Berlin	Erlangen
22 FU Berlin	Frankfurt
23 FU Berlin	Freiburg
24 FU Berlin	Göttingen
25 FU Berlin	Hannover
26 FU Berlin	Heidelberg
27 FU Berlin	Hamburg
28 FU Berlin	Köln
29 FU Berlin	Münster
30 FU Berlin	TU München
31 FU Berlin	Uni München
32 FU Berlin	Tübingen
33 FU Berlin	Ulm
34 FU Berlin	Würzburg
35 Düsseldorf	Aachen
36 Düsseldorf	Gießen
37 Düsseldorf	Lübeck
38 Düsseldorf	Marburg
39 Düsseldorf	Münster
40 Düsseldorf	TU München
41 Düsseld.	Uni München
42 Düsseldorf	Mainz
43 Düsseldorf	Tübingen
44 Essen	Bonn
45 Essen	Erlangen
46 Essen	Freiburg
47 Essen	Heidelberg
48 Essen	Mannheim
49 Essen	Marburg
50 Essen	Münster
51 Essen	Mainz
52 Essen	Tübingen
53 Essen	Ulm
54 Erlangen	Aachen
55 Erlangen	Bonn
56 Erlangen	Freiburg
57 Erlangen	Köln
58 Erlangen	Uni München
59 Erlangen	Tübingen
60 Frankfurt	Uni Kiel
61 Freiburg	Uni München
62 Gießen	Aachen
63 Gießen	Bonn
64 Gießen	FU Berlin
65 Gießen	Düsseldorf
66 Gießen	Erlangen
67 Gießen	Freiburg
68 Gießen	Göttingen
69 Gießen	Hannover
70 Gießen	Hamburg
71 Gießen	Lübeck
72 Gießen	Köln
73 Gießen	Uni Kiel
74 Gießen	Münster
75 Gießen	Mainz
76 Göttingen	Bonn
77 Göttingen	Erlangen
78 Göttingen	Freiburg
79 Göttingen	Hannover
80 Göttingen	Heidelberg
81 Göttingen	Hamburg
82 Göttingen	Mannheim
83 Göttingen	Uni München
84 Göttingen	Mainz
85 Göttingen	Tübingen
86 Göttingen	Würzburg
87 Hannover	Bonn
88 Hannover	Frankfurt
89 Hannover	Göttingen
90 Hannover	Hamburg
91 Heidelberg	Bonn
92 Heidelberg	Düsseldorf
93 Heidelberg	Köln
94 Heidelb.	TU München
95 Heidelb.	Uni München
96 Hamburg	Bonn
97 Hamburg	Erlangen
98 Hamburg	Freiburg
99 Hamburg	Heidelberg
100 Hamburg	TU München
101 Hamburg	Uni München
102 Hamburg	Mainz
103 Hamburg	Saarbrücken
104 Hamburg	Tübingen
105 Lübeck	Aachen
106 Lübeck	Freiburg
107 Lübeck	Göttingen
108 Lübeck	TU München
109 Lübeck	Uni München
110 Lübeck	Tübingen
111 Lübeck	Würzburg
112 Köln	Freiburg
113 Köln	Heidelberg
114 Köln	Hamburg
115 Köln	Lübeck
116 Köln	Uni Kiel
117 Köln	Mannheim
118 Köln	Uni München
119 Köln	Saarbrücken
120 Köln	Würzburg
121 Uni Kiel	FU Berlin
122 Uni Kiel	Freiburg
123 Uni Kiel	Heidelberg
124 Uni Kiel	Hamburg
125 Uni Kiel	Lübeck
126 Uni Kiel	Münster
127 Uni Kiel	Uni München
128 Uni Kiel	Tübingen
129 Marburg	FU Berlin
130 Marburg	Frankfurt
131 Marburg	Freiburg
132 Marburg	Göttingen
133 Marburg	Hannover
134 Marburg	Heidelberg
135 Marburg	Hamburg
136 Marburg	Köln
137 Marburg	Uni München
138 Marburg	Tübingen
139 Marburg	Würzburg
140 Münster	Erlangen
141 Münster	Freiburg
142 Münster	Göttingen
143 Münster	Heidelberg
144 Münster	Lübeck
145 Münster	TU München
146 Münster	Uni München
147 Münster	Tübingen
148 Münster	Ulm
149 Münster	Würzburg
150 Uni München	Freiburg
151 Mainz	FU Berlin
152 Mainz	Freiburg
153 Mainz	Göttingen
154 Mainz	Heidelberg
155 Mainz	Lübeck
156 Mainz	Uni Kiel
157 Mainz	TU München
158 Mainz	Uni München
159 Saarbrücken	Aachen
160 Saarbrücken	Bonn
161 Saarbrücken	FU Berlin
162 Saarbrücken	Düsseldorf
163 Saarbrücken	Frankfurt
164 Saarbrücken	Freiburg
165 Saarbrücken	Göttingen
166 Saarbrücken	Heidelberg
167 Saarbrücken	Hamburg
168 Saarbrücken	Köln
169 Saarbrücken	Uni Kiel
170 Saarbrücken	Mannheim
171 Saarbrücken	Marburg
172 Saarbrücken	Münster
173 Saarbr.	Uni München
174 Saarbrücken	Mainz
175 Saarbrücken	Tübingen
176 Saarbrücken	Ulm
177 Saarbrücken	Würzburg
178 Tübingen	Hamburg
179 Ulm	Aachen
180 Ulm	Bonn
181 Ulm	Essen
182 Ulm	Frankfurt
182 Ulm	Freiburg
184 Ulm	Göttingen
185 Ulm	Marburg
186 Ulm	Münster
187 Ulm	TU München
188 Ulm	Uni München
189 Ulm	Mainz
190 Ulm	Tübingen
191 Ulm	Würzburg
192 Würzburg	Hannover
193 Würzburg	Hamburg
194 Würzburg	Uni München

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985

Festverzinsliche freundlich

Die festverzinslichen Wertpapiere profitierten an der Montagbörse wie die Aktien von der Hoffnung auf sinkende Zinsen, nachdem der Dollarkurs sich gegenüber Freitag abgeschwächt hatte. Obgleich der Dollar um die Mittagszeit etwas angezogen hatte, tendierten öffentliche Anleihen bis um etwa 0,4 Prozentpunkte freundlicher. Daran wird deutlich, mit welcher Kraft der Rentenmarkt das riesige Anleihevolumen, das im Mai auf den Markt kommt, verkraftet. Auch DM-Auslandsanleihen freundlicher. Bundesobligationen gewannen rund 0,2 Punkte.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschr.

[illegible]

M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B 7 dgl. Pf 31	100,5	100,25G
B 6 dgl. Pf 54	98,25	98,25
B 6½ dgl. Pf 37	99,5	99,5G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	95,25G	94,75G
Hn 7½ dgl. Pf 87	100,5G	100G
Hn 6 dgl. KS 29	84,25G	86G
Hn 7 dgl. KS 30	100,85G	100,5G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

D 6 dgl. Pf 28	97G	97G
D 6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
D 5½ dgl. KO J+E	126G	126G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 Rhhyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	75,25G	75,25G
S 7 dgl. Pf 125	100,25G	100,25G
S 7 dgl. Pf 128	96G	96G
S 8 dgl. Pf 177	101,4G	101,4G
S 6 dgl. KS 77	84,5G	84,5G
Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Industrieanleihen

F 7½ Karstadt 71	100,4G	100,4G
F 7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25G
F 7¾ dgl. 71	100,5G	100,5G
F 7½ dgl. 74	100,25G	100,25G
F 7½ Klöckner W. 71	100,25bG	100,25G
F 8 dgl. 72	100,5G	100,5
F 6 NWK 61	99,4G	99,4G
F 6 dgl. 62	98,6T	98,6T
F 6 Ob.Don.Kraftw. 64	97,9T	97,5T
F 6 Rh.Braunk. 63	97,4G	97,4G
F 6 dgl. 65	97,1T	97,1T
F 6 RWE 63	97,5T	99,25T
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Aktiengeschäft lebhaft und fester

Nordrhein-Westfalen-Wahl und Dollar brachten Anregungen

Bei großen Umsätzen zogen die meisten Aktienkurse kontinuierlich an. Das Interesse für Aktien kamen von zwei Seiten. Einmal sieht die Börse es als positiv an, daß die FDP den Sprung in den nordrhein-westfälischen Landtag geschafft hat und daß die Grünen im Landtag nicht vertreten sein werden. Zum anderen wurde auch die Dollarabschwächung gegenüber Freitag positiv bewertet. Führten bislang steigende Dollarkurse zu Käufen, so wird jetzt angenommen, daß sinkende Dollarkurse Zinssenkungen ermöglichen könnten.

Vom Zinsaspekt profitierten vor allem die Bankaktien. Auch regionale Banken wurden höherbewertet. Von den Bankwerten mitgezogen, wurden die besonders renditestarken Farbennachfolger. Dagegen lagen Warenhäuser eher leichter, obgleich auch die Konsumneigung bei sinkenden Zinsen eher größer werden sollte. Nur kleine Änderungen – im Verlauf nach beiden Seiten – gab es bei Elektro- und Technologiepapieren. Auch der Automarkt blieb im Schatten. Maschinenbauer tendierten uneinheitlich. Von den im übrigen freundlichen Versorgungspapieren waren NWK ausgesetzt, nachdem erste Informationen über ein Abfindungsangebot bei Veba durchgesickert waren.

Frankfurt: Cassella und Hutschenreuther erhöhten je um 10 DM. Audi verminderten um 15 DM und Porsche gaben um 10 DM nach. Deutsche Bank stockten um 7 DM auf. Peugeot verbesserten sich um 0,90 DM.

Düsseldorf: Concordia Chemie erhöhten um 5 DM, Gildemeister um 2,90 DM und Kochs Adler um 5 DM. Nachgegeben haben Mauser um 4,50 DM und Schiess um 2 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leben 80 DM und Colonia 10 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi gingen zu 126 DM um. Je 2 DM schwächer lagen Triton und Hapag Lloyd. HEW wurden mit 95 DM bezahlt. Die Notiz für NWK-Aktien wurde ausgesetzt. Gut behauptet gingen Haller Meurer zu 160,50 DM und Bremer Vulkan zu 76 DM aus dem Markt.

Berlin: Berliner Kindl lagen um 3,50 DM und Lehmann um 3 DM fester. Schering erholten sich um 2 DM und DeTeWe um 1 DM. Spinne Zehlendorf schwächten sich um 30 DM ab. Berthold gaben um 3,50 DM, Berliner Elektro und Dt. Hypobank Berlin um je 1 DM nach.

München: Aigner und Audi AG verminderten um 1 DM und Energie Ostbayern um 3 DM. Nachgeben mußten Flachglas um 5 DM und Spinnerei Kolbermoor um 20 DM. Bay. Lloyd stockten um 11 DM und Heilit um 5 DM auf. Neue Baumwolle Hof verbesserten sich um 9 DM.

Stuttgart: DLW stockten um 5 DM auf. Mercedes machten 3 DM gut. Zeag Zement setzten ihre Aufwärtsbewegung um 4 DM fort. Aesculap waren um 8 DM nachgebend. Württembergische Cattun verbilligten sich um 10 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 181,6 (180,5)
WELT-Umsatzindex: 3710 (3840)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		13.5.	10.5.
H	Aach M Berl.9+2,50	1190	1177
H	Aach. M. Vers. 7	420G	–
D	Aach. Rück. 9	1255	1250bG
D	Asseg *4	465T	460T
M	Ack-Gögg. 4	119,8	120bG
H	Adca 0	132,5	131
D	Adler 9	300G	300G
F	Adt 0	13	14,9
F	AEG-Telef. 0	117,5	117,7
D	AEG-Kabel 8	285G	285G
S	Aesculap 8	411	419

		13.5.	10.5.
H	Br.H.Hypo 10	322G	326G
Hn	Brsch.Jute *0	100G	100G
H	Breitenb.-C. *28	600G	600G
H	Br. Straßb. *0	450G	460bG
H	Br. Vulkan 0	75,5	75,1
H	Br. Wollk. 6	159,5	159,5
F	BBC 6	211	211,3
S	BSU Textil % 20	1300G	1300G
D	Buckau-W. 4,1	131G	132bG
D	Buderus *12	380G	385T
M	Bgl.Br.Ing. *12+2	775G	775G
S	Bgl.Brh.Kav. *0	360G	360bG
S	Calw D. **30+18	790G	799

		13.5.	10.5.
M	En. Obertr. 4,5	270G	270G
M	En. Ostb. 5+1	222bG	225bG
H	Elbroit 0	43	43
B	Engelhardt 7	210G	210G
D	Enka 6,67	342	344,8
M	Erlus 12,5	326bG	325,5bG
M	Erste Kulmb. 9	1300bG	1300bG
S	esbl *0	102,bB	103
S	Essl. Masch. *6	286G	285G
M	Esterer **16	550TG	560TG
D	Farb. Liqu. RM 0	6,85	6,75
F	Flachglas 8	224,8	224,8
D	Ford *19,36	865T	865T
B	Forst. Ebn. *4 %	3000G	3000G

		13.5.	10.5.
S	Hohner *6	240G	244,5
H	Holsten-Br. 6	241bG	241,1
F	Holzmann 10+1	430	431
D	Horten 6	168	168,1
B	Hw. Kayser *12	255G	255G
D	Hussel 8	291,8	291,1
D	Hutschenr. 9	344	342
H	Hypo Hbg. 12,5	436G	436G
D	IKB 7,5	207bG	207
S	IWKA 0	311	315
M	Isar-Amper 7,5	350	350bG
D	Isenbeck 4,75	150G	157G

Ausland

London

	13.5.	10.5.
Bowater	288	281
B.A.T. Industries	315	316
Br. Leyland	37	36
British Petroleum	541	540
Burmah Oil	299	258
Cadbury Schweppes	163	162
Charter Cons.	206	206
Cons. Gold. Fields	557	542
Cons. Murchison	460	460
Courtaulds	145	144
De Beers $	5,39	5,33
Distillers	294	291
Driefontein $	27,12	25,87
Dunlop	48,5	48,5

Mailand

	13.5.	10.5.
La Rinascente	707	693
Magneti Marelli	2020	1970
Mediobanca	87200	84950
Mondadori A.	2120	2100
Montedison	1633	1610
Olivetti St.	6300	6285
dgl. Vz.	5700	5365
Pirelli SpA	2350	2360
RAS	66400	65300
SAI Risp.	13700	13220
SIP	2010	1995
Snia Viscosa	2885	2856
STET	2640	2617
Index	289,02	285,63

Wien

	13.5.	10.5.
Creditanst.-Bkv.Vz.	337	337
Gösser-Brauerei	530	555
Länderbank Vz.	325	325
Österr. Brau AG	565	571
Perlmooser	555	556
Reininghaus	825	825
Schwechater Br.	280	289
Semperit	166	165
Steyr-Daimler-P.	210	210
UniversaleHochTief	275	272
Veitscher Magnesit	498	512
Index	94,70	95,38

Tokio

	13.5.	10.5.
Toray	453	457
Toyota Motor	1290	1290
Index	981,56	979,49

Kopenhagen

	13.5.	10.5.
Den Danske Bank	299	300
Jyske Bank	610	615
Kopenh. Handelsbk.	265	267
Novo Industri	307	507
Privatbanken	263	266
Ostasiat. Komp.	716	719
Dan. Sukkerfabr.	515	525
For. Bryggerier St.	970	975
Kgl. Porz. Fabr.	228	225

Brüssel

	13.5.	10.5.
Arbed	1735	1715
Brux. Lambert	1910	1915
Cockerill Ougrée	225	230
Ebes	2790	2800
Gevaert	3695	3760
Kredietbank	8250	8200
Pétrofina	6870	6850
Soc. Gén. d. Belg.	1840	1855
Sofina	6900	6900
Solvay	4290	4290
UCB	4905	4895
Index	2225,97	2220,46

Singapur

	13.5.	10.5.
Cycle + Car.	3,84	3,86
Cold Storage	2,48	2,45
Dev. Bk. of Sing.	6,2	6,1
Fraser + Neave	5	5
Kl. Kepong	2,61	2,6
Mal. Banking	6,2	6,15
Nat. Iron	2,89	2,88
OCBC	9	8,95
Sime Darby	2	1,99
Singapur Land	2,74	2,74
Un. Overs. Bank	4,32	4,37

Sydney

	13.5.	10.5.
CRA	6,6	6,44
CSR (Thelss)	2,94	2,87
Metals Expl.	0,65	0,65
MIM-Holdings	3,42	3,38
Myer Emporium	1,86	1,84
North Broken Hill	2,75	2,7
Oakbridge	1	0,98
Peko Wallsend	4,48	4,45
Poseidon	4,4	4,28
Thomas Nat. Tr.	1,92	1,9
Waltons Bond	0,39	0,39
Westpacific Banking	4,1	3,98
Western Mining	4,38	4,3
Woodside Petr.	1,6	1,6
Index	892,70	884,70

Optionshandel

... Dresdner Bk. 1-200/2,1, Harpener 10-320/3,2, Hoechst 7-210/1,1, 10-210/2,5, 1-210/3,4, Hoesch 7-110/3, 10-100/2, 1-110/5,5, Karstadt 10-210/1,8, 1-230/3,6, Kaufhof 10-220/5,2, 1-220/7,4, Klöckner 7-75/3,7, 10-75/5,4, Lufthansa Vz. 10-180/2,5, RWE St. 1-160/5,5, Schering 7-440/40, 1-440/10,6, Kali + Salz 7-380/3, Siemens 7-520/2, 7-540/8,8, 10-520/3,95, 10-530/6,9, 1-490/2,1, Thyssen 7-100/1, 10-100/2,5, 1-100/3, Veba 7-180/1,05, VW 10-210/2, Wella 10-680/68, Chrysler 10-110/5,1, 1-110/7,1, Philips 10-50/3,9, Sperry 1-160/9.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 5. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8 – 8¼	5⅜–5⅝	4½–4¾
3 Monate	8⅛– 8⅜	5½–5¾	4⅞–5⅛
6 Monate	8½– 8¾	5⅝–5⅞	5 –5¼
12 Monate	9⅛– 9⅜	5⅞–6⅛	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1436,00	1818,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1250,00	1514,95
5 US-Dollar (Liberty)	625,00	668,75
1 £ Sovereign alt	224,75	279,02
1 £ Sovereign Elizabeth II.	224,00	278,16
20 belgische Franken	174,00	226,86
10 Rubel Tscherwonez	235,75	296,12
2 südafrikanische Rand	220,50	273,03
Krüger Rand, neu	985,75	1175,08
Maple Leaf	996,75	1166,20
Platin Noble Man	874,50	1036,83

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	232,75	293,84
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,00	231,42
20 franz. Franken „Napoléon"	177,25	230,57
100 österr. Kronen (Neuprägung)	918,25	1110,65
20 österr. Kronen (Neuprägung)	182,50	230,85
10 österr. Kronen (Neuprägung)	95,00	125,40
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	427,25	521,27
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,50	197,37

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

13. 5. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0800	3,0880	3,1074	3,04	3,14
London¹)	3,856	3,870	3,781	3,78	3,93
Dublin¹)	3,126	3,140	3,083	3,06	3,20
Montreal³)	2,2425	2,2505	2,2280	2,20	2,30
Amsterd.	88,455	88,675	88,240	87,75	89,50
Zürich	118,600	118,800	118,650	117,75	120,50
Brüssel	4,958	4,978	4,922	4,85	5,05
Paris	32,700	32,900	32,480	32,00	33,75
Kopenh.	27,760	27,880	27,565	27,00	28,75
Oslo	34,600	34,720	34,040	33,75	34,50
Stockh.**)	34,520	34,880	33,750	33,75	35,50
Mailand²) **)	1,5680	1,780	1,5400	1,52	1,62
Wien	14,207	14,247	14,186	14,13	14,35
Madrid**)	1,770	1,780	1,759	1,73	1,85
Lissabon**)	1,760	1,780	1,662	1,43	2,25
Tokio	1,2265	1,2285	–	1,19	1,26
Helsinki	47,930	48,130	47,105	47,00	48,00
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,223	2,277	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,141	2,16	–	2,10	2,20
Johannesbg.*)	1,5635	1,3625	–	1,35	1,60

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Mit Befriedigung wurden an den Märkten die Bemühungen des Senats registriert, einen Budget-Kompromiß zu finden, so daß der US-Dollar aufgrund günstigerer Zinsperspektiven am 13. 5. in New York bei 3,0900 schloß. An den europäischen Märkten wurde nach schwächerem Beginn eine Steigerung von 3 Pfennigen auf 3,1100 erreicht, ehe der Kurs wieder nach unten driftete. Nach einer amtlichen Notiz von 3,0840 wurde gegen Geschäftsschluß 3,0930 bezahlt. In Schweden wurde eine Diskontanhebung von 2 Prozent vorgenommen. Der Kurs der Schwedenkrone kletterte um 14 Pfennige auf 34,60. Der japanische Yen gab weiter nach, auf nun 1,2280. US-Dollar in: Amsterdam 3,4875; Brüssel 62,1225; Paris 9,4040; Mailand 1969,00; Wien 21,7360; Zürich 2,5981; Ir. Pfund/DM 3,133; Pfund/Dollar 1,2526; Pfund/DM 3,863.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 13. Mai: In D-Mark 2,23846 (Parität 2,24184); in Dollar 0,726182 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 13. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,25; Verkauf 22,25 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports am 13. Mai bei etwas niedrigeren Dollar-Zinssätzen geschrumpft.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,79/0,69	2,14/2,04	4,35/4,15
Pfund/Dollar	0,52/0,50	1,31/1,27	2,28/2,21
Pfund/DM	3,1/1,7	7,2/5,8	12,8/11,4
FF/DM	21/5	46/30	81/65

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 5.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 5.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 13. 5.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00)–6,50 (7,00)–7,07 (7,50)–7,25 (8,00)–7,50 (8,25)–8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00)–5,73 (5,97)–6,13 (6,45)–6,38 (6,80)–6,56 (7,05) – 6,84 (7,26). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,88, 2 Jahre 6,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,60, Rendite 7,10.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. In engen Grenzen uneinheitlich ging Kupfer aus dem Markt. Höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	10. 5.	9. 5.
Mai	345,50	340,00
Juli	323,75	324,00
Sept.	325,50	323,00
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	10. 5.	9. 5.
St. Lawrence 1 CW	250,14	248,44
Amber Durum	241,59	241,59
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	128,60	128,60
Juli	131,90	131,60
Okt.	137,90	137,80
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	128,50	128,80
Juli	124,30	124,90
Okt.	118,80	119,20
Hafer Chicago (c/bush)	10. 5.	9. 5.
Mai	163,50	163,25
Juli	159,75	159,50
Sept.	158,50	158,25
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	282,00	279,75
Juli	279,00	278,00
Sept.	269,25	269,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	10. 5.	9. 5.
Mai	143,50	144,50
Juli	135,30	135,50
Okt.	122,80	123,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	10. 5.	9. 5.
Terminkontr. Mai	144,90	143,80
Juli	144,60	143,30
Sept.	145,25	143,80
Kakao New York ($/t)	10. 5.	9. 5.
Terminkontr. Mai	2460	2360
Juli	2136	2112
Sept.	2090	2080
Umsatz	2359	3864
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	3,07	3,04
Sept.	3,20	3,20
Okt.	3,32	3,30
Jan.	3,60	3,66
März	4,13	4,09
Umsatz	6 700	7 560
Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	10. 5.	9. 5.
	2,66	2,77
Kaffee London (£/t) Robusta-	10. 5.	9. 5.
Kontrakt Mai	2104–2104	2145–2148
Juli	2165–2166	2205–2207
Sept.	2203–2207	2242–2243
Umsatz	1348	2525
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1828–1833	1797–1799
Juli	1869–1870	1836–1831
Sept.	1845–1846	1821–1822
Umsatz	3803	3000
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	95,60–95,80	94,60–95,00
Okt.	99,60–99,80	98,60–98,80
Dez.	104,80–105,00	104,00–104,80
Umsatz	1089	1416
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	10. 5.	9. 5.
schw. Sarawak spez.	690,00	690,00
weißer Sarawak	875,00	865,00
weißer Muntok	875,00	875,00
Orangensaft New York (c/lb)	10. 5.	9. 5.
Mai	155,30	155,20
Juli	152,60	152,70
Sept.	150,25	150,25
Nov.	148,85	148,65
Jan.	148,75	148,40
Umsatz	300	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	10. 5.	9. 5.
Südstaaten fob Werk	47,00	48,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	33,00	33,25
Sojaöl Chicago (c/lb) Mai	31,90	31,75
Juli	30,50	30,30
Aug.	29,55	29,35
Sept.	28,75	28,60
Okt.	27,90	27,70
Dez.	27,15	26,95
Jan.	26,75	26,65
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	32,00	32,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	21,00	21,00
Choise white hog 4% fr. F.	18,75	18,75
Talg New York (c/lb)		
top white	19,50	19,50
fancy	18,75	19,00
bleichfähig	17,50	17,75
yellow max. 10% fr. F.	16,00	16,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	46,65	45,90
Juli	46,90	46,35
Aug.	46,75	46,35
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	62,30	61,90
Juli	63,70	63,15
Aug.	63,00	62,40
Häute Chicago (c/lb)	10. 5.	9. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	42,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	590,00	582,00
Juli	589,50	585,50
Aug.	591,00	587,25
Sept.	591,00	588,00
Nov.	598,75	596,00
Jan.	609,25	606,00
März	620,00	607,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	124,20	123,50
Juli	128,70	128,20
Aug.	131,80	131,20
Sept.	134,80	134,00
Okt.	137,30	136,80
Dez.	142,80	142,00
Jan.	145,00	144,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	10. 5.	9. 5.
Mai	372,20	368,80
Juli	374,70	374,40
Okt.	376,30	378,30
Kokosöl New York (c/lb)	10. 5.	9. 5.
Westküste fob Werk	–	–
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	13. 5.	10. 5.
jegl. Herk. cif	1035,00	1040,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	735,00	720,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	640,00	650,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	233,00	232,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippines cif	750,00	740,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	307,00	307,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	10. 5.	9. 5.
Juli	65,72	65,65
Okt.	64,41	64,51
Dez.	64,45	64,55
März	65,67	65,70
Mai	66,22	66,30
Juli	66,48	66,60
Kautschuk New York (c/lb; Händlerpreis) loco RSS–1:	41,00	41,25
Wolle Lond. (Neusel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	10. 5.	9. 5.
Mai	512,00–515,00	500,00–516,00
Aug.	536,00–537,00	535,00–537,00
Okt.	536,00–537,00	536,00–537,00
Umsatz	15	12
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	9. 5.	8. 5.
Mai	55,00	geschl.
Juli	55,40	55,40
Okt.	55,50	55,50
Dez.	55,50	55,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	10. 5.	9. 5.
Mai	620,00–640,00	600,0–639,0
Juli	637,0–638,0	632,0–634,5
Okt.	620,0–621,0	621,0–626,0
Umsatz	55	29
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	10. 5.	9. 5.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	10. 5.	9. 5.
Mai	12 070	12 073
Juni	12 113	12 111
Kautschuk London (p/kg)	10. 5.	9. 5.
Nr. 1 RSS loco	66,00–69,00	66,00–69,00
Juni	69,00–71,50	69,00–71,50
Juli	70,00–72,50	70,00–72,50
Aug.	71,00–73,50	71,00–73,50
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	10. 5.	9. 5.
Juni	191,75–192,50	190,50–191,00
Juli	193,75–194,50	192,75–193,50
Nr. 2 RSS Juni	191,50–192,50	190,50–191,50
Nr. 3 RSS Juni	189,00–190,00	188,00–189,00
Nr. 4 RSS Juni	183,50–184,50	182,50–183,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	10. 5.	9. 5.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 75 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	13. 5.	10. 5.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	344,43–344,82	350,01–350,40
drittfolg. Monat	352,36–352,75	357,34–357,73
Blei: Basis London		
laufend. Monat	116,49–116,87	116,54–116,93
drittfolg. Monat	118,04–118,23	117,70–118,08
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1714,41–1716,35	1732,69–1736,56
drittfolg. Monat	1710,54–1712,48	1724,97–1729,83
Zink: Basis London		
laufend. Monat	254,55–255,03	265,31–265,50
drittfolg. Monat	255,03–255,23	263,96–264,34
Produz.-Preis	296,45	300,73
Reinzinn 99,9%	4034–4074	4014–4053

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 5.	10. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	483,36–486,65	499,74–503,02
Blei in Kabeln	124,25–125,25	124,25–125,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupfererzeuger.

Messingnotierungen

	13. 5.	10. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	436–447	453–457
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	483–485	492–495
MS 63	488–494	499–506

Zinn-Preis Penang

	10. 5.	9. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,70	29,56

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 5.	10. 5.
Leg. 225	378–395	378–395
Leg. 226	380–397	380–397
Leg. 231	410–430	410–430
Leg. 233	420–440	420–440

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	13. 5.	10. 5.
Platin (DM je g)	30,009	29,808
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 020	32 020
Rücknahmepr.	31 270	31 270
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 290	32 180
Rücknahmepr.	31 480	31 370
verarbeitet	33 8808	33 7608
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 635	31 610
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	646,70	649,50
Rücknahmepr.	627,70	630,50
verarbeitet	675,108	678,108

Internationale Edelmetalle

	13. 5.	10. 5.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	316,75	313,55
15.00	321,00	314,50
Zürich mittags	317,25–317,75	313,60–314,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 700	96 050
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	506,75	510,30
3 Monate	521,90	525,35
6 Monate	537,50	540,85
12 Monate	566,50	570,35
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	10. 5. 221,10	9. 5. 220,85
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	91,20	91,10

New Yorker Preise	10. 5.	9. 5.
Gold H & H Ankauf	314,50	[illegible]
Silber H & H Ankauf	632,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	266,00–277,00	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	110,00–115,75	[illegible]
Produz.-Preis	152,00	[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
Mai	634,90	[illegible]
Juni	637,60	[illegible]
Juli	641,00	[illegible]
Sept.	650,00	[illegible]
Dez.	663,00	[illegible]
Jan.	666,70	[illegible]
März	669,40	[illegible]
Umsatz	5 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	10. 5.	9. 5.
Mai	64,70	[illegible]
Juni	65,05	[illegible]
Juli	65,40	[illegible]
Sept.	66,15	[illegible]
Dez.	66,45	[illegible]
Jan.	66,70	[illegible]
März	67,05	[illegible]
Umsatz	11 100	[illegible]

Londoner Metallbörse

	13. 5.	10. 5.
Aluminium (£/t)		
Kasse	890,00–891,00	[illegible]
3 Monate	910,50–911,50	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	301,00–302,00	300,00–301,00
3 Monate	305,00–305,50	[illegible]
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
abends Kasse	–	[illegible]
3 Monate	–	[illegible]
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1197,0–1202,0	[illegible]
3 Monate	1193,0–1196,0	[illegible]
Zink (£/t) Kasse	658,00–659,00	[illegible]
3 Monate	659,00–655,50	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	9458–9460	[illegible]
3 Monate	9443–9445	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	[illegible]

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 40

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

ENTWICKLUNG / Stahl bleibt der ideale Werkstoff

Neue Bautechnik senkt Kosten und Lärmpegel

Wer von Brücken aus Stahl spricht, denkt meist an die großen Stromüberquerungen, an die Überbrückung weiter Täler oder Meeresarme oder an die vielen Fachwerkkonstruktionen, die mit ihren typischen Erscheinungsformen das Bild der Bahn und der Landschaft prägten.

Die Zeiten, in denen das charakteristische Dröhnen von Stahlbrücken als „Musik des technischen Fortschritts" bezeichnet wurde, sind unwiderruflich vorbei. Heute wird diese „Musik" aus älteren Konstruktionen in der breiten Öffentlichkeit vielfach schlicht als Lärm empfunden. Moderne Stahl-Eisenbahnbrücken mit Schotterbett haben jedoch keine größeren Schallpegel als die normale Strecke.

Vom Dröhnen alter Zeit bleiben nur leise Töne

Das Schotterbett über den gesamten Brückenbereich allerdings hat die Deutsche Bundesbahn (DB) aus einem anderen Grund bei ihren Brückenplanungen zur Bedingung gemacht: Das maschinelle Durcharbeiten des Gleises darf nicht an der Brücke unterbrochen werden. Von allen möglichen Formen des Brückenbaus erfüllt die Deckbrücke diese durch die Rationalisierung der Gleispflege gestellten Anforderungen an einen modernen Eisenbahnbetrieb am besten.

Bei den Rahmenentwürfen in Stahl werden darüber hinaus die Fachwerklösungen mit ihrem feingliedrigen Erscheinungsbild bevorzugt, wenn es darum geht, die neuen Brückenkonstruktionen bei möglichst geringer Beeinträchtigung des Taldurchblickes grazil und schwerelos in das Landschaftsbild einzufügen.

Als fortschrittliches Entwurfskonzept kann die Fachwerkverbundbauweise angesehen werden, wie zum Beispiel am Nesenbachviadukt bei Stuttgart. Hier ist das Schotterbett auf einer Stahlbetonplatte überführt, die statisch als Obergurt der Stahlfachwerkträger wirkt.

Eine Besonderheit der Konstruktion liegt im Anschluß der stählernen Diagonalen an die Fahrbahnplatte. Der Stahlobergurt taucht hier mit den Diagonalanschlüssen in die Betonplatte ein. Die Kraftübertragung erfolgt dann durch Kopfbolzendübel, die oben und auf beiden Seiten am Stahlobergurt angeordnet und über seine ganze Länge verteilt sind.

Die Haupt- und Querträger sind vollständig geschweißt. Eine so geschweißte Ausführung ergibt glatte, unterhaltungsarme Ansichtsflächen und führt durch den Fortfall der material- und arbeitsaufwendigen Schraubenverbindungen zu einer einfacheren und preisgünstigeren Herstellung als genietete Versionen.

Vollschweißung führt zu Wartungsarmut

Die Fachwerkhauptträger wurden in ganzer Länge von 33,5 beziehungsweise 43,5 Meter auf Spezialwagen zur Baustelle transportiert. Inzwischen wird eine weitere Brücke – die Eisenbahnbrücke in Großhesselohe bei München – gebaut. Brückenkonstruktionen dieser Art sind gut gegen Korrosion zu schützen und leicht zu inspizieren.

Aus wirtschaftlichen Gründen und zur Qualitätsverbesserung erfolgt der überwiegende Teil der Oberflächenschutzarbeiten heute bereits im Herstellerwerk. Man hat sich darauf eingestellt, daß Verunreinigungen durch aggressive Schadstoffe aus der Luft, die bei langen Standzeiten bis zur Aufbringung der Deckbeschichtung auf der Baustelle eintreten können, vorher entfernt werden müssen. Auf diese Weise kann eine sichere Haftung der Schichten erreicht werden.

An den Umweltschutz ist selbstverständlich auch gedacht. Bleihaltige Stoffe kommen seit langem nicht mehr zur Anwendung. Entrostungsarbeiten bei Neubauten erfolgen in der Werkshalle. Wenn im Zuge von Instandsetzungen Rost entfernt werden muß, so geschieht dies umweltschonend mit Spezialverfahren oder in „Einhausungen".

Seit je her besteht der Grundsatz, daß Stahlbauteile gut zugänglich sein müssen, um mögliche Fehlstellen im Korrosionsschutz oder Schadstellen in der Konstruktion leicht erkennen und rechtzeitig beseitigen zu können.

Stahlbrücken sind also leicht zu kontrollieren, zu warten, instandzuhalten und zu reparieren. Zum Komplex Erneuerung gehören jegliche Anpassungen an neue Aufgaben sowie qualitativ und quantitativ höhere Beanspruchungen des Verkehrs. Umbauten zur Verstärkung, Verbesserung, Ergänzung und Erweiterung sowie teil- oder vollständiges Auswechseln zählen dazu. Wegen der gegebenen Werkstoff- und Konstruktionseigenschaften sowie der daraus folgenden Flexibilität sind Stahlbauten im besonderen Maße für derartige Aufgaben geeignet.

Flexibilität durch Umbaumöglichkeiten

Ein Beispiel für die Umbaumöglichkeiten einer großen Stahlbrücke liefert die Autobahnbrücke über die Norderelbe in Hamburg: eine seilverspannte Mittelträgerbrücke (Baujahr 1963) mit einer eigenwilligen, aber nicht sehr zweckmäßigen Überspannung.

Anläßlich der aus verkehrstechnischen Gründen notwendig gewordenen Verstärkung erhält diese Brücke zur Zeit eine völlig andere Überspannung. Dazu werden die Kabel und die Pylone demontiert, neue Seilverankerungskonstruktionen in die Brücke eingebaut und schließlich die neuen Pylone und Kabel montiert. Während dieser Umbauarbeiten ruht die Brücke auf einem Mitteljoch, so daß der Verkehr aufrechterhalten werden kann.

Eine Verbreiterung um einhundert Prozent ist im Augenblick für die Autobahnbrücke über den Rhein bei Köln-Rodenkirchen geplant. Mit ihren vielfältigen Möglichkeiten entsprechen Stahlbrücken den sehr aktuellen Wünschen nach Flexibilität, Anpassungsfähigkeit sowie guter Zugänglichkeit aller tragenden und empfindlichen Teile. Dabei spielen Wirtschaftlichkeit, Schnelligkeit, Sicherheit und ökologische Gesichtspunkte ebenso wie die Vermeidung von geringsten Beeinträchtigungen des laufenden Betriebs und Verkehrs eine wichtige Rolle.

Schon in der Vergangenheit waren diese Faktoren für die Baustoff- und Bauartwahl entscheidend. In neuerer Zeit werden sie wieder bedeutsam.

WERNER BONGARD



Historische Zeichnung von Mainz mit der Eisenbahnbrücke von 1862 FOTO: M. A. N.

Kunstwerk in der Stadtlandschaft

In der Zeit von 1860 bis 1862 wurde zwischen den heutigen Bahnhöfen Mainz-Süd und Gustavsburg die Eisenbahnbrücke über den Rhein und das Überschwemmungsgebiet von Rhein und Main errichtet. In künstlerischer Freiheit verschwenkte der Zeichner die Linienführung auf der historischen Darstellung so, daß er eines der gewaltigen Torbauwerke, mit denen die neuen Ingenieurkonstruktionen jener Zeit den Bürgern „behaglicher" gemacht werden sollten, in die Stadtlandschaft einbeziehen und die Länge der Brücke bis hin zu den kleinen Flutöffnungen in der Bilddiagonalen eindrucksvoll darstellen konnte.

Der nächste Bauabschnitt mit der Überführung des zweiten Gleises, für das im Tor die Öffnung schon vorgesehen ist, wurde von 1870 bis 1872 ausgeführt. Die 15 Meter hohen Träger der Stromöffnungen hatten Stützweiten von je 105 Meter, die nächsten sechs der insgesamt 28 Flutbrücken überspannten 35, die übrigen 16 bis 26 Meter.

Erbauer dieses nicht nur für damalige Verhältnisse beachtlichen Bauwerks von 1000 Meter Gesamtlänge und einem Konstruktionsgewicht von 3700 Tonnen war Heinrich Gerber (1832–1912). Der offensichtlich nicht nur technisch, sondern auch unternehmerisch begabte junge Mann erweiterte den für den Bau der Brücke eingerichteten Montageplatz zu einem Zweigwerk der in Nürnberg ansässigen M. A. N.

Von 1910 bis 1912 mußte das Brückenbauamt erneuert werden: 3700 Tonnen wurden demontiert, 7100 Tonnen neu eingebaut. Kurz vor Kriegsende wurden die Strombrücken zerstört; in den Jahren 1947 bis 1949 wurden aus SKR-Gerät neue Überbauten für zwei Gleise errichtet. Das Korrosionsschutzsystem wird jetzt erneuert.

Bis auf vier konnten 1949 alle Flutbettüberbauten wiederverwendet werden. So sind in diesem Bereich jetzt 75 Jahre alte Stahlkonstruktionen noch unter Betrieb. Im südlichen Gleis werden allerdings die sechs an die Strombrücken anschließenden Flutbrücken durch eine dem heutigen Stand der Technik entsprechende Neukonstruktion ersetzt: von eben jenem Werk, das seine Entstehung Gerbers Initiative verdankt.

Die Neukonstruktion, gefertigt unter scharfer Qualitätskontrolle aus Material, das dem Verwendungszweck und der Verarbeitungsweise angemessen ist, wird sicher ebensolange wie ihre Vorgängerin dem dichten Verkehr auf dieser Strecke standhalten. Zwei Generationen Brücken überspannen hier dann einen Zeitraum von 150 Jahren und beweisen das ausgezeichnete Langzeit-Verhalten des Stahls.

WERNER KRAEGE

FORSCHUNG / Die Tendenz geht zur „Flüsterbrücke"

Matten dämmen den Schall

Stählerne Eisenbahnbrücken sollen bei der Überfahrt eines Zuges nicht mehr Lärm verursachen, als der Zug auf der freien Strecke erzeugt. Bei den älteren, 80 bis 100 Jahre alten Stahlbrücken liegen die Schienen unmittelbar auf dem tragenden Fahrbahnblech oder auf einem offenen Trägerrost. Je nach Querschnittart (Fachwerk, Vollwand oder Hohlkasten) ist die Schallabstrahlung unterschiedlich stark, liegt aber in der Regel wesentlich über dem Lärmpegel der freien Strecke (im Mittel etwa 15 dBA).

Auf der freien Strecke liegen die Schienen auf Schwellen, die wiederum in aufgeschüttetem Schotter gebettet sind. Diese Art der Schienenbefestigung und Bettung wird nun auch im Brückenbereich mit Erfolg durchgeführt. Doch dabei ist die Entwicklung nicht stehengeblieben:

In jüngerer Zeit sind von der Deutschen Bundesbahn (DB) Schallmessungen an Brücken unterschiedlicher Bauart durchgeführt worden. Diese Messungen waren oft noch uneinheitlich, was die Meßpunkte, die Befahrung mit verschiedenen Zugeinheiten oder den Einfluß der unmittelbaren Umgebung der Brücke betrafen. Dennoch ergaben sich wichtige Hinweise über spezifische Lärmpegel-Werte: zum Beispiel die Abhängigkeiten von Stützweite, Bauhöhe, Plattenfeldgröße oder die Unterschiede zwischen Deckbrücken, Trogbrücken, Fachwerkbrücken oder Stabbogenbrücken.

Ausschlaggebend für diese Werte sind die Zusammenhänge zwischen Schwingungserregung, Schwingungsübertragung und Schallabstrahlung. Es hat sich gezeigt, daß eine Massenkonzentration in unmittelbarer Schienennähe, also im Nahbereich der anregenden Kräfte, als die am meisten geeignete Maßnahme zur Lärmpegelminderung anzusehen ist.

Das auf der Brücke liegende Schotterbett und die gleichzeitige Belegung mit Unterschotter-Matten aus Gummi oder Kunststoff sind deshalb bei Deckbrücken heute schon fast überall Stand der Ausrüstungstechnik.

Die Unterschotter-Matte hat nicht nur Dämmfunktionen zu erfüllen, sondern schützt gleichermaßen den unteren Schotterbereich und das Fahrbahnblech beim Durchfahren der Schotter-Stopfmaschine. Die Dicke dieser Matten kann entsprechend den Blechstärken des Fahrbahnbleches variiert werden.

Bei Brücken mit niedriger Bauhöhe und entsprechenden Aussteifungen der Stegbleche, die die Schwingungsabtragungen auf relativ kleine Plattenfelder übertragen, kommen die gemessenen Eigenabstrahlungen des Bauwerkes denen der freien Strecke fast gleich.

Es gilt also, diese Erfahrung auch umzusetzen auf Brücken mit größerer Bauhöhe beziehungsweise größerer Stützweite. Mit anderen Worten: Die Schwingungsübertragung hat so zu geschehen, daß möglichst kleine Plattenfeldeinheiten den Lärm abstrahlen.

Als besonders günstige Brückenbauart hat sich die Stahlverbundbrücke erwiesen. Hier liegt das Schotterbett auf einer Betonfahrbahnplatte von 40 bis 60 Zentimeter Dicke. Die Betonfahrbahnplatte bedeutet eine wesentliche Erhöhung der Masse unterhalb der Schienen, auch wird die Schwingungsübertragung auf das Stahlhaupttragwerk wesentlich günstiger.

Die in jüngster Zeit gebauten Fachwerk-Verbundbrücken in Stuttgart und München erzielen besonders günstige Werte, da die Schwingungsübertragung durch das Diagonal-Fachwerk ständig unterbrochen wird.

Der Deutsche Stahlbau-Verband (DSTV) hat gemeinsam mit der Stahlindustrie und der Deutschen Bundesbahn ein Forschungsvorhaben, dessen Zielsetzung es ist, am Beispiel einer Hohlkastenbrücke mit 25 Meter Stützweite Schallmessungen durchzuführen, um die bisherigen Beobachtungen und Berechnungen mit exakten Daten zu belegen. Aus den Ergebnissen sollen dann praktikable und vor allem auch kostengünstige Maßnahmen abgeleitet werden, die den Stahlbrückenbau generell in die Lage versetzen, den Lärmpegel auf der Brücke dem Streckenlärmpegel gleichzusetzen.

MANFRED KOBBNER

MAGNETBAHN / Ausland an Technologie interessiert

Der „Schwebebalken" ersetzt das Gleis

Der Eisenbahn- und der Straßenbahnverkehr haben über Generationen hinweg ihren festen Platz in Wirtschaft und Gesellschaft. Neben diesen erdgebundenen Verkehrstechniken hat sich von ersten bescheidenen Anfängen in den frühen 70er Jahren bis zur Anwendungsreife in jüngster Zeit die Magnetschwebetechnik entwickelt.

Diese dritte Art wird oft als unkonventionell bezeichnet, da sie das Rad nahezu vollständig vermeidet und statt dessen bevorzugt berührungsfreie Techniken für das balkenähnliche Tragführsystem und den Antrieb verwendet. In der Bundesrepublik Deutschland erreichten zwei neue Nahverkehrssysteme und ein Hochgeschwindigkeitssystem auf der Grundlage der Magnetfahrtechnik über verschiedene Versuchsanlagen ihre Anwendungsreife.

Auch berührungsfreie Wege benötigen Stahl

Gemeinsames Kriterium ist, daß diese Systeme besondere Fahrwege für ihre Fahrzeuge benötigen. Fahrzeug und Fahrweg stehen bei den neuen Systemen in enger Wechselwirkung. Der Fahrweg ist in der Regel mit wesentlichen Funktionskomponenten wie Tragschienen, Führschienen oder Langstatorkomponenten ausgerüstet. So mußte sich der Stahlbau als wichtiger Partner der System-, Fahrzeug- und Elektrotechnik verstehen.

Unter den neuen Nahverkehrssystemen nimmt die von Siemens und Düwag gemeinsam entwickelte H-Bahn eine Sonderstellung ein. Bei dieser Konzeption erfolgen Tragen und Führen herkömmlich über Räder, der Antrieb hingegen berührungsfrei durch asynchronen Kurzstator-Linearmotor. Dieser Antrieb kann bei bestimmten Anwendungsfällen durch einen Gleichstrommotor ersetzt werden.

Da die H-Bahn als reine Hängebahn konzipiert ist, besteht der Fahrweg in der Regel aus Fahrwegträgern, die an Halbrahmen- oder Portalstützen aufgehängt sind. Der Träger selbst weist einen Hohlkastenquerschnitt auf, der an seiner Unterseite geschlitzt ist, so daß sich die Fahrwerke der Einzelkabinen geschützt innerhalb des Hohlkastens bewegen können.

Nach der Erprobung dieses Systems wurde im Mai 1984 die erste öffentliche Strecke in Betrieb genommen: Dieses erste vollautomatisch betriebene Nahverkehrssystem verbindet in einer Gesamtlänge von 1050 Meter zwei Universitätszentren in Dortmund.

Ein weiterer Ausbau ist schon geplant

Als zweites neues Nahverkehrssystem befindet sich die M-Bahn zur Zeit in der ersten Anwendungsphase. Dieses von der M-Bahn GmbH in Starnberg entwickelte Nahverkehrssystem kann als Magnetbahnsystem bezeichnet werden.

Das Tragen der Fahrzeuge nämlich wird durch ein permanentmagnetisches Schwebesystem realisiert, und der Antrieb erfolgt ebenfalls berührungsfrei durch einen Langstator-Linearmotor. Lediglich für die Führung der Fahrzeuge finden herkömmliche mechanische Führungsrollen Verwendung. Im Gegensatz zur H-Bahn ist die M-Bahn als sogenannte Standbahn konzipiert. Da das Fahrzeug bedingt durch den Langstator-Antrieb in den Fahrwegträger von oben eintauchen muß, wird dieser Träger in der Regel in Trogbauweise ausgeführt. Auf der Grundlage dieses Konstruktionsprinzips kann der Fahrweg entweder ebenerdig oder aufgeständert ausgeführt werden.

Nach umfangreichen Erprobungen auf verschiedenen Versuchsstrecken ist jetzt eine öffentlich nutzbare Anlage in Berlin in der Bauphase. Der erste Abschnitt beim U-Bahnhof Gleisdreieck wurde im Herbst 1984 in Betrieb genommen. In diesem Jahr soll der 2. Bauabschnitt ausgeführt werden, bei dem der Fahrweg in weitgehend aufgeständerter Bauweise bis zum Kemperplatz weitergeführt wird. Ein weiterer Ausbau der M-Bahn Berlin zu einem größeren Netz ist geplant.

Parallel zur Entwicklung dieser Nahverkehrssysteme wurden in der Bundesrepublik verschiedene Hochleistungs-Schnellbahnsysteme konzipiert und auf kleineren Versuchsanlagen erprobt. Es handelt sich immer ausschließlich um Magnetbahnsysteme, da einerseits das Tragen und Führen der Fahrzeuge berührungsfrei mit Hilfe geregelter Elektromagnete bewerkstelligt wurde und andererseits auch der Antrieb berührungsfrei über Kurzstator- oder Langstator-Linearmotore erfolgte.

Bei einer angestrebten Maximalgeschwindigkeit von 400 km/h verbinden diese Magnetbahnsysteme hohe Reisegeschwindigkeiten mit niedrigsten Umweltbelastungen, da es weder störende Fahrgeräusche noch Emissionen anderer Art gibt. Weltweit besteht außerordentlich großes Interesse an der weiteren Forschung und Erprobung der deutschen Magnetbahntechnik.

Weltrekord im Emsland: 302 Stundenkilometer

Als letzter Schritt vor der Einführung des Magnetbahnsystems als öffentlich nutzbares Schnellverkehrssystem wurde im Raum Lathen-Dörpen 1979 mit dem Bau der „Transrapid Versuchsanlage Emsland" (TVE) begonnen. Die erste Strecke mit einer Gesamtlänge von 20,6 Kilometer steht seit Frühjahr 1984 dem Fahrzeug Transrapid 06 zu Versuchsfahrten zur Verfügung. Es wurde ein 5020 Meter langer Stahlfahrweg gebaut, der mit modernster Fertigungstechnik die hohen Anforderungen an die Herstellungsgenauigkeit hervorragend erfüllt.

Am 17. August 1984 wurde mit einer Geschwindigkeit von 302 km/h ein Weltrekord für bemannte Magnetbahnfahrzeuge aufgestellt. Nach Erreichen dieses Meilensteins wird die TVE nunmehr forciert zu Ende gebaut, so daß in der Endausbaustufe ein Fahrweg von 31,4 Kiometer Gesamtlänge für Dauerbetriebsversuche unter allen Witterungsbedingungen zur Verfügung steht.

Aus dieser Übersicht über den Stand neuer Verkehrssysteme in der Bundesrepublik wird deutlich, daß auf diesem Gebiet in erstaunlich kurzer Zeit von interdisziplinären Teams Beachtliches geleistet wurde – der Stahlbau hat an diesen Erfolgen mitgewirkt.

PETER WAGNER

BRÜCKENVERSCHUB

Erfahrungen bei Umbauten

Beim Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Rheinbrücken fanden, wie auch in anderen Bereichen der Wirtschaft, neue Verfahrensweisen und Technologien in großem Maßstab in die Praxis Eingang. Neben der systematischen Entwicklung wirtschaftlicher Brückensysteme (Schrägseilbrücken) wurde zugleich auch die Methode zu ihrer Erstellung in weiten Schritten vorangebracht. Die Palette umfaßte das Einschwimmen großer Einheiten, den Freivorbau über mehr als 300 Meter frei auskragender Länge sowie auch den Längs- und Querverschub kompletter Brücken. Der erste große Querverschub der Oberkasseler Rheinbrücke in Düsseldorf am 7. und 8. April 1976 sorgte für große in- und ausländische Beachtung und ist noch bei vielen Beobachtern in guter Erinnerung.

Bei den Rheinbrücken waren es vor allem die großen Stützweiten, deren Überwindung durch Tragwerke in Stahlbauweise besonders wirtschaftlich gelöst werden konnte. Daneben gibt es noch eine weitere Gruppe von Brückenaufgaben, die für die der Stahlbau besonders prädestiniert ist. Teilweise können diese Anforderungen sogar nur in dieser Bauweise gelöst werden. Sie sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Bauen über fließendem Verkehr,
- Auswechseln von Überbauten innerhalb kurzer Sperrpausen,
- Umbauten und Erweiterungen,
- Montage unter örtlichen Zwängen.

Beispielhaft hierfür ist der Bau mehrerer Brücken im Stadtgebiet von Düsseldorf über die Eisenbahnlinie nach Duisburg, die im Bereich des Güterbahnhofs Derendorf eine Breite von 200 Meter hat. Hier wurde in den Jahren 1963 bis 1981 eine Gruppe von Brücken gebaut. Ihnen allen ist das statische System einer Mittelträger-Schrägseilbrücke gemeinsam.

In Anlehnung an die „große Familie" der systemverwandten Rheinbrücken werden sie als „kleine Brückenfamilie" bezeichnet: Die Brücke Jülicher Straße, die Franklin-Brücke und die Heinrich-Ehrhardt-Brücke. Die größten Stützweiten dieser drei Brücken liegen zwischen 88,8 und 125,3 Meter. Damit liegen sie deutlich unter den Stützweiten der Düsseldorfer Rheinbrücken. Aber auch bei diesen spezifischen Konstruktionsvorgaben erwies sich das System der Schrägseilbrücke als günstigster Typ. Diese Aussage hat vor allem hinsichtlich der außerordentlich niedrigen Konstruktionshöhen im Hinblick auf die Zwangspunkte aus dem Lichtraumprofil der Gleise und die Höhen der anschließenden Straßen Geltung.

Besondere Schwierigkeiten bereitete die Forderung der Bundesbahn, den unter den Brücken fließenden Bahnbetrieb nicht zu stören. Aufgrund dieser Vorgabe war es nicht möglich, die neuen Tragwerke in üblicher Weise an Ort und Stelle zusammenzufügen. Vielmehr war es notwendig, sie seitlich, also außerhalb des Verkehrsraums der Bundesbahn, zusammenzubauen und abschnittweise in Längsrichtung einzuschieben. Dieser seitliche Zusammenbau war aufgrund der außerordentlich beengten Verhältnisse innerhalb des Stadtgebietes mit zusätzlichen Schwierigkeiten behaftet.

Daher ist es keine Übertreibung, wenn festgestellt werden kann, daß bei den Umbauten der drei Brücken Fachleute des Stahlbaus und der Behörde Gelegenheit hatten, unter Beweis zu stellen, wie sicher und schnell Stahlkonstruktionen gebaut werden können.

ERWIN BEYER

HERSTELLUNGSVERFAHREN / Der Weg vom Niet zum Schweißautomaten

Robust und dennoch „pflegeleicht"

Über die Herstellung und Unterhaltung von stählernen Brücken verfügen die Ingenieure in aller Welt über umfangreiche Erfahrungen, die weit in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Die ersten Stahlbrücken in Deutschland wurden aber nicht etwa für Straßen, sondern für Eisenbahnen gebaut.

Vergleicht man heute die Pläne, Berechnungen, Montagegeräte und Herstellungsverfahren sowie die Ausstattung der Stahlbauanstalten vor etwa 100 Jahren mit denen unserer Zeit, so ist der enorme technische Fortschritt auf dem Gebiet des stählernen Straßenbrückenbaus auch für den Nichtfachmann unübersehbar. Früher gab es keine Baustähle und Drähte hoher Festigkeit und keine Schweißverfahren. Die handwerkliche Einzelanfertigung in der Werkstatt, auf dem Richtplatz und bei der Montage auf der Baustelle prägte das Bild der genieteten Stahlbrückenkonstruktion. Dagegen wird der Stahlbrückenbau heute durch weitgehende Rationalisierung und Automation bei der Fertigung und Montage bestimmt.

Rationelle Herstellung

Der Zusammenbau möglichst großer Brückenteile, vom Fachmann mit „Schüssen" bezeichnet, einschließlich sämtlicher Schweißarbeiten, Entrostungs- und Anstricharbeiten (Korrosionsschutz) erfolgt witterungsunabhängig, rationeller und qualitativ hochwertiger in der mit hochspezialisierten Maschinen ausgestatteten Stahlbauanstalt. Auf diese Weise wird auch den hohen Anforderungen an den Arbeits- und Umweltschutz entsprochen. Das Entrosten der Stahlbleche und Profile und das Aufbringen des mehrschichtigen Farbanstrichs erfolgt in geschlossenen Kabinen.

Darüber hinaus sorgt der Einsatz von elektronisch gesteuerten Schneid- und Schweißautomaten sowie von Röntgen- und Ultraschallgeräten zur Gütekontrolle für höchstmögliche Qualität und Sicherheit der Konstruktionsteile im späteren Brückenbauwerk. Auf der Baustelle selbst werden lediglich noch die großen Einzelteile miteinander verschweißt und die Restarbeiten am Farbanstrich ausgeführt. Der Planung und Durchführung der Montage kommt deshalb bei der Größe der heutigen Stahlbrücken eine besondere Bedeutung zu.

Im Zweiten Weltkrieg sind auch die Verkehrswege und ihre Brücken zum größten Teil zerstört worden. So wurden zum Beispiel alle Rheinbrükken, die bis dahin ohne Ausnahme aus Stahl bestanden, entweder durch Kriegseinwirkungen unpassierbar oder in den letzten Kriegstagen durch deutsche Truppen gesprengt. Heute gibt es allein an den Bundesfernstraßen etwa 3230 Stahlbrücken mit einer Überbaufläche (projizierte Grundrißfläche) von 2,6 Millionen Quadratmeter. Das sind etwa zehn Prozent bezogen auf die Gesamtzahl aller 29 000 Brücken, aber 14 Prozent bezogen auf die Gesamtfläche aller Brücken von 19 Prozent.

Nur wenige dieser Konstruktionen stammen noch aus der Zeit vor 1939. Der Anteil des Stahlbaus ist also vergleichsweise gering. Der Grund: 85 Prozent aller Straßenbrücken sind nicht länger als 50 Meter, und die kleinen und mittelgroßen Brücken werden seit Ende der 50er Jahre kostengünstiger in Spannbeton ausgeführt, so daß Stahl häufig nur noch bei großen Stützweiten wirtschaftlich verwendet werden kann.

Ob sich ein Baustoff, eine Bauweise, eine bestimmte Konstruktion oder ein spezielles Herstellungsverfahren bewährt hat und wirtschaftlich war, kann meist erst Jahre nach Herstellung und Inbetriebnahme beurteilt werden. Während die Erfahrungen über die Planung, Berechnung und Montage von Stahlbrücken in erster Linie bei den Stahlbauunternehmen vorliegen, kann über die jahrzehntelangen Erfahrungen bei der Überwachung, Unterhaltung und Instandsetzung insbesondere die Straßenbauverwaltung Auskunft geben.

Eine moderne stählerne Straßenbrücke muß heute folgende Forderungen erfüllen:

- Sie muß robust sein, um den ständig zunehmenden Schwerlastverkehr auf unseren Straßen langfristig ohne Schäden ertragen zu können;
- sie muß für die günstige Unterhaltung und Erneuerung des Anstrichs aus möglichst geschlossenen Bauteilen mit geringer Oberfläche bestehen.

Zwei Erhaltungsaufgaben

Sieht man von ausführungsbedingten Mängeln und Schäden ab, so verbleiben im wesentlichen nur zwei Erhaltungsaufgaben:

- Laufende Unterhaltung und etwa alle 15 Jahre notwendige Erneuerung des Fahrbahnbelages,
- laufende Unterhaltung und etwa alle 20 Jahre erforderliche Erneuerung des Farbanstrichs.

Bedingt durch die Eigenschaften des Baustoffs können Stahlbrücken noch nach jahrzentelanger Nutzung ohne besondere Probleme geänderten Bedürfnissen angepaßt, also verbreitert, verstärkt und in sonstiger Weise verändert werden, ohne daß ein Neubau erforderlich würde.

Wer sich die Entwicklung von der feingliedrigen genieteten Fachwerkkonstruktion bis zur superschlanken modernen Schrägseilbrücke vor Augen führen möchte, dem sei eine Besichtigung der Brücken über den Nord-Ostsee-Kanal und eine Fahrt auf dem Rhein von Karlsruhe bis Emmerich empfohlen. Dort findet er beispielhaft die Zeugen einer langen technischen Entwicklung des stählernen Straßenbrückenbaues.

FRIEDRICH STANDFUSS

DB-AUFTRAG

Kölner Eisenbahnbrücke wird erweitert

Eine Arbeitsgemeinschaft aus acht Baufirmen unter Federführung von Krupp, Duisburg, erhielt von der Deutschen Bundesbahn (DB) den Auftrag zur Erweiterung der Hohenzollernbrücke über den Rhein in Köln. Vorgesehen ist, die traditionsreiche Brücke um zwei zusätzliche Gleise zu verbreitern. Damit wird Köln an das S-Bahnnetz mit Taktverkehr angebunden. Die Arbeiten begannen am 8. März; Verkehrsübergabe ist für Ende 1988 geplant.

Die neue Stahlkonstruktion wird stromab errichtet. Ebenfalls auf der Unterstromseite entsteht ein 3,5 Meter breiter Radweg. Aus ästhetischen Gründen und mit Rücksicht auf denkmalspflegerische Aspekte erfolgt eine enge Anlehnung an die vorhandenen Stahlfachwerkbögen, Strompfeiler und Widerlager. Die Baumaßnahmen umfassen unter anderem Verbreiterung der Pfeiler und Widerlager sowie Montage zwei stählerner Seiten- und eines Mittelbogens.

Das Gesamtbauwerk ist 862 Meter lang, die neuen Stahl-Überbauten wiegen 4260 Tonnen; fast 20 000 Kubikmeter Beton werden verarbeitet. Die Kosten: etwa 100 Millionen Mark.

Die Hohenzollernbrücke hat eine große Tradition; bereits 1855 wurde mit dem Bau für den Straßen- und zunächst zweigleisigen Eisenbahnverkehr begonnen. Von 1907 bis 1911 wurde sie ersetzt durch eine Fachwerkbrücke ähnlich der heutigen Konstruktion für den Straßen- und viergleisigen Eisenbahnverkehr. Nach 1945 wurden zunächst die Kriegszerstörungen mit den von Krupp und der Bahn entwickelten Behelfsbrücken beseitigt, bis die derzeitige Brücke 1959 vollendet werden konnte.

HEINZ PETERS

VERGABEPRAXIS / „Billig"-Angebote ohne Chance

Der Werterhalt zählt

In den ersten zwei Jahrzehnten der Nachkriegszeit wurde in der Bundesrepublik Deutschland eine große Zahl von Brückenbauten ausgeführt; hingegen ist der Bedarf innerhalb der vergangenen 15 Jahre erheblich zurückgegangen. Im Zeitabschnitt 1945 bis etwa 1965 wurden die angebotenen Entwürfe vielfach nach ihren Herstellungspreisen bewertet und die Bauaufträge erteilt. Ausschlaggebend für diese Entscheidungen waren wohl fast immer die Angebote der sogenannten „Billigstbieter". Doch diese Ausschreibungskriterien haben sich geändert: Bei der Vergabe zeichnet sich seit Mitte der 60er Jahre bei den zuständigen Behörden eine Neufestlegung der Prioritäten ab.

Der Wandel in der Bewertung des niedrigsten Angebotspreises ist durch die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre ausgelöst worden. Sie zeigten, daß sorgfältige und möglicherweise auch kostspielige Untersuchungen der Tragwerke älterer Brükken notwendig wurden, um schwer feststellbare Mängel und Schäden noch rechtzeitig beseitigen und den ordnungsgemäßen Bestand der Konstruktion gewährleisten zu können. Es gab offensichtlich einen Zusammenhang zwischen der damaligen Preisgestaltung und dieser Notwendigkeit.

Die Stahlbauweise ist bei der Bewältigung schwieriger Brückenaufgaben besonders vorteilhaft. Vor allem die hohe und gut nachprüfbare Qualität des fertigen Tragwerks, die durch sorgfältige Überwachung in allen Phasen der Ausführung garantiert werden kann, stellt einen besonderen Vorzug dar. Eine leichte Überprüfbarkeit der geforderten Eigenschaften und der Tragfähigkeit ist sowohl während der Montage als auch der gesamten Nutzungsdauer vorhanden und bietet damit ein Höchstmaß an Sicherheit für Ausführung und Bestand des Bauwerkes.

Der Bedarf an Um- und Erweiterungsbauten oder an Neubauten abgängiger älterer Brücken wird sich in verstärktem Maße in den Haushaltsansätzen der Bauverwaltungen niederschlagen und damit in nächster Zukunft einen wachsenden Markt an schwierigen und hochwertigen Brükkenbauarbeiten bringen. Die Überlegungen der Verwaltungsstellen in diesem Zusammenhang lassen eine weitgehende Umstellung in den Bewertungskriterien der konkurrierenden Entwürfe erwarten.

Als wesentlich bei der Betrachtung der Vorteile und Risiken werden dabei neben einem vertretbaren Herstellungspreis Unterhaltungs-, Instandsetzungs-, oder sogar Abbruchkosten wie auch die Kosten für mögliche spätere Umbaumaßnahmen gelten. Ebenso wird die Beurteilungsmöglichkeit der Sicherheiten und des Werterhaltes des ganzen Bauwerkes für die gesamte Nutzungsdauer von entscheidendem Gewicht sein. Von Bedeutung sind auch die nicht unerheblichen Kosten. Sie fallen nicht nur bei einer Neubaumaßnahme an, sondern schlagen auch bei Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Umbaumaßnahmen zu Buche durch Material-, Energie- und Zeitverluste, die aus Sperrungen und anderen Behinderungen des Verkehrs entstehen.

Wo immer diese Kriterien Berücksichtigung finden, hat die Stahlbauweise ihre besonderen Chancen.

Bei Brücken in Strecken der Deutschen Bundesbahn (DB) erfolgt seit jeher der Preisvergleich der Angebote unter Berücksichtigung der sogenannten Regiekosten aus Betriebsbehinderungen. Im Planungsstadium dienen hierzu vorhandene Vergleichswerte, während später bei der Abrechnung des fertigen Bauwerkes die tatsächlich angefallenen Regiekosten den Herstellungskosten zugeschlagen werden. Für den Straßenbrückenbau müßte eine analoge Handhabung erfolgen.

HEINRICH KROSSE

KONSTRUKTION

Eine Brücke paßt sich der Landschaft an

Zur Überbrückung des Leinekanals in Göttingen waren zwei Fußgängerbrücken erforderlich geworden. Aufgabe war, eine Brückenkonstruktion zu finden, die sich unterordnend in die historisch gewachsene Struktur des Leinekanals einfügt. Die Konstruktion sollte die Blickbeziehung offenhalten. Sie sollte nicht verstellen, also nach Möglichkeit keine flächigen oder massiven Konstruktionsteile aufweisen, die den Kanal optisch geteilt und damit den Flußraum nicht mehr in seiner Ganzheit erlebbar gemacht hätten.

Das Hochbauamt der Stadt Göttingen fand in Zusammenarbeit mit Großmann-Ingenieure eine Stahlkonstruktion, deren Haupttragelemente Fachwerkträger sind, gebildet aus Rundstahl (Durchmesser 32 Millimeter) für die Obergurte, Untergurte und Diagonalen sowie aus Flachstahl für die Vertikalstäbe, an denen gleichzeitig die Querträger aufgehängt sind.

Damit die Brücken transparent blieben, wurden die Füllungen aus Stahlgeflecht hergestellt, das gleichzeitig Träger für eine natürliche Berankung sein soll. Der Brückenbelag besteht aus Gitterrosten.

(WR.)

Martin Luther

Rechtsanwalt

* 13. 7. 1906 Lauenburg in Pommern † 9. 5. 1985 Hamburg

Er lebt in uns weiter
In Liebe und Dankbarkeit

Wiebke Luther geb. von Fischel
Dr. Martin Luther
Gabriele Luther geb. Rettig
Julia
Hans Luther
Unno Luther
Gladys Luther geb. Van Hille
Madei Luther-Petersen
Frank Petersen
Marie Lena
und Angela

Hamburg-Blankenese, Caprivistraße 19/19a

Trauerfeier am Mittwoch, dem 22. Mai 1985, um 12 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten. Beisetzung anschließend auf dem Friedhof Hamburg-Nienstedten, Rupertistraße.

Am 9. Mai 1985 starb im Alter von 78 Jahren unser Seniorpartner

Martin Luther

Rechtsanwalt

Wir trauern um den Gründer unserer Sozietät, einen Mann von starker persönlicher Ausstrahlung, der seine überragenden Fähigkeiten als Anwalt mit beispiellosem Einsatz für seine Mandanten verband.

Er wird uns als Mensch und Partner unvergessen bleiben.

Die Partner und Mitarbeiter der Sozietät
Luther & Partner

2000 Hamburg 1, Hermannstraße 46

Trauerfeier am Mittwoch, dem 22. Mai 1985, um 12.00 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten. Beisetzung anschließend auf dem Friedhof Hamburg-Nienstedten, Rupertistraße.

Am 9. Mai 1985 verstarb Herr

MARTIN LUTHER

Rechtsanwalt

Er war über viele Jahre Mitglied unseres Verwaltungsrates und stand mit seinem reichen Wissen und seiner großen Erfahrung uns stets zur Seite.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Astra Chemicals GmbH, Wedel/Holstein

RECHTSANWALT

MARTIN LUTHER

* 13. Juli 1906 † 9. Mai 1985

Er gehörte viele Jahre unserem Verwaltungsrat an.
In dieser Eigenschaft stand er uns
mit engagiertem Rat und
seinem richtungweisenden Urteilsvermögen
stets zur Seite.

An dem Aufbau und der Entwicklung
unserer Gesellschaft
war er maßgeblich beteiligt.

In großer Achtung und Dankbarkeit werden wir
sein Andenken stets in Ehren halten.

Hochheim am Main **Tetra Pak Rausing & Co. KG**
Geschäftsleitung

Mein lieber Mann, unser treusorgender Vater und Großvater ist von seinem schweren Leiden erlöst.

Carlheinz Möller

* 18. November 1920 † 27. April 1985

Helga Möller
Kinder und Enkelkinder

Hamburg 61, Süntelstraße 40

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreise statt.

Unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel ist gestorben

Ruppert Siemon

10. 12. 1926 11. 5. 1985

Südliche Auffahrtsallee 23
8000 München 19
2082 Groß Nordende

Dr. Lena-Renate Ernst geb. Siemon
Wolfgang Ernst
Wolfgang Siemon
Margrit Siemon geb. Kelting
Christoph Ernst
Ursel Ernst geb. Hörstke
und Kinder

Die Beerdigung findet im Familienkreise statt.

Am 1. Mai 1985 ist unser ehemaliger Prokurist Herr

Hans Mayer

im 86. Lebensjahr verstorben.

Herr Mayer war in leitender Stellung über 27 Jahre in unserer Firma tätig.

Mit seinen menschlichen Qualitäten und beruflichen Kenntnissen hat er sich bei unseren Geschäftspartnern wie auch unseren Mitarbeitern und Gesellschaftern Achtung und Anerkennung erworben.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Heinz und Uwe Kipphoff
sowie die Mitarbeiter der
Fa. Alfred Kipphoff oHG

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 15. Mai 1985, um 13.45 Uhr im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle C, statt.

Am 2. Mai 1985 verstarb unser Mitarbeiter Herr

Horst Kostropetsch

geboren am 27. Juli 1924

Herr Kostropetsch war seit 1970 in unserem Hause tätig. Wir schätzten ihn als einen gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
HAMBURGER SPARKASSE

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 15. Mai 1985, 15.45 Uhr, auf dem Friedhof Ohlsdorf, Halle C, statt.

Wir trauern um unseren Mitarbeiter und guten Freund

Dkfm. Josef Sagmeister

Österreichischer Handelsdelegierter in Hamburg

* 3. Juli 1938 † 10. Mai 1985

der uns unerwartet und viel zu früh verlassen hat.

Sein lauterer Charakter und große, vorbildliche Pflichterfüllung waren die Grundlage seines verdienstvollen Wirkens für die österreichische Wirtschaft. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Die Österreichische Bundeswirtschaftskammer, Wien,
und die Österreichischen Handelsdelegierten
in der Bundesrepublik Deutschland.

Alfred Schumann

Flottillenadmiral a. D.

* 16. Juni 1902 † 10. Mai 1985

In Liebe und Dankbarkeit

Hilde Schumann geb. Martens
verw. von Schuler
Else Schumann
Hans-Jörg von Schuler, Fregattenkapitän
Susanne von Schuler geb. Urban
Hans-Christian und Henning

53 Bonn-Bad Godesberg, Talstr. 1

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 17. Mai 1985, um 14 Uhr in der Heilandkirche in Bad Godesberg-Mehlem, Domhofstraße.

Die Beisetzung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt in Nieblum auf Föhr.

Von Besuchen bitten wir abzusehen. Statt Blumen evtl. Spenden an das Deutsche Marine-Institut, Commerzbank Bonn, Kto.-Nr. 3 001 179, BLZ 380 400 07.

Geflügelte Verlegenheit

egw – Diesem Grafen wird sein Titel selbst von österreichischen Sozialisten neidlos zuerkannt: dem Oerindur in Müllners Schicksalsdrama, der darin aufgefordert und seither fleißig zitiert wird, er möge doch den Zwiespalt der Natur erklären. Aber zum Unterschied von seinen lebenden Standesgenossen gibt es ihn gar nicht, das Zitat ist falsch, die Dramenstelle spricht nur von einem titellosen Oerindur.

Es geht hier zu wie bei anderen Zitaten, zum Beispiel wie bei dem oft genannten „Warum in die Ferne schweifen?", das bei Goethe halt „Willst du immer weiter schweifen?", lautet. Oder bei dem „Eingebildeten" Kranken von Molière, der in Wirklichkeit ja gar nicht eingebildet ist.

Darüber zu sinnieren, einem alten Übel einmal ins Gesicht zu leuchten, lohnt aus Anlaß einer Aufführung der berühmten Komödie am Burgtheater, bei der Regisseur Walter Tillemans recht reizend die Nöte des Mannes, von Heinrich Schweiger virtuos gespielt, anschaulich macht. Wozu die elegante Übersetzung Hans Weigels das ihre beiträgt. Aber, ja aber: der Titel!

Dieser „Eingebildete Kranke" ist, wie gesagt, keineswegs eingebildet, sondern er bildet sich seine *Krankheit* ein. Da hat eben der erste Übersetzer (Baudissin?) einen Pallawatsch gemacht, indem er „imaginaire" mit „eingebildet" übersetzte. Ja ja, im Dictionnaire steht tatsächlich „imaginaire" – „eingebildet". Jedoch nicht im Sinne von „hochnäsig", sondern „der Phantasie entsprungen". Dem Übersetzer lag wohl die eingebildete Krankheit im Ohr. Die kann man sich einbilden, nicht einen Kranken, das ist klar.

Aber seit eh und je nehmen wir die irre Interlinearübersetzung gedankenlos hin, ohne den Mann, dem sie widerfahren ist, einen eingebildeten Übersetzer zu heißen. Daß Weigel bei dem Nonsens geblieben ist, liegt sicherlich daran, daß man sich scheut, einem geflügelten Wort die Schwingen zu brechen.

Tagung des Exil-PEN über Kulturpolitik in Europa

Kein Grund zur Euphorie

Die Exilschriftsteller sind ein wichtiger Bestandteil der Brükke, die die Kultur Europas in West und Ost verbindet. Dies war eine der zentralen Feststellungen der Fachtagung „Europäische Kulturpolitik – Motor der europäischen Integration?", die die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Exil-PEN-Club der deutschsprachigen Länder in Oberkirch im Schwarzwald veranstalteten.

Da die meisten der Teilnehmer der Tagung aus den heute kommunistisch beherrschten Staaten Europas kamen, lenkte sich selbstverständlich das Hauptinteresse auf die Frage, ob und wie die Einheit der Kultur im geteilten Europa gewährleistet werden könne. Der Antwort auf diese Frage galt auch ein Gespräch, das im Europaparlament in Straßburg geführt wurde. Die Europaparlamentarier Prof. Wilhelm Hahn und Otto von Habsburg, die sich besonders der Kulturpolitik im Rahmen der Ost-West-Problematik angenommen haben, waren sich einig, daß gerade auf dem Gebiet der Kunst die Einheit Europas noch immer gegeben sei.

Selbstverständlich werden vom Osten zahlreiche Aktivitäten entfaltet, um diese Einheit für sich zu ausnutzen. Andererseits wird versucht, den freien Informationsfluß durch Stören westlicher Rundfunkprogramme in osteuropäischen Sprachen zu unterbinden. Auch sind bevorzugte Ziele, auf die sich die kommunistischen Initiativen im Bereich der Kultur konzentrieren, die der demokratischen Gesellschaft im Westen ablehnend gegenüberstehenden Gruppen und Organisationen.

Gerade diese ideologisch stark gefärbte Kulturpolitik des Ostens macht eine sinnvolle Zusammenarbeit oft unmöglich. Dies ging auch aus Ausführungen von Reinhart Ehni, der im Auswärtigen Amt in Bonn für die Kulturbeziehungen der Bundesrepublik zu ihren östlichen Nachbarn zuständig ist, hervor. Ehni erwähnte, daß sich die Euphorie der siebziger Jahre über Kulturkontakte zum Osten als verfrüht erwiesen habe. Den Regierungen in Osteuropa gehe es oft lediglich darum, sich einerseits bei der eigenen Bevölkerung auf dem Kulturgebiet hoffähig zu zeigen, andererseits, wenn es sich etwa um Besuche westlicher Künstler in ihren Ländern handelt, womöglich nur solche einzuladen, die die Ziele des Regimes nicht gefährden.

Trotz der sonst nicht sehr optimistischen Erkenntnisse über die Effizienz der gegenwärtigen Kulturbeziehungen im geteilten Kontinent waren sich die Teilnehmer der Fachtagung in einem einig: Zur Förderung der historischen kulturellen Einheit Europas können die aus ihrer Heimat vertriebenen Schriftsteller und Publizisten Wesentliches beitragen. Ihre Arbeit ist zu einer wichtigen Ergänzung der fehlenden Berührungspunkte zwischen der Kultur im Westen und Osten Europas geworden.

RUDOLF STRÖBINGER

Bisher war noch kein Beitrag langweilig – Zwischenbericht von den Filmfestspielen von Cannes

Keuschheitsgürtel und Weltraumschiff

Cannes feiert das größte und wichtigste Filmfest der Welt mit viel Aufwand und seltener Pracht. Es gibt in diesem Jahr mehr professionelle Festivaliers, mehr Filme, mehr Partys, mehr kleine und große Sternchen als je zuvor. Fanfarenstöße begrüßen die Gäste, die in großer Robe zur abendlichen Gala erscheinen. Das Filmprogramm gibt sich entschieden populär. Man feiert an der Croisette den 90. Geburtstag des Kinos, und das wurde bekanntlich auf dem Jahrmarkt geboren. Nahezu 700 Filme gibt es zu sehen, zwanzig von ihnen streiten um die Goldene Palme. Bilanz nach der ersten Halbzeit: Noch kein einziger Film der offiziellen Programms hat gelangweilt.

Einen hochpoetischen Beitrag brachte Japan ins Spiel: „Adieu Arche" ist der letzte Film des 1983 im Alter von 48 Jahren verstorbenen Shuji Terayama, der als „japanischer Rimbaud" gilt. Sein filmisches Vermächtnis ist ein fantastisches Märchen von Liebe, Wahnsinn und Tod, von Zeit und Vergänglichkeit. Und vom Einbruch der Neuzeit ins alte Japan. Denn während der Film von zwei Liebenden oder besser: vom Martyrium ihrer Liebe erzählt – ihr Vater legte der jungen Frau einen ehernen Keuschheitsgürtel an –, fällt das 20. Jahrhundert mit Macht in eine japanische Kleinstadt ein: mit modernen Medien, mit Autos und sogar Raumschiffen. Nur ein kleiner Wanderzirkus hält an den alten Mythen und Traditionen fest. Es ist ein Film in den Farben Renoirs und vom kapriziösen Einfallsreichtum Fellinis, dessen Liebe zum Zirkus und zu den Clowns Terayama ein Leben lang geteilt hat.



Relativitätstheorie und Erotik: Theresa Russel als Marilyn Monroe und Michael Emil als Professor Albert Einstein in Nocolas Roegs Film „Insignificance" FOTO: DIE WELT

Mit Spannung erwartet wurde in Cannes „Detektiv", der 48. Film von Jean-Luc Godard, der sich diesmal ausgesprochen gut gelaunt gab und – einen ausgewachsenen Krimi präsentierte, sogar mit dem Rocker-Ehepaar Johnny Halliday und Nathalie Baye in den Hauptrollen. Ein Krimi à la Godard ist freilich kein Krimi wie jeder andere, sondern doch eine Art Existential-Scharade. Schauplatz ist das Pariser Hotel Concorde Saint Lazare, und hier begegnen wir – in vier Suiten der Luxusklasse – vier Gruppen von Menschen. Da gibt es Boxer und ihre Groupies, Detektive, die jedem und niemandem auf der Spur sind, ein zerstrittenes Ehepaar, das sich nur im Bett gut versteht, und einen Mafiaboß mit seinem Gefolge. Alle diese Leute streifen sich gelegentlich, ohne sich je wirklich näher zu kommen. Zwischendurch kehren leitmotivisch wieder: Billiardkugeln, Wort- und Videospiele, Leuchtreklamen am Lazare-Bahnhof.

Es wäre ungerecht, zu behaupten, dieses Opus sei das schwächste der ersten Halbzeit gewesen, wenngleich Godard ausgebuht wurde. Dafür sind die Bilder, die er immer wieder findet, einfach zu schön und zu phantasievoll. Ins Schwarze traf wohl jener französische Kritiker, der schrieb: „Godard macht großes Kino, aber keine guten Filme." Keine Palme also für Jean-Luc Godard, dafür aber eine Cremetorte, die ihm ein unzufriedener Zuschauer im Festspielpalast mitten ins Gesicht warf.

Der Argentinier Luis Puenzo, der seit 1974 Drehverbot hatte, jetzt aber wieder arbeiten darf, zeichnet in „Die offizielle Geschichte" ein subtiles Porträt der letzten Jahre der Diktatur in Argentinien. Ein gutbürgerliches Ehepaar aus Buenos Aires erfährt durch Zufall, daß seine Adoptivtochter das Kind einer Frau ist, die schon lange auf der Vermißtenliste steht. Puenzo reflektiert die Verantwortung des einzelnen in einer schwierigen politischen Lage. Sein Werk erhielt in Cannes Achtungsbeifall.

Auch der 30jährige Jugoslawe Emir Kusturica aus Sarajewo arbeitet in seinem Film „Papa ist auf Dienstreise" Geschichte seines Landes auf: die Zeit um 1950 und den Bruch Titos mit Stalin. Alles, was in Sarajewo geschieht, wird aus der Sicht eines Sechsjährigen betrachtet, dessen Vater als vermeintlicher Stalinsympathisant ins Arbeitslager muß. Ihm passiert freilich nicht viel, und der Film beeindruckt eher durch Komik und Humor als durch den Ernst von Vergangenheitsbewältigung.

Mit Begeisterung wurde des Briten Nicolas Roeg melodramatische Farce „Insignificance" aufgenommen. Kein Wunder, geht es darin doch um eine fiktive Begegnung zwischen Marilyn Monroe und Albert Einstein, die uns, dargestellt von Theresa Russel und Michael Emil, genauso erscheinen, wie sie leibten und lebten. Ihrer vielen lästigen Verehrer überdrüssig, schneit die Schauspielerin in einer Sommernacht des Jahres 1953 einfach in das New Yorker Hotelzimmer des Professors herein. Und der erkennt den Star nicht einmal, denn er ist kein Kinogänger.

Alte Hollywoodmythen belebt Roeg da noch einmal zauberhaft neu. Er stellt eine berühmte Sequenz mit der Monroe aus Billy Wilders Film „Das verflixte siebente Jahr" täuschend echt nach, und Senator McCarthy, den Tony Curtis spielt, versucht vergeblich, Einstein für seine Kampagne zu gewinnen. Vor allem aber beweist Marilyn in einer hinreißenden Szene, daß sie durchaus etwas von der Relativitätstheorie versteht. Einstein zeigt ihr dafür – en revanche – seine nackten Beine. Doch keine Sorge, die Beziehung bleibt rein platonisch, was sie vielleicht noch reizvoller macht. Leider schwärzt Roeg seine zauberhafte Komödie gelegentlich mit Einsteins Dachauer Trauma und einer atomaren Zukunftsvision des Physikers ein, was ihr weniger gut bekommt. Trotzdem war dieser Film der fraglos brillanteste der ersten Halbzeit, während Alan Parkers „Birdy", nach einem Roman von William Wharton, den bisher gewichtigsten, bedeutendsten Beitrag bot.

Der Brite Parker, der für Amerika an den Start geht, war schon häufiger im Wettbewerb von Cannes, etwa mit „Bugsy Malone" oder „Midnight Express". Stets wurde er hochgelobt, und stets ging er beim Preissegen leer aus. Sein neuester Film erzählt die Geschichte einer – keineswegs homosexuellen – Freundschaft zwischen zwei höchst verschiedenen Jungen, die im Armenviertel von Philadelphia aufwachsen. Ihre Freundschaft macht den Slum erträglich, ja, gewinnt ihm für Augenblicke sogar Schönheit ab. Der eine, Al, denkt nur an Baseball und Mädchen, der andere, mit dem Spitznamen Birdy, hat eine geradezu erotische Beziehung zu Vögeln.

Beide Jungen ziehen später in den Vietnam-Krieg und kehren – an Körper und Seele verwundet – zurück. Birdy landet in einer geschlossenen Anstalt, kauert stumm auf dem Boden, das Auge ins Licht, auf die kleine Zellenluke gerichtet, und hält sich für einen Vogel. Al, dessen Gesicht entstellt ist, versucht Birdy aus seiner vermeintlichen Erstarrung zu lösen, aber am Ende ist er es, der seinerseits der Wahnwelt Birdys erliegt. Die Welt um die Jungen herum ist aber – so die Aussage des Films – noch weit verrückter als sie selbst.

Mit Feingefühl und Delikatesse hat Parker seine beiden Helden gezeichnet. Die Szenen in der Anstaltszelle gehen unter die Haut. Ein Film voller Emotionen, wie sie im Kino so rar geworden sind, und ein bewegendes menschliches Zeugnis, eines Preises würdig.

DORIS BLUM

JOURNAL

Preis aus Monaco für Françoise Sagan

dpa, Monte Carlo

Die französische Schriftstellerin Françoise Sagan („Bonjour tristesse") hat in Monaco den 35. Literaturpreis der Stiftung Prince Pierre de Monaco erhalten. Die mit 40 000 Franc (rund 13 000 Mark) dotierte Auszeichnung wird anerkannten Autoren verliehen. Ein früherer Preisträger ist Leopold Sedar Senghor. Die Auswahl traf eine aus Mitgliedern der Academie Française und der Academie Goncourt zusammengesetzte Jury.

Barock und Moderne auf Luzerner Festwochen

dpa, Luzern

Die Internationalen Musikfestwochen (IMF) in Luzern, die in diesem Jahr vom 17. August bis zum 11. September stattfinden, stehen im Zeichen barocker Musik und von Werken der Moderne. Es wird insgesamt 45 Konzerte geben. Im Programm schlägt sich nieder, daß in diesem Jahr mehrere Geburtstage bekannter Musiker zu feiern sind, darunter die 300. Geburtstage von Johann Sebastian Bach, Domenico Scarlatti und Georg Friedrich Händel.

A. Bergs „Wozzeck" in Japan aufgeführt

dpa, Tokio

Alban Bergs Oper „Wozzeck" nach Büchners Drama hatte am Dienstagabend in Osaka ihre japanische Premiere. Das Werk soll auch in Tokio aufgeführt werden, um der 100. Wiederkehr von Bergs Geburtsjahr zu gedenken. Es war eine konzertante Aufführung, bei der die Hauptrollen auf Japanisch gesungen wurden, um dem Publikum eine Vorstellung vom Geschehen zu vermitteln. Es spielte das New Japan Philharmonic Symphony Orchestra. Die Oper war 1925 in der Berliner Staatsoper uraufgeführt worden.

Selten gezeigte Bilder von Joseph Beuys

dpa, Ratingen

„Joseph Beuys – Ölfarben 1949–1967" ist der Titel einer Ausstellung, mit der das Stadtmuseum Ratingen den Kunstavantgardisten als Maler vorstellt. Die mehr als 120 überwiegend kleinformatigen Blätter aus einer Privatsammlung sind bisher nur selten ausgestellt worden. Von Ratingen, wo die Beuys-Arbeiten bis zum 30. Juni zu sehen sind, wird die Schau nach Zürich weiterwandern.

Düsseldorf veranstaltet Schumann-Tage

dpa, Düsseldorf

Für mehr als eine Woche ist Düsseldorf seit dem 9. Mai Treffpunkt der Robert Schumann-Freunde und -Forscher. Im Mittelpunkt des neuntägigen Musikfestes stehen Leben und Werk des Komponisten, dessen Ouvertüre zu Lord Byrons dramatischem Gedicht „Manfred" den Konzertreigen eröffnet. Das Fest, von der Schumann-Gesellschaft und der Stadt unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten organisiert, vereint in seinem Programm bedeutende Interpreten. Neben dem Leipziger Gewandhausorchester unter Kurt Masuhr werden auch Mitglieder der Wiener Symphoniker zu hören sein. Ein wissenschaftliches Symposion, an dem Forscher aus acht west- und osteuropäischen Ländern und Japan teilnehmen, steht am Schluß des Musikfestes unter dem Thema „Schumanns Werke – Text und Interpretation".

Carl Hanser †

Seit mehr als einem halben Jahrhundert gibt es in München den Carl Hanser Verlag. Nun ist der Gründer und langjährige Leiter dieses bedeutenden Verlagshauses, Carl Hanser, dort im Alter von 83 Jahren gestorben. Wieder einmal geht eine Ära einer großen Verlegerpersönlichkeit zu Ende. Davon gibt es hierzulande nicht mehr allzu viele. Nach der Unterbrechung durch die Nazizeit, in der Hanser seinen Verlag auf die Herausgabe von Technik-Titeln beschränkte, blühte die Editionspalette in den 50er Jahren erneut wieder auf. 1954 erschienen erstmals die „Akzente", in ihrer Anfangszeit, also unter den Herausgebern Hans Bender und Walter Höllerer, sicher die lebendigste und wichtigste deutsche Literaturzeitschrift. Neben dem Standbein, der Fachbuchabteilung (zu der auch die Herausgabe von 17 Fachzeitschriften zählt), gehörte Hansers Liebe dem Spielbein: der belletristischen Sparte. Die Klassiker-Ausgaben (Fontane, Jean Paul, Kleist) setzten Maßstäbe, genauso wie die auf deren Basis herausgegebenen, erschwinglichen Auswahleditionen. Aber auch die Zeitgenossen sind mit guten Namen vertreten. Neben deutschsprachigen Erstausgaben ausländischer Literatur sind es Erzähler wie Horst Bienek, Elias Canetti, Friedrich Georg Jünger und Botho Strauß und Lyriker wie Bernd Jentzsch und Günter Kunert.

DW.

Jüdisches Theater Warschau begann Tournee

Archäologischer Park

Fürst Potemkin läßt grüßen. Das Ester-Rachel-Kaminska-Theater, das Staatliche Jüdische Theater Warschau ist auf Deutschlandtournee. Es spielt zwei Stücke, die sich mit Leben und Sterben im Warschauer Getto 1944 beschäftigen.

Das eine, „Unter einstürzenden Wänden", nimmt eine Zeile von Modechai Gebirtig auf. Es ist eine Folge von Liedern, Szenen und offiziellen Dokumenten, die der Direktor und künstlerische Leiter des Theaters, Szymon Szurmiej, zusammen mit Michal Szwejlich collagiert hat. Das zweite Stück, das jetzt in Hamburg zu sehen war, schildert Szenen aus den letzten Tagen von Doktor Janusz Korczak, der mit den ihm anvertrauten Kindern in den Gastod von Treblinka ging, obwohl er sich hätte retten können. Das Stück „Der Planet Ro" stammt von dem jüdisch-polnischen Schriftsteller Ryszard Marek Groński.

Auch dieses Bühnenwerk ist eine Montage aus unterschiedlichen Elementen. Es beginnt mit biblischen Texten, benutzt Fragmente aus dem Tagebuch Korczaks und montiert Kabarettszenen, die seinerzeit im Getto gespielt wurden, sowie einen Akt aus der „Post" von Tagore, die die Kinder des Waisenhauses aufführten, mit ein. Der Titel bezieht sich auf eine Phantasie Korczaks, wonach auf dem Planeten Ro ein Professor ein Instrument erfunden hat, das schlechte Gefühle in gute verwandelt, das Böse also ausrottet.

Dramatisch ist das Stück nicht. Es reiht bilderbuchartig Szenen aneinander und kennt nur Gute und Schlechte. Es gibt keine Entwicklungen und Wandlungen. Das Spiel verläuft – trotz eingeschobener Traumszenen und Rückblenden – geradlinig und damit spannungslos. Einzig der Hauptrolle werden Nuancierungen zugebilligt. Und bei Szymon Szurmiej, der den Korczak darstellt, hört man noch die eigenartige Sprachmelodie des Jiddischen.

Das ist nicht bei allen Schauspielern so. Bei einigen, besonders den jungen, klingt die Sprache recht fremd, weil ihre Muttersprache Polnisch ist und sie das Jiddische erst im Nachwuchsstudio des Theaters gelernt haben. Denn die Zahl der Juden in Polen – vor der Vernichtung durch die Nationalsozialisten 3,3 Millionen, von denen etwa 50 000 überlebten – ist inzwischen auf ein paar tausend gesunken. Antisemitische Ausschreitungen unmittelbar nach dem Kriege (z. B. 1946 in Kielce) und die „antizionistischen" Kampagnen zu Krisenzeiten des Regimes 1956 und 1967/68 haben die Überlebenden und die Nachgeborenen nach und nach aus dem Land getrieben.

Auch Ida Kaminska, die das Jüdische Theater, das den Namen ihrer nicht minder berühmten Mutter trägt, lange Jahre geleitet und geprägt hat, verließ – begleitet von vielen Mitgliedern des Ensembles – im Spätsommer 1968 Polen für immer. Seit dieser Zeit ist das Staatliche Jüdische Theater ein Volkstheater ohne Volk und ohne Autoren. Zwar hat man noch die „jiddischen Klassiker" im Repertoire (z. B. den „Hauptgewinn" von Scholem Alejchem und den „Dybbuk" von S. An-ski, mit denen das Theater 1976 in Deutschland und der Schweiz gastierte), aber an überzeugenden neuen Stücken mangelt es.

Der „Planet Ro" ist auch nur eine Übersetzung aus dem Polnischen. Und die Kabarettszenen wurden gleich polnisch gelassen, damit die Zuschauer in Warschau wenigstens kurze Zeit auf die Kopfhörer für die Simultanübersetzung verzichten können. Das Theater spielt also in doppelter Hinsicht, denn es gaukelt mit jeder Aufführung zugleich ein angeblich intaktes, autochthontes Kulturleben vor – besonders bei Tourneen im Ausland.

Aber in Wirklichkeit gleichen die Vorstellungen nur einem archäologischen Park, in dem aus ein paar echten Trümmern mit viel gutem Willen und viel Phantasie rekonstruiert wird, was gewesen sein könnte. Es mag Zufall sein, daß es das Staatliche Jüdische Theater Warschau war, das im Februar 1981 als eines der ersten Theater nach Verhängung des Kriegsrechts über Polen seinen Spielbetrieb wieder aufnahm – mit der Uraufführung von Gronskis „Der Planet Ro". Kein Zweifel: Fürst Potemkin läßt vielmals grüßen.

PETER DITTMAR

Weitere Aufführungen:

München (14. 5.); Frankfurt a. M. (15.); Düsseldorf (16.); Hildesheim (17.); Lüneburg (18.); Hannover (19. 5.)

Zürcher Kunsthaus mit Arbeiten von Mario Merz

Am Anfang war die Zahl

Wer um die Geheimnisse der Fibonacci-Folge weiß, dem ist der Zugang zu den Werken des italienischen Arte-povera-Künstlers Mario Merz schon leicht gemacht. Denn diese Zahlenreihe ist es, um die das Denken und Schaffen von Merz nun schon seit Jahren kreist. Leonardo Fibonacci alias Leonardo von Pisa hat sie im frühen 13. Jahrhundert entwickelt: die nächste Zahl der Folge ist stets die Summe aus den beiden vorangehenden: 1,1,2,3,5,8,13,21... Daß diese Zahlenfolge viel mit Kunst zu tun hat, weiß man längst. Sie ist nämlich die Übersetzung des Goldenen Schnitts in ganze Zahlen.

Fast alle „Konstruktionen" in der Natur folgen dieser Reihe, die Blätter einer Pflanze genauso wie ein Schneckenhaus. Die Fibonacci-Folge beschreibt gleichsam den Bauplan der Natur. Und das macht sie wiederum so interessant für einen Arte-povera-Künstler wie Mario Merz.

Er wird sechzig dieses Jahr, und das dürfte zumindest *ein* Grund dafür gewesen sein, daß das Zürcher Kunsthaus Mario Merz einlud, eine größere Ausstellung seiner Werke zu präsentieren. Zusammen mit Harald Szeemann installierte Merz denn auch eine erkleckliche Anzahl seiner Arbeiten, ließ seine Iglus ineinanderwachsen, Spiraltische in sie hereinführen, schichtete Reisigbündel in die Ecken – kurzum: eine Werkinszenierung.

Sie enttäuscht dennoch gelinde. Die kleinen Iglus im Wohnzimmerformat und die großen, die ein ganzes Haus füllen würden, verlieren in solcher Massierung doch einiges von ihrer Wirkung, die sie andernorts entfalten können. Die Dinger brauchen Platz, um ihre emotionale Qualität zu entwickeln.

Die besteht darin, daß sie im Betrachter das Gefühl weckt, einen Platz der Geborgenheit gefunden zu haben, der Sicherheit, des Schutzes. Die Iglus sind gleichsam die Schneckenhäuser des Menschen oder ein Schildkrötenpanzer – beides Naturalien, die von Merz gern benutzt werden. In Zürich sieht man vor lauter Iglus den Iglu nicht mehr: Dafür eine ziemlich unwirtliche Landschaft aus Glas und Steinen und Stoff und Rebenreisig.

Im Graphischen Kabinett des Kunsthauses werden Arbeiten auf Papier und kleinere räumliche Arbeiten vorgestellt, die Wände des großen Saales geben den großen Leinwänden mit den Rhinozerossen, Arbeiten aus der Folge „Prähistorischer Wind von den eisigen Bergen" und der monomentalen Neunzehn-Meter-Arbeit „Wenn die Form verschwindet, ist ihr Ursprung ewig" Raum. Eis- und Urzeit also auch hier, Suche des Menschen nach der kalten Erde, aus der Natur wie Kunst einmal kamen.

REINHARD BEUTH

Ausstellung bis 27. Mai; statt eines Katalogs erschien von Mario Merz: „Sofort will ich ein Buch machen" (284 S., 30 sfrs.), dazu ein Ergänzungsband zur Ausstellung (10 sfrs.) sowie eine Foto-Dokumentation der Zürcher Installation (33 sfrs.).



Das Gesetz der Zahl als Grund von Natur und Kunst: Iglus und Reisighaufen von Mario Merz in der Zürcher Ausstellung FOTO: W. DRAYER

Der „Cornet" von S. Matthus in Berlin umjubelt

Mit Rilke in den Tod

Erst jetzt, mit Maximilian Schells Inszenierung des Werkes an der Deutschen Oper Berlin, hat die Uraufführung von Siegfried Matthus' Opernvision „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke" wirklich stattgefunden.

In Dresden, zur Eröffnung der Semper-Oper, hatte Ruth Berghaus eher lustlos und mißgelaunt in Matthus' „Cornet" herumgestochert, ihn szenisch geradezu desavouiert, statt ihn zu inszenieren. Wie sehr man ein Werk damit schädigen kann, zeigte sich nun in Berlin, wo sich das Stück riesigen Beifall erspielte.

Matthus' Werk, von Christof Prick, Berlins künftigem Staatskapellmeister, sorgfältig einstudiert und feurig geleitet, stützt sich auf ein Orchester von Combo-Format. Vier Flöten, ein Horn, zwei Harfen, Elektro-Baßgitarre, Pauken und Schlagzeug – das ist alles. Hinzu allerdings tritt ein großer gemischter Chor.

Schell postiert ihn auf Stufen, die vom Orchestergraben zur Bühne hinaufführen: eine vielfach gestaffelte Mauer aus Menschenleibern, dunkel gewandet, dunkel geschminkt, wie vom Ruß des Krieges und des Grauens bis in die Seele hinein eingeschwärzt. Leider halten jedoch diese entindividualisierten Singmenschen als einziges Hab und Gut ausgerechnet die Noten in Händen – ein unpassender, fast komisch wirkender Effekt.

Der Chor, von Marcus Creed klangmächtig einstudiert, führt bei Matthus das große Wort. Wie charaktervoll aber das winzige Instrumentarium die Klangmassen dramatisch durchblitzt, wie scharf sich die Klangfarben artikulieren, das weist Matthus als echtbürtigen Opernkomponisten aus. Und da sich beim taktvollen Schell die Bühne keinen Augenblick lang – wie es neuerdings Mode ist – über den Komponisten mokiert, sondern ihn und seine Intentionen ernst nimmt, kommt sein Werk zu bedeutender Wirkung.

Hans Schavernoch hat die karge, aber äußerst suggestiv wirkende Bühne gebaut: ein sich dahinwellendes Niemandsland, wie in Streifen zerschnitten, die sich gegeneinander rastlos verschieben – die schier endlose Straße der Kriege, des Marschierens und Niedersinkens, der Ohnmachten und der Ohnmächtigkeit des einzelnen.

Diese Bühne wird von Schell mit stummen, geduldigen Massen bevölkert, sich dahinschleppenden Heerzügen, kleinen Kriegshandwerkern, in winzigen Schräubchen im Mahlgang des Todes. Vor diesem Hintergrund des unaufhörlichen Dahinwallens, dem Untergang entgegen, treten Rilkes Worte. Sie werden in den Strudel des Kriegsgeschehens gerissen. Matthus' „Cornet" beginnt gleich mit einem Feuersturm.

Er beschwört die Bombennächte (nicht die Dresdens allein), denen die Opernhäuser Deutschlands (aber nicht sie allein) zum Opfer fielen, und es geschieht a-cappella mit einem Chor auf ein Rilke-Gedicht aus dem „Buch der Bilder". Danach fegt unvermittelt der Angstschrei des „Dies irae" hoch. Der Tag des göttlichen Zorns ist gekommen.

Aus dem Schreckensruf der Menschheit schlägt das Stück über in die Privatheit der Rilkischen Todesidylle, die Schell indessen, beinahe beiläufig, alles Privaten entkleidet. Er bettet sie in die Furchen aus Verwüstung, Sterbensängsten und Grauen und das alles ganz ruhig, mit gelassener Hand.

Er inszeniert ungeschäftig. Er jagt das Werk nicht vor sich her. Er läßt ihm seine innere Ruhe, seine Musikalität. Im Grunde durchkreist Schells Inszenierung die Musik wie ein einsamer Wanderer visionär die Schützengräben ausgebluteter Schlachtfelder.

Der Cornet und die Gräfin: zwei Rollen eigentlich nur birgt das pausenlos spielende, knapp anderthalbstündige Stück. Doch sie verdoppeln sich zum Quartett durch ihre „Gedankenstimmen", und wie es in der Oper zugeht, manchmal sind die Gedanken besser bei Stimme als die Hauptpersonen. Gracila Araya jedenfalls denkt singend für den Cornet Christina Aschers ganz wundervoll.

Aber auch Miss Ascher macht stimmlich durchaus gute Figur. Und wenn sie, eine andere Jeanne d'Arc, fahnenschwingend den Lanzenbüscheln und dem Tode emphatisch entgegensteigt, ist um sie tatsächlich die Aura des jungen, ideal gesonnenen Sterbens, wie es Rilke vor Augen stand.

KLAUS GEITEL

DFB will Stadien auf Sicherheit prüfen lassen

DW. Bradford/Bonn

Nach der schwersten Katastrophe in der englischen Fußballgeschichte, bei der durch einen Tribünenbrand im Fußballstadion der nordenglischen Stadt Bradford mindestens 53 Menschen ums Leben gekommen sind, konnte gestern erst einer der Toten identifiziert werden: Es ist der ehemalige Klubpräsident Samuel Firth (86). Die meisten Toten sind offensichtlich Greise und Kinder, die dem Brand nicht schnell genug entkommen konnten. Viele der Opfer hatten versucht, durch die Ausgänge zu fliehen. Diese waren jedoch verschlossen, um Zuschauern ohne Karte nach Spielbeginn den Zutritt zum Stadion zu verwehren. Gestern lagen noch 47 Personen mit teilweise schweren Brandverletzungen in den Krankenhäusern der nordenglischen Grafschaft Yorkshire.

Deutscher Bürgermeister entkam dem Inferno

Der Bürgermeister der Stadt Mönchengladbach, Hans Segschneider, ist dem Unglück von Bradford nur knapp entgangen. „Als der Brand anfing, war ich gerade zur Teepause. Das war mein Glück", erklärte Segschneider gestern.

Inzwischen hat die Suche nach den Ursachen der Katastrophe begonnen. Augenzeugen, darunter auch ein Reporter des „Daily Star", wollen gesehen haben, daß randalierende Fans von einer benachbarten Tribüne aus eine oder mehrere Rauchbomben auf die mit 3000 Personen besetzte Holztribüne geworfen haben, die dann binnen Minuten in Flammen aufging.

Schwere Kritik übte James Tye, Generaldirektor des britischen Verbandes für Sicherheitsfragen: „Wenn jemand die Aufgabe gehabt hätte, eine perfekte Feuerfalle für eine Massenveranstaltung zu bauen, dann hätte er sich die Tribüne von Bradford zum Vorbild nehmen müssen." Unter der Holzkonstruktion dieser Tribüne hatte sich jahrzehntelang Papier und Abfall angesammelt. Klubpräsident Stafford Heginbotham sagte: „Ich schäme mich über den Zustand, in dem sich unser Stadion befand." Und Feuerwehrchef Graham Kennen gab bekannt, er habe dem Klub schon vor Monaten mitgeteilt, daß die Tribüne gefährdet sei.

Viele englische Stadien sind aus Holz gebaut

Viele der englischen Fußballtribünen sind zu einem erheblichen Teil mit Holzböden, asphaltbedeckten Holzdächern oder mit hölzernen Sitzbänken ausgestattet. Vor allem in den Stadien der kleineren Vereine sind die Ausgänge wegen hoher Personalkosten meist nicht besetzt. Die Kontrolleure schließen daher einfach die Ausgangstore und Drehtüren kurz nach Spielbeginn.

Die Katastrophe von Bradford hat auch die Verantwortlichen im Deutschen Fußball-Bund (DFB) alarmiert. Sie wollen jetzt alle Stadien auf ihre Sicherheit überprüfen lassen. In der Bundesliga ist allein die Bielefelder Alm mit einer Holztribüne ausgestattet, und im Karlsruher Wildparkstadion ist Holz in der Tribüne verarbeitet.

Die anderen Stadien der deutschen Profiklubs aber sind ausschließlich mit nicht brennbaren Materialien gebaut worden. Gefährlicher hingegen sieht es im Amateurbereich aus, wo zahlreiche Stadien und Sportstätten Holzkonstruktionen sind. In einem Interview des Saarländischen Rundfunks erklärte DFB-Präsident Hermann Neuberger gestern, man werde jetzt mit dem Deutschen Städtetag in Verbindung treten, um „eine genaue Überprüfung ganz allgemeiner Art vornehmen zu lassen".

Die Côte d'Azur ist um eine Attraktion reicher: In Nizza wurde ein gigantisches Kongreßzentrum eröffnet

Acropolis – ein Tempel für Kongresse

MARIA GROHME, Nizza

Nachts um drei wird Nizza sauber. Dann ziehen Männer in gelben Gummischürzen Wasserschläuche über die Bürgersteige, spülen weg, was an Schmutz und Abfall Tag für Tag liegenbleibt. Um halb sechs dann duften frische Croissants und Baguettes in den Hotelhallen. Und Portiers entlassen Gäste, die die erste Maschine nach Paris erreichen müssen. Nizza rüstet sich für einen neuen Tag – für die Touristen, von denen es lebt.

Seit gut hundert Jahren lockt das Kleinod an der französischen Riviera Menschen aus aller Welt, im Sommer wie im Winter. Die weißglänzenden Bauten an der palmengesäumten „Promenade d'Anglais" vermitteln noch heute einen Eindruck vom ehemaligen „Ballsaal der Belle Epoque". Während früher Engländer und Franzosen das Hauptkontingent der Wintergäste stellten, gehört Nizza heute zu allen Jahreszeiten vor allem den Amerikanern. Sie lassen die Stadt an der Côte d'Azur auf einem Europa-Trip selten aus.

Nizza ist reich, darüber täuschen auch nicht die verschlissenen Fassaden in der „zweiten Reihe" der Prachtstraße hinweg. Klingende Münze bringen der Stadt nicht zuletzt die zahlreichen Kongresse. Allein im Jahr 1982 konnten mit 400 Kongressen runde 102 Millionen Franc im Stadtsäckel verbucht werden. Kein Wunder also, daß man auch dem Geschäftstourismus die Tore gerne weit, weit öffnet.

Mit einem neuen Kongreßzentrum will man jetzt gleichsam gegen den Rest der Welt antreten. Die 642 Millionen Franc für diesen Bau, der vergangene Woche offiziell eröffnet wurde, brachte die 400 000 Einwohner zählende Gemeinde ganz allein, „ohne Pariser Hilfe" auf – und darauf ist man stolz.

Das Gebäude am Hang des Burgbergs ist für den erwarteten Ansturm der Kongreßteilnehmer bestens gerüstet. Auf drei verschiedenen Ebenen gruppieren sich Konferenzsäle, Ausstellungshallen, Pressezentrum, Videostudio und Restaurants um eine gläserne Empfangshalle von gewaltigen Ausmaßen. Das Dach der Halle kann in eineinhalb Minuten zur Seite geschoben werden. Dann verwandelt sich das Entrée in ein mehrstöckiges Atrium, in dem die mediterrane Luft zirkuliert.

„Acropolis" heißt der neue Tempel, in Anlehnung an den griechischen Ursprung der Stadt. Vor etwa zweieinhalbtausend Jahren gründeten die Griechen hier eine Handelsniederlassung mit dem Namen „Nikaia"; abgeleitet vom griechischen Wort „Nike", was soviel wie „Sieg" bedeutet.

Und euphorisch wie einen Sieg feierten die Nachkommen der Griechen in diesen Tagen mit einem Gala-Abend die Einweihung. Man scheute weder Kosten noch Mühen, brachte Charles Aznavour und Zizi Jeanmaire auf die 1200 Quadratmeter große Bühne des Apollon-Theaters im neuen „Palais". Auch Barbra Streisand soll nach dem Willen des Bürgermeisters demnächst hier auftreten.

Er ist, wie es scheint, in diesen Tagen der ungekrönte König der Stadt. Von Jacques Médecin, seit 19 Jahren „maire" von Nizza, ging die Initiative für das Kongreßzentrum aus, das in drei Jahren nicht aus dem Boden gestampft, sondern über einem Fluß gebaut wurde.

Kein Empfang, auf dem die Leistung des Bürgermeisters nicht besonders betont würde, kein Videofilm, der ihn und sein Projekt nicht zeigte. So weit geht die Loyalität der Bürger von Nizza: Ein Taxifahrer verzichtete auf das Fahrgeld von der „Acropolis" in die Innenstadt. Dies sei, so versicherte er, sein Beitrag zum neuen „Palais de Congrès".



Elegantes Zusammenspiel von Glas und Beton: Das neue Kongreßzentrum in Nizza FOTO: DIE WELT

LEUTE HEUTE

Flötentöne

Wohl niemand variiert das deutsche „Hänschen klein" geschickter als das Bonner Auswärtige Amt. Den Beweis trat im Künstlerbahnhof Rolandseck der Ministerialdirektor im AA, **Werner Ungerer** (links), an. Der Leiter der Abteilung Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik überraschte ein staunendes Diplo-



matenpublikum mit diesem Kinderliedchen auf dem Piano. Als Generalkonsul in New York hatte er sich seinerzeit mit einem Klavierabend vor tausend Gästen in der Carnegie Hall verabschiedet. An diesem Abend im Künstlerbahnhof kamen überhaupt Talente zum Vorschein, die sich sonst eher hinter Akten verschanzen oder in protokollarischen Pflichten zu erschöpfen scheinen. Wer hätte gedacht, daß Bonns stellvertretender Protokollchef **Erhard Holtermann** (rechts) vorzüglich die Geige spielt? Holtermann zeigte auf dem Klavier, begleitet von seiner Frau **Mary**, einer britischen Konzertpianistin, was er bei seinen Lehrern, zu denen auch Professor Siegfried Borries von den Berliner Philharmonikern gehört hatte, so nebenbei erlernte. Die Holtermanns stellten sich unter anderem mit Beethovens Sonate Opus 30 A-Dur vor. Daß Diplomatenfamilien mehr können als nur „Hausmusik", bewiesen die drei Ostens. **Manfred Osten** ist Leiter des Grundsatzreferates „Dritte Welt" im AA. Er und seine Frau Ute spielen Geige. Das ganz große Talent aber ist der 15jährige Sohn **Martin**. Der junge Musiker erwies sich als hochbegabter Cellist. Die Ostens hatten sich unter anderem für Mozarts Flötenquartett KV 285 D-Dur entschieden. Begleitet wurden sie von der bezaubernden **Katharina Pabsch** (20), Querflöte. Ihr Vater ist stellvertretender Leiter der Kulturabteilung des AA. Schließlich stellte sich in Rolandseck auch Legationsrat **Thomas Läufer** vor, mit



dem Brahms-Walzer Opus 39. Unter den Zuhörern saßen **Lothar Rühl**, Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, der britische Botschafter **Sir Julian Bullard**, der italienische Botschafter Professor **Luigi Ferraris**, der spanische Botschafter **Eduardo Foncillas** sowie zahlreiche Botschafter aus der Dritten Welt. Die Schirmherrschaft über den Abend hatte natürlich AA-Chef **Hans-Dietrich Genscher**.

Rezept-Skandal wird zum Flächenbrand

Immer mehr Ärzte im Zwielicht / Konkurrenzkampf „schuld" an Betrügereien?

PETER JENTSCH, Bonn

Einem Bochumer Apotheker war die Konkurrenz zu nah auf den Pelz gerückt, sein Umsatz sank. Kurzerhand fälschte er Rezepte und rechnete mit den Krankenkassen nie erbrachte Leistungen ab. Auf diesem Wege ergaunerte er sich mehre hunterttausend Mark. Der Weißkittel ist inzwischen rechtskräftig verurteilt.

Seit Mitte April muß sich vor dem Landgericht auch ein 45jähriger Zahnarzt aus Wattenscheid verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm fortgesetzten Betrug mit einer Schadenshöhe von rund 350 000 Mark vor. Allein durch weit mehr als 300 zu Unrecht abgerechnete Paradentose-Behandlungen soll er sich auf Kosten der Krankenkassen 326 000 Mark erschwindelt haben. Die Anklageschrift umfaßt 750 Seiten. Einem großangelegten Betrug zweier Ärzte ist auch die Wuppertaler Staatsanwaltschaft auf der Spur. Beide, ein Praktiker und ein Facharzt, sollen sich gegenseitig fingierte Überweisungen von Patienten zugeschoben und abgerechnet haben.

War man nach der ersten Aufdekkung solcher Rezept-Manipulationen im Jahre 1983 noch geneigt, von einzelnen „schwarzen Schafen in weißen Kitteln" zu sprechen, so muß man diese Meinung jetzt revidieren. Allein im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft Hamm sind 2430 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Generalstaatsanwalt Wolfgang Geißel hält selbst das nur für die „Spitze eines Eisbergs".

In der Tat: Staatsanwälte ermitteln querbeet in der Republik, in Stuttgart und Donauwörth, in Kassel und Göttingen, wurden fündig in *Hamburg* und Hannover, recherchieren in Koblenz, Köln und Konstanz, in Esslingen und Nördlingen. Oberstaatsanwalt Hirsch aus Bochum: „Wie bei einem Flächenbrand."

Allein im Bereich der Staatsanwaltschaft Hamm werden 87 Apotheker, 270 Ärzte, 45 Zahnärzte, 420 Arzt- und Apothekenhelfer, zehn Krankengymnasten und Masseure sowie 1585 Patienten betrügerischer Manipulationen beschuldigt. Wolfgang Geißel: „Es besteht kein Zweifel, daß die vieldiskutierte Verteuerung des Gesundheitswesens zu einem großen Teil auch auf dieser Art von Schwindelabrechnungen beruht."

Der Schaden erreicht Millionenhöhe. Allein in Köln ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen 80 Ärzte und 30 Apotheker, zwei Mediziner sitzen in Untersuchungshaft. In insgesamt 280 Verfahren wurden bisher Strafbefehle erlassen, die Geldstrafen bewegen sich zwischen 500 und 150 000 Mark – und fast täglich werden neue Betrügereien aufgedeckt.

„Ich werde meinen Beruf mit Gewissenhaftigkeit und Würde ausüben", geloben Ärzte nach dem Eid des Griechen Hippokrates. Doch die „Würde" mancher Heilberufler scheint abhängig zu sein vom Kontostand. Und die Einkommen der Ärzte sinken, seit die Zahl der niedergelassenen Ärzte bei abnehmender Bevölkerungszahl steigt. Hatte ein Allgemeinarzt 1980 pro Quartal noch durchschnittlich 785 Fälle abgerechnet (betrügerische Manipulationen mitgerechnet), so waren es 1983 nur noch 704, im Vorjahr 689. Da auch die Honorare inzwischen kaum erhöht wurden, suchen viele offenbar ihr Heil in Manipulationen.

Sie wiederum werden leicht gemacht durch das Abrechnungssystem. Ein Staatsanwalt: „Das System der gesetzlichen Krankenkassen ermöglicht jeden Mißbrauch." Der Arzt erhält sein Honorar quartalsmäßig als Abschlagszahlung von seiner Kassenärztlichen Vereinigung. Diese wiederum rechnet mit den einzelnen Krankenkassen pauschal ab. Erst am Jahresende erfolgt die Abschlußrechnung mit dem einzelnen Arzt. Hinzu kommt, daß die Rezepte – allein in Stuttgart sind es jährlich 2,8 Millionen – unmittelbar mit den Kassen abgerechnet werden. Bei diesen Zahlen ist eine Detailprüfung nicht möglich."

Gegen die unverdiente Geldschöpfung auf Krankenschein mancher Kollegen wenden sich freilich vehement die Standesvertreter. Hans W. Muschallik, Ehrenvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), urteilt: „Wer nach Sauberkeit ruft, muß bei sich selber anfangen. Bei gut 64 000 niedergelassenen Ärzten kann nicht jeder Arztkittel porentief rein sein. An der Aufklärung von Betrugsfällen wirken wir aber mit."

In diesem Sinne haben einige Ärztekammern inzwischen gehandelt. Die von Westfalen-Lippe hat 1984 in zwölf Fällen, die unter dem „Bochumer Rezeptskandal" bekanntgeworden sind, beim Berufsgericht für Heilberufe in Münster mehrere Verfahren beantragt. In einem (allerdings noch nicht rechtskräftigen Urteil) wurde ein Arzt wegen Urkundenfälschung von diesem Gericht für unwürdig erklärt, Arzt zu sein. Ob indes das Vertrauen in die Ärzteschaft und ihre Integrität damit wiederherzustellen ist, bleibt noch die Frage.

Mann im Kölner Löwenkäfig zerfleischt

dpa, Köln

Drei Löwen haben im Kölner Zoo einen 25jährigen Geisteskranken aus Bensberg zerfleischt. Der junge Mann, der an Schizophrenie litt, war nach Angaben der Zooleitung offenbar in der Nacht zum Sonntag über die Zoomauer geklettert und in das durch einen 4,40 Meter hohen Zaun und einen Wassergraben gesicherte Freigehege eingedrungen. Dort fielen die Raubtiere über ihn her. Ein Tierpfleger entdeckte den zerfleischten Leichnam am Sonntag früh bei Dienstbeginn. Wie Zoodirektor Gunther Nogge bestätigte, bleiben die Tiere am Leben.

Die reichste Frau Europas

SAD, London

Das Firmenmagazin der „National Westminster Bank" veröffentlichte jetzt die Vermögensverhältnisse ihrer prominentesten Kundin, der Königin von England. Im „Moneycare" stand, daß die Queen „schätzungsweise" über feste und flüssige Vermögenswerte von zweieinhalb Milliarden Pfund verfüge (umgerechnet fast 10 Milliarden Mark). Damit dürfte Elizabeth ihrem Anspruch, reichste Frau Europas zu sein, gerecht werden.

Hallenbäder sicher?

dpa, Essen

Die Deutsche Gesellschaft für das Badewesen wird das schwere Unglück im Hallenbad der Schweizer Stadt Uster, bei dem zwölf Badegäste starben, zum Anlaß eigener Beratungen und Untersuchungen nehmen. Bei Besuchen vieler Hallenbäder in der Bundesrepublik ist dem Hauptgeschäftsführer der Gesellschaft, Friedrich Kunze, noch keines aufgefallen, das Beton als Zwischendecke hat; meist seien leichte Aluminiumlamellen eingezogen. Dadurch könnte ein so schweres Unglück wie in der Schweiz nicht passieren.

139 Vietnamesen gerettet

AFP, Manila

139 vietnamesische „Boat people" wurden seit Beginn einer deutsch-französischen Aktion vor acht Tagen im Chinesischen Meer gerettet. Die Flüchtlinge werden gegenwärtig von dem Forschungsschiff „Jean Charcot" in Richtung der philippinischen Insel Pamawan transportiert, wo das UNO-Flüchtlingswerk ein Transit-Lager unterhält. Die „Jean Charcot", die bis Ende Mai von dem französischen Kriegsschiff „Victor Schoelcher" begleitet wird, könnte die Rettungsaktion bis Ende Juni durchführen, wenn genug finanzielle Mittel aufgetrieben würden.

Urheberrechtsfähig

dpa, Karlsruhe

Der Karlsruher Bundesgerichtshof (BGH) hat die Urheberrechtsfähigkeit von Computer-Programmen gestern in einem Grundsatzurteil grundsätzlich bejaht. Ein solches Programm sei ein „Schriftwerk im Sinne des Urheberrechts". Ob es jedoch als „persönliche geistige Schöpfung" zu betrachten ist, hängt von der erbrachten geistigen Leistung des Erstellers ab, gemessen an bestehenden Programmen. Az: I ZR 52/83 vom 9. Mai 1985.

WETTER: Feuchtwarm, gewittrig

Wetterlage: Ein flaches Tief über Mitteleuropa mit seinen vorwiegend feuchten und warmen Luftmassen bestimmt das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Dienstag:

Im gesamten Bundesgebiet und Berlin: Teils wolkig mit Auflockerungen, teils stark bewölkt und gebietsweise zum Teil gewittrige Niederschläge. Höchsttemperaturen 18 bis 24 Grad, in Berlin bis nahe 28 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 13 bis 10 Grad. Mit Ausnahme von Gewitterböen schwach windig.

Weitere Aussichten:

Feuchtwarm, einzelne Gewitter.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	23°
Bonn	12°	Kopenh.	13°
Dresden	22°	Las Palmas	19°
Essen	13°	London	10°
Frankfurt	17°	Madrid	13°
Hamburg	13°	Mailand	13°
List/Sylt	12°	Mallorca	18°
München	22°	Moskau	14°
Stuttgart	16°	Nizza	13°
Algier	18°	Oslo	16°
Amsterdam	14°	Paris	14°
Athen	22°	Prag	21°
Barcelona	16°	Rom	27°
Brüssel	16°	Stockholm	14°
Budapest	27°	Tel Aviv	23°
Bukarest	25°	Tunis	22°
Helsinki	18°	Wien	22°
Istanbul	20°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.32 Uhr, Untergang: 21.06 Uhr; **Mondaufgang:** 4.19 Uhr, Untergang: 16.23 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der qualvolle Tod einer Familie löst Entsetzen aus

Einem Getreidesilo in Niedersachsen, wie es Tausende dieser Art in Deutschland gibt, entwich ein tödliches Gift

E. REVERMANN, Hannover

Wochen oder gar Monate werden nach Meinung der Ermittlungsbehörden noch zur Klärung der Giftgas-Katastrophe nötig sein, der in Rinteln an der Weser eine junge Frau und ihre beiden Kinder zum Opfer gefallen sind. Wie konnte Phosphor-Wasserstoff, im 30 Meter hohen Getreidesilo mit 3500 Tonnen Weizen, zur Bekämpfung von Kornkäfern eingesetzt, aus dem 1935 erbauten Vorratsturm entweichen und in der angebauten Werkswohnung des Lagerarbeiters Robert Beal zum Todesgift für Ehefrau Gisa (23), den vierjährigen Nico und den sechsjährigen Mark werden?

Wurden tatsächlich alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen, wie es die Firmenleitung behauptet? Hat das Personal Fehler gemacht? War poröses Gestein oder aber ein äußerst ungewöhnliches Zusammentreffen bisher nicht bekannter Umstände die Ursache? Auch für Landessozialminister Hermann Schnipkoweit (CDU), der gestern schonungslos Aufklärung verlangte, bleibt vieles an diesem Unglück mysteriös.

In Rinteln hat die Weserlandhandel GmbH das getan, was seit mehr als 50 Jahren Monat für Monat tausendfach praktiziert und nach amtlichen Erkenntnissen bisher nie zu Komplikationen geführt hat. In solchen Vorratssilos, von denen es zwischen Flensburg und den Alpen in dieser Größenordnung etwa 280 und in kleinerer Form allein im Agrarland Niedersachsen zwischen 1500 bis 2000 gibt, wird das im Auftrag der Landwirtschaftlichen Gesellschaft für Marktordnung in Frankfurt für Notfälle gehortete Getreide – derzeit sechs Millionen Tonnen – bei Bedarf gewöhnlich einmal im Jahr mit einem Insektenvertilgungsmittel gegen Kornkäfer behandelt.

Sich selbst auflösende Papierbeutel setzen eine Substanz frei, die in Verbindung mit Kornfeuchtigkeit Phosphor-Wasserstoff entwickelt. Dieses für Menschen tödliche Gift – in der „DDR" ist es im „Handbuch für Militärchemie" von 1967 sogar als Kampfgas ausgewiesen – tötet Insekten ab, soll aber nach Auskunft der zuständigen Ministerien in Hannover das Korn nicht beeinflussen. Die Substanz verflüchtige sich durchweg nach vier Wochen derart, daß keinerlei Spuren zurückblieben. Die Gase stellten durch Abblasen in die Luft auch keine Gefahr dar. Die Vorschriften, die noch aus dem Jahre 1936 (!) stammen, schreiben Abdichten der Silos mit Klebebändern für die Zeit der Begasung vor, ferner geschultes und streng überprüftes Personal, das nur mit Gasmasken arbeiten darf und die Ortsbehörden 48 Stunden zuvor informiert haben muß. In der unwissenden Bevölkerung ist jetzt mit gewissem Unbehagen zur Kenntnis genommen worden, daß beispielsweise Weizen bei Vorratslagerung normalerweise einmal im Jahr auf diese Art mit dem farblosen, nach faulem Fisch und Knoblauch riechenden Gift behandelt und dann später als Brot oder Brötchen zum Verzehr im Lebensmittelhandel angeboten wird.

In Rinteln hatte die Begasungsaktion in der letzten Aprilhälfte begonnen. In die Mauer an Mauer angrenzende Werkswohnung über einem Büro ist das Gas offensichtlich über längere Zeit eingedrungen. Die Familie hatte schon Anfang der Vorwoche über Übelkeit geklagt, die ein Arzt in einer Telefondiagnose gar als „Grippe" diagnostizierte.

Nach dem ersten Todesfall am Donnerstag wurden in der Wohnung fünf Anteile Gift auf 100 Millionen Liter Luft gemessen, im Silo selbst 37. Bei 30 Anteilen stirbt ein Mensch innerhalb von zwölf Stunden qualvoll. Frau Beal und ihre Kinder, die im Abstand von knapp 60 Stunden starben, müssen die giftigen Dunste offensichtlich über eine längere Zeit eingeatmet haben. Bei Ehemann Robert (26), für den am Freitag noch Lebensgefahr bestand, erwiesen sich die Schädigungen als nicht so bedrohend: Er konnte gestern aus der Medizinischen Hochschule entlassen werden.

In politischen Kreisen in Hannover wird unterdessen geprüft, ob möglicherweise die Gesetzesgrundlage für solche Begasungsaktionen verschärft werden muß. Es gelten heute Vorschriften, die 50 Jahre alt sind und es auch zulassen, daß Silos dieser Art in bewohnten Gegenden betrieben werden.

ZU GUTER LETZT

Die israelische Regierung hat gestern vormittag alle Termine mit dem Staatsgast aus Zaire, Präsident Mobutu Sese Seko, absagen müssen. Mobutu, der tags zuvor zu einem fünftägigen Staatsbesuch eingetroffen war, ließ den Gastgebern mitteilen: „Ich bin müde und will schlafen." Das meldete die Deutsche Presse-Agentur.